

Florian Wassenberg

Die polnische Außen- und Sicherheitspolitik 2005–2015 und die Strategie der begrenzten Unabhängigkeit

Eine Analyse aus Sicht des rationalistischen Institutionalismus

λογος

Dissertation an der Kulturwissenschaftlichen Fakultät der
Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)

Datum der Disputation: 9. Juli 2018

Betreuer: Prof. Dr. Timm Beichelt

Florian Wassenberg

**Die polnische Außen- und Sicherheitspolitik 2005–2015
und die Strategie der begrenzten Unabhängigkeit**

Eine Analyse aus Sicht des rationalistischen Institutionalismus

Logos Verlag Berlin



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Copyright Logos Verlag Berlin GmbH 2019

Alle Rechte vorbehalten.

ISBN 978-3-8325-4836-0



Logos Verlag Berlin GmbH
Comeniushof, Gubener Str. 47,
D-10243 Berlin
Tel.: +49 (0)30 / 42 85 10 90
Fax: +49 (0)30 / 42 85 10 92
<http://www.logos-verlag.de>

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis	5
Abbildungsverzeichnis	7
1 Einleitung.....	9
1.1 Gegenstand und Fragestellung	9
1.2 Stand der Forschung	17
1.3 Der rationalistische Institutionalismus als analytische Linse	21
1.4 Methodik: Qualitatives Fallstudiendesign	28
1.5 Vorgehen und Aufbau der Arbeit.....	35
2 Sicherheitspolitik aus Sicht des rationalistischen Institutionalismus	37
2.1 Sicherheitspolitikanalyse in Zeiten theoretischer Vielfalt	37
2.2 Einordnung des rationalistischen Institutionalismus	43
2.3 Staaten als einheitliche, begrenzt rationale Akteure	44
2.4 Interdependenz als Voraussetzung zwischenstaatlicher Kooperation	47
2.5 Entstehung und allgemeine Funktion internationaler Institutionen.....	51
2.6 Die spezifische Funktion von Sicherheitsinstitutionen	54
2.7 Relevanz und Effektivität Internationaler Organisationen.....	56
2.8 Effekte von Sicherheitsorganisationen auf staatliche Sicherheitspolitik.....	60
2.9 Der rationalistische Institutionalismus und seine Kritiker	62
3 Akteure der polnischen Außen- und Sicherheitspolitik	69
3.1 Grundlegende Überlegungen zu sicherheitspolitischen Akteuren	69
3.2 Die Anfangsjahre der Dritten Republik	71
3.3 Nach der großen Verfassungsreform	75
3.4 Fazit	81
4 Bedrohungsperzeption der sicherheitspolitischen Akteure Polens	83
4.1 Theoretische und methodische Vorbemerkung	83
4.2 Die Perzeption sicherheitspolitischer Risiken 2005-2007	85
4.3 Die Perzeption sicherheitspolitischer Risiken 2007-2015	87
4.4 Fazit	93
5 Fallstudie I: Polens militärische Sicherheitspolitik.....	95
5.1 Ausgangslage.....	95
5.2 Militärische Sicherheitspolitik unter der PiS, 2005-2007	98
5.2.1 Funktion und Effektivität internationaler Sicherheitsorganisationen	98
5.2.2 Bilaterale Kooperation.....	105
5.2.3 Unilaterale Maßnahmen und Aktivitäten.....	110
5.3 Militärische Sicherheitspolitik unter PO/PSL, 2007-2015	112
5.3.1 Funktion und Effektivität internationaler Sicherheitsorganisationen ..	112
5.3.2 Bilaterale Kooperation.....	126
5.3.3 Unilaterale Maßnahmen und Aktivitäten	132
5.4 Fazit	138
6 Fallstudie II: Polens Energiesicherheitspolitik	141
6.1 Polens Energieversorgungslage	141
6.2 Energiesicherheitspolitik unter der PiS, 2005-2007	144

6.2.1	Funktion und Effektivität internationaler Sicherheitsorganisationen ..	145
6.2.2	Bilaterale Kooperation.....	153
6.2.3	Unilaterale Maßnahmen und Aktivitäten	155
6.3	Energiesicherheitspolitik unter PO/PSL, 2007-2015	157
6.3.1	Funktion und Effektivität internationaler Sicherheitsorganisationen ..	158
6.3.2	Bilaterale Kooperation.....	166
6.3.3	Unilaterale Maßnahmen und Aktivitäten	171
6.4	Fazit	176
7	Schlussbetrachtung.....	179
	Quellenverzeichnis	185
	A. Primärquellen	185
	B. Sekundärquellen	195
	Anhang	221

Abkürzungsverzeichnis

AU Afrikanische Union

BBN Biuro Bezpieczeństwa Narodowego [Nationaler Sicherheitsrat]

BIP Bruttoinlandsprodukt

CBOS Centrum Badania Opinii Społecznej [Zentrum für öffentliche
Meinungsforschung]

CCS Carbon Capture and Storage

EG Europäische Gemeinschaft

EGKS Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl

EIA Energy Information Agency

EPAA European Phased Adaptive Approach

ERI European Reassurance Initiative

ESVP Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik

EU Europäische Union

GSVP Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik

GV Große Verfassung

HLDG High Level Defense Group

HV Hohe Vertreterin

IB Internationale Beziehungen

KV Kleine Verfassung

LNG Liquefied Natural Gas

LPR Liga Polskich Rodzin [Liga Polnischer Familien]

LV Lissabonner Vertrag

Nato North Atlantic Treaty Organization

NRF Nato Response Force

NSS National Security Strategy

OSW Ośrodku Studiów Wschodnich [Zentrum für Oststudien]

OSZE Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

OWK Ost-West-Konflikt

PAA Państwowa Agencja Atomistyki [Staatliche Atombehörde]

PfP Partnership for Peace

PGE Polska Grupa Energetyczna [Polnische Energiegruppe]

PGNiG Polskie Górnictwo Naftowe i Gazownictwo S.A. [Polnische Öl- und
Gasgesellschaft]

PiS Prawo i Sprawiedliwość [Recht und Gerechtigkeit]

PISM Polski Instytut Spraw Międzynarodowych [Polnisches Institut für
Internationale Angelegenheiten]

RI Rationalistischer Institutionalismus

SLD Sojusz Lewicy Demokratycznej [Bündnis der Demokratischen Linken]

SM Standard Missile

SSZ Ständige Strukturierte Zusammenarbeit

UNESCO United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization

VJTF Very High Readiness Joint Task Force

WEU Westeuropäische Union

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Anteil der polnischen Bevölkerung, die Russland und Deutschland als Bedrohung wahrnehmen	92
Abb. 2: Entwicklung des polnischen Verteidigungshaushaltes 1988 - 2015.....	98
Abb. 3: Polnischer Endenergieverbrauch im Jahr 2005 nach Sektoren	141
Abb. 4: Polens Energieerzeugung nach Energieträgern im Jahr 2005.....	142
Abb. 5: Bestehende und geplante Gasleitungen von Polen ins benachbarte Ausland	170

1 Einleitung

1.1 Gegenstand und Fragestellung

Nach einer langen Phase des Bedeutungsverlustes mit Ende des Ost-West-Konfliktes (OWK) hat die Außen- und Sicherheitspolitik¹ in Europa zuletzt wieder spürbar an Bedeutung gewonnen. Wesentliche Gründe dafür waren die russische Annexion der Krim im Jahr 2014 sowie die bis heute andauernde Krise in der Ostukraine. Für die sicherheitspolitische Lage in Europa hatte der russisch-ukrainische Konflikt fundamentale Konsequenzen, so der Vorsitzende der Münchner Sicherheitskonferenz Wolfgang Ischinger:

„Etwas nahezu Unvorstellbares ist Realität geworden: ein Krieg in Europa. [...] Die von vielen Westeuropäern lange vertretene Annahme, dass die Mitglieder von Nato und EU nicht mehr in ihrer territorialen Integrität bedroht seien, hat sich als falsch erwiesen“ (Ischinger, 2014).

Eine unmittelbare Folge des russischen Vorgehens war, dass eine Reihe von EU-Staaten, darunter Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Polen, ihre Verteidigungsbudgets erstmals seit vielen Jahren zum Teil deutlich aufstockten (Riedel, 2016).²

Dabei ist längst ein Allgemeinplatz, dass kein europäischer Staat seine Sicherheit allein gewährleisten kann, zumal der unilateralen Aufrüstung in Zeiten chronisch knapper Staatshaushalte enge Grenzen gesetzt sind. Dass Staaten aufgrund interdependenter Interessen³ bestimmten Herausforderungen nur gemeinsam begegnen

¹ Außen- und Sicherheitspolitik, im Folgenden auch nur Sicherheitspolitik, bezeichnet in dieser Arbeit jenen Teilbereich der Außenpolitik, der „die Schaffung und Wahrung sicherer äußerer (Staats-)Grenzen durch a) militärische Maßnahmen, b) den Aufbau kollektiver Sicherheitssysteme (z. B. Verträge, Bündnisse), c) gegenseitige vertrauensbildende Maßnahmen (z. B. Anerkennung der Grenzen, Verzicht auf einseitige Forderungen) und d) internationalen Austausch“ (Schubert & Klein, 2016) zum Ziel hat. Sie dient der Abwehr externer Bedrohungen und Risiken. Auch wenn der Begriff Sicherheitspolitik im allgemeinen Sprachgebrauch mitunter auch für Maßnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit eines Staates verwendet wird (Schubert & Klein, 2016), entspricht dies per Definition nicht dem Sprachgebrauch dieser Arbeit.

² Vor allem in Frankreich spielte auch die Angst vor islamistischem Terror eine Rolle (Riedel, 2016).

³ Interessen, synonym auch „Ziele“, sind im Verständnis dieser Arbeit von den verfassungsgemäß zuständigen politischen Akteuren definierte staatliche Ziele (Keohane, 1984, S. 122; Rosenau, 1980, S. 291). Interdependenz bezeichnet im Kontext dieser Arbeit wechselseitige Abhängigkeit von Staaten: „Interdependence in world politics refers to situations characterized by reciprocal effects among countries or among actors in different countries“ (Keohane & Nye, 1977, S. 8).

können, ist in der Forschungsdisziplin der Internationalen Beziehungen (IB) wenig umstritten (Beck, 2011). Sie betrifft nach Überzeugung vieler auch den traditionellen Kernbereich der staatlichen Souveränität, die Sicherheitspolitik (Nye, 1990, S. 179). Theoretisch begründet hat dies in den 1980er Jahren u.a. der US-amerikanische Politikwissenschaftler Robert O. Keohane in seiner Theorie des rationalistischen Institutionalismus (RI), bis heute eine der einflussreichsten Denkschulen der IB.⁴

Keohane und seine Mitstreiter gingen davon aus, dass Staaten grundsätzlich in einer zunehmend interdependenten Welt in nahezu allen Bereichen längerfristig zur Kooperation *de facto* gezwungen sein würden, um ihre Ziele erreichen zu können. Im Gegensatz etwa zu einem seiner schärfsten Widersacher, dem Neorealisten John Mearsheimer, war Keohane daher davon überzeugt, dass Internationale Organisationen (IOs), allen voran die Nato und die EU, auch nach Ende des OWK an Relevanz langfristig nicht verlieren, sondern gewinnen würden (Keohane, 1993, S. 297; vgl. dagegen Mearsheimer, 1990). So sah auch in der Ukraine-Krise der bereits zitierte Ischinger in der „Kooperation und Integration de[n] einzige[n] Weg, um dieses Dilemma zu überwinden“ (Ischinger, 2014). Nun arbeiten in kaum einer Weltregion souveräne Nationalstaaten schon jetzt sicherheitspolitisch enger zusammen als in Europa, wo mit der Nato und der EU zwei der sicherheitspolitisch relevantesten IOs⁵ existieren (Peters I., 2004, S. 383).⁶

⁴ Eine weitere, etwa zeitgleich entstandene theoretische Abhandlung mit Fokus auf der ökonomischen Interdependenz findet sich bei Cooper (1986). Die Begriffe „Theorie“, „Denkschule“ und „Paradigma“ werden, einer gängigen Praxis folgend (Burchill & Linklater, 2005, S. 11), im Folgenden synonym verwendet.

⁵ Internationale Organisationen sind nach Keohane neben Konventionen und Regimen eine von insgesamt drei spezifischen Formen von Institutionen (Keohane, 1989, S. 3), von denen letztere als potenzielle Instrumente der polnischen Außen- und Sicherheitspolitik allerdings keine größere Rolle spielen. Der Fokus liegt auf den IOs, namentlich der Nato und der EU (Republic of Poland, 2014, S. 9), verstanden als „zwischenstaatliche Institutionen, die gegenüber ihrer Umwelt aufgrund ihrer organschaftlichen Struktur als Akteure auftreten können und die intern durch auf zwischenstaatlich vereinbarten Normen und Regeln basierende Verhaltensmuster charakterisiert sind“ (Rittberger & Zangl, 2003, S. 25). Im Gegensatz zu Nichtregierungsorganisation basieren IOs i.d.R. auf einem völkerrechtlichen Vertrag. Anders als internationale Regime verfügen sie über Akteursqualität und sind dadurch in der Lage, die Einhaltung von Normen und Regeln durch ihre Mitgliedstaaten aktiv zu überwachen und einzufordern (Rittberger & Zangl, 2003, S. 26; Keohane, 1989, S. 3).

⁶ Mit deutlichen Abstrichen ist hier auch die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zu nennen (Kamp, 2016; Peters I., 2004, S. 383). Diese spielte jedoch im Untersuchungszeitraum nicht zuletzt wegen der Mitgliedschaft Russlands in der polnischen Außen- und Sicherheitspolitik keine zentrale sicherheitspolitische Rolle (Zajac, 2016, S. 85-87) und wird deshalb im weiteren Verlauf dieser Arbeit nicht berücksichtigt.

Gleichzeitig stehen beide Organisationen seit einigen Jahren unter einem hohen Anpassungsdruck. In zahlreichen EU-Staaten hat die EU-Skepsis Hochkonjunktur, und das keineswegs nur in Großbritannien, wo die Bevölkerung im Juni 2016 mehrheitlich für den Austritt aus der EU gestimmt hat. Repräsentativen Umfragen zufolge hätte ein Austritt zu diesem Zeitpunkt auch in Frankreich, den Niederlanden und Italien über vierzig Prozent Befürworter gehabt (Hecking & Tönnemann, 2016). Nicht erst seit der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten befindet sich auch die Nato in einer langfristigen „Anpassungskrise“ (Haftendorn, 2005, S. 1). Nach dem offiziellen Ende des militärischen Kampfeinsatzes der Nato in Afghanistan Ende 2014 ist das Bündnis mehr denn je auf der Suche nach seiner Bestimmung (Kamp, 2016), woran auch die Ukraine-Krise auf längere Sicht nichts ändern dürfte.

Dieser empirische Befund von der Krise der IOs in Europa nicht nur, aber eben auch in der Sicherheitspolitik steht im offenkundigen Widerspruch zu der rationalistisch-institutionalistischen These von der immer engeren Kooperation der Nationalstaaten. Denn wenn es zutrifft, dass die Interdependenz von Interessen stetig zunimmt und diese wiederum zu institutionalisierter Kooperation von Nationalstaaten führt, dann müssten IOs wie die EU und die Nato florieren und nicht kriseln.⁷

Auf der Suche nach den Gründen zeigt sich, dass etwa der Institutionalisierung der Zusammenarbeit innerhalb der EU in der Außen- und Sicherheitspolitik „vor allem von den großen Mitgliedstaaten Grenzen gesetzt“ (Raab, 2016, S. 81) wurden, wohingegen „die kleinen EU-Länder [...] in der Regel zu den Motoren einer vertieften Integration“ (Steinsdorff, 2006, S. 23) gehören. Letzteres folgt aus dem Umstand, dass sie häufig überproportional zu ihrer Größe von der Zusammenarbeit mit größeren Staaten in IOs profitieren (Grieco, 1995, S. 34).

Doch wie gehen zwischen den „Großen“ und den „Kleinen“ angesiedelte mittelgroße Staaten wie Polen mit der Krise von IOs um? Über diese selten im Fokus stehende, heterogene Gruppe von Staaten, mitunter auch als „Mittelmächte“⁸ bezeichnet, ist bislang wenig systematisches Wissen vorhanden (Jäger, 2008, S. 10-11). Zu Unrecht,

⁷ Keohane hatte 1990 sogar einen Wettbewerb von IOs um neue Aufgaben und Funktionen prognostiziert (Keohane, 1990, S. 759).

⁸ Zum Begriff der Mittelmacht vgl. ausführlich Jäger (2008).

denn auch wenn sie weltpolitisch von nachrangiger Bedeutung sein mögen: Als regional einflussreiche Staaten oder sogar Führungsmächte spielen sie gerade in Regionalorganisationen wie der EU als Partner (und Gegenspieler) von Großmächten eine potenziell maßgebliche Rolle. Analytisch interessant sind Mittelmächte auch, weil ihnen sicherheitspolitisch mehrere Optionen offen stehen: So können sie ihr Heil sowohl in der Anlehnung an eine Großmacht als auch im Verbund mit anderen Mittelmächten suchen. Von Kleinstaaten unterscheidet sie, dass sie über ausreichende Ressourcen verfügen (u.a. wirtschaftlich, diplomatisch und/oder militärisch), um für Großmächte als Bündnispartner von solchem Wert zu sein, dass sie hoffen dürfen, diesen Wert in ein gewisses Maß an Einfluss umzumünzen (Jäger, 2008, S. 11-17). Nicht zuletzt können Mittelmächte auch auf unilaterale Maßnahmen zurückgreifen, um die eigene Sicherheit zu stärken, wobei diese im Regelfall nicht ausreichen dürften, um das Machtgefälle im Verhältnis zu einer Großmacht auszugleichen. Vielmehr scheinen Mittelmächte zur Bewältigung sicherheitspolitischer Bedrohungen und Risiken wie Kleinstaaten und im Gegensatz zu Großmächten zur Kooperation gezwungen, verfügen dabei aber über deutlich mehr Optionen als Kleinstaaten.

Eben diese relative Vielfalt an Handlungsoptionen auf der einen und der aus interdependenten Interessen und beschränkten eigenen Fähigkeiten resultierende Druck in Richtung Kooperation machen mittelgroße Staaten zu einem besonders interessanten Untersuchungsgegenstand. Dies folgt auch aus der plausiblen theoretischen Annahme, dass IOs, wie u.a. Keohane immer wieder bekräftigt hat, in erster Linie Instrumente mächtiger Staaten zur Durchsetzung ihrer Interessen sind (Keohane, 1990, S. 751). Hier stellt sich umso mehr die Frage, inwiefern IOs auch von mittelgroßen Staaten als nützliche und effektive Instrumente ihrer Außen- und Sicherheitspolitik wahrgenommen werden und welche Rolle sie in deren Sicherheitsstrategie insgesamt spielen.

Bei der Untersuchung dieser Frage soll im Folgenden mit Polen ein mittelgroßer EU- und Nato-Mitgliedstaat als empirisches Fallbeispiel im Mittelpunkt stehen, das wie eine Reihe anderer EU-Staaten auch (z.B. Spanien, die Niederlande, Schweden) als „Mittelmacht“ (Stürmer, 2006; Jäger, 2008, S. 11, 13-14) bezeichnet werden kann.

Die polnische Außen- und Sicherheitspolitik erscheint als Untersuchungsgegenstand unter den skizzierten theoretischen Gesichtspunkten u.a. deshalb besonders geeignet und aufschlussreich zu sein, weil Polen zum einen bekanntlich über dezidierte außen- und sicherheitspolitische Interessen verfügt. Denn aufgrund seiner Geschichte und nach wie vor prekären geopolitischen Lage hat Sicherheitspolitik in Polen grundsätzlich einen herausgehobenen Stellenwert und wurde in den inzwischen fast drei Jahrzehnten seit der Wiedererlangung der Unabhängigkeit stets aktiv betrieben (Bieńczyk-Missala, 2016).

Trotz großer außen- und sicherheitspolitischer Erfolge wie dem Nato-Beitritt 1999, gefolgt vom EU-Beitritt 2004 und dem verbundenen Sicherheitsgewinn, blieb das Streben nach zusätzlichen Sicherheitsgarantien eine nationale Priorität, so etwa der damalige Präsident Komorowski: "We must continuously bear in mind the security of our country; we must constantly strive for it" (The National Security Bureau, 2013, S. 6). Zuletzt haben die Ereignisse in der Ukraine das bis dahin im Langzeittrend eher zunehmende Sicherheitsgefühl in Polen erneut nachhaltig erschüttert und Sicherheitspolitik wieder mit Nachdruck ins Zentrum des politischen und öffentlichen Interesses gerückt (Sikorski, 2014; Bieńczyk-Missala, 2016, S. 107-108).⁹

Zum anderen hat sich Polen entgegen dem allgemeinen Trend zur „Renationalisierung der Sicherheitspolitik“ (Raab, 2016, S. 81) in weiten Teilen Europas bis zum Regierungswechsel 2015 kontinuierlich und aktiver als die meisten anderen Mitgliedstaaten für eine Stärkung der sicherheitspolitischen Kooperation sowohl innerhalb der EU als auch der Nato eingesetzt, vor allem unter der 2007-2015 regierenden Koalition aus „Bürgerplattform“ (*Platforma Obywatelska*, PO) und „Bauernpartei“ (*Polskie Stronnictwo Ludowe*, PSL). Kaum ein anderer EU-Staat hat das Ziel einer Integration der

⁹ Ein deutliches politisches Signal in diese Richtung war die Ernennung von Verteidigungsminister Tomasz Siemniak (PO) zum stellvertretenden Ministerpräsidenten im September 2014, ein Novum in der polnischen Politik (Deutsche Welle, 2014). Ministerpräsidentin Beata Kopacz begründete dies ausdrücklich mit der erforderlichen Stärkung der Armee (Die Welt, 2014). Im April 2014 sorgte sich fast die Hälfte der polnischen Staatsbürgerinnen und -bürger um die Unabhängigkeit Polens, mehr als je zuvor seit dem Ende des Warschauer Paktes, und rund 80 Prozent sahen in Russland eine Bedrohung für Polen (CBOS Public Opinion Research Center, 2014, S. 3; vgl. Abb. 1 auf S. 84). Dagegen hatten noch im Dezember 2011 über 70 Prozent der Polen für ein sicheres Land gehalten, was dem höchsten Stand seit der Wiedererlangung der Unabhängigkeit entsprach (The National Security Bureau, 2013, S. 76).

nationalen Sicherheitspolitiken einschließlich der Energiepolitik, die in Polen fast schon traditionell als Teil der Sicherheitspolitik gilt, in diesem Zeitraum vehementer artikuliert und verfolgt.

Auch durch den Wechsel des damaligen Ministerpräsidenten Donald Tusk Ende des Jahres 2014 an die Spitze des Europäischen Rates schien sich somit zu bewahrheiten: „Mit Polen ist zu rechnen, wenn es um Führung in Europa geht“ (Stürmer, 2006). Bis zum Regierungswechsel im Herbst 2015 schien Polens Weg angesichts der Europa-kritischen Tendenzen in zahlreichen anderen Mitgliedstaaten sowie in Polen selbst in den Jahren 2005-2007 vom „Störenfried zur Gestaltungsmacht“ (Lang, 2009, S. 589) geradezu mustergültig (vgl. auch Kratochvil & Mišík, 2015, S. 23; Bujanowski, 2014, S. 1).

Jedoch blieben, um ein zentrales Ergebnis der empirischen Untersuchung vorwegzunehmen, die wahrgenommenen Defizite und Grenzen der multilateralen Zusammenarbeit in EU und Nato für die polnische Sicherheitspolitik nicht ohne Konsequenzen: So verkündete die damalige Regierung beispielsweise im Jahr 2013 das größte und teuerste polnische Rüstungsprogramm seit der Wiedererlangung der Unabhängigkeit. Dieses lässt sich, wie noch zu sehen sein wird, als Element einer ‚Strategie der begrenzten Unabhängigkeit‘ erklären, mit der Polen im Untersuchungszeitraum nicht zuletzt die Schlussfolgerungen aus den bereits skizzierten Schwierigkeiten von Nato und EU zog.

Vor diesem Hintergrund lautet die Fragestellung der vorliegenden Arbeit:

- Wie haben die jeweiligen polnischen Regierungen Funktion und Effektivität der EU und der Nato als Sicherheitsorganisationen in den Jahren 2005-2015 wahrgenommen? Inwiefern wurden sie als nützliche Instrumente für das Erreichen eigener sicherheitspolitischer Ziele gesehen und haben gemäß der Erwartung des RI über Zeit an Bedeutung gewonnen?
- Welche Bedeutung hatten gegenüber dem theoretisch erwarteten Bedeutungsgewinn internationaler Sicherheitsorganisationen noch uni- und bilaterale Aktivitäten und Maßnahmen?

- Welche theoretischen Schlussfolgerungen (und weiterführende Fragen) ergeben sich aus der empirischen Untersuchung für das Verhalten mittelgroßer Mitgliedstaaten in internationalen Sicherheitsorganisationen?

Das Erkenntnisinteresse des Verfassers gilt folglich der polnischen außen- und sicherheitspolitischen Strategie¹⁰ der Jahre 2005-2015. Der Analyse geht notwendigerweise eine Bestandsaufnahme der sicherheitspolitischen Ziele Polens im Untersuchungszeitraum voran. Aus dieser ergeben sich als die beiden wesentlichen Handlungsfelder der polnischen Sicherheitspolitik die „klassische“ militärische Sicherheitspolitik sowie mit der Energiesicherheitspolitik eine unkonventionelle Form der Sicherheitspolitik.

Energiepolitik ist zwar nach Auffassung mancher Sicherheitsexperten mittlerweile in ganz Europa Sicherheitspolitik (Ischinger, 2014), besonders aber und seit mehr als einem Jahrzehnt in Polen. Energiepolitik wurde und wird in Polen seit dem ersten russisch-weißrussischen Gaskonflikt und erst recht nach dem ersten russisch-ukrainischen Gaskonflikt 2006 als Teil der Sicherheitspolitik interpretiert (Lang, 2007, S. 11). Zwischenzeitlich, während der ersten Regierungszeit der rechtskonservativen Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (*Prawo i Sprawiedliwość*, PiS) 2005-2007, wurde der Energiedimension sogar die mit Abstand größte Bedeutung in der Sicherheitspolitik beigemessen. Dies änderte sich während der folgenden rechtsliberalen Regierung im Zuge des Georgien-Krieges 2008, als die militärische Sicherheitspolitik wieder stärker in den Fokus der politischen Aufmerksamkeit rückte, wobei die Energiesicherheitspolitik darüber keineswegs an Bedeutung verlor. Vielmehr setzte sich die Auffassung durch, dass über dieser nicht-konventionellen Form der Bedrohung die traditionelle militärische Bedrohung nicht ignoriert werden dürfe. Beiden sicherheitspolitischen Handlungsfeldern gemein war, dass als Quelle der Bedrohung und Risiken jeweils ein Land – Russland – identifiziert wurde, anders als zu diesem Zeitpunkt in vielen anderen Ländern der Nato und der EU, so ein deutscher Sicherheitsexperte:

¹⁰ Strategie bezeichnet die „Entwicklung und Durchführung einer Gesamtkonzeption, die auf ein langfristig angestrebtes (Gesamt-)Ziel gerichtet ist“ (Schubert & Klein, 2016). Sie gibt an, mit Hilfe welcher Instrumente, Maßnahmen und Aktivitäten ein zuvor festgelegtes Ziel erreicht werden soll.

“[S]ecurity thinking in Poland is apparently informed by traditional threat scenarios with ‘symmetrical’ structures. This means that its potential opponents are not terrorists or organized crime, but rather other countries, particularly Russia” (Volker Perthes zitiert nach Müller-Härlein & Zägel, 2008, S. 34).

Die oben genannten Fragen sollen im Rahmen zweier Fallstudien geklärt werden, in denen je eines der beiden im Untersuchungszeitraum dominierenden sicherheitspolitischen Handlungsfelder, als die hier die Energiesicherheitspolitik und die militärische Sicherheitspolitik skizziert wurden, einer ausführlichen Analyse unterzogen wird.

Ziel der Arbeit

Wie die Fragestellung bereits deutlich macht, verfolgt die vorliegende Arbeit sowohl ein empirisches als auch ein theoretisches Erkenntnisinteresse. Die Arbeit will einen Beitrag zum wissenschaftlichen Verständnis der polnischen Außen- und Sicherheitspolitik der Jahre 2005 bis 2015 leisten. Eine besondere politische Relevanz Polens ergibt sich dabei aus seiner Größe und geopolitischen Lage: Als größter der mittelosteuropäischen Mitgliedstaaten ist Polen zwar nicht im eigentlichen Wortsinne repräsentativ für diese Region, kann aber als einflussreiche regionale Führungsmacht gelten (Kratochvil & Mišík, 2015, S. 11). Die Arbeit leistet somit auch einen Beitrag zu der im Zuge der EU-Osterweiterung geforderten „Osterweiterung der Länderexpertise“ (Beichelt, 2004, S. 10).

Gleichzeitig soll das theoretische Wissen über das Verhalten mittelgroßer Mitgliedstaaten in internationalen Sicherheitsorganisationen erweitert werden, auch wenn die Begrenzung der Untersuchung auf ein Land eine Generalisierbarkeit der Ergebnisse nicht ohne weiteres erlaubt. Vielmehr sollen aus der intensiven Einzelfallbetrachtung tentative theoretische Schlussfolgerungen gezogen werden, die es im weiteren Forschungszyklus durch eine Erhöhung der Fallzahl zu erhärten gilt.

Untersuchungszeitraum

Die Wahl des Untersuchungszeitraumes 2005-2015 folgt zum einen aus dem Umstand, dass Polen seit 2004 Mitglied sowohl der Nato als auch der EU ist und damit in zwei bedeutenden IOs und tatsächlichen (Nato) oder potenziellen (EU) Sicherheitsorganisationen. Somit beginnt die Untersuchung mit der ersten Regierung, deren Amtszeit

nach erfolgtem EU-Beitritt begann: der rechtskonservativen PiS-Regierung, die von Ende 2005 zunächst als geduldete Minderheitsregierung unter Ministerpräsident Kazimierz Marcinkiewicz und ab Juni 2006 als Koalitionsregierung (mit der *Samoobrona* [„Selbstverteidigung“] und der *Liga Polskich Rodzin* [„Liga Polnischer Familien“, LPR]) mit Jarosław Kaczyński an der Spitze bis zum Herbst 2007 regierte. Durch vorgezogene Neuwahlen endete ihre Amtszeit und begann die zwei Legislaturperioden lang bis Herbst 2015 währende Regierungszeit von PO und PSL unter Ministerpräsident Tusk (2007-2014) und dessen Nachfolgerin Ewa Kopacz (2014-2015).

Zum anderen sind die Jahre 2005 bis zur Annexion der Krim und der Ukraine-Krise im Jahr 2014 dadurch gekennzeichnet, dass die jeweiligen polnischen Regierungen dezidierte sicherheitspolitische Interessen verfolgten, diese jedoch in weiten Teilen nicht mit den Interessen der einflussreichen großen Mitgliedstaaten von Nato und EU übereinstimmten. Erst im Zuge der Ereignisse des Jahres 2014 fand eine gewisse Annäherung der Bedrohungsperzeptionen und sicherheitspolitischen Interessen der Mitgliedstaaten statt. Somit versprechen die Jahre 2005-2014, als die Divergenz der Interessen in EU und Nato am größten war, unter theoretischen Gesichtspunkten besonders aufschlussreich zu sein. Nicht zuletzt liegt es in der Natur der Sache, dass dieser Zeitraum noch weniger gut erforscht ist als die Zeit vom Beginn der Dritten Republik 1989 bis einschließlich der US-geführten Irak-Intervention im Jahr 2003.

Die Wahlniederlage der amtierenden Regierung im Herbst 2015 und die erneute Übernahme der Regierungsgeschäfte durch die PiS, diesmal mit einer absoluten Mehrheit der Sitze im Parlament ausgestattet, bilden zugleich das Ende des Untersuchungszeitraums dieser Arbeit. Die Außen- und Sicherheitspolitik der aktuell amtierenden PiS-Regierung ist somit nicht mehr Bestandteil der Untersuchung.

1.2 Stand der Forschung

Das Jahr 1989 und die ersten halbfreien Wahlen in Polen markieren den Beginn der sog. Dritten Republik und mit ihr einer unabhängigen polnischen Außen- und Sicherheitspolitik. Folglich handelt es sich um ein im Vergleich zu etablierten westlichen Demokratien noch jüngeres Forschungsfeld, was sich entsprechend auch im Forschungsstand widerspiegelt. Theoriegeleitete Untersuchungen bilden bislang die

Ausnahme, auch wenn hier in den vergangenen Jahren ein gewisser Aufwärtstrend zu erkennen ist.¹¹

Die Periode von der Erlangung der Unabhängigkeit bis etwa zum Engagement im Irak-Krieg an der Seite der USA im Jahr 2003 kann bereits als relativ gut erforscht gelten. Dagegen ist der Zeitraum ab dem EU-Beitritt 2004 ein aus politikwissenschaftlicher Perspektive noch weitgehend unbestelltes Feld. Das gilt besonders für den Zeitraum ab 2007, als eine Koalition der rechtsliberalen PO und der PSL die Regierung bildete und bis 2015 zwei volle Legislaturperioden lang amtierte – ein Novum in der jüngeren polnischen Geschichte.

Einen bis heute richtungsweisenden und für spätere, auch westeuropäische Arbeiten grundlegenden Überblick über die polnische Sicherheitspolitik der Jahre 1989-2000 gibt der gleichnamige vom polnischen Politologen Roman Kuźniar herausgegebene Sammelband *Poland's Security Policy 1989-2000* aus dem Jahr 2001 (Kuźniar, 2001). Der Schwerpunkt des Buches liegt auf der Darstellung des polnischen Weges in die euro-atlantischen Bündnisstrukturen. Im Jahr 2009 ließ Kuźniar mit *Poland's Foreign Policy after 1989* (Kuźniar, 2009) eine Überblicksdarstellung der gesamten Außenpolitik folgen, die im Jahr 2007 endet.

Im englisch- und deutschsprachigen Raum hatten mutmaßlich vor allem Polens Nato-Beitritt, die Beteiligung an der US-geführten „Koalition der Willigen“ im Irak sowie der EU-Beitritt katalysierende Wirkung auf die politikwissenschaftliche Polen-Forschung. Richtungsweisend sind hier der Sammelband *Poland – A New Partner in Transatlantic Security* (Zaborowski & Dunn, 2003) und *The New Atlanticist: Poland's Foreign and Security Policy Priorities* (Longhurst & Zaborowski, 2007). Beide nehmen jeweils die Gesamtheit der polnischen Außen- und Sicherheitspolitik in den Blick, ebenso wie die deutschsprachige Dissertation *Zwischen Europa und Amerika: Polens Außen- und Sicherheitspolitik nach 1989* (Ziemer V., 2008). Der polnischen Sicherheitspolitik der Jahre 1999-2006 widmet sich die Dissertation *Securitising the State and*

¹¹ Betrachtet werden im Folgenden deutsch- oder englischsprachige politikwissenschaftliche Monographien, Sammelbände und Aufsätze. Ausgenommen sind atheoretische, vorwiegend deskriptive Darstellungen und *policy papers*, die gleichwohl als Quellen zur Datenerhebung berücksichtigt werden.

the Nation? (Hofmann, 2009). Mit spezifischen Teilaspekten der Außenpolitik beschäftigen sich die Dissertationen von Gerhardt über die Polnische Ostpolitik der Jahre 1989-2004 (Gerhardt, 2007), von Münch und Bujanowski über die polnische Europapolitik (Münch, 2007; Bujanowski, 2014) und von Frank über die *Natoisierung polnischer und tschechischer Sicherheitspolitik* (Frank, 2010). In diese Gruppe gehört auch die Monographie von Chappell über Polen und die GSVP der EU (Chappell, 2012).

Mehrere theoriegeleitete Artikel finden sich darüber hinaus im Sammelband *Deutschland und Polen. Die europäische und die internationale Politik* (Jäger & Dylla, 2008a), beispielsweise über die Gründe des polnischen Irak-Einsatzes (Dylla, 2008) und eine Analyse des Verfassers der vorliegenden Arbeit über die überragende Bedeutung Russlands in der polnischen Bedrohungsanalyse (Wassenberg, 2008).

In der Zusammenschau dürfen die ersten rund 15 Jahre der polnischen Außen- und Sicherheitspolitik seit 1989 und ihre wichtigsten Teilbereiche, geprägt durch den Weg in die euro-atlantischen Strukturen und die bis dato „spektakulärste“ Handlung, die Beteiligung am Irak-Krieg im Jahr 2003, als relativ gut erforscht gelten.

Seither haben sich die innen- und außenpolitischen Bedingungen der polnischen Außen- und Sicherheitspolitik beständig und grundlegend gewandelt. Polen ist mittlerweile ein etabliertes EU-Mitglied (Kratochvil & Mišík, 2015, S. 23), hat mehrere Regierungswechsel erlebt, die Wehrpflicht abgeschafft und das bis dato größte Rüstungsprogramm seiner Geschichte verkündet. Gravierende äußere Ereignisse haben sich in der östlichen Nachbarschaft Polens ergeben, zunächst mit dem Georgien-Krieg 2008 und sodann der russischen Annexion der Krim und dem Konflikt in der Ostukraine. Der erneute Regierungswechsel im Herbst 2015 und das Ende der achtjährigen PO/PSL-Regierungszeit ist somit ein guter Zeitpunkt, um die Jahre seit dem EU-Beitritt und dem letzten Regierungswechsel einer theoretisch fundierten Analyse zu unterziehen.

Neben dieser ersten, empirischen Forschungslücke, die vor allem die Regierungsjahre seit 2007 betrifft, sticht auf der theoretischen Ebene eine interessante Gemeinsamkeit des überwiegenden Teils der bisherigen Forschung zur polnischen Außen- und Sicherheitspolitik ins Auge. So sind die meisten der genannten Arbeiten dem

konstruktivistischen Paradigma zuzuordnen. Die Autoren ziehen etwa die Rollentheorie, nationale Identität und das Konzept der strategischen Kultur heran, um beispielsweise das Streben in westliche Bündnisstrukturen und vor allem die enge Anbindung an die USA zu erklären (Osica, 2005a). Begründet wird die Theoriewahl stets mit der Rolle der Geschichte, die das Denken und Handeln der politischen Klasse in Polen immer noch präge.

Diese Herangehensweise mag für die ersten Jahre der unabhängigen polnischen Außen- und Sicherheitspolitik überzeugen. Denn nach Alexander Siedschlag ist die strategische Kultur vor allem dann relevant, wenn „fehlende eigene sicherheitspolitische ‚Konstruktionserfahrungen‘ von Staaten durch den kulturellen Faktor substituiert werden“ (Siedschlag, 2006, S. 35). Insofern lag es sicherlich nah, diesen Ansatz für eine junge Demokratie wie Polen heranzuziehen, in der die „Gegenwart der Vergangenheit“ (Pänke, et al., 2007) in den ersten Jahren der unabhängigen Außenpolitik nur allzu offensichtlich war.

Doch Siedschlag argumentiert zurecht, dass der kulturelle Faktor im Laufe des Erwerbs neuer, eigener Erfahrungen durch politische Entscheidungsträger zunehmend an Relevanz verliere und damit andere, beispielsweise rationalistische, theoretische Ansätze an Erklärungskraft gewannen (Siedschlag, 2006, S. 35). So wird der polnische Atlantizismus in der ersten Dekade der Dritten Republik typischerweise erklärt als „Produkt Polens traumatischer nationaler Geschichte, die weiterhin Polens außen- und sicherheitspolitisches Verhalten beeinflusst“ (Osica, 2005a, S. 116). Gleichzeitig wird der Irak-Krieg vielfach als Beginn einer neuen Ära gedeutet, in der bis dato wenig reflektierte Prämissen der polnischen Außen- und Sicherheitspolitik überdacht und zu einer graduellen strategischen Neuausrichtung geführt hätten (Osica, 2005a, S. 116; Longhurst, 2008).

Spätestens für den hier zugrunde liegenden Untersuchungszeitraum ist klar erkennbar, dass sich polnische Entscheidungsträger bei ihren Einschätzungen durchaus nicht nur auf historische Erfahrungen, sondern auch und hauptsächlich auf aktuelle Ereignisse gestützt haben. Der reflektierte Umgang mit der Geschichte zeigt sich auch darin, dass der damalige Außenminister Sikorski explizit dem Eindruck widersprach, an einem „ewigen Unsicherheitskomplex“ (Sikorski, 2011a, S. 11) zu leiden.

Wie Sikorski sagte, resultiere das Misstrauen gegenüber Russland keineswegs nur aus der Vergangenheit, sondern in erster Linie aus dem Verhalten Moskaus in der Gegenwart. Auch sein Nachfolger Grzegorz Schetyrna nahm für sich eine Trennung der „Geschichte von der aktuellen Politik“ (zitiert nach Stieger, 2015) in Anspruch und verwies zurecht auf das ungleich bessere Verhältnis zu Deutschland, das allein aus der Geschichte und mit dem eher statischen Konzept der strategischen Kultur nur schwer zu erklären ist.¹²

Nach Überzeugung des Verfassers können somit rationalistische Theorien einen wichtigen Beitrag zum Verständnis der polnischen Außen- und Sicherheitspolitik der vergangenen Jahre leisten, wurden aber bislang höchstens vereinzelt angewendet: Frank ist eine instruktive Synthese von konstruktivistischen, historisch-institutionalistischen und rational-institutionalistischen Perspektiven gelungen, allerdings wie schon beschrieben nur für einen kleinen Teilaspekt der polnischen Sicherheitspolitik (Frank, 2010). Der Verfasser selbst hat unter Rückgriff auf das neorealistische Paradigma die Grundzüge der polnischen Außen- und Sicherheitspolitik der Jahre 2005-2007 erklärt (Wassenberg, 2008). Um die Dynamik der vergangenen Jahre adäquat in den Blick nehmen zu können, erscheint dem Verfasser daher eine umfassendere rationalistische Betrachtung des Zeitraums 2005-2015 an der Zeit.

1.3 Der rationalistische Institutionalismus als analytische Linse

Einer einst von King, Keohane und Verba aufgestellten Prämisse zufolge sollte „Theorie nur so kompliziert sein [...], wie all unsere Evidenz nahelegt“ (King, Keohane, & Verba, 1994, S. 20). Diesem Leitsatz entsprechend wird für die vorliegende Untersuchung mit dem RI ein Ansatz als Grundlage der empirischen Analyse gewählt, der hinsichtlich der Fragestellung und des Untersuchungsgegenstandes besonders fruchtbar zu sein verspricht. Dies geschieht in dem Bewusstsein, dass in den IB eine Vielzahl

¹² Nach Auffassung des Verfassers darf über der berechtigten Betonung des Faktors Geschichte zudem nicht verkannt werden, dass Politiker die Geschichte gern zur Begründung ihrer Politik heranziehen, dahinter aber häufig handfeste Interessen stecken. Schließlich sind Politiker wie kaum eine zweite Berufsgruppe darin geübt, ihre Positionen ideologisch zu begründen (Moravcsik, 2001, S. 236).

alternativer Theorieangebote existiert, von denen jedoch keines den Anspruch auf Überlegenheit, geschweige denn Allgemeingültigkeit erheben kann (Ruggie, 1998, S. 882).

Der hier herangezogene RI gilt vielen neben dem Neorealismus und dem Sozialkonstruktivismus als eine der einflussreichsten theoretischen Denkschulen der IB (Rittberger & Zangl, 2003, S. 34, 38).¹³ Seine fortdauernde Relevanz erklärt sich zum einen neben seiner theoretischen Eleganz vor allem aus der im historischen Langzeit-trend immer noch wachsenden Bedeutung von IOs in zahlreichen Problemfeldern staatlichen Handelns (Rittberger & Zangl, 2003, S. 40-41). Zu nennen sind hier u.a. der Fortbestand sowie die thematische und geografische Ausweitung von EG/EU und Nato nach dem Ende des Kalten Krieges, deren Auseinanderfallen etwa der Neorealist John Mearsheimer prognostiziert hatte (Mearsheimer, 1990). Zum anderen kann der RI für sich in Anspruch nehmen, ein progressives Forschungsprogramm im Lakatos-schen Sinne (Lakatos, 1978; Elman & Elman, 2003) zu sein, dessen vor allem von Robert O. Keohane formulierte Grundlagen durch nachfolgende Generationen von Forscherinnen und Forschern aufgenommen und weiterentwickelt worden sind (Checkel, 2010, S. 13; Keohane & Martin, 2003, S. 104).

Der RI ist im Wesentlichen in Abgrenzung zu dem von Kenneth Waltz geprägten Neorealismus (Waltz, 1979) entstanden und hat bis in die 1990er Jahre hinein mit ihm zusammen die Theoriedebatte in den IB dominiert (Checkel, 1998, S. 324; Powell, 1994, S. 313). Seine wesentliche Einsicht und zugleich der Grund, warum er in dieser Arbeit gegenüber diesem vorgezogen wird, lautet:

„In addition to states operating under anarchy, the international system is characterized by institutions of various types. Although institutions cannot force states to cooperate or act contrary to their interests, they enable states to cooperate when it is difficult yet in their interests to do so“ (Wallander, 1999, S. 5).

Im Gegensatz zum Neorealismus betrachten Vertreterinnen und Vertreter des RI den von jenem postulierten anarchischen Urzustand des internationalen Systems nicht als unüberwindbar. Vielmehr differenzieren sie die Staatenwelt in von unterschiedlichen

¹³ In Großbritannien hat sich zudem die sog. Englische Schule als besonders einflussreich erwiesen (Burchill & Linklater, 2005, S. 25).

Graden an Interdependenz gekennzeichnete Weltregionen. Mit am weitesten fortgeschritten ist die Interdependenz von Staaten in Europa, das Keohane daher einst gemeinsam mit Nordamerika und Japan als „Zone komplexer Interdependenz“ (Keohane, 1989, S. 9) bezeichnet hat.¹⁴ Mit seiner differenzierten Weltsicht und dem spezifischen Fokus auf internationalen Institutionen scheint der RI eher als der Neorealismus einem hoch-institutionalisierten politischen Umfeld wie Europa gerecht zu werden (Keohane, Haftendorn, & Wallander, 1999, S. 335).

Zugleich weisen beide, RI und Neorealismus, bedeutende Leerstellen und Defizite auf, die gegen Ende der 1980er und - begünstigt durch das Ende des OWK, für das weder dieser noch jener zufriedenstellende Erklärungen anboten -, in den 1990er Jahren zur Erweiterung des theoretischen „Mainstreams“ um weitere theoretische Ansätze führten. Dies führte zu einer erheblichen theoretischen Ausdifferenzierung der IB und einem schwer zu überschauenden Theorienpluralismus (Deitelhoff & Zürn, 2016; Kleine, 2005).¹⁵

Obschon gegen rationalistische Theorien einschließlich des RI erhebliche und z.T. berechtigte Kritikpunkte bestehen (vgl. Kapitel 2.1 und 2.9 in dieser Arbeit), ist doch keine alternative Theorie in Sicht, die ihn vollständig obsolet erscheinen ließe: „kein Ansatz kann Anspruch auf ein Monopol auf Wahrheit erheben – oder auch nur auf nützliche Einsichten“ (Ruggie, 1998, S. 882). Völlig zurecht konstatiert Wessels die Abwesenheit eines „Theoriedarwinismus“ (Wessels, 2005, S. 428): „Damit bildet nicht der Wechsel von Paradigmen [...], sondern die Differenzierung und pluralistische Koexistenz Grundtrends unserer Wissenslandschaft“ (Wessels, 2005, S. 428).

¹⁴ Damit ist ein Zustand zwischen den Staaten einer Region gemeint, in dem die Androhung oder gar Anwendung von Gewalt undenkbar geworden ist und in den Beziehungen der Staaten untereinander keinerlei Rolle mehr spielt. Gleichwohl kann militärische Gewalt in den Beziehungen zu Staaten außerhalb dieser Region immer noch von Bedeutung sein (Keohane & Nye, 1977, S. 24-29). Das Konzept der komplexen Interdependenz weist somit deutliche Parallelen zum Konzept der pluralistischen Sicherheitsgemeinschaft von Karl W. Deutsch auf. Deren definitorisches Merkmal ist, dass unter mehreren souveränen Staaten die Erwartung kriegerischer Handlungen untereinander keine Rolle mehr spielt und für den Kriegsfall untereinander keine Vorbereitungen ergriffen werden (Deutsch, 1979, S. 180, 182). Obschon Mitbegründer des Konzepts der komplexen Interdependenz, hat Nye übrigens in seinem späteren Werk die Möglichkeit der Existenz einer solchen „gewaltfreien Zone“ im internationalen System verneint, da die Anwendung von Gewalt auch zwischen befreundeten Staaten niemals gänzlich ausgeschlossen werden könne (Nye, 1990, S. 30-31), was der neorealistischen Argumentation entspricht.

¹⁵ Vgl. zum Theorienpluralismus ausführlicher Kapitel 2.1.

Während in diesem Punkt in den IB weitgehend Einigkeit herrscht, ziehen führende Köpfe aus dem Theorienpluralismus jeweils unterschiedliche Schlussfolgerungen. Im Wesentlichen lassen sich hier zwei Strategien unterscheiden: diejenige der „Brückenbauer“ (Kratochvil & Tulmets, 2010, S. 24), die in der Kombination zweier oder mehr Ansätze den Weg nach vorne sehen; oder aber die bewusste Beschränkung auf einen Ansatz, der für die Erklärung einer bestimmten Frage zu einem klar umrissenen Ausschnitt der internationalen Politik herangezogen wird (Kratochvil & Tulmets, 2010).

In der Kombination mehrerer theoretischer Perspektiven erkennen stellvertretend für viele Katzenstein, Keohane und Krasner den Weg nach vorne (1998, S. 682; vgl. auch Keohane & Martin, 2003, S. 96). Auch für Jahn „gehört zu jeder empirisch orientierten Arbeit, sich einen Mix aus theoretischen Elementen widerspruchsfrei zusammenzustellen“ (Jahn, 2013, S. 295), d.h. in der individuellen Kombination verschiedener theoretischer Elemente mit dem Ziel, „den Forschungsgegenstand möglichst differenziert zu erfassen“ (Jahn, 2013, S. 295).¹⁶

Während dieser „analytische Eklektizismus“ (Sil & Katzenstein, 2010, S. 411) zweifellos komplexere Erklärungen politischer Phänomene erlaubt als nur ein theoretischer Ansatz, ist er dennoch nicht unumstritten. Denn er steht nicht nur im Widerspruch zu der eingangs zitierten Forderung nach Sparsamkeit theoretischer Erklärungen. Es ist auch unklar, ob höhere Komplexität auf dem theoretischen Level und die

¹⁶ Dieses Vorgehen ist in erster Linie ein Merkmal sog. y-zentrierter Forschungsdesigns, die ein bestimmtes Phänomen oder Ereignis umfassend erklären wollen: „auf der Suche nach befriedigenden Erklärungen kombinieren sie mehrere theoretische Ansätze und aus diesen abgeleitete Erklärungsvariablen“ (Ganghof, 2016, S. 2). Eines von vielen Beispielen, wie dies in der Forschungspraxis aussehen kann, findet sich bei Schimmelfennig mit einer Synthese aus rationalistisch-institutionalistischen und konstruktivistischen Elementen (Schimmelfennig, 2003). Er legt seinem Modell zunächst die Annahme rationaler Akteure mit fixen, exogenen Interessen zugrunde, auf deren Basis sie strategisch interagieren. „Seine“ Akteure folgen per Definition ausschließlich der Logik der Folgerichtigkeit. Zugleich interagieren sie jedoch miteinander innerhalb einer „Gemeinschaftsumgebung“ (Schimmelfennig, 2003, S. 159), die durch eine kollektive, auf gemeinsamen Werten und Normen beruhende Identität sowie eine hohe Interaktionsdichte charakterisiert wird. Mit diesem rein instrumentellen Normenverständnis bleibt Schimmelfennigs Modell im Kern jedoch rationalistisch (Schimmelfennig, 2003, S. 159-160). Gewissermaßen den konstruktivistischen Gegenentwurf einer Synthese präsentiert Müller, wenn er grundsätzlich davon ausgeht, dass Verhalten immer normen- und regelgesteuert und die Logik der Angemessenheit als den anderen beiden übergeordnet anzusehen sei. In den Modus des Argumentierens oder strategischen Verhandeln hingegen träten Akteure nur dann ein, wenn dies normativ zulässig sei (Müller, 2004, S. 411-414).

möglichst umfassende Beschreibung des Forschungsgegenstands zwangsläufig zu wissenschaftlichem Fortschritt führen (Jahn, 2013, S. 295).

Kratochvil und Tulmets halten dieses Vorgehen nicht zuletzt wegen der unvereinbaren ontologischen Grundannahmen¹⁷ von Konstruktivismus und Rationalismus für problematisch:

„Indeed the strategy of the bridge-builders is not a fruitful one – and we should give up the illusion of a grand theoretical synthesis encompassing a unified ontology of international relations“ (Kratochvil & Tulmets, 2010, S. 24).

Ohnehin halten im Hinblick auf konkrete empirische Fragen und Rätsel ebenso zahlreiche Autoren die Relevanz der oben skizzierten theoretischen Differenzen in der praktischen Anwendung für überbewertet (Risse, 2003, S. 28; Checkel, 2005, S. 818-819). Für einen pragmatischen Umgang mit der Theorienvielfalt plädieren beispielsweise Fearon und Wendt und verweisen zurecht auf „die Tatsache, dass man nicht alles gleichzeitig untersuchen kann“ (Fearon & Wendt, 2002, S. 53). Sie schlagen vor, theoretische Ansätze nicht als (notwendigerweise unvollständige) adäquate Beschreibungen der Welt zu verstehen, sondern vielmehr als bewusst vereinfachende „analytische Instrumente oder Linsen“ (Fearon & Wendt, 2002, S. 53), deren Relevanz von der jeweils gestellten Frage abhängt. Dieses Vorgehen halten auch andere Autoren für vielversprechender als die Kombination verschiedener Ansätze (Kratochvil & Tulmets, 2010, S. 24; Zürn & Checkel, 2005, S. 1075).

Diesem hier skizzierten pragmatischen Vorgehen zufolge hängt die Wahl eines theoretischen Ansatzes in erster Linie von dessen vermuteter Relevanz für die gewählte Fragestellung ab, ebenso wie die Entscheidung für einen oder für die Kombination mehrerer Ansätze. So sehen zum Teil auch führende Konstruktivisten rationalistische Ansätze trotz ihrer unbestrittenen Schwächen unter bestimmten Voraussetzungen als relevant und aussagekräftig an:

„The framing of problems and research strategies should be question-driven rather than method-driven, and if we are not interested in identity- and interest-formation, we may find the assumptions of a rationalist discourse perfectly reasonable“ (Wendt, 1992, S. 423).

¹⁷ Ein Beispiel sind die in Fußnote 17 angedeuteten gegensätzlichen Positionen darüber, ob Akteure nun Interessen-basiert handeln und Normen lediglich strategisch einsetzen oder umgekehrt, ideologisch getriebene Akteure Interessen nur zur Begründung heranziehen.

Die Entscheidung für ein rationalistisch-institutionalistisches Forschungsdesign in dieser Arbeit resultiert entsprechend in erster Linie aus dem Erkenntnisinteresse an der außen- und sicherheitspolitischen Strategie eines EU- und Nato-Staates. Genau hier darf der rationalistische Institutionalismus mit seinem instrumentellen Verständnis von IOs Erklärungskraft und ein gewisses Alleinstellungsmerkmal für sich beanspruchen:

„Institutional theory does help us explain strategies, since those strategies are affected not only by fundamental preferences but by the constraints and opportunities in their environment, including those provided by international institutions“ (Keohane & Martin, 2003, S. 96).

Gerade in Europa, „der Welt dichtesten Arena von internationalen Institutionen“ (Gourevitch, 1999, S. 626), sollten „institutionalistische Argumente über den Effekt von Institutionen auf staatliche Strategien [...] zutreffen, wenn überhaupt irgendwo“ (Keohane, Nye, & Hoffmann, 1993, S. v; vgl. auch Wallander, 1999, S. 6).

Mit seinem konsequenten Streben nach dem Beitritt zu Nato und EU und seinem über viele Jahre intensiven Engagement scheint Polen zudem ein geradezu mustergültiger Beleg für die Relevanz von IOs als Elemente staatlicher Strategie zu sein. Zugleich ist Polen innerhalb der EU dafür bekannt, dass es eigene Interessen dezidiert äußert und verfolgt. Dabei verstößt es des Öfteren auch gegen informelle Regeln und Konventionen (Kratochvil & Mišík, 2015, S. 23), was zusätzlich gegen die Wahl eines konstruktivistischen und für die Wahl eines rationalistischen Ansatzes spricht.

Die Wahl des RI erscheint schließlich auch deshalb gerechtfertigt, weil die Entstehung und der Wandel von Interessen ausdrücklich nicht im Fokus der vorliegenden Arbeit liegen. Denn hier liegt eine der erklärten Leerstellen dieser Theorie, wie Keohane selbst klarstellt:

“[I]t [der RI; Anm. d. Verf.] does not seek to explain preferences.¹⁸[...] They are a starting-point for analysis, taken as given exogenously“ (Keohane, Haftendorn, & Wallander, 1999, S. 335).¹⁹

Daraus ergibt sich eine wichtige Selbstbeschränkung dieses theoretischen Ansatzes und seiner empirischen Anwendung: Da der RI Entstehung und Wandel von Interes-

¹⁸ Präferenzen und Interessen werden in der rational-institutionalistischen Literatur überwiegend synonym gebraucht (Keohane, Haftendorn, & Wallander, 1999, S. 335; Keohane, 1989, S. 62).

¹⁹ Vgl. zu diesem Punkt auch Keohane (1989, S. 172).

sen nicht behandelt, kann er folglich den Politikwechsel in Staaten nur insoweit erklären, wie sich dieser auf die Veränderung von Strategien beschränkt.²⁰ Der RI geht somit implizit von weitgehender Interessenkontinuität aus. Ein außen- und sicherheitspolitischer Wandel von Identitäten und Interessen, wie sie hauptsächlich für Japan und Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg konstatiert wurden (Katzenstein, 1996a; 1996b), stellt aus Sicht des RI eine Anomalie dar, zu deren Erklärung er nichts beizutragen hat. Dies erscheint für den vorliegenden empirischen Fall eher nicht relevant, da Polens Außen- und Sicherheitspolitik trotz zahlreicher Regierungswechsel seit der Unabhängigkeit von einem überwiegenden politischen und gesellschaftlichen Konsens und einem hohen Maß an Kontinuität von Interessen geprägt ist.

Der RI ist zwar für die Analyse von Außen- und Sicherheitspolitik in der Vergangenheit eher selten verwendet worden (Peters D. , 2007, S. 819). Doch es gibt keinen erkennbaren Grund, warum die Prämissen des RI für den Sachbereich der Außen- und Sicherheitspolitik keine Gültigkeit haben sollten, wie Keohane und andere InstitutionalistInnen selbst immer wieder angemerkt hat (Axelrod & Keohane, 1993, S. 86; Keohane, 1984, S. 6; Keohane & Martin, 1995, S. 43; Hasenclever, Mayer, & Rittberger, 1997, S. 30). Geht es nach Keohane und seinen Mitstreitern, dann ist sogar „institutionalistische Theorie essenziell, um aktuelle Sicherheitsfragen zu verstehen“ (Keohane, Haftendorn, & Wallander, 1999, S. 338).²¹

Für die Makroebene des internationalen Systems lautet die zentrale Hypothese des RI, dass IOs in der internationalen Politik über Zeit an Bedeutung gewinnen. Auf die staatliche Ebene herunter gebrochen ist die daraus abgeleitete Erwartung des RI, dass Staaten ihre Ziele zunehmend über IOs verfolgen, weil sie sich wachsenden In-

²⁰ Keohane und andere InstitutionalistInnen sprechen zwar mitunter von veränderlichen Akteursinteressen und erkennen die Möglichkeit von Interessenwandel damit prinzipiell an (Keohane, Haftendorn, & Wallander, 1999, S. 335; Keohane, 1989, S. 62). Darüber hinaus hat sich Keohane ab Ende der 1980er Jahre vermehrt mit der Wirksamkeit von Ideen beschäftigt (vgl. dazu Goldstein & Keohane, 1993). Dies sollte jedoch eher als persönliches Grenzgängertum Keohanes zwischen verschiedenen Denkschulen betrachtet werden und nicht zu einem Aufweichen der theoretischen Prämissen des rationalistischen Institutionalismus führen (Hasenclever, Mayer, & Rittberger, 1997, S. 6).

²¹ Allerdings bezeichnet Wallander an anderer Stelle den Sachbereich Sicherheit auch als „least likely case“ (Wallander, 1999, S. 7) – als besonders schwierigen Test, da Sicherheit und Macht besonders eng zusammenhängen. Dieser Sichtweise wird hier jedoch nicht gefolgt.

terdependenzen gegenübersehen, die sich nur durch – idealerweise institutionell eingeebte – multilaterale Zusammenarbeit mit anderen Staaten gestalten lassen. Staatliche Ziele bleiben davon wie erwähnt unberührt, es ändern sich lediglich die Strategien, mit denen gegebene Ziele erreicht werden sollen.

Für die Verhaltensänderung von Staaten bietet der RI folglich eine sparsame, minimalistische Erklärung an:

„When analysts argue that fundamental preferences change [...] the rationalist alternative constitutes an obvious counterhypothesis: that only *strategies* are changing [...]. For the story of ‘changing preferences’ to be convincing, it has to be shown that the more modest ‘changing strategies’ account fails to explain the behaviour under scrutiny” (Keohane, Haftendorn, & Wallander, 1999, S. 335; eigene Hervorhebung).

Somit bildet der RI für die empirische Analyse der polnischen Außen- und Sicherheitspolitik einen geradezu natürlichen Ausgangspunkt, ohne freilich den Anspruch auf allumfassende Erklärungskraft erheben zu können (Keohane & Martin, 2003, S. 105).

1.4 Methodik: Qualitatives Fallstudiendesign

Nicht nur auf der theoretischen, sondern auch auf der methodischen Ebene sind die IB von einem Neben-, Gegen- und Miteinander verschiedener Ansätze geprägt. Grundlegend ist die Unterscheidung von quantitativen und qualitativen Methoden, wobei diese keineswegs zwingend in einem antagonistischen Verhältnis zueinander stehen. Vielmehr verhalten sie sich grundsätzlich komplementär zueinander und können auch innerhalb einer Untersuchung miteinander kombiniert werden (Peters D., 2007, S. 832-834).²²

Das auf eine theoretisch und empirisch unterexplorierte Fragestellung ausgerichtete Erkenntnisinteresse dieser Arbeit legt die Entscheidung für ein qualitatives Fallstudiendesign mit kleiner Fallzahl nahe.

²² Zur grundlegenden, aus der Sicht dieser Autoren aber überholten Dichotomie von quantitativen und qualitativen Forschungsdesigns vgl. u.a. Ragin (2014), Ganghof (2016, S. 2) und Mahoney & Goertz (2006).

Die Fallstudie gehört neben dem Experiment²³, der vergleichenden und der statistischen Methode zum etablierten Standardrepertoire der empirischen Sozialforschung (Lijphart, 1971; Lauth, Pickel, & Pickel, 2015, S. 76). Charakteristisch für die Fallstudienmethode ist die kleine Fallzahl (Gschwend & Schimmelfennig, 2007, S. 24). Entsprechend liegen ihre Vorzüge in der Tiefe der Analyse einiger weniger Fälle, die im Idealfall das Identifizieren kausaler Mechanismen ermöglicht, während quantitative Studien eher probabilistische Zusammenhänge aufdecken können (Gerring, 2004, S. 348; George & Bennett, 2005). Deshalb gelten qualitative Fallstudien u.a. für die Theoriebildung als besonders geeignet (Eckstein, 2000).²⁴ Der größte Nachteil von Fallstudien mit kleiner Fallzahl ist, dass die Ergebnisse nicht oder zumindest nicht uneingeschränkt verallgemeinert werden können (Gschwend & Schimmelfennig, 2007, S. 25; Gerring, 2004, S. 348; Peters D., 2007, S. 834).

Bei Fallstudien mit kleiner Fallzahl ist die Fallauswahl ein besonders viel diskutiertes und nicht abschließend geklärtes Problem (King, Keohane, & Verba, 1994, S. 128-139; Collier & Mahoney, 1996; Shively, 2006).²⁵ Eine von mehreren möglichen Strategien ist die gezielte Auswahl extremer, besonderer Fälle. Auch wenn diese erst recht schon per Definition nicht als repräsentativ angesehen werden können, bilden sie häufig den idealen Einstieg in ein Forschungsthema: „Indeed, the extreme case method often serves as an entrée into a subject, a subject which is subsequently interrogated with a more determinate (less open-ended) method“ (Seawright & Gerring, 2008, S. 302). Extreme Fälle sind forschungslogisch als Teil einer hypothetischen größeren Gruppe von Fällen zu verstehen, die – in ihrer Gesamtheit betrachtet – Anspruch auf Repräsentativität erheben könnten (Seawright & Gerring, 2008, S. 301-302).

²³ Experimente sind aus Forschersicht das Ideal, sozusagen der „Goldstandard kausaler Interferenz“ (Freedman, 2008, S. 5), jedoch in der Politikwissenschaft nur selten möglich (Lauth, Pickel, & Pickel, 2015, S. 76; Gerring, 2004, S. 351). Alle Typen von Fallstudien können als Varianten experimenteller Forschungsdesigns interpretiert werden (Gerring, 2006, S. 717).

²⁴ Umstritten ist, ob sie auch für das Testen von Theorien geeignet sind, wie etwa Eckstein (2000) und George und Bennett (2005, S. 177) meinen, Gerring aber verneint (Gerring, 2004, S. 350).

²⁵ King, Keohane und Verba sehen das Risiko einer verzerrten Fallauswahl in erster Linie, wenn diese von der abhängigen Variablen geleitet wird, nicht aber bei Auswahl gemäß der erklärenden Variablen, wenn der Wert der abhängigen Variablen ergebnisoffen sei (King, Keohane, & Verba, 1994, S. 128-138). Andere wiederum halten die abhängige Variable für einen methodisch völlig legitimen Ausgangspunkt der Fallauswahl (Gschwend & Schimmelfennig, 2007, S. 21; Ganghof, 2016, S. 2; Ragin, 2014, S. 11).

Datenerhebung und -quellen

Die Entscheidung für einen abgeschlossenen Untersuchungszeitraum impliziert die Wahl einer zur Rekonstruktion der Vergangenheit geeigneten Methode. Etablierte qualitative Verfahren sind hier die Dokumentenanalyse sowie das Führen von Eliten- oder Experten-Interviews, die als komplementär anzusehen sind und auch kombiniert werden können (Tansey, 2009, S. 483; Gläser & Laudel, 2006, S. 100).

Die Datenerhebung etwa durch Befragungen und/oder (teilnehmende) Beobachtungen bietet sich vor allem dann an, wenn über einen Untersuchungsgegenstand noch nicht ausreichend Daten vorliegen (Blatter, Janning, & Wagemann, 2007, S. 59). Über die polnische Außen- und Sicherheitspolitik existiert hingegen bereits eine ausreichende Menge an öffentlich zugänglichen Daten (vor allem, wenn man wie hier polnischsprachige Quellen einbezieht), so dass die Voraussetzungen für eine qualitative Dokumentenanalyse gegeben und vielversprechend scheinen (Jahn, 2006, S. 199-201). Bei dieser Methode besteht die Datenerhebung vor allem in der Recherche und der Selektion bereits vorhandener Dokumente, d.h. die Daten werden nicht im eigentlichen Sinne erhoben, sondern existieren bereits und müssen lediglich „gefunden“ werden. Hier besteht die Herausforderung im Auffinden und der Auswahl relevanter Dokumente. Als Kriterien wurden hierbei (1) die politische und thematische Relevanz sowie (2) die Verfügbarkeit von Daten zugrunde gelegt. Das heißt, es wurde gezielt nach Dokumenten gesucht, die von aufgrund ihrer Stellung im politischen System relevanten Akteuren bzw. Institutionen verfasst und zudem thematisch relevant sind. Hinweise darauf fanden sich u.a. in der von Expertinnen und Experten verfassten Sekundärliteratur und Hintergrundgesprächen. Aus forschungspragmatischen Gründen und zum Zwecke der intersubjektiven Nachprüfbarkeit wurden nur öffentliche, über das Internet zugängliche Primärquellen verwendet.

Als Primärquellen dienen in dieser Arbeit in erster Linie öffentlich zugängliche grundlegende sicherheitspolitische Regierungsdokumente sowie Reden und Redebei-

träge polnischer außen und sicherheitspolitischer Entscheidungsträger bei Parlaments- und Ausschusssitzungen²⁶ und Konferenzen im In- und Ausland sowie in Interviews und Zeitungsartikeln getätigte Aussagen in polnischer und zum Teil englischer Sprache.

Als weitere aufschlussreiche Quelle hat sich zudem die internetbasierte Enthüllungsplattform *WikiLeaks* erwiesen, die in erster Linie tiefe Einblicke in das „Innerste“ der polnisch-amerikanischen Beziehungen gewährt. Aus der Zeit von 2003 bis 2010 liegen mehrere Hundert geheime und vertrauliche Depeschen der US-Botschaft in Polen an das *U.S. State Department* vor, in der Regel verfasst von Botschafter Victor Ashe (Botschafter 2004-2009) bzw. seinem Nachfolger Lee Feinstein (Botschafter 2009-2012). In den teils umfangreichen Depeschen wird u.a. regelmäßig über den Verlauf von Treffen der US-Botschaft mit teils hochrangigen polnischen Regierungsvertretern berichtet, die zum Teil wörtlich und in großer Offenheit zitiert werden. Die Depeschen enthalten ferner Informationen über bis dato geheime Sachverhalte wie beispielsweise den Notfallplan *Eagle Guardian*, der für die Verteidigung Polens gegen einen russischen Militärangriff ausgearbeitet und später auf die baltischen Staaten ausgedehnt wurde (Traynor, 2010) oder die deutschen Vorbehalte gegen eine Kandidatur Sikorskis als Nato-Generalsekretär 2008/2009 (Koenig, 2008).

Sowohl die Protokolle der Ausschusssitzungen des Sejm sowie die bei *WikiLeaks* veröffentlichten, teils geheimen Drahtberichte der US-Botschaft in Warschau sind nach Kenntnis des Verfassers bislang nicht als Grundlage einer wissenschaftlichen Untersuchung verwendet worden. In der Kombination dieser Primärquellen mit offiziellen Regierungsdokumenten und Sekundärquellen liegt damit ein gewisses methodisches Alleinstellungsmerkmal der vorliegenden Arbeit.

Als Sekundärquellen wurden u.a. herangezogen:

²⁶ Hier wurde insbesondere auf die ausschließlich in polnischer Sprache vorliegenden Verlaufsprotokolle der Plenarsitzung des Sejm sowie der nicht-öffentlichen Sitzungen des Verteidigungsausschusses und des Auswärtigen Ausschusses zurückgegriffen, die sämtlich im Online-Archiv des Sejm verfügbar sind.

- das *Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej* [Jahrbuch der polnischen Außenpolitik], das von 2002 bis 2011 vom *Polski Instytut Spraw Międzynarodowych* [Polnisches Institut für internationale Angelegenheiten, PISM] herausgegeben wurde, 2005-2010 auch in englischer Sprache;
- so genannte *policy paper* der einflussreichsten²⁷ polnischen „Think Tanks“, des bereits genannten PISM sowie des *Ośrodka Studiów Wschodnich* [Zentrum für östliche Studien, OSW];
- Artikel der Online-Ausgaben führender Tageszeitungen Polens, vor allem der linksliberalen *Gazeta Wyborcza*, der rechtsliberalen *Rzeczpospolita* und von *Dziennik*;²⁸
- Monographien und in einschlägigen Zeitschriften erschienene Fachaufsätze sowie
- repräsentative Meinungsumfragen des polnischen Meinungsforschungsinstitutes *Centrum Badania Opinii Społecznej* (CBOS).

Der Vorteil der Datenerhebung mittels bereits existierender Dokumente liegt in den im natürlichen Kontext, d.h. ohne Eingreifen des Forschers entstandenen Daten, ihrer intersubjektiven Nachprüfbarkeit und nicht-reaktiven Beschaffenheit. Dokumente sind eine zentrale präzise und umfassende Quelle von Daten über vergangene Prozesse, die beispielsweise von befragten Personen im Nachhinein in der Regel nur unvollständig und ungenau erinnert werden können (Wallander, 1999, S. 9). Sie sind nicht reaktiv, d.h. sie werden durch den/die Forschende nicht beeinflusst und bleiben auch über Zeit unverändert. Daraus folgt, dass sie beliebig oft untersucht werden können und ihr Inhalt intersubjektiv nachprüfbar ist. Aus forschungspragmatischen Gründen sind die dank des Internets zunehmende öffentliche Zugänglichkeit von Dokumenten von Vorteil sowie der Umstand, dass die Datenerhebung sich auf das Auffinden und die Auswahl der zu analysierenden Dokumente beschränkt (Jahn, 2006, S. 199-201; Bowen, 2009, S. 29-31).

²⁷ Diese Einschätzung beruht auf dem jährlich erscheinenden *Global Go To Think Tank Index Report* (McGann, 2016, S. 68).

²⁸ Die Online-Archive der *Gazeta Wyborcza* und von *Dziennik* waren im Forschungszeitraum kostenfrei zugänglich, zum kostenpflichtigen Archiv der *Rzeczpospolita* hatte der Verfasser im Rahmen seiner Tätigkeit bei der Stiftung Wissenschaft und Politik zwischen 2009 und 2013 einen institutionellen Zugang.

Darin liegt gleichzeitig auch der größte Nachteil der Dokumentenanalyse, denn da die Informationen gegeben und Nachfragen nicht möglich sind, können Sachverhalte nicht gezielt erfragt und etwaige Informationslücken oder Unklarheiten nicht beseitigt werden. Zu berücksichtigen ist auch, dass öffentlich verfügbare Dokumente häufig eine bestimmte Botschaft oder ein bestimmtes Bild von den Verfassern übermitteln sollen, in jedem Falle aber mit einer bestimmten Intention und in der Regel schon im Hinblick auf die Veröffentlichung verfasst wurden (Bowen, 2009, S. 31-32). Um diese Nachteile abzufedern, hat sich der Einsatz komplementärer qualitativer Verfahren wie z.B. Hintergrundgespräche und die Auswertung von Sekundärliteratur bewährt (Blatter, Janning, & Wagemann, 2007, S. 37), so auch in dieser Arbeit. So wurden im Zeitraum 2009-2013 am Rande von Konferenzen und Arbeitsgruppen Hintergrundgespräche mit polnischen Experten und Regierungsmitarbeitern zur Generierung von Faktenwissen und Überprüfung von Arbeitsthese geführt.²⁹ Dieses Zusammenspiel von Primär- und Sekundäranalysen verspricht im Hinblick auf den Forschungsgegenstand „besonders fruchtbar“ (Jahn, 2006, S. 203) zu sein.

Datenauswertung

Die Auswertung der Dokumente erfolgt mithilfe der qualitativen Inhaltsanalyse, einem anerkannten und effizienten Verfahren zur Auswertung von Daten (Wagner, 2006, S. 170; Mayring, 2010, S. 601). Ihr Ziel ist es, die Bedeutung von Aussagen zu bestimmten Themen zu erfassen. Im Mittelpunkt der Analyse stehen semantische, nicht aber formale oder sprachliche Aspekte von Texten oder ihre Struktur. Auch die Häufigkeit, mit der bestimmte Informationen auftreten, ist zweitrangig (Wagner, 2006, S. 171), obschon auf der qualitativen Inhaltsanalyse aufbauende Häufigkeitsanalysen grundsätzlich möglich sind (Mayring, 2010, S. 602):

„Der qualitativen Inhaltsanalyse liegt dabei ein einfaches Kommunikationsmodell zugrunde, demzufolge ein Kommunikator einem Rezipienten innerhalb einer sozialen Situation einen Kommunikationsinhalt übermittelt“ (Wagner, 2006, S. 171).

²⁹ Da die Aussagen z.T. unter *Chatham House*-Regeln erfolgten, d.h. den Sprechern nicht namentlich zugeordnet werden dürfen, und eine Tonaufzeichnung aus rechtlichen und/oder pragmatischen Gründen (z.B. bei Gesprächen am Rande eines Vortrags oder einer Konferenz) nicht möglich war, wurden die generierten Informationen nur dann verwendet, wenn sie durch zitierfähigen Quellen bestätigt wurden, da andernfalls eine intersubjektive Nachprüfbarkeit nicht gegeben wäre.

Die im Zuge der Datenerhebung ausgewählten Dokumente und Texte sind als Träger von Daten zu verstehen, die es aus ihnen anhand der Forschungsfrage zu extrahieren gilt. Dabei fließt auch der Entstehungskontext von Texten in die Analyse ein, der wichtige Anhaltspunkte für die Interpretation bieten kann (Wagner, 2006, S. 172).

Das Verfahren ist ergebnisoffen, da unerwartete Informationen ebenfalls berücksichtigt werden können. Zu beachten ist jedoch, dass die Extraktion zugleich auch schon Interpretation ist, denn die Entscheidung über Relevanz und Irrelevanz von Informationen ist notwendigerweise ein subjektiver Prozess, ebenso wie die Aufbereitung der Informationen für den Leser (Gläser & Laudel, 2006, S. 193-196). Da sie jedoch bestimmten Regeln folgt, handelt es sich um „regelgeleitete Interpretation“ (Mayring, 2010, S. 603), die sich um intersubjektive Nachprüfbarkeit von Ergebnissen bemüht. Zentrale Techniken der qualitativen Inhaltsanalyse sind die Strukturierung der Dokumente anhand zuvor aus der Theorie abgeleiteter Kategorien³⁰ sowie die Explikation von Aussagen, die erst durch die Einbettung in den Zusammenhang verständlich werden (Mayring, 2010, S. 602-603).

Zu beachten ist hierbei, dass die Aussagen politischer Entscheidungsträger grundsätzlich mit Vorsicht zu betrachten sind. Beispielsweise binden sie ihre Aussagen und Handlungen häufig an Normen und Werte zurück, die sie in der Gesellschaft für weithin akzeptiert halten, und sind wie keine zweite Berufsgruppe darin geübt, ihre Positionen ideologisch zu begründen. Daraus folgt jedoch keineswegs, dass sie auch entsprechend der von ihnen beschworenen Prinzipien handeln. Vielmehr wird in dieser Arbeit per rationalistischer Grundannahme davon ausgegangen, dass sie Normen und moralische Prinzipien strategisch einsetzen, um ihre Interessen rhetorisch durchzusetzen (Wagner, 2006, S. 175; Moravcsik, 2001, S. 236; Schimmelfennig, 2001, S. 48).³¹ So haben beispielsweise auch Reden im Parlament häufig „nicht die Funktion, andere zu überzeugen, sondern richten sich in erster Linie an die Öffentlichkeit“ (Wagner, 2006, S. 174).

³⁰ Mayring schlägt statt qualitativer Inhaltsanalyse den zwar präziseren aber ungleich sperrigeren und deshalb hier nicht verwendeten Begriff der „qualitativ orientierten kategoriengeleiteten Textanalyse“ (Mayring, 2010, S. 604) vor.

³¹ Schimmelfennig bezeichnet dies als „rhetorisches Handeln“ - den strategischen Einsatz normenbasierter Argumente“ (Schimmelfennig, 2001, S. 48).

Gerade in der Außen- und Sicherheitspolitik muss zudem einer gewissen diplomatischen Zurückhaltung Rechnung getragen werden. Beispielsweise werden potenziell brisante Aussagen über andere Staaten in der Regel vermieden, was in Polen vor allem dazu führt, dass Russland als potenzielle Bedrohung in Regierungsdokumenten und von Entscheidungsträgern als solche kaum einmal namentlich benannt wird. Hier helfen bei der Interpretation der Daten die Aussagen von Experten weiter, die der wachsenden nationalen sicherheitspolitischen Expertengemeinschaft angehören (Górka-Winter, 2013, S. 96), aber weniger politischen oder diplomatischen Zwängen unterliegen und deshalb offener sprechen können (Kulesa, 2014, S. 26). Weil Sprache somit nicht nur der Übermittlung von Inhalten, sondern auch der Legitimierung und Durchsetzung bestimmter Interessen dient, ist ein interpretatives Verfahren zur Analyse der übermittelten Inhalte zielführend.

Die verwendeten Quellen sind teils in englischer Sprache, teils in polnischer Sprache verfügbar. Polnische Zitate werden im Text entweder indirekt oder direkt in deutscher Übersetzung wiedergegeben. Da wortwörtliche Übersetzungen aufgrund unterschiedlicher sprachlicher Gegebenheiten nicht immer möglich sind, werden in einigen für die Argumentation besonders kritischen Fällen die Originalzitate in einer Fußnote wiedergegeben, um die Transparenz zu erhöhen und eine bessere Nachprüfbarkeit zu ermöglichen. Alle Übersetzungen aus dem Englischen und aus dem Polnischen wurden durch den Verfasser nach bestem Wissen und Gewissen selbst vorgenommen.

1.5 Vorgehen und Aufbau der Arbeit

Im folgenden Kapitel wird zunächst der theoretische Rahmen der Untersuchung, der RI, abgesteckt. In Anlehnung an seinen wichtigsten Verfechter, Robert O. Keohane, und weitere Vertreter oder ihm intellektuell Nahestehende werden die zentralen Grundannahmen des RI erläutert und diskutiert und daraus die eingangs bereits skizzierten zentralen Hypothesen hergeleitet, die der empirischen Untersuchung zugrunde liegen. Wie noch zu sehen sein wird, behandelt der RI als Systemtheorie ähnlich wie etwa der Neorealismus Staaten als *black box*, das heißt als einheitliche Akteure.

Da Staaten in der Realität selbst jedoch nicht handeln können, sondern nur Personen, macht diese bewusst vereinfachende theoretische Sichtweise vor dem Beginn der empirischen Analyse einen Zwischenschritt erforderlich, in dem definiert wird, wer in der vorliegenden Arbeit die staatlichen außen- und sicherheitspolitischen Akteure sind. Dies geschieht im Rückgriff auf die gültige polnische Verfassung, die zum besseren Verständnis der einschlägigen Bestimmungen in ihrer historischen Entwicklung dargestellt wird. Zudem werden die geschriebene und die gelebte Verfassung anhand einiger Beispiele gegenüber gestellt.

Im anschließenden vierten Kapitel wird die Bedrohungsperzeption der zuvor definierten staatlichen sicherheitspolitischen Akteure Polens im Untersuchungszeitraum 2005-2015 rekonstruiert. Aus dieser Analyse ergeben sich als zentrale und prioritäre Handlungsfelder der polnischen Außen- und Sicherheitspolitik die Energiesicherheitspolitik als neues, unkonventionelles sicherheitspolitisches Feld sowie die „klassische“, militärische Sicherheitspolitik. Diese beiden Felder bilden in den Kapiteln 5 und 6 jeweils Gegenstand einer detaillierten Fallstudie. In diesen wird jeweils analysiert, mit welchen multi-, bi- und unilateralen Maßnahmen die aufeinanderfolgenden Regierungen der PiS (2005-2007) und der PO/PSL (2007-2015) das Ziel Sicherheit verfolgten. Der Logik des RI folgend, beginnt die Analyse jeweils mit der Funktion und der Effektivität der IOs Nato und EU in der Wahrnehmung der polnischen Entscheidungsträger. Diese werden sowohl in Relation zueinander als auch zu bi- und unilateralen Maßnahmen gesetzt. Das so entstehende Gesamtbild der polnischen Sicherheitsstrategie wird im Schlusskapitel unter Rückbezug auf den theoretischen Ansatz der Arbeit diskutiert und die Forschungsfragen beantwortet.

2 Sicherheitspolitik aus Sicht des rationalistischen Institutionalismus

2.1 Sicherheitspolitikanalyse in Zeiten theoretischer Vielfalt

Obschon sich der RI als wichtige Denkschule in den IB etabliert und behauptet hat, ist er zur Analyse der Außen- und Sicherheitspolitik von Staaten bislang eher selten verwendet worden (Peters D., 2007, S. 819). Dabei postuliert er einen direkten kausalen Zusammenhang zwischen der Mitgliedschaft in IOs von Staaten und ihren außenpolitischen Strategien, der eine eingehende empirische Untersuchung durch entsprechende Fallstudien verdient. Gleichwohl handelt es sich bei dem RI um einen schon etwas älteren Ansatz der IB, so dass an dieser Stelle ein kursorischer Überblick über alternative Theorieangebote geboten scheint.

Denn der RI und rationalistische Ansätze insgesamt sind in den IB selbstverständlich nicht unumstritten, sondern haben in den vergangenen 20-30 Jahren eine quantitativ und qualitativ starke Konkurrenz bekommen. Obgleich sie keine in sich geschlossene Gruppe mit konsistenten gemeinsamen theoretischen Prämissen bezeichnet, wird eine neben dem Rationalismus besonders einflussreiche Strömung der IB unter dem Etikett des „Sozialkonstruktivismus“ oder auch nur „Konstruktivismus“ zusammengefasst (Checkel, 1998; Ruggie, 1998; Burchill & Linklater, 2005, S. 26).

Die von Checkel konstatierte „konstruktivistische Wende“ (Checkel, 1998) in den IB wandte sich zwar in erster Linie gegen den Neorealismus, implizit damit aber auch gegen den RI, der wesentliche Grundannahmen des Neorealismus teilt. Die rationalistisch-konstruktivistische Debatte hat die IB seither geprägt und wertvolle Erkenntnisse geliefert, ohne einer abschließenden Klärung wesentlich näher gekommen zu sein.

Je nach Autor und Spielart richtet sich die sozialkonstruktivistische Kritik gegen jeweils andere Punkte des theoretischen Fundamentes von Neorealismus und

RI.³² Ein wesentlicher Ausgangspunkt der ursprünglichen Debatte war die theoretische Auseinandersetzung um die kausale Beziehung von Akteuren (engl. „agents“) und Strukturen (engl. „structures“) in der internationalen Politik, die etwa in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre begann (vgl. hierzu Carlsnaes, 1992). Akteure und Strukturen, so argumentierte seinerzeit Wendt in einem richtungsweisenden Aufsatz, bedingen sich gegenseitig (Wendt, 1987, S. 339). Denn Strukturen beeinflussen zwar Akteure, wie Neorealismus und auch RI postulieren, aber sie existieren nur, weil sie durch das Handeln der Akteure bestätigt und reproduziert werden: “It is through reciprocal interaction, in other words, that we create and instantiate the relatively enduring social structures in terms of which we define our identities and interest” (Wendt, 1992, S. 406; vgl. auch Reus-Smit, 2005, S. 196-197).

Anders als der Rationalismus, der Interessen als fix und exogen betrachtet, konzipierten Wendt und andere Konstruktivisten Identität und Interessen als abhängige Variablen (Wendt, 1992, S. 393-394; Ruggie, 1998, S. 863). Dies galt ebenso für die von Waltz als unveränderlicher Urzustand des internationalen Systems angenommene Anarchie: „Anarchy is what states make of it“, lautet der programmatische Titel eines weiteren viel rezipierten Aufsatzes von Wendt (1992).³³

Allerdings blieb Wendt mit seiner Variante des „systemischen Konstruktivismus“ (Reus-Smit, 2005, S. 199-201)³⁴ dem von Rationalisten etablierten Modell des Staates als einheitlicher Akteur verhaftet und ist damit für den überwiegenden Teil konstruktivistischer Autorinnen und Autoren nicht repräsentativ (Reus-Smit, 2005, S. 202). Aufgegriffen und weitergeführt wurde die Debatte um Akteure und Strukturen u.a. von Finnemore im Rückgriff auf den sog. soziologischen Institutionalismus³⁵ (Finnemore, 1996a). Bei Finnemore ist es die soziale Struktur, die den Akteuren ontologisch vorausgeht und diese erst hervorbringt: „It creates actors; it is not created by

³² Für einen Überblick über verschiedene Varianten des Konstruktivismus s. Reus-Smit (2005, S. 199-201) und Ruggie (1998).

³³ Weitere den Konstruktivismus konstituierende Arbeiten waren *World of Our Making* von Onuf (Onuf, 1989) sowie *Rules, Norms, and Decisions* von Kratochwil (Kratochwil, 1989).

³⁴ Die ausführlichste Darstellung findet sich in Wendts Monographie *Social Theory of International Politics* (Wendt, 1999).

³⁵ Der Begriff „Institutionen“ bezieht sich hier auf soziale Normen und Regeln und hat daher nichts mit dem rationalistischen oder historischen Institutionalismus gemein (Finnemore, 1996a, S. 326). Für einen Überblick über die verschiedenen „Institutionalismen“ s. Hall und Taylor (1996).

them“ (Finnemore, 1996a, S. 333). Anhand einer Reihe empirischer Fallstudien führt Finnemore aus, wie ihrer Auffassung nach staatliche Interessen durch soziale Strukturen und Normen bestimmt werden (Finnemore, 1996b). So erklärt Finnemore beispielsweise konkrete Fälle staatlicher humanitärer Interventionen mithilfe internationaler Normen, die wiederum die Interessen der intervenierenden Staaten maßgeblich beeinflusst hätten (Finnemore, 1996c).

Wie Wendt lässt jedoch auch Finnemore die innerstaatliche Ebene weitgehend außen vor, die von anderen konstruktivistischen Autoren in den Vordergrund gerückt wird. Einschlägig sind hier die Arbeiten von Katzenstein (1996a; 1996b). Seine Kernthese lautet, dass „Sicherheitsinteressen von Akteuren definiert werden, die auf kulturelle Faktoren reagieren“ (Katzenstein, 1996c, S. 1). Mit dem Ende des Kalten Krieges, so argumentiert Katzenstein, hätten Normen, Identitäten und kulturelle Faktoren an Relevanz für die Definition von Sicherheitsinteressen gewonnen. Auch könnten rationalistische Ansätze wie der Neorealismus und der RI die erheblichen Umbrüche in der Weltpolitik Ende der 1980er Jahre nicht erklären (Katzenstein, 1996c, S. 1-2). So erklärt Katzenstein beispielsweise die Gewaltlosigkeit in der japanischen Sicherheitspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg mithilfe institutionalisierter kultureller Normen (Katzenstein, 1996b, S. 18).

Doch soziale Normen und Institutionen generieren und beeinflussen nach Ansicht der Konstruktivisten nicht nur Interessen, sie sind häufig auch handlungsleitend. Dieser „Logik der Angemessenheit“ (March & Olsen, 1989, S. 160) zufolge durchlaufen Individuen beim Eintritt in eine bestehende Institution einen Prozess der Sozialisierung, d.h. sie erlernen die geltenden Normen und Regeln und richten in der Folge ihr Verhalten darauf aus, ihre vermeintliche institutionelle Rolle zu erfüllen und sich den Erwartungen der Anderen und den Regeln entsprechend zu verhalten (Zürn & Checkel, 2005, S. 1046). Die Logik der Angemessenheit steht somit in direktem Gegensatz zu der von Rationalisten unterstellten „Logik der Folgerichtigkeit“ (March & Olsen, 1989, S. 160), in der die Interessen und der erwartete Eigennutzen der Akteure maßgeblich für ihr Handeln sind (March & Olsen, 1989, S. 161). Rational-kalkulierendes Verhalten sei zwar nicht ausgeschlossen, aber eher die Ausnahme. Häufig würden

jedoch politische Akteure ihr ursprünglich regelmotiviertes Verhalten im Nachhinein mithilfe von rationalen Gründen rechtfertigen, so March und Olsen (1989, S. 162).³⁶

Einen dritten Handlungsmodus führte Risse in die Debatte ein, in Anlehnung an Habermas' *Theorie des kommunikativen Handelns* (Habermas, 1995): die „Logik der Wahrheitsfindung oder des Argumentierens“ (Risse, 2000, S. 6). Diese beschreibt nach Risse einen „kollektiven Kommunikationsprozess“ (Risse, 2000, S. 7), in dessen Rahmen Akteure durch den Austausch von Argumenten herauszufinden versuchen,

„(1) ob ihre Annahmen über die Welt und über Ursache-Wirkung-Zusammenhänge in der Welt korrekt sind [...]; oder (2) ob Normen für angemessenes Verhalten berechtigt sind, und welche Normen unter den gegebenen Umständen anzuwenden sind“ (Risse, 2000, S. 7).

Es handelt sich hierbei also um den Austausch von Argumenten zwischen Akteuren mit dem Ziel, ein gemeinsames Verständnis von einer Problemlage sowie den jeweils geltenden Normen zu entwickeln. Dies impliziert, dass die beteiligten Akteure grundsätzlich offen sind für Argumente der Gegenseite und das bessere Argument. Nicht die Durchsetzung der eigenen, fixen Interessen steht im Vordergrund. Vielmehr werden diese im Verlauf der kommunikativen Interaktion erst abschließend festgelegt, ohne dass Macht und Zwang dabei eine Rolle spielten (Risse, 2000, S. 7, 11).

Besonders die Logik der Angemessenheit und die daran anknüpfende Sozialisationsforschung hat sich als einflussreiche Strömung innerhalb des konstruktivistischen Paradigmas etabliert (Zürn & Checkel, 2005, S. 1045), auch wenn sich das Phänomen der Sozialisation je nach Definition durchaus aus mehreren theoretischen Perspektiven erfassen lässt.³⁷ Empirisch belegt wurde Sozialisation u.a. im EU-Ausschuss der Ständigen Vertreter (Lewis, 2005) und in Tschechien und Rumänien im Zuge des Nato-Beitritts (Gheciu, 2005).

³⁶ Schimmelfennig vertritt konträr dazu die Auffassung, dass politische Akteure Normen strategisch einsetzen, um ihre Interessen durchzusetzen (Schimmelfennig, 2001, S. 48). U.a. in dieser Frage zeigen sich die unterschiedlichen Grundannahmen von Rationalismus und Konstruktivismus, die sich empirisch kaum überprüfen lassen.

³⁷ Beispielsweise schließen sich rationales Handeln und Sozialisation nach Ansicht von Schimmelfennig nicht grundsätzlich aus, wenn man Sozialisation als Internalisierung von bewährten Denk- und Verhaltensweisen versteht (Schimmelfennig, 1994, S. 343-345). Unter diesen Vorzeichen hatte sich bereits der Begründer des Neorealismus und „Hauptgegner“ der Konstruktivisten Kenneth Waltz mit dem Phänomen der Sozialisation beschäftigt, die seiner Ansicht nach ein Ergebnis der Interaktion unter nominell gleichberechtigten Staaten ist und das Ziel hat, deren Überleben zu sichern (Waltz, 1979). Die Sozialisation und Anpassung von Staaten wäre diesem rationalistischen Verständnis nach kein Selbstzweck und folgt nicht, wie im Konstruktivismus, einer Logik der Angemessenheit, sondern ist nur Mittel zu dem Zweck, die eigenen Ziele zu erreichen.

Zürn und Checkel halten jedoch die Effekte von Sozialisation sogar im dicht institutionalisierten Europa für insgesamt „oft schwach und nachrangig“ (Zürn & Checkel, 2005, S. 1047; s. auch S. 1062). Diese sei an spezifische Voraussetzungen geknüpft, die generell nur selten erfüllt seien:

„The socialization of states is most likely to take place when opposition to change is weak and the socialized state sees itself as the student in a teacher-student relationship“ (Zürn & Checkel, 2005, S. 1075).³⁸

Die sozialkonstruktivistische Auffassung von Sozialisation als das Erlernen von Normen und Regeln als Richtschnur des eigenen Handelns steht zum RI in direktem Widerspruch. Denn dem RI liegt ein rein instrumentelles Institutionenverständnis zugrunde, das sich mit der konstruktivistischen Grundidee, dass internationale Institutionen Staaten sozialisieren und damit auch ihre Interessen beeinflussen könnten, nicht vereinbaren lässt (Stein, 1990, S. 26, Fn. 1).

Als eine weitere, hauptsächlich in Europa einflussreiche konstruktivistische Variante³⁹ mit speziellem Fokus auf Sicherheitspolitik hat sich das Konzept der „Versicherheitlichung“ (engl. „securitization“; Waever, 1995) der sog. Kopenhagener Schule etabliert (Stritzel, 2007, S. 357; Fischer, Klüfers, Masala, & Wagner, 2014, S. 8). In ihrem Hauptwerk *Security. A New Framework for Analysis* (Buzan, Waever, & Wilde, 1998) wenden sich die Vertreter dieses Ansatzes sowohl gegen die von Realisten behauptete herausragende Dominanz des Militärischen in der Sicherheitspolitik (Walt, 1991, S. 212) als auch gegen den rationalistischen Primat des Staates. Sie treten vielmehr für eine prinzipielle Öffnung und Erweiterung des traditionellen Sicherheitsbegriffes auf ökonomische, ökologische und gesellschaftliche Themen ein (Buzan, Waever, & Wilde, 1998, S. 1-2).

Ausgangspunkt ihrer Überlegungen zur Theorie der Versicherheitlichung ist eine in den 1980er Jahren aufgestellte These, nach der Sicherheit ein „grundlegend umstrittenes Konzept“ (Buzan, 1983, S. 6) sei. Da keine universelle Definition oder

³⁸ Ähnlich hatte auch Schimmelfennig bereits 1994 den Sozialisierungseffekt als besonders stark vermutet bei „neuen Staaten, die in eine institutionalisierte internationale Umwelt ‚hineingeboren‘ werden“ (Schimmelfennig, 1994, S. 340).

³⁹ Waever bezeichnet sich selbst allerdings als „postmodernen Realisten“ (Buzan, Waever, & Wilde, 1998, S. 2).

Verständnis von Sicherheit existierten, könne buchstäblich alles zum existenziell bedrohten Gut (z.B. Umwelt, Religion, Kultur) erklärt werden (Buzan, Waever, & Wilde, 1998, S. 23-24). Die Versicherheitlichung werde angestoßen durch einen „versicherheitlichenden Akteur“ (Buzan, Waever, & Wilde, 1998, S. 24), der eine von ihm subjektiv wahrgenommene (aber nicht notwendigerweise materiell existente) Bedrohung in einem nahezu beliebigen Themenbereich proklamiert und dadurch das Zugeständnis erlangt, außergewöhnliche Mittel zur Bekämpfung dieser Bedrohung einzusetzen und sich dabei über geltende politische Regeln hinwegzusetzen:

„In security discourse, an issue is dramatized and presented as an issue of supreme priority; thus, by labeling it as *security*, an agent claims a need for and a right to treat it by extraordinary means“ (Buzan, Waever, & Wilde, 1998, S. 26).

Voraussetzung für eine erfolgreiche Versicherheitlichung ist die Akzeptanz durch die relevanten Adressaten (Buzan, Waever, & Wilde, 1998, S. 24-25). Im analytischen Fokus des Konzeptes der Versicherheitlichung stehen folglich nicht länger die materiellen Bedingungen von Sicherheit, wie beispielsweise im Realismus, sondern einzig und allein die Kommunikation über Sicherheit, durch die ein intersubjektives und kollektives Verständnis von Sicherheit erzielt wird:

“The process of securitization is what in language theory is called a speech act. It is not interesting as a sign referring to something more real; it is the utterance itself that is the act“ (Buzan, Waever, & Wilde, 1998, S. 26).

Das Ende des OWK und die vielfältigen, mit dem Begriff der Globalisierung umschriebenen Prozesse haben grundsätzlich die vom Rationalismus vernachlässigten nicht-staatlichen Akteuren, wie z.B. Nichtregierungsorganisationen, und transnationale Beziehungen wieder stärker in den Mittelpunkt des Interesses rücken lassen (Risse, 2013, S. 426).⁴⁰ Dies war der empirischen Beobachtung geschuldet, dass diese generell einen signifikanten Einfluss auf die internationale Politik haben, sei es direkt (z.B. durch Ko-Regulierung oder die Bereitstellung kollektiver Güter) oder indirekt (etwa durch Einflussnahme auf Regierungen und IOs) (Risse, 2013, S. 426). Für dieses Phänomen wird häufig der nur schlecht ins Deutsche zu übersetzende englische Begriff der „Global Governance“ verwendet, nach einer von vielen kursierenden Definitionen wie folgt verstanden:

⁴⁰ Die Beschäftigung mit transnationalen Beziehungen oder Politik hatte bereits in den 1960er/1970er Jahren Konjunktur in den IB; vgl. stellvertretend Kaiser (1969) und Nye & Keohane (1971).

„Governance is the sum of the many ways individuals and institutions, public and private, manage their common affairs. [...] It includes formal institutions and regimes empowered to enforce compliance, as well as informal arrangements that people and institutions either have agreed to or perceive to be in their interest. [...] At the global level, governance has been viewed primarily as intergovernmental relationships, but it must now be understood as also involving non-governmental organizations (NGOs), citizens' movements, multinational corporations, and the global capital market“ (UN Commission on Global Governance, 1995).

Ein Teil der Governance-Forschung konzentriert sich dabei auf die - mehr oder weniger strukturierten - Netzwerke, die nicht-staatliche Akteure bilden (Haas P. M., 1992; Do, 2009; Klijn & Koppenjan, 2015).

2.2 Einordnung des rationalistischen Institutionalismus

Der rationalistische Institutionalismus wurde im Wesentlichen in den 1980er Jahren entwickelt. Sein wohl bekanntester Vertreter ist der US-amerikanische Politikwissenschaftler Robert O. Keohane, der zwei einschlägige Standardwerke (Keohane, 1984; Keohane, 1989) veröffentlichte und daher als Referenztheoretiker dieses Kapitels und dieser Arbeit dient. Als „Geburtsstunde“ dieser bis heute einflussreichen politikwissenschaftlichen Theorierichtung kann eine Ausgabe der Zeitschrift *International Organization* von 1982⁴¹ über internationale Regime⁴² gelten, in der Keohane und andere die Position vertraten, dass internationale Regime unter bestimmten Bedingungen signifikanten Einfluss in einer ursprünglich anarchischen Staatenwelt entwickeln können (Krasner, 1983a).

Der RI wandte sich damit in erster Linie gegen den Neorealismus Waltzscher Prägung (Waltz, 1979), der lange Zeit die IB dominierte (Legro & Moravcsik, 1999, S. 5; Gourevitch, 1999, S. 623, 625). Wie noch zu sehen sein wird, verbinden RI und Neorealismus jedoch einige gemeinsame Grundannahmen, weshalb man den RI anfangs nicht ohne Berechtigung auch als Variante des Neorealismus betrachtet hat (Krasner, 1983a, S. 21). Ungeachtet der unstrittigen Parallelen sind die Unterschiede hinsichtlich der Bedeutung von Institutionen in der internationalen Politik jedoch so gravierend,

⁴¹ Ein Jahr später wieder abgedruckt und hier zitiert als Krasner (1983b).

⁴² Definiert von Krasner als „principles, norms, rules, and decision-making procedures around which actor expectations converge in a given issue-area“ (Krasner, 1983a, S. 1).

dass sich der RI dem Plädoyer seines „geistigen Vaters“ entsprechend als eigene einflussreiche Denkschule in den IB etabliert hat (Keohane, 1986a, S. 25-26; 1989, S. 8).⁴³ Zu den unmittelbaren theoretischen Grundlagen und geistigen Vorarbeiten des RI zählen neben dem Neorealismus vor allem auch die gemeinsamen Arbeiten von Robert Keohane und Joseph Nye in den 1970er Jahren über transnationale Beziehungen (Keohane & Nye, 1972) und die komplexe Interdependenz von Staaten (Keohane & Nye, 1977) sowie diverser Autoren über internationale Regime (Stein, 2008, S. 204-205; Gourevitch, 1999, S. 623).

Das Konzept der Interdependenz war bereits Ende der 1950er Jahre unter Rückgriff auf Durkheim von Ernst B. Haas aufgegriffen und zu einer Theorie der europäischen Integration, dem Neo-Funktionalismus, weiter entwickelt worden (Haas E. B., 1958; Wolf, 2005), u.a. aufgegriffen von Nye, Keohanes späterem Harvard-Kollegen und Ko-Autor (Nye, 1971). Im Unterschied zum Neo-Funktionalismus und seinem inkrementellen Politikverständnis (Wolf, 2005, S. 68) blieb der RI allerdings dem methodologischen Individualismus verhaftet, d.h. er ging von rational handelnden Akteuren aus und interpretierte internationale Institutionen als von souveränen Staaten aus Eigeninteresse heraus geschaffene Gebilde (Stein, 2008, S. 208). Weitere intellektuelle Anleihen macht der RI bei der Mikroökonomie mit der Betonung von Angebot und Nachfrage sowie bei der Spieltheorie (Stein, 2008, S. 205; Gourevitch, 1999, S. 623; Keohane, 1983, S. 147).

2.3 Staaten als einheitliche, begrenzt rationale Akteure

Der RI ist ebenso wie der Neorealismus eine Theorie der internationalen Politik, in der seinem Verständnis nach Staaten die maßgeblichen Akteure sind und nicht-staatliche Akteure grundsätzlich nur eine untergeordnete Rolle spielen (Keohane, 1989, S. 62). Staaten werden im RI als einheitliche, rational-egoistisch handelnde Akteure konzipiert (Keohane, 1989, S. 11). Damit lässt sich der RI zwar grundsätzlich dem Rationalismus zuordnen, geht jedoch nicht von perfekter Rationalität aus (Scharpf, 2006, S.

⁴³ Keohane selbst hat RI und Neorealismus als komplementär betrachtet und seine Theorie in einem Interview einmal als „fehlenden Teil von Waltz' Theorie“ (zitiert nach Kreisler, 2004) bezeichnet.

114). Vielmehr vertritt Keohane in Anlehnung an Herbert Simons Konzept der begrenzten oder eingeschränkten Rationalität (engl. „bounded rationality“; vgl. einschlägig hierzu Simon, 1955; 1959; Kahnemann, 2003) die Auffassung, dass staatliche Akteure auf der Grundlage unvollständiger Informationen, begrenzter kognitiver Fähigkeiten sowie unter Zeitdruck *versuchen*, möglichst optimale Entscheidungen zu treffen (Keohane, 1984, S. 111-112).⁴⁴

Ungewissheit und Informationsdefizite sind folglich wesentliche und unvermeidliche Rahmenbedingungen außen- und sicherheitspolitischer Entscheidungen (Abbott & Snidal, 1998, S. 15). Deshalb sind aus der Perspektive des RI staatliche Akteure stets und vor allem damit beschäftigt, Unklarheit und Ungewissheit zu verringern, um möglichst rationale Entscheidungen treffen zu können (Haas P. M., 1992, S. 4).⁴⁵ Dies gilt auch und vor allem in der Sicherheitspolitik: “security issues are inherently characterized by uncertainty [...]. Hence, information is of critical importance to the actors in security politics” (Keohane, Haftendorn, & Wallander, 1999, S. 329-330). Tendenziell ist die Ungewissheit in diesem sensiblen Bereich sogar größer als beispielsweise in der Handelspolitik, u.a. weil mehr auf dem Spiel steht, Geheimhaltung eine größere Rolle spielt und deshalb die Informationslage insgesamt undurchsichtiger ist (Axelrod & Keohane, 1993, S. 93; Jervis, 1983, S. 175).

Die Ungewissheit und Unvollständigkeit von Informationen als Grundlage staatlichen Handelns sind in der Logik des RI wesentliche Ursachen für die Existenz internationaler Institutionen, die von Staaten gegründet werden, um eben jene Informationsdefizite möglichst effektiv zu reduzieren und ihre Folgen zu mildern (Keohane, Haftendorn, & Wallander, 1999, S. 330; Hasenclever, Mayer, & Rittberger, 1997, S. 34-36). Die Annahme begrenzter Rationalität ist somit nicht nur empirisch plausibel,⁴⁶ sondern der Logik des RI immanent. Die weiteren Implikationen dieser Annahme lauten, dass für staatliche Akteure subjektive Wahrnehmung, Erwartungen

⁴⁴ Hier ergeben sich offensichtliche Berührungspunkte zu psychologisch-kognitiven Theorien der IB, die politische Entscheidungen mit individuellen oder allgemeinen menschlichen psychologischen Denkmustern und -prozessen zu erklären suchen. Für einen Überblick vgl. Gross Stein (2002; 2013a).

⁴⁵ Haas spricht im englischen Original von „uncertainty reducers“ (Haas P. M., 1992, S. 4).

⁴⁶ Laut dem US-amerikanischen Politikwissenschaftler Stephen Krasner, der mehrere Jahre im Weißen Haus tätig war, ist die allgegenwärtige Zeitknappheit der wichtigste Faktor, der vollständig rationale Entscheidungsfindung in der US-Regierung verhindert (Brinck, 2015).

und Interpretationen ihrer Umwelt bei der Entscheidungsfindung häufig eine zentrale Rolle spielen, die umso größer ist, je weniger zuverlässige Informationen ihnen vorliegen:

“The significance of perception, including beliefs and cognition, will come as no surprise to students of international politics. Yet it is worth pointing out once again that decision making in ambiguous settings is heavily influenced by the ways in which the actors think about their problem” (Axelrod & Keohane, 1993, S. 107).⁴⁷

Somit ist die subjektive Wahrnehmung von Entscheidungsträgern auch in der Sicherheitspolitik von großer Bedeutung (Axelrod & Keohane, 1993, S. 107), angefangen bei der Definition von Bedrohungen und Risiken (Gross Stein, 2013b, S. 2-3), wie in Kapitel 4 noch näher ausgeführt werden wird.⁴⁸

Zudem variieren die Auswirkungen eingeschränkter Rationalität in Abhängigkeit von der Intensität der Beziehungen, die zwischen Regierungen bestehen, und von der Offenheit eines politischen Systems. Denn sowohl letztere als auch Kontakte zwischen Regierungsvertretern fördern die Informationsgrundlage von Entscheidungen und schaffen Erwartungssicherheit, so dass die Ungewissheit als Rahmenbedingung außenpolitischer Entscheidungen verringert und Kooperation wahrscheinlicher wird. Institutionen sind dabei hilfreich, jedoch nicht zwingend erforderlich. Das Gegenteil geschieht, wenn Regierungen es mit geschlossenen und intransparenten Systemen zu tun haben. Hier wiegt die Unsicherheit aufgrund des Informationsdefizits besonders schwer und führt dazu, dass das subjektiv-interpretative Element außen- und sicherheitspolitischer Entscheidungen stärker zum Tragen kommt (Keohane, 1983, S. 163-165).

⁴⁷ Axelrod und Keohane verweisen hier auf das einschlägige und jüngst neu aufgelegte Werk von Robert Jervis *Perception and Misperception in International Politics* (Jervis, 1976; 2017). Unter den rationalen Institutionalisten hat sich u.a. Stein ausführlicher mit dem Thema befasst (Stein, 1982).

⁴⁸ Neben den bereits angesprochenen Parallelen zu psychologisch-kognitiven Ansätzen verwischen an dieser Stelle auch die Grenzen zum Sozialkonstruktivismus, wenn man davon ausgeht, dass es sich bei der Interpretation von Bedrohungen nicht um individuelle, sondern kollektive Prozesse handelt: „In this sense, threats are socially constructed within and among private and public conversations of experts, political leaders, and publics“ (Gross Stein, 2013b, S. 3). Dies ist einer der Gründe, warum Onuf rationale Institutionalisten auch als „weiche Konstruktivisten“ (zitiert nach Schouten, 2015) und die Unterschiede zwischen beiden als vernachlässigbar bezeichnet.

2.4 Interdependenz als Voraussetzung zwischenstaatlicher Kooperation

Die Vertreter des RI folgen den Neorealisten zwar in der Annahme, dass Staaten die zentralen Akteure in einem ursprünglich anarchischen internationalen System sind. Während aber im Neorealismus die Anarchie als Urzustand als unüberwindbar gilt, geht der RI explizit von veränderlichen Systemstrukturen aus. Das von Waltz beschriebene Selbsthilfesystem, in dem alle staatlichen Ziele notwendigerweise der Gewährleistung der eigenen Sicherheit untergeordnet werden müssen, ist laut Keohane nur eine von mehreren möglichen Systemkonstellationen und keineswegs alternativlos (Keohane, 1989, S. 9, 62). Vielmehr sei das internationale System durch zeitlich und geographisch variierende Grade von Interdependenz und Institutionalisierung gekennzeichnet:

„[I]t will be impossible to characterize world politics as a whole either as a jungle of unrelenting conflict or as a reflection of patterns of complex interdependence and institutionalized cooperation“ (Keohane & Nye, 1993, S. 6).

Der RI setzt also der aus seiner Sicht zwar nicht grundlegend falschen, aber doch verkürzten und unvollständigen Betrachtung des internationalen Systems des Neorealismus als anarchisch einen differenzierten Blick auf das internationale Staatensystem entgegen (Wallander, 1999, S. 5).

So bezeichnete Keohane einst das damalige Westeuropa, Japan und Nordamerika als „Zone komplexer Interdependenz“ (Keohane, 1989, S. 9) und meinte damit eine Region, unter deren Staaten die Androhung oder gar die Anwendung von Gewalt undenkbar geworden sei und für die Beziehungen der Staaten untereinander de facto keinerlei Rolle mehr spiele, mit anderen Worten eine „Zone des Friedens“ (Keohane & Nye, 1993, S. 6) Gleichwohl könne militärische Gewalt in den Beziehungen dieser Staaten zu Staaten außerhalb der Region immer noch eine Rolle spielen (Keohane & Nye, 1977, S. 24-29).

Ausgehend von dem Konzept der komplexen Interdependenz bescheinigen rationale Institutionalistinnen anders als Neorealisten Staaten grundsätzlich ein großes Kooperationspotenzial. Während letztere glauben, dass die Sorge um die so genannten relativen Gewinne die Zusammenarbeit von Staaten häufig effektiv verhindere (Grieco, 1988, S. 498; Waltz, 1979, S. 105), gehen Institutionalistinnen davon aus, dass

Staaten in erster Linie an eigenen, absoluten Gewinnen interessiert sind. Das heißt, dass sie verschiedene mögliche Ergebnisse von Interaktionen hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt des jeweils eigenen individuellen Nutzens vergleichen, ungeachtet des Gewinns, den andere dabei erzielen (Keohane, 1998, S. 88; Stein, 1983, S. 134).

Zwar schließen auch rationale InstitutionalistInnen prinzipiell nicht aus, dass die Sorge um relative Gewinne staatliche Beziehungen dominieren *kann* (Keohane, 1990, S. 734; Stein, 1983, S. 134; Krasner, 1983a, S. 7). Dies sei jedoch nur unter ganz bestimmten und seltenen Voraussetzungen der Fall: Nur wenn sich genau *zwei* Staaten gegenüber stünden, die beide nicht das geringste Interesse an absoluten Gewinnen hätten, wie etwa die USA und die Sowjetunion zu Hochzeiten des Kalten Krieges, sei Kooperation ausgeschlossen oder zumindest unwahrscheinlich. In der Praxis verliere das Problem der relativen Gewinne hingegen drastisch an Bedeutung, weil normalerweise weit mehr als zwei Akteure miteinander agierten, die zumindest teilweise ein Interesse an absoluten Gewinnen hätten (Snidal, 1993, S. 170-171; Keohane, 1989, S. 11; Keohane, 1998, S. 88).

Rationalistische InstitutionalistInnen gehen ferner davon aus, dass zahlreiche Anreize für internationale Kooperation bestehen. Sie setzen die Existenz vielfältiger gemeinsamer Interessen von Staaten voraus. Außerdem sind aus ihrer Sicht Staaten beim Erreichen ihrer Ziele häufig wechselseitig voneinander abhängig. Die Interdependenz von Interessen beschränkt folglich die Effektivität unilateralen Handelns (Keohane, 1984, S. 6). Der Zustand der Interdependenz ist aus rational-institutionalistischer Sicht eine logische Voraussetzung von Kooperation, denn: „if actors were independent in the sense that their choices affected only their own returns and not others', then there would be no basis for international regimes“ (Stein, 1983, S. 132). Der Wille zur Kooperation ergibt sich somit aus dem Eigeninteresse von Regierungen, denen durch das Verhalten anderer Staaten entweder Kosten entstehen oder zumindest potenzielle Gewinne entgehen (Keohane & Nye, 1977, S. 9; Jervis, 1978).

Die Existenz interdependenter Interessen führt jedoch keineswegs zwangsläufig zu Kooperation. Von Bedeutung ist hierbei in erster Linie die Konstellation der Akteursinteressen: Kooperation wird umso wahrscheinlicher und stabiler, je stärker

Interessen konvergieren (Keohane & Nye, 1993, S. 5-6).⁴⁹ Entscheidend ist dabei gemäß der oben eingeführten Annahme eingeschränkter Rationalität stets die Wahrnehmung der Akteure (Stein, 1983, S. 132; Snidal, 1993; Axelrod & Keohane, 1993, S. 88). Aber auch bei teilweise divergierenden Interessen ist Kooperation zwischen egoistischen Akteuren trotzdem möglich, wenn diese nämlich davon ausgehen, dass sie mehr als einmal miteinander interagieren werden (Axelrod, 1981, S. 312).

Wie Robert Axelrod gezeigt hat, folgen rational-egoistische Akteure, die miteinander kooperieren, einer Strategie der Gegenseitigkeit (Reziprozität), in der Spieltheorie auch als *tit for tat* bezeichnet (Axelrod, 1984, S. 136-139). Laut Keohane ist diese Strategie am effektivsten, um die Zusammenarbeit unter egoistischen Akteuren aufrecht zu erhalten (Keohane, 1984, S. 214).⁵⁰ Die Grundlage reziproken Verhaltens sind laut Keohane

„exchanges of roughly equivalent values in which the actions of each party are contingent on the prior actions of the others in such a way that good is returned for good, and bad for bad“ (Keohane, 1989, S. 136).

Auch die Bewertung der Äquivalenz von Leistungen und Gegenleistungen hängt freilich von der Wahrnehmung der Akteure ab, zumal immaterielle Leistungen nicht exakt messbar sind und Leistung und Gegenleistung häufig nicht simultan, sondern in einem mehr oder weniger großen zeitlichen Abstand erfolgen (Keohane, 1989, S. 135-136; Axelrod, 1984, S. 137).⁵¹

Wichtig ist außerdem der Zeithorizont, den Akteure individuell bei der Kalkulation von Kosten und Nutzen zugrunde legen. Denn ausschließlich am kurzfristigen Nutzen orientierte Entscheider würden aus einer Vermeidungsstrategie heraus Kooperation oftmals ablehnen, um unnötige Nachteile und Risiken auszuschließen

⁴⁹ Vgl. dazu bereits Jervis (1978).

⁵⁰ Allerdings führt der Grundsatz reziproken Verhaltens logischerweise nur dann zu Kooperation, wenn am Beginn des Austauschs eine wohlmeinende Geste steht. Dies bedeutet, dass einer der Akteure in Vorleistung gehen muss in der Hoffnung, dass der andere sich entsprechend verhält. Problematisch wird die Strategie der Gegenseitigkeit, wenn ein Akteur damit beginnt, sich nicht-kooperativ zu verhalten und dadurch dem anderen zu schaden (Axelrod, 1984, S. 138). Ein striktes Befolgen des Reziprozität-Grundsatzes hätte dann eine endlose Abwärtsspirale zur Folge, im schlimmsten Fall sogar die militärische Eskalation eines Konflikts (Keohane, 1986b, S. 10).

⁵¹ Unterschiedliche Vorstellungen darüber, was äquivalent ist, führen unter rivalisierenden Regierungen zu einer Tendenz, eher zu hohe als zu niedrige Gegenleistungen zu fordern. So haben laut Keohane abweichende Interpretationen von Äquivalenz beispielsweise in den 1970er/1980er Jahren weitergehende Erfolge der Entspannungspolitik zwischen den USA und der Sowjetunion verhindert (Keohane, 1986b, S. 10-11).

(Jervis, 1983, S. 180). Dagegen steigt der Spielraum für Kooperation erheblich, wenn Akteure einen langen Zeithorizont veranschlagen und davon ausgehen, dass sie auf unbestimmte Zeit wiederholt miteinander interagieren werden (Keohane, 1989, S. 63; Axelrod & Keohane, 1993, S. 92; Axelrod, 1981, S. 312). Dann nämlich können in der Kalkulation der Akteure kurzfristige Kosten und Nachteile durch erwartete langfristige Gewinne der Zusammenarbeit aufgewogen werden. Je höher dabei der künftige Nutzen bewertet wird und je sicherer er eintritt, desto rationaler erscheint es in der Gegenwart, eine Zusammenarbeit anzustreben (Axelrod, 1984, S. 126-130).

In welchem Verhältnis lang- und kurzfristige Gewinne zueinander gewichtet werden, darauf gibt der RI keine generelle Antwort. Keohane beispielsweise verweist darauf, dass in der Anfangsphase des europäischen Integrationsprozesses der potenzielle langfristige Nutzen äußerst hoch bewertet wurde, ab Mitte der 1960er Jahre dagegen kurzfristiges Denken zugenommen habe (Keohane, 1989, S. 148-149). Auch können sich Akteure in der Länge der veranschlagten Zeithorizonte unterscheiden. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die Chance, dass Verhandlungspartner sich gegenseitig Zugeständnisse machen, steigt, wenn Verhandlungen mit einer gewissen Regelmäßigkeit stattfinden, so dass man für einen Gefallen eine relativ rasche Gegenleistung erwarten kann. Entscheidend für die Bewertung einer Kooperationsbeziehung als mehr oder weniger erfolgreich ist daher die subjektiv empfundene Zufriedenheit der beteiligten Akteure.

Ein wichtiges Element stabiler Kooperation und damit ein wichtiges Konzept im RI ist Vertrauen, das dann entstehen kann, wenn Regierungen wiederholt zur beiderseitigen Zufriedenheit miteinander kooperieren: das Vertrauen, dass der Interaktionspartner zuverlässig und glaubwürdig ist und die Kooperation insgesamt zu beiderseitigem Nutzen ausfällt. Laut Keohane kann es dazu führen, dass staatliche Akteure die Strategie strikter, *spezifischer* Reziprozität zugunsten einer *diffusen* Reziprozität aufgeben. Diffus reziprokes Verhalten zielt nicht mehr auf unmittelbare, äquivalente Belohnungen ab, sondern auf die Aufrechterhaltung einer allseits als insgesamt vorteilhaft empfundenen Zusammenarbeit (Keohane, 1986b, S. 20-21). Durch ein solches Verhalten geprägte Kooperationsbeziehungen zwischen Staaten sind durch einen vergleichsweise hohen Grad an Stabilität gekennzeichnet.

Es ist jedoch zu betonen, dass auch beim Vorliegen diffuser Reziprozität Kooperation nicht zum Selbstzweck gerät. Der eigene Vorteil mag vorübergehend zurückgestellt werden, aufgegeben wird er keineswegs und bleibt das ultimative Ziel staatlichen Handelns. Dadurch bleiben kooperative Beziehungen auch auf diesem Niveau potenziell fragil: Durch – wie auch immer motiviertes – nichtkooperatives Verhalten eines Akteurs kann, gemäß dem Prinzip der Gegenseitigkeit, gewissermaßen jederzeit eine Negativdynamik in Gang gesetzt werden, an deren Ende der vollständige Zusammenbruch der Zusammenarbeit steht.

2.5 Entstehung und allgemeine Funktion internationaler Institutionen

Anhänger des RI stimmen grundsätzlich mit Vertretern des Neorealismus überein, dass speziell in der Sicherheitspolitik von Staaten Kooperation bei weitem kein Selbstläufer sei (Axelrod & Keohane, 1993, S. 96). Den Grund dafür sehen sie ebenso wie diese in der anarchischen Struktur des internationalen Systems und der daraus resultierenden Unsicherheit von Staaten über das Verhalten und die Intentionen anderer Staaten (Keohane, 1989, S. 108). Diese Unsicherheit schaffe eine Nachfrage nach Informationen und damit nach Institutionen: „Institutions arise [...] largely because of uncertainty, which generates a need for information“ (Wallander & Keohane, 1999, S. 30). Aus Sicht des RI können internationale Institutionen entscheidend dazu beitragen, dass Kooperation zustande kommt und stabil bleibt, indem sie Informationen bereitstellen, Erwartungssicherheit schaffen und damit die Unsicherheit zwischen den Akteuren maßgeblich reduzieren, so Keohane (zitiert nach Kreisler, 2004).

Institutionen erhöhen Informationsfluss, Kommunikationsdichte und -qualität zwischen ihren Mitgliedern, so dass sie gegenseitig besser über ihre Fähigkeiten, Intentionen und Interessen Bescheid wissen. Indem Institutionen außerdem Spielregeln für legitimes Handeln festlegen, können Staaten mit ihrer Hilfe nicht-kooperatives Verhalten definieren und entdecken, wenn auch nicht unbedingt sanktionieren (Keohane, 1989, S. 2; 1983, S. 154-155, 162-163). Im Umkehrschluss helfen Institutionen Staaten auch dabei, glaubwürdige Zusagen zu machen (Wallander & Keohane, 1999, S. 30).

Schließlich verringern Institutionen Transaktionskosten,⁵² indem sie einen Verhandlungsrahmen bereitstellen, auf den Staaten für zukünftige Vereinbarungen zurückgreifen können (Keohane, 1990, S. 112). Internationale Institutionen sind aus Sicht des RI und seiner Vertreter also in erster Linie dazu da, eine Zusammenarbeit von Staaten zu ermöglichen und zu verstetigen. Im Umkehrschluss würde es laut Keohane ohne Institutionen dagegen kaum Kooperation geben (Keohane, 1989, S. 174).

Gleichzeitig bringen Institutionen für die beteiligten Staaten nicht unerhebliche Kosten mit sich. Neben den eher zu Beginn entstehenden und im weiteren Verlauf zu vernachlässigenden materiellen Investitionen sind hier vor allem die permanenten politischen Kosten zu nennen. Denn indem sich Staaten dem Regelwerk einer Institution unterordnen, schränken sie ihre Handlungsfreiheit ein (Wallander & Keohane, 1999, S. 30). Die Mitgliedschaft in internationalen Institutionen eröffnet Staaten somit zwar neue, multilaterale Handlungsoptionen und reduziert die Kosten von Kooperation, begrenzt dafür aber ihre Souveränität (Keohane R. O., 1989, S. 5-6; Stein A. A., 1983, S. 138-139).

Wie aber entstehen Institutionen überhaupt? Grundsätzlich ist zunächst davon auszugehen, dass der von Regierungen wahrgenommene Bedarf an Institutionen proportional mit dem innerhalb einer bestimmten Gruppe von Staaten oder bestimmten Politikfeldern herrschenden Grad an Interdependenz – der „Problemdichte“ (engl. „issue density“, vgl. Keohane, 1989, S. 112) – ansteigt. Denn bei geringer Interdependenz sind spontane *ad hoc*-Vereinbarungen möglicherweise ausreichend. Bei hoher Interdependenz hingegen kommt der kosten senkende Effekt von Institutionen stärker zum Tragen, da das zu erschließende Kooperationspotenzial größer ist (Keohane, 1989, S. 112). Außerdem von Bedeutung ist die empfundene Dauerhaftigkeit von Problemen: Je dauerhafter ein Problem zu sein scheint, desto größer dürfte die Nachfrage nach institutionalisierter Zusammenarbeit ausfallen (Wallander & Keohane, 1999, S. 31).

Natürlich führt die bloße Existenz interdependenter Interessen noch nicht automatisch zur Entstehung von Institutionen (Wallander & Keohane, 1999, S. 31;

⁵² Unter Transaktionskosten versteht Keohane „die Kosten, Vereinbarungen zu treffen und einzuhalten“ (Keohane, 1998, S. 86).

Keohane, 1989, S. 111). Dies erfordere „politische Unternehmer [...], die einen potenziellen Gewinn im Organisieren von Zusammenarbeit“ sähen, so Keohane (1989, S. 111-112). In der Regel sind dies Regierungschefs, die von der Gründung einer Institution einen bestimmten Nutzen erwarten. Sie sind zweitens vornehmlich in mächtigen Staaten zu suchen, denn Keohane betrachtet internationale Institutionen in erster Linie als Instrumente mächtiger Staaten: „Multilateral institutions [...] are doubtless constructed to help powerful states achieve their interests“ (Keohane, 1990, S. 751).

Die Existenz einer Führungsmacht kann die Gründung von Institutionen zwar erheblich erleichtern. So hätte es die Nato beispielsweise ohne die Initiative der USA nicht gegeben (Haftendorn, 1997, S. 17). Jedoch ist „[d]ie Existenz eines Hegemons [...] weder für die Entstehung noch für die Dauerhaftigkeit von Institutionen eine unabdingbare Voraussetzung“ (Haftendorn, 1997, S. 17).⁵³

Unabhängig davon, wie Institutionen entstehen, spiegeln sie in aller Regel die relativen Fähigkeiten der beteiligten Staaten wider. Das heißt, dass die Interessen großer Staaten innerhalb von Institutionen höher gewichtet werden als die kleiner und mittlerer Staaten, was sich beispielsweise bei der Vergabe wichtiger Posten oder den Entscheidungsverfahren bemerkbar macht (Haftendorn, 1997, S. 17). Eine Ausnahme von dieser Regel gibt es nur, wenn einem mächtigen Staat mehr an der Gründung einer Institution liegt als den schwächeren Partnern. In diesem Fall muss er größere Zugeständnisse machen, und die realen Machtungleichgewichte werden stärker nivelliert (Keohane, 1989, S. 105). Dessen ungeachtet erhalten kleinere Mitgliedstaaten jedoch fast immer ein im Vergleich zu ihrer Größe überproportionales Mitspracherecht, denn:

„[T]he weaker but still influential partners will seek to ensure that the rules so constructed will provide sufficient opportunities for them to voice their concerns and interests and thereby prevent or at least ameliorate their domination by stronger partners“ (Grieco, 1995, S. 34).⁵⁴

⁵³ Oran Young unterscheidet zwischen Institutionen, die von mehreren gleichberechtigten Staaten gegründet („negotiated orders“) und solchen, die mächtige Staaten schwächeren Staaten aufdrängen („imposed orders“) (Young, 1982, S. 282-284). Young unterscheidet darüber hinaus als dritte Kategorie „spontaneous orders“ (Young, 1982, S. 282), die Keohane allerdings für nicht existent hält (Keohane, 1989, S. 111).

⁵⁴ Grieco selbst wollte seine These als Modifizierung neorealistischer Annahmen, nicht jedoch als rationalistisch-institutionalistisch verstanden wissen. Dem widerspricht Keohane und macht sie sich ausdrücklich zu eigen (Keohane & Martin, 2003, S. 95).

Wenn Institutionen erfolgreich Spielregeln etablieren und Erwartungssicherheit schaffen, stabilisiert das die institutionelle Zusammenarbeit von Staaten und erzeugt eine dauerhafte Nachfrage nach Institutionen (Keohane, 1990, S. 744). Diese Nachfrage wird zweitens dadurch verstärkt, dass die Interpendenz von Staaten über Zeit zunimmt:

„According to this line of argument, we should expect that a combination of increasing interdependence (leading to high levels of issue density) and the success of existing institutions will tend to lead both to an expansion of institutional tasks and an increase in the number of functioning international institutions“ (Keohane, 1990, S. 744-745).

Keohane geht daher von einer zunehmenden Institutionalisierung der internationalen Politik aus, und zwar sowohl im Sinne der Beibehaltung und Ausdehnung bestehender als auch der Gründung neuer Institutionen. Anders als sein Kontrahent und Neorealit John Mearsheimer rechnete Keohane daher nach dem Ende des Kalten Krieges auch nicht mit dem Ende, sondern – im Gegenteil – mit der Fortsetzung und Vertiefung der europäischen Integration (Keohane & Nye, 1993, S. 6). Denn in einem friedlichen Umfeld wie dem westlichen Europa würden Staaten ihre Interessen weitaus wirksamer mit Hilfe internationaler Institutionen verfolgen können als ohne, so sein Argument (Keohane, 1989, S. 9).

2.6 Die spezifische Funktion von Sicherheitsinstitutionen

Neben Institutionen mit potenziell umfassender Zuständigkeit wie den Vereinten Nationen oder Regionalorganisationen wie der EU oder der AU werden Institutionen häufig auch für bestimmte Problemfelder gegründet, sind also problemfeldspezifisch. Auch für den Sachbereich „Sicherheit“ gibt es spezifische Institutionen. Wie alle Institutionen haben auch Sicherheitsinstitutionen den Zweck, ihren Mitgliedern eine dauerhafte Zusammenarbeit zu ermöglichen, und zwar „bei der Gewährleistung von Sicherheit“ (Haftendorn, 1997, S. 16).

Celeste Wallander und Robert Keohane unterscheiden zwei Typen von Sicherheitsinstitutionen: Allianzen und Sicherheitsmanagement-Institutionen. Erstere dienen der Abwehr äußerer Bedrohungen durch

„Akteure, die die Fähigkeiten haben, die Sicherheit anderer zu verletzen und die von ihren potenziellen Zielen so wahrgenommen werden, als ob sie die Absicht hätten dies zu tun“ (Wallander & Keohane, 1999, S. 25).

Dagegen minimieren Sicherheitsmanagement-Institutionen das Risiko, dass Staaten aus gegenseitigem Misstrauen oder aus Ungewissheit heraus trotz gemeinsamer Sicherheitsinteressen nicht miteinander kooperieren (Wallander & Keohane, 1999, S. 25). Darüber hinaus nennt Haftendorn als dritten Typ Systeme kollektiver Sicherheit. Im Unterschied zu Allianzen sollen diese vor potenziellen Aggressoren aus dem eigenen Mitgliederkreis schützen. Zumindest ihrem Anspruch nach sind die Vereinten Nationen ein Beispiel dafür (Haftendorn, 1997, S. 17).

Häufig haben Institutionen in der Praxis jedoch mehr als eine Funktion (Abbott & Snidal, 1998, S. 5). Die Nato beispielsweise gilt zwar einerseits als der Prototyp einer Allianz schlechthin, sie hatte aber neben der kollektiven Verteidigung der Bündnismitglieder unter anderem auch die Funktion, das wiederbewaffnete Deutschland institutionell einzubinden, wirkte somit nach innen als ein System kollektiver Sicherheit (Haftendorn, 1997, S. 17). Seit dem Ende des OWK sind weitere Aufgaben hinzugekommen, während die ursprüngliche Aufgabe der territorialen Verteidigung für die meisten Mitgliedstaaten an Relevanz verloren hat (wenngleich nicht für Polen, wie noch zu sehen sein wird). Sicherheitsinstitutionen mit mehr als einer Funktion bezeichnen Wallander und Keohane als „hybride Institutionen“ (Wallander & Keohane, 1999, S. 34).

Auch die EU ist ein Beispiel für eine hybride und eine, wenn auch rudimentäre, Sicherheitsinstitution, wobei durchaus umstritten ist, ob Sicherheit nun ihre Haupt- oder eine Nebenfunktion sei (Haftendorn, 1997, S. 18; Kreft, 1997, S. 165). Ihr Vorläufer, die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), war unter anderem ein System kollektiver Sicherheit, indem Deutschlands kriegswichtige Industrien einer supranationalen Aufsicht unterstellt wurden. Die Europäische Integration galt stets als wirksamster Schutz vor einem neuerlichen deutschen Sonderweg, und „in allen Entwicklungsphasen der Europäischen Integration spielten sicherheitspolitische Erwägungen eine Rolle“ (Kreft, 1997, S. 165).

Dazu haben die EU-Mitgliedstaaten mit der ESVP bzw. GSVP der EU mittlerweile eine auch explizite sicherheitspolitische Dimension gegeben. Mit der Verankerung einer Beistandsklausel im Falle eines Angriffs auf einen EU-Mitgliedstaat im Lis-

sabonner Vertrag (LV) ist die EU mittlerweile sogar zumindest auf dem Papier zu einer Allianz avanciert, wie zuvor die in ihr aufgegangene Westeuropäische Union (WEU) eine war.

Die Beispiele Nato und EU zeigen, dass bei den Funktionen einer Institution eine Unterscheidung zwischen offiziellen, expliziten (Haupt)Funktionen und jenen impliziten (Neben)Funktionen sinnvoll ist, die eine Institution in den Augen ihrer Mitglieder erfüllt (oder erfüllen sollte), ohne dass sie ihr diese explizit übertragen hätten (Kreft, 1997, S. 168). Ferner wohnt der analytischen Kategorie der Funktion ein subjektives Element inne. Welche Funktionen eine Institution erfüllt und wie effektiv sie dabei ist, hängt maßgeblich von der Wahrnehmung politischer Akteure in den Mitgliedstaaten. Daraus ergibt sich wiederum die subjektive Wertschätzung, die eine Institution in den Augen ihrer Mitglieder genießt (Haftendorn, 1997, S. 26).

2.7 Relevanz und Effektivität Internationaler Organisationen

Während der RI internationalen Institutionen im Gegensatz zum Neorealismus grundsätzlich Relevanz für das Handeln von Staaten bescheinigt, erkennt er gleichzeitig an, dass diese im Einzelfall variiert. Doch worin diese Bedeutungsunterschiede von Institutionen ihre Ursachen haben, darauf hält beispielsweise Keohane keine zufrieden stellende Antwort bereit. Er weist lediglich darauf hin, dass die Relevanz von Institutionen maßgeblich von ihrer Effektivität abhängt, ohne dies näher auszuführen (Keohane, 1989, S. 5-7).⁵⁵

Laut Hasenclever et al. umfasst Effektivität eine interne und eine externe Komponente: eine Institution ist effektiv, wenn sich

- (1) ihre Mitglieder an ihre Normen und Regeln halten und wenn sie
- (2) bestimmte Zwecke erfüllt und Ziele erreicht (Hasenclever, Mayer, & Rittberger, 1997, S. 2-3). Festzuhalten bleibt außerdem, dass Effektivität gemäß der dieser Arbeit zugrunde liegenden Annahme von Rationalität keine objektive Eigenschaft ist, sondern von staatlichen Entscheidungsträgern einer bestimmten IO zu- oder aberkannt

⁵⁵ Nach eigener Aussage hat sich Keohane erst in den vergangenen Jahren mit der Frage der Effektivität von IOs eingehender beschäftigt (zitiert nach Schouten, 2008).

wird, wobei diese Bewertung – so steht zu vermuten –, maßgeblich von den oben genannten Kriterien abhängen dürfte.⁵⁶

Eine verbreitete Kritik an internationalen Institutionen und damit indirekt am RI lautet, dass sie Regelverstöße und Täuschung nicht wirksam verhindern können. Denn da sie abweichendes Verhalten nicht in gleichem Maße sanktionieren können wie staatliche Institutionen, können sie alternative Handlungsweisen folglich auch nicht unterbinden (Scharpf, 2006, S. 78). Dies stellt nach Ansicht einiger Vertreter der sozialkonstruktivistischen Perspektive für rationalistische Kooperationstheorien generell ein unüberwindbares Problem dar. Verhandlungspartner, so das Argument, könnten niemals sicher sein, dass ihr Gegenüber sie nicht über seine wahren Absichten irreführe, und die Glaubwürdigkeit von Informationen lasse sich nie zweifelsfrei feststellen. Die Einhaltung institutionalisierter Spielregeln sei daher nicht rational und lasse sich folglich aus rationalistischer Sicht auch nicht erklären (Müller, 2004, S. 398-400; Johnston, 2001, S. 491).

Dass internationale Institutionen über keine wirksame Sanktionsfähigkeit verfügen, bestreiten rationalistische Institutionen nicht. Keohane und Axelrod sprechen selbst vom „Sanktionierungsproblem“ (Axelrod & Keohane, 1993, S. 95). Sie und andere Vertreter des RI räumen ein, dass Institutionen Regelverstöße insbesondere mächtiger Staaten nicht verhindern können (Keohane & Nye, 1993, S. 5; Keohane, 1984, S. 13; Young, 1982, S. 278).⁵⁷ Die Durchsetzung von Regeln zählt Keohane daher weder zu den Stärken noch zu den Aufgaben internationaler Institutionen (Keohane, 1984, S. 13).

Andererseits halten sich angesichts dieses offensichtlichen Defizits von Institutionen sogar mächtige Staaten in der Praxis erstaunlich oft an Regeln und setzen dies offenbar auch bei anderen als selbstverständlich voraus (Jervis, 1970, S. 97-102). Dafür gibt es aus rationalistisch-institutionalistischer Sicht handfeste rationale Gründe. Oran Young, der sich eingehend mit dem Sanktionsproblem in der internationalen Politik

⁵⁶ Daneben ist ein zweites Kriterium für die Relevanz von Institutionen die *Resilienz* einer Institution: das Maß an Beständigkeit und Kontinuität, mit der Institutionen sowohl exogene Herausforderungen als auch interne Macht- und Interessenverschiebungen unter den Mitgliedstaaten ohne größeren Wandel überdauern (Hasenclever, Mayer, & Rittberger, 1997, S. 2-3).

⁵⁷ Vgl. dazu ausführlich Young (1979).

beschäftigt hat, argumentiert ebenso wie Keohane, dass allein ihr Eigeninteresse Akteuren die Einhaltung getroffener Vereinbarungen und die Befolgung von Regeln nahelege, ja geradezu diktiere (Young, 1979, S. 18; Keohane, 1984, S. 126).

Dies folgt zunächst einmal aus dem Umstand, dass Staaten aufgrund gegebener Interdependenzen nicht nur einmal, sondern immer wieder miteinander kooperieren wollen, wenn nicht gar müssen. Die Fähigkeit, in der Zukunft mit anderen gewinnbringende Vereinbarungen zu treffen, hängt aber entscheidend von der Reputation eines Staates ab, sich an Vereinbarungen und Regeln zu halten.⁵⁸ Der Ruf eines Regelbrechers dürfte daher die Kooperationsbereitschaft anderer Staaten entscheidend reduzieren (Young, 1979, S. 19; Keohane, 1984, S. 126). Der Aufbau des Rufes, ein verlässlicher und glaubwürdiger Partner zu sein, wird somit zumindest für langfristig denkende politische Akteure gewissermaßen zum Imperativ, wie Young überzeugend darlegt und folgert: „pure self-interest will suggest the importance of establishing a record of compliant behavior“ (Young, 1979, S. 19).

Neben der Reputation gibt es einen zweiten Grund, aus dem Staaten Vereinbarungen und Regeln in der Regel einhalten. Er folgt aus dem bereits bekannten Prinzip der Reziprozität. Denn nur wenn sich Staaten selbst an Regeln halten, können sie gleiches von anderen erwarten. Dagegen müssen sie davon ausgehen, dass eigene Regelverstöße von anderen Staaten entsprechend beantwortet werden (Keohane, 1998, S. 86). Dies jedoch könnte nicht nur unmittelbar den eigenen Interessen schaden, sondern, schlimmer noch, zu einem Zusammenbruch der gesamten Institution führen, von deren Existenz sie profitieren, so Keohane (zitiert nach Kreisler, 2004). Neben handfesten materiellen Verlusten – etwa durch protektionistische Maßnahmen zum Schutz der Wirtschaft – würde dies zu einem generellen Verlust an Erwartungssicherheit führen, der staatlichen Akteuren in der Regel nicht wünschenswert erscheint (Keohane, 1998, S. 86). Eine entscheidend Rolle spielt hierbei die subjektive Einschätzung eines Akteurs, ob die eigene Regelverletzung das gesamte Regelsystem gefährden würde oder nicht (Young, 1979, S. 19).

⁵⁸ Beim von Keohane häufig bemühten Konzept der Reputation ergeben sich erneut Überschneidungen mit der sozialkonstruktivistischen Perspektive, denn: „there’s nothing more socially determined than one’s reputation“ (Martin & Simmons, 2013, S. 333).

Schließlich gehen drittens auch eventuell drohende materielle Sanktionen in die Kosten-Nutzen-Kalkulationen eines außenpolitischen Entscheidungsträgers ein (Young, 1979, S. 20). Denn auch wenn die Bestrafung keine wesentliche Funktion oder Fähigkeit von Institutionen ist, gibt es doch Fälle, in denen im Falle einer Regelverletzung wirtschaftliche oder politische Sanktionen entweder im Regelwerk vorgesehen sind oder ad hoc von anderen Mitgliedstaaten beschlossen werden. Für alle internationalen Institutionen gilt, dass die Aussicht auf die Regeleinhaltung mit der Wahrscheinlichkeit steigt, dass Regelverstöße entdeckt werden (Young, 1979, S. 34).

Aus rational-institutionalistischer Sicht gibt es folglich überzeugende Gründe dafür, dass Staaten internationale Regelwerke und Vereinbarungen einhalten. Sie kommen dabei nach eigener Aussage ohne soziale, normative oder moralische Begründungen aus:

„[W]hen looked at in simple cost-benefit terms, the expected benefits of compliance often outweigh the costs without regard to any prospects of enforcement, inducement, or social pressure“ (Young, 1979, S. 32).

Wenngleich Institutionen somit aus Sicht des RI das Risiko von Staaten, von anderen Staaten getäuscht zu werden, erheblich reduzieren, so können sie es doch nicht eliminieren. Das Risiko der Täuschung und die Ungewissheit hinsichtlich der Handlungen der Anderen bleiben vielmehr grundsätzlich bestehen und müssen entsprechend von Regierungsakteuren berücksichtigt werden (Abbott & Snidal, 1998, S. 27-29).

Nach Ansicht von Keohane liegt der Kritik an der Sanktionsfähigkeit von Institutionen ohnehin ein grundlegendes Missverständnis zugrunde. Diese seien nicht als mangelhafter Versuch zu sehen, hierarchische Strukturen in der internationalen Politik zu etablieren. Vielmehr handele es sich im Kern um Verträge von „Akteuren mit langfristigen Interessen, die versuchen ihre Beziehungen auf stabile und wechselseitig lohnende Weise zu strukturieren“ (Keohane, 1983, S. 146). Dabei blieben Institutionen Gegenstand von Verhandlungen und Neuverhandlungen. Keohane sieht Institutionen in Anlehnung an das Marktmodell der Mikroökonomie als ein Angebot, das Staaten nachfragen können – oder auch nicht: „on the basis of an analysis of relative prices and cost-benefit calculations, actors decide which regimes to ‚buy‘“ (Keohane, 1983,

S. 147). Der Ausstieg aus der institutionellen Kooperation – in der Analogie die Entscheidung, nicht zu kaufen – bleibe dabei stets eine Handlungsalternative, so Keohane (vgl. auch Abbott & Snidal, 1998, S. 15).

2.8 Effekte von Sicherheitsorganisationen auf staatliche Sicherheitspolitik

Wie bereits erwähnt, betrachtet der RI Institutionen primär als Instrumente großer Staaten zur effektiveren und effizienteren Verfolgung ihrer Interessen (vgl. auch Keck, 1997, S. 254-255). Wenn Staaten neue Institutionen gründen oder – häufiger – bestehenden beitreten und sie pflegen, geschieht dies aus dem strategischen Kalkül heraus, ein bestimmtes Ziel mit Hilfe der fraglichen Institution effektiver und effizienter erreichen zu können als durch unilaterales Handeln. Die Mitgliedschaft in Institutionen verändert somit Verfügbarkeit, Kosten und Nutzen verschiedener außenpolitischer Handlungsoptionen. Es ist anzunehmen, dass staatliche Eliten dies berücksichtigen und ihre Handlungsstrategien entsprechend anpassen: „Most simply, institutions may affect a state’s strategies by changing the options available and altering their costs and benefits“ (Wallander, Haftendorn, & Keohane, 1999, S. 9).

Da multilaterales Handeln in Institutionen gegenüber uni- und bilateralen Handlungsoptionen in der Regel wirkungsvoller und kostengünstiger ist, steht zu erwarten, dass Mitgliedstaaten ihre Interessen über Zeit vorzugsweise und zunehmend im Verbund mit anderen Staaten in einem von IOs zum jeweiligen Zweck bereit gestellten institutionellen Rahmen verfolgen. Dies gilt grundsätzlich sowohl für kleine und mittlere Staaten als auch für Großmächte (Abbott & Snidal, 1998, S. 4).⁵⁹ Folgerichtig ging Keohane von einem Langzeittrend hin zu wachsender Relevanz internationaler Institutionen in nahezu allen Bereichen aus (Keohane, 1998, S. 82).

Laut dem RI und im Unterschied etwa zum Konstruktivismus bleiben die Institutionen dabei jedoch entscheidend von den Zielen und Interessen der an ihnen

⁵⁹ So hätten selbst die USA unter Reagan, der internationalen Institutionen anfänglich äußerst skeptisch gegenüber stand, deren Wert für die Durchsetzung amerikanischer Interessen schätzen gelernt, so Keohane und Nye. Denn sie hätten erkannt, dass die bilaterale Durchsetzung von Interessen selbst für eine Supermacht auf Dauer zu kostspielig sei (Keohane & Nye, 1987).

beteiligten Staaten abhängig. Die Hauptursachen für den Wandel, dem Sicherheitsinstitutionen wie alle Institutionen grundsätzlich unterliegen, sind folglich in den Mitgliedstaaten zu suchen. Sowohl die Funktionen von Sicherheitsinstitutionen als auch deren Entscheidungsverfahren, Erweiterung oder auch die personelle Besetzung institutioneller Posten sind potenziell Gegenstand gegensätzlicher Interessen und Vorstellungen in den Mitgliedstaaten und damit von Konflikten. Umgekehrt gehen Vertreter des RI jedoch auch davon aus, dass internationale Institutionen selbst erheblichen Einfluss auf die Sicherheitspolitik von Staaten entfalten und damit Auslöser sicherheitspolitischen Wandels sein können, wenngleich sich dieser wohlgerne qua Annahme auf die strategische Ebene beschränkt (Wallander, Haftendorn, & Keohane, 1999, S. 10). Zwischen internationalen Sicherheitsinstitutionen und nationalen Sicherheitspolitiken besteht demnach eine Wechselwirkung. Die rational-institutionalistisch inspirierte Forschung hat sich jedoch bis dato vorwiegend auf den Wandel von Institutionen konzentriert, das heißt Institutionen vor allem als abhängige Variablen untersucht. Dagegen ist die „Wirkung von Sicherheitsinstitutionen auf staatliche Außenpolitik bisher wenig erforscht worden“ (Haftendorn, 1997, S. 25).

Aus dem bisher Gesagten folgt zunächst, dass eine grundsätzliche sicherheitspolitische Maßnahme für Staaten darin besteht, Sicherheitsinstitutionen zu gründen und/oder bestehenden beizutreten und in der Folge auftretende Sicherheitsprobleme bevorzugt im institutionellen Verbund mit anderen zu bearbeiten. Da die Neugründung von Institutionen gerade für kleinere Staaten mit größeren Schwierigkeiten, Kosten und Risiken verbunden ist, ist dabei laut dem RI der Beitritt einer Neugründung vorzuziehen (Keohane, 1989, S. 113). Durch die Mitgliedschaft in Institutionen geben Staaten nach Ansicht des RI einen Teil ihrer Souveränität auf, indem sie sich supranationalen Regeln unterwerfen. Implizit ist daraus die Erwartung abzuleiten, dass uni- und bilaterale Elemente in der Sicherheitspolitik eines institutionell eingebundenen Staates in der nationalen Sicherheitsstrategie an Bedeutung verlieren.

Eine dritte Hypothese, die sich aus dem RI für die Sicherheitspolitik von Staaten ableiten lässt, lautet: Staaten werden versuchen, ihre institutionelle Zusammenarbeit zu diversifizieren, das heißt, ihre sicherheitspolitischen Ziele über mehr als eine Institution verfolgen. Dieses auch als „forum shopping“ (Stein, 2008, S. 216) bezeichnete

Vorgehen ist typischerweise aus anderen Handlungsfeldern der Außenpolitik bekannt, etwa der Handelspolitik, wo häufig mehrere Formen der Zusammenarbeit mit überlappender Zuständigkeit ko-existieren und Staaten fallweise wählen können, in welchem Forum sie ihre Interessen verfolgen wollen. Die Diversifizierung der institutionalisierten Kooperation ist neben der stärkeren Ausdifferenzierung von Spielregeln ebenfalls ein probates Mittel zur Risikominderung im Sachbereich Sicherheit (Keohane, 1983, S. 162-163, 168). Wo bereits mehrere Institutionen nebeneinander existieren, kann dies zu einem Wettbewerb zwischen Institutionen um neue Aufgaben und Funktionen führen, wie ihn Keohane für Europa nach 1990 prognostiziert hat (Keohane, 1990, S. 759).⁶⁰

2.9 Der rationalistische Institutionalismus und seine Kritiker

Neben dem Rationalismus insgesamt, wie unter 2.1 gesehen, sind auch spezifische Annahmen des RI Gegenstand teils fundamentaler Kritik geworden. Neorealistische Autoren beispielsweise zeigen sich in einem zentralen Punkt vom RI nicht überzeugt. Sie bleiben dabei, dass nicht das Streben um absolute, sondern vielmehr die Sorge um relative Gewinne in den zwischenstaatlichen Beziehungen überwiege. Dies werde von den rationalistischen Institutionalisten schlicht übersehen, und damit sei die ihm zugrunde liegende Logik fehlerhaft (Grieco, 1988; Mearsheimer, 1994/1995).

Die beständige und in allen, auch freundschaftlichen zwischenstaatlichen Beziehungen dominierende Sorge um relative Gewinne folge logisch zwingend aus dem anarchischen Zustand des internationalen Systems und der daraus resultierenden Möglichkeit, dass der Freund von heute der Feind von morgen sein könne, so Grieco:

⁶⁰ Staaten, die für die Stärkung einer Institution eintreten, können im Übrigen grundsätzlich mit der Unterstützung der Organisation selbst rechnen. Denn IOs, die über eigenes Budget und Personal verfügen, bemühen sich tendenziell ebenfalls kontinuierlich um eine Erweiterung ihrer Funktionen, um so die Relevanz und somit den Erhalt der Organisation zu sichern (Keck, 1997, S. 256). Es steht also zu vermuten, dass das Erweiterungsinteresse von Staaten häufig mit dem Erweiterungsinteresse von Institutionen, das heißt des von ihnen angestellten Personals, zusammenfällt und Institutionen dementsprechend ein expansives Element innewohnt, ihr Aufgabenspektrum über Zeit eher zu- als abnimmt.

“Neoliberals fail to consider the threat of war arising from international anarchy, and this allows them to ignore the matter of relative gains and to assume that states only desire absolute gains. Yet, in doing so, they fail to identify a major source of state inhibitions about international cooperation” (Grieco, 1988, S. 487).

Das Auslassen des Problems der relativen Gewinnorientierung lasse sich laut Mearsheimer auch nicht etwa dadurch rechtfertigen, dass der RI in erster Linie auf ökonomische und ökologische Kooperation fokussiert. Eine Trennung zwischen den Sachbereichen Wirtschaft und Sicherheit hält Mearsheimer für nicht zulässig, da militärische Macht entscheidend von wirtschaftlicher Macht abhängt. Insofern müsse die Sorge um relative Gewinne zwangsläufig auch wirtschaftliche Beziehungen zwischen Staaten prägen. Hierfür gebe es zudem umfangreiche empirische Evidenz (Mearsheimer, 1994/1995, S. 19-21).

In seiner Reaktion auf die neorealistic Kritik bleibt Keohane jedoch im Wesentlichen bei seinen früheren Aussagen, wonach relative Gewinne in der Praxis nur selten und unter bestimmten Bedingungen eine dominante Rolle spielten (Keohane, 1993, S. 278-281; vgl. auch Powell, 1993; Snidal, 1993). Denn Staaten würden nicht nur die Fähigkeiten, sondern auch die Intentionen anderer Staaten bewerten:

„Even if asymmetrical gains from cooperation would increase the power of some states, those governments expecting smaller gains than those accruing to their partners [...] will not only ask whether these shifts in capabilities could be used against them, but how likely this is to happen“ (Keohane, 1993, S. 276).

Aus verschiedenen Richtungen wird der ontologische Status von internationalen Institutionen kritisiert. Auf der einen Seite des Spektrums halten Neorealisten die Bedeutung von Institutionen für übertrieben, da diese im Großen und Ganzen keine signifikanten Auswirkungen auf staatliches Verhalten hätten: „What is most impressive about institutions, in fact, is how little independent effect they seem to have had on state behavior“ (Mearsheimer, 1994/1995, S. 47). Mearsheimer sieht so gut wie keine empirischen Belege für einen signifikanten unabhängigen Effekt von Institutionen und folglich für die Existenzberechtigung des RI (Mearsheimer, 1994/1995, S. 24-26). Keohane und Martin räumen ein, dass der Vorwurf der mangelnden empirischen Evidenz bislang nicht überzeugend widerlegt sei: „Institutional theory has not yet responded very well to this fundamental challenge, and needs somehow to confront it in order to continue in a progressive direction“ (Keohane & Martin, 2003, S. 98; vgl. auch Hasenclever, Mayer, & Rittberger, 1997, S. 40).

Sie bleiben jedoch dabei, dass Institutionen relevant seien, auch wenn sie von staatlichen Interessen abhängig und damit endogen seien. Sie beziehen sich hier in ihren Ausführungen allerdings anders als Keohane in seinen früheren Schriften lediglich auf IOs, nicht jedoch Regime oder Konventionen, da nur „Organisationen die Kapazität zu handeln haben“ (Keohane & Martin, 2003, S. 99). IOs hätten unabhängige Effekte, die über die ursprünglichen Intentionen ihrer Gründerstaaten hinausgingen und entwickelten sich oft auf unvorhergesehene und von einzelnen Staaten nicht beabsichtigte Weise (Keohane & Martin, 2003, S. 99; Keohane, Haftendorn, & Wallander, 1999, S. 325). Dabei blieben sie jedoch stets „beschränkt durch die Präferenzen, Strategien und die Macht von Staaten“ (Keohane, Haftendorn, & Wallander, 1999, S. 331). Die Institutionalisten begründen ihre Position mithilfe theoretischer Argumente, bleiben allerdings empirische Belege weitgehend schuldig (Keohane & Martin, 2003, S. 99-101).

Konstruktivistischen Autoren u.a. wiederum geht der RI mit dieser moderaten Position nicht weit genug. Die Relevanz von IOs steht für sie außer Frage. Sie seien aber, anders als im RI, weit mehr als staatliche Instrumente. Vielmehr seien sie als eigenständige korporative, mitunter sogar mächtige Akteure zu betrachten, die mittels ihrer bürokratischen Strukturen eigene Interessen entwickeln, verfolgen und bisweilen auch gegen den Widerstand von Staaten durchsetzen könnten (Checkel, 1998, S. 331; Martin & Simmons, 2013, S. 329; Barnett & Finnemore, 1999, S. 700). Dazu gehöre auch und zuallererst das Interesse am Erhalt der eigenen Organisation, beispielsweise durch das Streben nach neuen Funktionen (Keck, 1997, S. 256).

Der konstruktivistischen Logik folgend sind IOs ontologisch gesehen nicht nur intervenierende, sondern unabhängige Variablen (Barnett & Finnemore, 1999, S. 704). Ihre Effekte wirken sich demnach nicht nur auf staatliche Strategien und staatliches Verhalten aus, wie der rationalistische Institutionalismus annimmt. Vielmehr können sie unter bestimmten Voraussetzungen sogar die Identitäten und Interessen von Staaten beeinflussen (Martin & Simmons, 2013, S. 334-335). So hat beispielsweise Finnemore zu zeigen versucht, wie IOs wie die UNESCO und die Weltbank Einfluss auf die Definition staatlicher Interessen genommen hätten, wie z.B. das Ziel der Ver-

ringerung der weltweiten Armut. Dies geschah in Abwesenheit nationaler Interessensgruppen oder mächtiger Staaten, die diese Ziele forciert hätten, so dass rationalistische Erklärungen hier auszuschneiden scheinen (Checkel, 1998, S. 331).

Die Staatszentriertheit des rationalistischen Institutionalismus einschließlich der Annahme, dass Staaten einheitliche Akteure seien, von Keohane selbst einmal als „schwächstes Glied“ (Keohane & Martin, 2003, S. 95) seiner Theorie bezeichnet, wird auch aus anderer Richtung kritisiert.⁶¹ Denn offensichtlich sind selbst die Regierungen von Staaten keine geschlossenen Gruppen (Putnam, 1988, S. 432). Powell hat daher vorgeschlagen, den Staat konzeptionell in kleinere Handlungseinheiten aufzubrechen, ohne seinen Vorschlag zu operationalisieren (Powell, 1994, S. 324). Dies tut u.a. Moravcsik, indem er ausschließlich gesellschaftlichen Gruppen und Individuen Akteur-Status zuerkennt, während er den Staat als rein passiven „Transmissionsriemen“ (Moravcsik, 1997, S. 518) individueller und gesellschaftlicher Interessen versteht:

“In the liberal conception of domestic politics, the state is not an actor but a representative institution constantly subject to capture and recapture, construction and reconstruction by coalitions of social actors” (Moravcsik, 1997, S. 518).⁶²

Schließlich bezieht sich eine weitere wesentliche Kritik am RI auf die Annahme von Interessen als exogen und das Ausblenden ihrer Entstehung (Powell, 1994, S. 317). Wie gesehen, interpretiert der RI Institutionen als von Staaten geschaffene Strukturen. Sie sind ausschließlich strategischer Natur, d.h. dass sie das Verfolgen der jeweils eigenen Interessen erleichtern bzw. überhaupt erst ermöglichen sollen. Umgekehrt beschränkt sich die Wirkung von Institutionen auf staatliche Strategien, indem sie bestimmte Handlungsoptionen attraktiver und andere wiederum kostspieliger und damit unattraktiver machen. Die staatlichen Interessen selbst bleiben jedoch qua Annahme unberührt, denn sie sind im RI exogen und ihre Entstehung somit nicht Gegenstand der Theorie:

⁶¹ Die Staatszentriertheit der damals aufkommenden Regimetheorie, des unmittelbaren Vorläufers des rationalistischen Institutionalismus, hatte bereits Susan Strange Anfang der 1980er Jahre kritisiert (Strange, 1982, S. 491-493).

⁶² Moravcsiks Ansatz steht in der Tradition des allerdings weitaus weniger „radikalen“ Zwei-Ebenen-Ansatzes von Putnam, der Regierungen weiterhin als zwar eigenständige und einflussreiche Akteure begreift, die jedoch nicht nur internationalen, sondern auch innenpolitischen und gesellschaftlichen Einflüssen ausgesetzt seien (Putnam, 1988, S. 432-433).

“Neo-realists and neo-liberals are not interested in where such preferences come from, only in how actors pursue them strategically. Society – both domestic and international – is thus considered a strategic domain, a place in which previously constituted actors pursue their goals, a place that does not alter the nature or interests of those actors in any deep sense” (Reus-Smit, 2005, S. 197; vgl. auch Checkel, 1998, S. 328; Keohane, Haftendorn, & Wallander, 1999, S. 327).

Jedoch könnten sich sowohl die Identität eines Staates und in der Folge auch seine Interessen sehr wohl ändern, argumentiert beispielsweise Ruggie (1998, S. 863), der sich dabei u.a. auf empirische Studien von Katzenstein über Japan und Deutschland beruft (Katzenstein, 1996a; 1996b). Nach Ansicht von Keohane und seinen Ko-Autoren gibt es für solche Fälle allerdings über die beiden genannten Länder hinaus keine weiteren empirischen Beispiele, so dass diese Möglichkeit außer Acht gelassen werden könne (Wallander, Haftendorn, & Keohane, 1999, S. 10-12).

Zudem, so Ruggie weiter, spreche eine wachsende empirische Evidenz dafür, dass Normen nicht nur das Verhalten, sondern auch die Interessen von Staaten beeinflussten, die sowohl internationaler als auch innerstaatlicher Herkunft sein könnten (Ruggie, 1998, S. 864). Konstruktivisten betonen wahlweise die Wirkungsmacht innerstaatlicher oder internationaler Normen. Sie sind sich jedoch darin einig, dass die theoretische Ausblendung der Herausbildung staatlicher Interessen einen wesentlichen Schwachpunkt rationalistischer Theorien darstellt (Reus-Smit, 2005, S. 197; Ruggie, 1998, S. 864). Keohane hat sich diesen Punkt auch selbst angeeignet:

“For international relations theory to make really significant progress, it will need to go beyond institutional theory’s analysis of institutional strategies to explain variations in state preferences” (Keohane & Martin, 2003, S. 96).

Interessanterweise haben allerdings weder Keohane noch die meisten seiner Kritiker aus der hier skizzierten und in Teilen nachvollziehbaren Kritik die Schlussfolgerung gezogen, dass der rationalistische Institutionalismus obsolet oder überflüssig sei. Vielmehr hat er sich bis heute als eine der einflussreichsten Theorien der internationalen Politik behauptet. Dies liegt zweifellos daran, dass sich trotz seiner unbestrittenen Defizite eine seiner Kernthesen empirisch immer wieder zu bewahrheiten scheint: die These nämlich, dass Staaten bevorzugt auf IOs zurückgreifen, um ihre zuvor in einem wie auch immer gearteten Prozess definierten nationalen Ziele zu erreichen (Abbott & Snidal, 1998, S. 4). Das gilt auch und besonders im Bereich der Sicherheitspolitik.

Die Bedeutung, die internationale Sicherheitsorganisationen wie die Nato oder hybride Organisationen wie die EU in nationalen Sicherheitsstrategien spielen, mag

im Einzelfall variieren, auch wird häufig ihre Schwäche beklagt. Doch wird niemand bestreiten können, dass sie in der Regel gerade in der Sicherheitspolitik europäischer Staaten ein nicht zu vernachlässigender Faktor sind. Dies zeigt sich vor allem in Zeiten internationaler Krisen wie etwa der Ukraine-Krise, aber nicht zuletzt auch nach den Präsidentschaftswahlen 2016 in den USA, als in europäischen Hauptstädten eine amerikanische Abkehr von der Nato befürchtet wurde.

Wenn man sich nun also, wie in dieser Arbeit vorgeschlagen, bewusst auf die Sicherheitsstrategie eines Landes in einer der am dichtesten institutionalisierten Regionen der Welt konzentriert, erscheint *ex ante* kaum eine Theorie geeigneter als der RI mit seinem Fokus auf IOs als Instrumente staatlicher Politik (Keohane, Nye, & Hoffmann, 1993, S. v). Um den RI in diesem Sinne in Anlehnung an Fearon und Wendt als analytische Linse praktisch anwenden zu können, müssen jedoch in den folgenden beiden Kapiteln zunächst die Akteursannahme möglichst „schonend“⁶³ modifiziert sowie, darauf aufbauend, die polnischen Sicherheitsinteressen empirisch bestimmt werden.

⁶³ Dieses Vorgehen beruht auf dem Versuch, die Kernannahmen des RI nicht stärker als für die praktische Anwendung unbedingt notwendig aufzuweichen. Vgl. dazu u.a. Legro & Moravcsik (1999, S. 8).



3 Akteure der polnischen Außen- und Sicherheitspolitik

3.1 Grundlegende Überlegungen zu sicherheitspolitischen Akteuren

Die Frage nach den relevanten Akteuren, die speziell bei der Anwendung einer Theorie auf die Außen- und Sicherheitspolitik eines Staates eine ganz wesentliche ist, bleibt im RI unterspezifiziert. Als Theorie des internationalen Systems verhält er sich zur Willensbildung auf der innerstaatlichen Ebene agnostisch und behandelt Staaten wie etwa der Neorealismus auch als monolithische Handlungseinheiten, das heißt als einheitliche Akteure. Gegen die simplifizierende Annahme vom Staat als einheitlichen Akteur lässt sich einwenden, dass sie die Heterogenität von Interessen in Staaten – von gesellschaftlichen Gruppen, von politischen Institutionen oder auch von Politikern – ausblendet. Selbst die Regierung eines Staates sei schließlich häufig keine homogene Gruppe, so beispielsweise Robert Putnam:

"In fact, on nearly all important issues 'central decision-makers' disagree about what the national interest and the international context demand. Even if we arbitrarily exclude the legislature from 'the state' [...], it is wrong to assume that the executive is unified in its views" (Putnam, 1988, S. 432).

Zudem sind Regierungen sowohl internationalen als auch innenpolitischen und gesellschaftlichen Einflüssen ausgesetzt (Putnam, 1988, S. 432-433). In diesem Sinne bezeichnete auch Krippendorff einst als „Binsenweisheit“, dass die öffentliche Meinung eine „entscheidende Rolle spielt im politischen Prozeß und folglich in der außenpolitischen Orientierung der Regierungen“ (Krippendorff, 1963, S. 253).

Dass die außen- und sicherheitspolitische Eliten eines demokratischen Staates „über einen – wenn auch mitunter an einer langen Leine befestigten – Legitimationsanker in den Einstellungen der nationalen Bevölkerungen“ (Beichelt, 2004, S. 13), ist unbestritten. Jedoch sind Regierungen in der außen- und sicherheitspolitischen Praxis ebenso offensichtlich mehr als „passive Transmissionsriemen gesellschaftlicher Forderungen“ (Oppermann, 2008, S. 20). Vielmehr sind die außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungsträger eines Staates dem Verständnis der vorliegenden Arbeit nach einflussreiche und innerhalb der unter 2.3 ausgeführten Rahmenbedingungen

rational handelnde Akteure, die gegenüber ihrem innenpolitischen und gesellschaftlichen Umfeld ein beträchtliches Maß an Autonomie besitzen. Somit werden Regierungen „in ihrem Handlungsspielraum zwar durch die Präferenzen gesellschaftlicher Akteure beschränkt, aber nicht durch diese determiniert“ (Oppermann, 2008, S. 20). Von Ausnahmen abgesehen – man denke zum Beispiel an das deutsche „Nein“ zum Irak-Krieg –, ist die öffentliche Meinung weder organisiert noch artikuliert. Vielmehr ist sie in der Regel zu volatil, unstrukturiert und inkohärent, um einen nennenswerten Einfluss auf staatliche Außen- und Sicherheitspolitik zu haben (Holsti, 1992, S. 442).⁶⁴ Zumal, so ließe sich ergänzen, viele Entscheidungen in diesem Bereich still und im Verborgenen getroffen werden, bevor die Bevölkerung überhaupt davon erfährt und sich eine Meinung erst bilden kann.

Einer gängigen politikwissenschaftlichen Praxis folgend werden im weiteren Verlauf dieser Arbeit deshalb diejenigen Personen als außen- und sicherheitspolitische Akteure verstanden, die laut Verfassung in diesem Politikfeld für den Staat handlungsberechtigt sind - in der Bundesrepublik Deutschland beispielsweise der Bundeskanzler, der Außenminister sowie weitere Minister (Haftendorn, 2001, S. 14). Sonstige Individuen sowie politische und gesellschaftliche Gruppen gelten laut dieser Definition hingegen nicht als politische Akteure, sondern schränken deren Handlungsfreiheit lediglich mehr oder weniger stark ein (Oppermann, 2008, S. 25-26).

Die entscheidende Frage lautet daher im Folgenden, wer laut Verfassung in Polen im Untersuchungszeitraum die maßgeblichen außen- und sicherheitspolitischen Akteure waren. Wegen des geringen Alters und dynamischen Entwicklung des politischen Systems in Polen nach 1989 werden dabei sowohl der heutige Zustand als auch die vorangegangene Entwicklung der heutigen Verfassung betrachtet. Nach den am Runden Tisch 1989 ausgehandelten Revisionen der sozialistischen Verfassung von

⁶⁴ Diese Position ist in Anlehnung an Gabriel Almond und Walter Lippmann auch als „Almond-Lippmann-Konsens“ bekannt. Für eine kritische Diskussion vgl. Holsti (1992).

1952 und der so genannten Kleinen Verfassung (KV)⁶⁵ von 1992 regelt seit 1997 die Große Verfassung (GV)⁶⁶ die außenpolitischen Zuständigkeiten in Polen. Mit dem erfolgreichen Abschluss des verfassungsgebenden Prozesses 1997 ging Polen von der Transformationsphase, in der die polnische Demokratie institutionalisiert wurde, in die Konsolidierungsphase⁶⁷ über (Merkel, 1999, S. 151).⁶⁸ Fünf Jahre später konnte Polen als etablierte Demokratie gelten (Beichelt, 2002, S. 34), in der sich auch die „illiberalen und chauvinistischen Entgleisungen der Kaczynski[sic!]-Regierung [...] nicht zu Regimekrisen verschärfen“ (Merkel, 2010, S. 434) konnten.⁶⁹

3.2 Die Anfangsjahre der Dritten Republik

Wie in nahezu allen ehemals kommunistischen Staaten wurde auch in Polen nach 1989 eine neue Verfassung angestrebt. Der verfassungsgebende Prozess gestaltete sich in Polen jedoch schwieriger und langwieriger als in den meisten anderen mittel- und osteuropäischen Staaten (Ismayr, 2010, S. 10-11).

Bei der typologischen Einordnung des in Polen vor 1997 installierten politischen Systems ist sich die Forschung nicht ganz einig. Der Grund für die Verwirrung ist, dass einerseits die Regierung von Beginn an dem Parlament politisch verantwortlich war und jederzeit durch ein einfaches Misstrauensvotum der Abgeordneten gestürzt werden konnte. Damit wäre Polen vor 1997 laut einer einschlägigen Typologie von Steffani ein parlamentarisches System gewesen (Steffani, 1979). Andererseits war der polnische Präsident bis zur umfassenden Verfassungsreform 1997 wesentlich

⁶⁵ Die KV war ein Gesetz mit Verfassungsrang, das zusammen mit 61 Artikeln fortgeltenden Artikeln der Verfassung von 1952 als Verfassungsprovisorium fungierte. Als „klein“ wurde die Verfassung bezeichnet, weil sie nur das Verhältnis der drei Staatsgewalten betraf (Furtak, 2002, S. 147). Alle im Folgenden aus der KV zitierten Artikel beziehen sich auf die im polnischen Gesetzesblatt (Dziennik Ustaw) veröffentlichte Fassung (Ustawa Konstytucyjna z dnia 17 października 1992 r. o wzajemnych stosunkach między władzą ustawodawczą i wykonawczą Rzeczypospolitej Polskiej oraz o samorządzie terytorialnym, 1992).

⁶⁶ Auch hier wird im Folgenden jeweils aus der offiziellen, im polnischen Gesetzblatt veröffentlichten Fassung zitiert (Konstytucja Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 2 kwietnia 1997 r., 1997).

⁶⁷ Demokratische Konsolidierung bezeichnet nach Beichelt einen Prozess mit dem Ergebnis, „dass (a) Wahlen manipulationsfrei ablaufen, (b) politische Rechte gewährt werden und (c) die Regierungsentscheidungen den Rahmen des Verfassungsstaates nicht sprengen“ (Beichelt, 2002, S. 29).

⁶⁸ Vgl. allgemein zur demokratischen Konsolidierung im postsozialistischen Europa Beichelt (2001).

⁶⁹ Inwiefern dieser Befund nach dem Regierungswechsel 2015 noch gilt, wäre zu diskutieren, ist jedoch nicht Gegenstand dieser Arbeit.

mächtiger als in den parlamentarischen Demokratien westeuropäischen Zuschnitts üblich und wurde direkt vom Volk gewählt. Im Rückgriff auf einen von Duverger (1980) eingeführten Zwischentypus wurde Polen vor 1997 daher häufig treffender als „semi-präsidentielles“ System oder als „präsidentiell-parlamentarisches Mischsystem“ (Brunner, 2002, S. 101) bezeichnet, während Steffani lieber von einem „parlamentarischen System mit Präsidualdominanz“ (Steffani, 1995, S. 639) sprach. Seit der Verfassungsreform 1997 wird Polen überwiegend einhellig als parlamentarisches System kategorisiert, wenn auch mit einem immer noch vergleichsweise mächtigen Präsidenten (Brunner, 2002, S. 101; Raciborski, 2005, S. 104).⁷⁰

In den Anfangsjahren der Dritten Polnischen Republik erwies sich zunächst die unklare außen- und sicherheitspolitische Kompetenzverteilung als Quelle von Konflikten, die auch durch die KV von 1992 nur zum Teil beseitigt wurde. Es entsprach dem Kompromisscharakter der Verfassungsrevision von 1989, dass sie die Kompetenzverteilung nicht bis ins letzte Detail regelte. Für den Posten des Präsidenten war am Runden Tisch General Jaruzelski vorgesehen worden (Ziemer & Matthes, 2010, S. 212). Zu seinen umfassenden Kompetenzen gehörte die allgemeine Leitung der Außenpolitik, während dem Ministerrat nur deren Durchführung oblag (Furtak, 2002, S. 145). Eine Koordinierung zwischen Präsident und Ministerrat war jedoch nicht vorgesehen. Welche Herausforderungen dies mit sich brachte, deutet das folgende Zitat des ersten Außenministers der Dritten Republik (1989-1993) Krzysztof Skubiszewski an, der seine Rolle seinerzeit mit den Worten beschrieb:

„Der Außenminister konzipiert die Außenpolitik und setzt diese Politik in die Tat um, langfristig und tagtäglich. Er tut dies im Einvernehmen mit dem Premierminister und unter der Kontrolle der Regierung, die auf Antrag des Ministers die wesentlichen Richtungen der Politik festlegt. Alles das geschieht unter einer gewissen Aufsicht beider parlamentarischen Kammern – sie geben ebenfalls ihre wesentlichen Impulse. [...] Der Präsident hat breite Kompetenzen im Bereich wesentlicher auswärtiger Angelegenheiten, doch die Politik selbst gestaltet er nicht. Allerdings beeinflusst er sie“ (Skubiszewski, 1997, S. 27).

Die starke Stellung des Präsidenten sollte durch die Einführung der Direktwahl durch das Volk, die 1990 erfolgte, rückwirkend demokratisch legitimiert werden.

⁷⁰ Ziemer & Matthes sprechen daher zurückhaltender von einem „in Richtung parlamentarisches System weisenden parlamentarisch-präsidentiellen System“ bzw. einem System, das zwischen Semi-Präsidentialismus und Parlamentarismus oszilliere (Ziemer & Matthes, 2010, S. 212, 215, 220).

Auch die KV, die 1992 in Kraft trat und als Übergangsverfassung bis zu einer grundlegenden Verfassungsreform die größten Konflikte zwischen Präsident und Ministerrat um Zuständigkeiten in der Außen- und Sicherheitspolitik beilegen sollte, konnte diesen Anspruch nur zum Teil erfüllen. Zwar führte sie die Pflicht zur engen Koordination von Präsident und Ministerrat ein und durfte der Präsident seine Kontakte mit Botschaftern nunmehr nur noch über das Außenministerium wahrnehmen. Doch die allgemeine Leitung der Außenpolitik verblieb bei ihm, ebenso wie er über die Souveränität und Sicherheit des Staates und seine territoriale Integrität zu wachen hatte (Art. 28 KV). Er blieb Oberbefehlshaber der Streitkräfte (Art. 35, 1 KV) und durfte den Kriegs- und Ausnahmezustand verhängen, wobei er allerdings die Gegenzeichnung durch den Ministerpräsidenten benötigte (Art. 37 KV). Der Ministerrat führte weiterhin die Innen- und Außenpolitik durch und entschied in allen Angelegenheiten des Staates, jedoch vorbehaltlich der Kompetenzen des Staatspräsidenten (Art. 51, 1 und Art. 52, 1 KV). Insbesondere hatte die Regierung die äußere und innere Sicherheit zu gewährleisten (Art. 52, 2 KV), wobei die Abgrenzung der Kompetenzen zu jenen des Staatspräsidenten in diesem Punkt unklar blieb. Interpretationsspielraum ließ vor allem auch Art. 61 KV, der dem Präsidenten ein nicht näher definiertes Mitspracherecht (wörtlich: „Meinung“) bei der Auswahl der Außen-, Innen- und Verteidigungsminister einräumte.

In der Summe führten diese zweideutigen Verfassungsvorgaben in Kombination mit der „extensiven Amtsausübung“ (Ziemer & Matthes, 2010, S. 213) Präsident Lech Wałęsas wiederholt zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Präsident und Ministerrat. Ein nahezu ständiger Streitpunkt war das Mitspracherecht des Präsidenten bei der Ernennung der Außen-, Innen- und Verteidigungsminister. Wałęsa interpretierte dieses eigenwillig als Vetorecht des Präsidenten und setzte mit diesem Anspruch beispielsweise unter Ministerpräsident Oleksy 1995 drei eigene Kandidaten für die fraglichen Ministerämter durch (Furtak, 2002, S. 146, 154). Auch das an Auflagen geknüpfte präsidentielle Recht zur Auflösung des Parlaments versuchte Wałęsa wiederholt für politische Einflussnahme zu instrumentalisieren. Mit der Drohung, das

Parlament aufzulösen, erwirkte er 1995 gar den Sturz der Pawlak-Regierung (Furtak, 2002, S. 153; Brunner, 2002, S. 89).⁷¹

Eine weitere große Kontroverse der Transformationsphase betraf die Frage, ob die Kontrolle über die Streitkräfte und den Generalstab beim Präsidenten oder beim Verteidigungsminister liege. Erstmals kam es hier unter der Olszewski-Regierung zu einem Konflikt zwischen Präsident Wałęsa und dem damaligen Verteidigungsminister Parys. Im Herbst 1994 eskalierte ein Streit zwischen Präsident und Verteidigungsminister Kolodziejczyk, den Ministerpräsident Pawlak auf Druck Wałęsas entließ. Weil Pawlak und Wałęsa sich nicht auf einen Nachfolger einigen konnten, blieb der Posten anschließend für mehrere Monate vakant (Furtak, 2002, S. 152). Dieses Beispiel zeigt besonders deutlich, wie die Ambivalenzen der KV die polnische Außen- und Sicherheitspolitik der ersten Jahre der Dritten Republik lähmten. Gleichzeitig leitete Wałęsa mit seinem Verhalten in dieser Angelegenheit ungewollt selbst die Wende hin zu einer Schwächung des Präsidentenamtes zugunsten des Ministerrats ein, die durch die 1997 in Kraft getretene GV vollzogen wurde.

Denn Wałęsas eigenwillige Verfassungsauslegung zog eine heftige öffentliche Debatte nach sich, in deren Verlauf seine Popularität auf den absoluten Tiefpunkt seiner gesamten Amtszeit sank (Raciborski, 2005, S. 106-107). Der Sejm ermahnte den Präsidenten mit großer Mehrheit, künftig davon Abstand zu nehmen, die verfassungsmäßige Ordnung zu destabilisieren. Wałęsa plädierte seinerseits in einer Fernsehansprache an die Nation für die Einführung einer monistischen Exekutive nach dem Vorbild der USA (Furtak, 2002, S. 154).

Wałęsa verlor diese Machtprobe mit Ministerrat und Parlament, indem er bei der Präsidentenwahl 1995 gegen Aleksander Kwaśniewski den Kürzeren zog, der „vielleicht wichtigste Schritt zu einem funktionierenden Verfassungsstaat“ (Beichelt, 2002, S. 39) in Polen. Gewissermaßen im Vorgriff auf die GV von 1997 interpretierte dieser sein Amt von Beginn an wesentlich zurückhaltender als sein Vorgänger. Er verzichtete beispielsweise freiwillig auf jegliche Einflussnahme bei der Regierungsbildung und sein verfassungsmäßiges Recht zur Meinungsäußerung bei der Ernennung

⁷¹ Tatsächlich hätte er mit dem Versuch der Auflösung wohl einen Verfassungsbruch begangen, da die Vorbedingungen zur Auflösung nicht erfüllt waren (Furtak, 2002, S. 153; Brunner, 2002, S. 89).

der drei besagten Ministerposten. Auch das konfliktträchtige Verhältnis von Verteidigungsminister, Präsident und Generalstab konnte unter seiner Präsidentschaft abschließend geklärt werden (Furtak, 2002, S. 155).⁷²

Jenseits des Verfassungstexts gewann Kwaśniewski dank seiner Persönlichkeit und Popularität in der Außen- und Sicherheitspolitik und insbesondere in der Ostpolitik an erheblichem Profil, etwa im Verhältnis zu den Nachbarländern Litauen und der Ukraine (Ziemer & Matthes, 2010, S. 219; Gerhardt, 2007, S. 104). Nicht zuletzt deswegen werden seine ersten Amtsjahre von manchen in der Retrospektive als „Blütezeit des Präsidentenamts“ (Raciborski, 2005, S. 108) bezeichnet. Von seinem präsidentialen Vetorecht bei Gesetzesvorhaben machte er jedoch durchaus regen Gebrauch (Ziemer & Matthes, 2010, S. 219; Furtak, 2002, S. 156).

3.3 Nach der großen Verfassungsreform

Die in ihrer Zurückhaltung in der Außen- und Sicherheitspolitik an westliche parlamentarische Demokratien angelehnte Amtsauslegung Kwaśniewskis wurde durch die GV, in Kraft getreten im Oktober 1997, kodifiziert. Damit wurde ein langwieriger verfassungsgebender Prozess mit erbitterten parlamentarischen und öffentlichen Debatten und Grabenkämpfen abgeschlossen. Bis zuletzt waren in den zuständigen Gremien nicht weniger als sieben verschiedene Entwürfe diskutiert worden. Besonders umstritten war die Stellung des Präsidenten (Ziemer & Matthes, 2010, S. 214). Aufgrund dieser Vorgeschichte sowie der geringen Beteiligung und knappen Zustimmung der Bevölkerung im Verfassungsreferendum konnte sie jedoch zunächst nur als

⁷² Der Sejm hatte im Dezember 1995 ein Gesetz verabschiedet, wonach der Generalstab Teil des Verteidigungsministeriums und unmittelbar und ausschließlich dem Verteidigungsminister unterstellt werden würde. Wałęsa hatte daraufhin in einer seiner letzten Amtshandlungen den Verfassungsgerichtshof zur Prüfung des Gesetzes aufgerufen. Kwaśniewski zog das präsidentielle Veto jedoch noch vor der Urteilsfindung zurück, so dass das Gesetz im Februar 1996 in Kraft treten konnte (Furtak, 2002, S. 155).

eingeschränkt demokratisch legitimiert gelten.⁷³ Umso wichtiger war vor diesem Hintergrund die nachfolgende Verfassungspraxis.⁷⁴

Die im Wesentlichen bis heute unverändert gültige polnische Verfassung ist mit 243 Artikeln vergleichsweise umfangreich. Auch wenn sie trotz ihrer Länge nicht alle Ungereimtheiten beseitigte, wurde das Verhältnis der staatlichen Institutionen unter anderem in der hier im Fokus stehenden Außen- und Sicherheitspolitik im Großen und Ganzen geklärt (Ziemer & Matthes, 2010, S. 214). In erster Linie wurden die Rechte des Präsidenten reduziert und präzisiert (Garlicki, 1997, S. 85). Gerade in der Außen- und Sicherheitspolitik wurde seine Rolle erheblich zugunsten des Ministerrats eingeschränkt und im Wesentlichen auf die in parlamentarischen Systemen übliche Kontroll- und Repräsentationsfunktion reduziert. So besitzt der polnische Präsident explizit kein wie auch immer geartetes Mitspracherecht bei der Besetzung von Ministerposten mehr. Er ernennt nur noch den Ministerpräsidenten und ist im Folgenden auf die Auswahl der Minister ohne Einfluss. Ebenso verlor er die Aufgabe der allgemeinen Leitung der Außen- und Sicherheitspolitik an den Ministerrat (Art. 146 GV), der jetzt grundsätzlich hier zuständig ist. Art. 133 GV verpflichtet den Präsidenten bei der Ausübung seiner wenigen verbliebenen außenpolitischen Kompetenzen außerdem zur Zusammenarbeit mit dem Vorsitzenden des Ministerrates und dem zuständigen Minister.

Die verbliebenen außen- und sicherheitspolitischen Aufgaben sind in erster Linie symbolischer und repräsentativer Natur. Der Präsident ist nach wie vor Hüter der „Souveränität und Sicherheit des Staates sowie der Integrität und Unteilbarkeit des Staatsgebiets“ (Art. 126 GV) und vertritt den Staat in den Außenbeziehungen. In dieser Funktion ratifiziert und kündigt er völkerrechtliche Verträge.⁷⁵ Vor der Unterzeichnung kann er einen Vertrag vorab zur Prüfung dem Verfassungsgericht vorle-

⁷³ Bei einer Beteiligung von 43 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung stimmten 53 Prozent für, 46 Prozent gegen den Verfassungsentwurf (Ziemer & Matthes, 2010, S. 214).

⁷⁴ Die Verfassungspraxis kann einer zunächst umstrittenen und eingeschränkt demokratisch legitimierten Verfassung zu „empirischer Legitimation“ (Merkel, 1999, S. 152) verhelfen, „wenn sie von den politischen Akteuren wie auch der Bevölkerung insgesamt als geeignete normative Grundlage zur Lösung gesellschaftlicher Konflikte und Problemlagen angesehen wird“ (Ismayr, 2010, S. 12).

⁷⁵ Nur in Ausnahmefällen liegt das Recht zur Ratifizierung und Kündigung beim Sejm (Art. 89 GV).

gen. Der Präsident ernennt die Botschafter und Vertreter bei internationalen Organisationen (Art. 133 GV), was sich in der Praxis mitunter als problematisch erweisen sollte, und ist nach wie vor Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Diese Funktion übt er faktisch jedoch nie selbst aus: in Friedenszeiten übt er sie mittelbar durch den Verteidigungsminister aus, im Kriegsfall muss er auf Vorschlag des Ministerrats einen Oberbefehlshaber ernennen (Art. 134 GV). Auch die Mobilmachung im Bedrohungsfall nimmt der Präsident nur auf Vorschlag des Ministerpräsidenten vor (Art. 136). Bei der Verhängung des Kriegs- und Ausnahmezustands benötigt er dessen Gegenzeichnung.

Auch personell schlug sich die reduzierte Bedeutung des Präsidentenamtes nieder: Verfügte der Präsident vor 1997 noch über eine personell so üppig ausgestattete Präsidialkanzlei, dass Wałęsa daraus eine Art Ersatzkabinett formen konnte (Ziemer & Matthes, 2010, S. 217), wird er heute nur noch vom Nationalen Sicherheitsrat (Biuro Bezpieczeństwa Narodowego, BBN) unterstützt. Dessen Mitglieder, die der Präsident selbst ernennt, beraten ihn in Angelegenheiten der inneren und der äußeren Sicherheit, verfügen jedoch selbst über keinerlei formalen Kompetenzen. Die Regierung und das Parlament haben seit 1997 nun eindeutig die dominante Position bei der Staatsleitung inne (Ziemer & Matthes, 2010, S. 217). Laut Art. 146 GV obliegt dem Ministerrat die Leitung sowohl der Innen- als auch der Außenpolitik. Er gewährleistet die äußere Sicherheit und hat Leitungsfunktion in den Beziehungen zu anderen Staaten und zu IOs. Er schließt völkerrechtliche Verträge ab und hat die Leitungsfunktion in der Verteidigungsbereitschaft.

Das stärkste Instrument des polnischen Präsidenten, das ihn deutlich etwa vom deutschen Bundespräsidenten abhebt, ist ein innenpolitisches, denn er besitzt ein suspensives Vetorecht im Gesetzgebungsprozess. Er kann jedes Gesetz zurückweisen, sein Veto wiederum nur mit einer Dreifünftel-Mehrheit des Parlaments überwunden werden (Art. 122, 5 GV). Alternativ zum Veto kann er einen Gesetzesentwurf vor der Unterzeichnung durch das Verfassungsgericht prüfen lassen, muss sich jedoch für

eine der beiden Optionen entscheiden (Garlicki, 1997, S. 86). Die Entscheidungen des Verfassungsgerichts sind seit 1999 endgültig (Ismayr, 2010, S. 19).⁷⁶

Jenseits der geschriebenen Verfassung kam es während der ersten PiS-Regierungszeit 2005-2007 zu einer Art „Renaissance“ des Präsidentenamtes. Denn die PiS-geführte Regierung schränkte freiwillig ihre außenpolitischen Aktivitäten zugunsten einer größeren Rolle von Präsident Lech Kaczyński ein. So wurde dem Präsidenten eine führende Rolle bei der Verhandlung des damaligen EU-Verfassungsvertrags ebenso zugestanden wie in den bilateralen Beziehungen zu Tschechien, Litauen und der Ukraine (Dębski, 2009, S. 5). Innenpolitisch wurde diese außenpolitische Praxis von Bestrebungen einer Verfassungsreform begleitet, die eine Stärkung des Präsidentenamtes zum Ziel hatten und eine Rückkehr zu einem semi-präsidentiellen System bzw. zu einer „präsidialen ‚Vierten Republik‘“ (Schuller, 2005).

Nach dem Wahlsieg von PO und PSL im Oktober 2007 trat Polen bereits zum wiederholten Male seit 1989 in eine Phase der *Cohabitation à la polonaise* ein, durch die die neue verfassungsmäßige Ordnung auf ihre bis dato härteste Probe gestellt wurde. Die neuerliche Machtprobe zwischen Präsident und Ministerrat wurde gleich zu Beginn der ersten Amtszeit von PO/PSL von einem schweren Konflikt um die Neubesetzung des Außenministerpostens eingeläutet (Dębski, 2009, S. 5). Lech Kaczyńskis – letztlich erfolglose – Bemühungen, die Nominierung des unter der PiS in Ungnade gefallenen ehemaligen Verteidigungsministers Radosław Sikorskis zu verhindern, waren der Versuch, das 1997 abgeschaffte Mitspracherecht des Präsidenten bei der Besetzung bestimmter Ministerposten faktisch zurückzugewinnen. Dass Ministerpräsident Tusk seinen Wunschkandidaten gegen den Widerstand des Präsidenten durchsetzen konnte, zeigt jedoch, dass sich die Verfassungsvorschriften in der Praxis in diesem Punkt als tragfähig erwiesen.

Dennoch blieb die außenpolitische Zuständigkeit eine wiederkehrende Streitfrage. Präsident Lech Kaczyński verfolgte außenpolitisch seine eigene Agenda, indem er sich auf die Beziehungen zu Litauen, Tschechien, der Ukraine und den Südkaukasus konzentrierte, weshalb Beobachter vor allem bezogen auf die polnische Ostpolitik

⁷⁶ Zuvor konnte das Parlament Entscheidungen des Verfassungsgerichts überstimmen (Ismayr, 2010, S. 19).

von „zwei Machtzentren“ (Madej & Terlikowski, 2009, S. 60) sprachen. Zu Differenzen mit Tusk kam es etwa in der Anerkennung des Kosovo. Weil Kaczyński Einspruch erhob, musste Tusk Anfang 2008 die geplante Anerkennung des Kosovo verschieben (Schuller, 2008).

Nicht zuletzt in der Europapolitik gab es erhebliche Differenzen zwischen Präsident und Ministerrat. Präsident Kaczyński weigerte sich zunächst, den Lissabonner Vertrag zu unterzeichnen (Kowal & Zalewski, 2011, S. 351). Eine weitere von zahlreichen Kontroversen betraf die Frage, wer Polen bei den Gipfeltreffen der EU-Staats- und Regierungschefs zu vertreten habe. Der Streit kreiste um die erwähnte verbliebene Unschärfe in der Verfassung, wonach einerseits der Präsident den Staat in den Außenbeziehungen vertritt, andererseits aber der Ministerrat die Außenpolitik führt (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2009a). Bis dato hatte für gewöhnlich der Ministerpräsident Polen vertreten, ohne dass dies in der Verfassung explizit festgeschrieben gewesen wäre. Vor dem Europäischen Rat in Brüssel im Oktober 2008 verkündete Kaczyński jedoch seine Absicht, an dem Treffen teilzunehmen und den anderen Staats- und Regierungschefs seine Sicht des Georgien-Kriegs darzulegen. Gegen den Willen der polnischen Regierung nahm Kaczyński neben Ministerpräsident Tusk auch tatsächlich an den Treffen teil, ebenso wie an den Europäischen Räten in Brüssel im März 2009 und in Prag im April 2009 (Kowal & Zalewski, 2011, S. 352).

Im Mai 2009 entschied das polnische Verfassungsgericht jedoch gegen diese Praxis und zugunsten des Alleinvertretungsanspruchs des Ministerpräsidenten, nicht ohne auch hier eine Hintertür für zukünftige Streitigkeiten offen zu lassen: Der Präsident dürfe nämlich dann (und nur dann) neben dem Ministerpräsidenten an den EU-Gipfeln teilnehmen, wenn seine außenpolitischen Kompetenzen berührt würden. Dies sei jedoch nur selten der Fall, und wenn, sei der Präsident laut Verfassung zur Zusammenarbeit mit der Regierung verpflichtet (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2009a). Auch wenn das Urteil somit noch immer einen gewissen Interpretationsspielraum lässt, hat es doch den Führungsanspruch der Regierung in der Außen- und Sicherheitspolitik bestätigt. Die Differenzen zwischen Premierminister und Präsident dauerten bis zum Tod Lech Kaczyńskis beim Flugzeugabsturz in Smolensk im April 2010 an. Mit der Wahl Bronisław Komorowskis zu seinem Nachfolger, der sich in der

Tradition Kwaśniewskis außen- und sicherheitspolitisch Zurückhaltung auferlegte, endete diese Zeit der Kohabitation. Sie hatte zwar die verbliebenen Schwächen der polnischen Verfassung offen gelegt, aber auch gezeigt, dass der Premierminister seinen Führungsanspruch letztlich auch gegen den Willen des Präsidenten durchsetzen kann. Nichtsdestotrotz erwies sich der Präsident in den Jahren 2007-2010 als durchaus bedeutender außenpolitischer Akteur und für die Regierung unangenehmer Gegenspieler. Im Unterschied zur EU-Politik waren die Differenzen in der Außen- und Sicherheitspolitik jedoch meist strategischer Natur und betrafen nicht die grundlegenden Ziele und Interessen:

“Differences between the two centers of power affecting the government’s security policy were – especially in comparison with other foreign policy issues (such as relations with the EU) – limited and focused on operational questions (use of negotiation methods and strategies, decisions on how Polish postulates should be presented, and so forth) rather than on the targets and tasks as such” (Madej & Terlikowski, 2009, S. 60).

Nicht explizit betrachtet wurde bislang die Rolle des polnischen Parlaments in der Außen- und Sicherheitspolitik. Von der bereits erwähnten Ratifizierung bestimmter internationaler Verträge abgesehen erwächst eine Kontrollfunktion des Parlaments in diesem Bereich aus einer Besonderheit der polnischen Verfassung. Das Parlament kann nämlich nicht nur der gesamten Regierung, sondern auch einzelnen Ministern das Misstrauen aussprechen, letzteres sogar, ohne einen Gegenkandidaten zu nominieren (Ziemer & Matthes, 2010, S. 232). Die parlamentarische Opposition hat in der Vergangenheit regelmäßig Misstrauensanträge gegen einzelne Minister eingereicht, so u.a. gegen die damaligen Außenminister Cimoszewicz (2004), Fotyga (2007) und Sikorski (2011), die allerdings in den genannten Fällen stets scheiterten (Marcinkiewicz K., 2010, S. 184; Wirtschaftswoche, 2011; N-tv, 2007a). Vor ihrer Ernennung müssen sich Minister zudem einer Anhörung durch den zuständigen Sejm-Ausschuss unterziehen, und der Ausschuss kann einen Minister jederzeit persönlich vorladen (Ziemer & Matthes, 2010, S. 224-226).

3.4 Fazit

Polen hat sich in den ersten Jahren seiner Unabhängigkeit von einem zunächst semi-präsidentiellen System mit einem starken Präsidenten schrittweise zu einem relativ „klassischen“ parlamentarischen System entwickelt, in dem laut Verfassung nun die Regierung, das heißt der Ministerrat mit dem Ministerpräsidenten an der Spitze, die Außen- und Sicherheitspolitik vorgibt. Innenpolitisch verfügt der nach wie vor direkt gewählte polnische Präsident durch sein suspensives Vetorecht über ein effektives Instrument zur Blockade der Regierungsarbeit, was sich vor allem in Zeiten der Kohabitation lähmend auf den Gesetzgebungsprozess auswirken kann. Dies kommt in der Außen- und Sicherheitspolitik in der Regel jedoch nicht zum Tragen, wo der Präsident nur noch über einige größtenteils symbolische oder Reservekompetenzen verfügt und zudem zur Zusammenarbeit mit der Regierung verpflichtet ist. Die Aufwertung des Präsidentenamtes unter der PiS 2005-2007 war dem bewussten Machtverzicht in der Außen- und Sicherheitspolitik des Ministerpräsidenten geschuldet und bleibt bei gleicher Parteizugehörigkeit von Präsident und Regierungsmehrheit auch in Zukunft stets möglich.

Wie die folgende Zeit der Kohabitation gezeigt hat, entsprach diese Rollenverteilung jedoch nicht dem Wortlaut der Verfassung und kann gegen den Willen der Regierung nicht durchgesetzt werden. Auch wenn er für Polen keine verbindlichen Vereinbarungen treffen kann, kann der Präsident jedoch in der Außen- und Sicherheitspolitik durchaus eigene Akzente setzen und die Regierungsarbeit somit erheblich erschweren.



4 Bedrohungsperzeption der sicherheitspolitischen Akteure Polens

4.1 Theoretische und methodische Vorbemerkung

Das Identifizieren und Analysieren von Bedrohungen⁷⁷ ist ein fundamentales Element nationaler Sicherheitspolitik. Die Ergebnisse dieses Prozesses bilden neben der im vorangegangenen Kapitel vorgenommenen Bestimmung der staatlichen Akteure einen weiteren elementaren Baustein einer empirischen sicherheitspolitischen Analyse auf Grundlage des RI, wie in Kapitel 2.3 gezeigt. Es sei ferner daran erinnert, dass dieser staatliche Interessen nicht zum Gegenstand hat, sondern erst auf der strategischen Ebene ansetzt. Da Interessen Strategien logisch vorausgehen, müssen jene folglich zunächst inhaltlich-empirisch bestimmt werden, bevor Strategien zu ihrer Verwirklichung untersucht werden können. Hier bildet die analytische Rekonstruktion der Bedrohungswahrnehmung staatlicher Akteure und Organe einen natürlichen Ausgangspunkt. Denn wenn man mit Buzan Sicherheit mit der „Freiheit von Bedrohung“ (Buzan, 2007, S. 37) gleichsetzt, dann ergeben sich aus den von staatlichen Stellen und Entscheidungsträgern identifizierten Bedrohungen der nationalen Sicherheit *ex negativo* die sicherheitspolitischen Interessen oder Ziele eines Staates: das Abstellen oder Eliminieren besagter Bedrohungen und Risiken. Die Bedrohungsanalyse bzw. deren Ergebnisse sind häufig Teil des grundlegenden Strategiedokuments, welches in Polen die sog. „Nationale Sicherheitsstrategie“ (NSS) ist.

⁷⁷ Bedrohungen werden hier in Anlehnung an eine OSZE-Studie verstanden als Phänomene, die *externe* Gefahren oder Risiken für die Sicherheit eines Staates und seiner Bürger darstellen. Es ist dabei unerheblich, ob diese im traditionellen Sinne von klar zu benennenden Akteuren eines anderen Staates oder indirekten Konsequenzen der Interaktion einer Vielzahl von Akteuren ausgehen. Entscheidend sind die erwarteten negativen Auswirkungen auf die physische Unversehrtheit für Staat und Bürger bei einem Eintreten der Bedrohungen (OSCE Network of Think Tanks and Academic Institutions, 2014, S. 9-10). Dieser weitgefaste Bedrohungsbegriff schließt beispielsweise so genannte konventionelle Gefahren etwa durch den militärischen Angriff eines anderen Staates ebenso ein wie neuartige, unkonventionelle Risiken wie den Klimawandel, Cyber-Angriffe, transnationalen Terrorismus und Organisierte Kriminalität.

Wie die meisten offiziellen Regierungsdokumente reicht auch diese jedoch als Quelle für die Rekonstruktion der polnischen Bedrohungsanalyse nicht aus, unter anderem weil vor allem Bedrohungen durch andere Staaten aus politischen Erwägungen heraus häufig nicht explizit beim Namen genannt werden (OSCE Network of Think Tanks and Academic Institutions, 2014, S. 10-11; Kulesa, 2014). Zudem gleichen solche Dokumente häufig eher einer additiven Sammlung potenzieller Risiken, ohne dass ein explizites, qualitatives „Ranking“ vorgenommen würde. Dies stellt den Analysten vor interpretatorische Herausforderungen, die das Hinzuziehen weiterer geeigneter Quellen wie vor allem einschlägiger Aussagen relevanter sicherheitspolitischer Akteure sowie von Expertenmeinungen erfordern (OSCE Network of Think Tanks and Academic Institutions, 2014, S. 11-12).

Zudem wohnt der Bedrohungsanalyse eines Staates stets unvermeidlich ein subjektives Element inne. Denn wie im theoretischen Teil dieser Arbeit bereits festgestellt, bemühen sich die staatlichen Akteure zwar um rationales Handeln, unterliegen dabei jedoch diversen natürlichen Einschränkungen.⁷⁸ Dies bringen die Autoren der polnischen NSS von 2007 zum Ausdruck, wenn sie sagen: „The development of the international situation [...] brings new challenges. We need to *interpret* them correctly“ (Republic of Poland, 2007; eigene Hervorhebung).

Ein solches subjektives Element entsteht zwangsläufig vor allem durch den Versuch der korrekten Wahrnehmung und Interpretation der Intentionen eines anderen Staates, die in der Bedrohungsanalyse häufig eine dominante Rolle spielen (Walt, 1987, S. 26). Da Bedrohungen im Kontext dieser Arbeit somit nicht objektiv, sondern

⁷⁸ An dieser Stelle sei erneut auf die unter 2.3 angesprochenen Überschneidungen rationalistischer und psychologisch-kognitiver bzw. sozialkonstruktivistischer Ansätze hingewiesen, die die Annahme beschränkter Rationalität zwangsläufig mit sich bringt. Unterschiede bestehen gleichwohl in der Bedeutung, die bestimmten Erklärungsfaktoren jeweils zugewiesen wird. So wird die Rationalität rationalistischen Ansätzen zufolge hauptsächlich durch ein in der internationalen Politik strukturell vorhandenes Defizit bzw. auch das intentionale Zurückhalten von Informationen beschränkt (Lake, 2010/2011, S. 9), das laut RI bekanntlich durch internationale Institutionen reduziert werden kann. Psychologische Ansätze ziehen demgegenüber generell in Zweifel, dass politische Akteure aufgrund kognitiver Denk- und Wahrnehmungsmuster überhaupt zu rein rationalen Entscheidungen in der Lage sind (Lake, 2010/2011, S. 9). Sozialkonstruktivisten wiederum dürften die Wahrnehmung von Bedrohungen auf das Konzept der Identität zurückführen (Rousseau & Garcia-Retamero, 2007, S. 747-752).

wahrgenommene Bedrohungen sind, ist stets mitzudenken, dass „alle Bedrohungsperzeptionen Schnappschüsse sind, die sich ändern können, wenn sich der Kontext ändert“ (OSCE Network of Think Tanks and Academic Institutions, 2014, S. 10).

Das heißt, dass sowohl bestimmte einschneidende externe Ereignisse wie auch eine neue Regierungsmannschaft Auswirkungen auf die Bedrohungsanalyse eines Staates haben können. Daher ist es sinnvoll, sowohl nach Regierungswechseln wie auch nach besonderen externen Ereignissen darauf zu schauen, ob und wie sich dadurch die dominante Bedrohungsperzeption in einem Staat geändert hat. Weiterhin ist zu berücksichtigen, dass sich derartige Veränderungen jeweils erst mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung in zentralen offiziellen Dokumenten niederschlagen, da deren Ausarbeitung über einen längeren Zeitraum erfolgt. Entsprechend ist die Nationale Sicherheitsstrategie Polens von 2007, die wenige Tage vor dem Ende der PiS-Regierungszeit in Kraft trat, in erster Linie eine Quelle für die Bedrohungsperzeption der PiS-Regierung, unter deren Federführung sie entstand. Obwohl für die nächsten Jahre rechtlich verbindlich und erst im Jahr 2014 durch eine neue NSS ersetzt, hat sie für die Bedrohungsperzeption der nachfolgenden PO/PSL-Regierungskoalition dagegen *ex ante* kaum Aussagekraft, da Abgeordnete der Opposition bei der Ausarbeitung nicht maßgeblich beteiligt gewesen waren (Madej, 2009, S. 53). Für die ersten Jahre der PO/PSL-Regierungskoalition ist die Verteidigungsstrategie von 2009 relevanter, obschon hierarchisch unterhalb der NSS angesiedelt.⁷⁹

4.2 Die Perzeption sicherheitspolitischer Risiken 2005-2007

Unter der Regierung der PiS genossen Sicherheit und Sicherheitspolitik grundsätzlich einen hohen Stellenwert. Regierungsangehörige betonten regelmäßig die große Bedeutung der nationalen Sicherheit sowie die Notwendigkeit, diese kontinuierlich zu stärken, so beispielsweise die zweite PiS-Außenministerin Anna Fotyga:

„The overriding goal of Polish foreign policy, today and over the next few years, until we attain that objective, is final affirmation of the security of Poland, including energy security, since it is a new component of the system of security“ (Fotyga, 2007a, S. 2).

⁷⁹ Formal betrachtet handelt es sich bei der Verteidigungsstrategie des polnischen Verteidigungsministeriums um eine Sektorstrategie, das heißt eine Teilstrategie der übergeordneten Nationalen Sicherheitsstrategie.

Mit dieser Einschätzung stand die PiS-Regierung keineswegs allein: alle Oppositionsparteien einschließlich der späteren Regierungsparteien PO und PSL sowie die öffentliche Meinung hielten eine aktive polnische Sicherheitspolitik für notwendig (Madej, 2009, S. 51-52). Ein zweiter Trend war, dass traditionelle militärische Bedrohungen an Gewicht verloren, während neue, unkonventionelle Risiken an Bedeutung gewannen. So wurde in der polnischen NSS von 2007 der Ausbruch eines großflächigen bewaffneten Konflikts als unwahrscheinlich bezeichnet (Republic of Poland, 2007, S. 14). Für wahrscheinlicher hielt man dagegen den Ausbruch begrenzter regionaler und lokaler Konflikte ohne polnische Beteiligung, wie zum Beispiel in Transnistrien und im Südkaukasus (Republic of Poland, 2007, S. 9, 14).

Dagegen wurde den neuartigen Bedrohungen wie vor allem der Energiesicherheit höchste Priorität eingeräumt. Grund dafür war die einseitige Abhängigkeit Polens von russischem Öl und Gas in Verbindung mit dem in Warschau so wahrgenommenen Einsatz von Energieträgern durch Moskau als politisches Druckmittel:

“The Russian Federation, taking advantage of the rising energy prices, has been attempting intensively to reinforce its position on a supraregional level. [...] The dependence of Polish economy on supplies of energy resources – crude oil and natural gas – from one source is the greatest external threat to our security“ (Republic of Poland, 2007, S. 6, 8).

Schon in seiner Amtsantrittsrede sagte der erste PiS-Ministerpräsident Marcinkiewicz, dass die Gewährleistung der Energiesicherheit einen „prominenten Platz in der Politik meiner Regierung“ (Marcinkiewicz, 2005) einnehmen werde. Auch Marcinkiewicz' Nachfolger Jaroslaw Kaczyński sagte bei seiner Antrittsrede im Sommer 2006, die äußere Sicherheit konzentriere sich derzeit in erster Linie auf Energiesicherheit (Kaczyński J., 2006). Die bereits zitierte Außenministerin Fotyga schließlich bezeichnete Energiesicherheit als „eine der größten Herausforderungen der polnischen Außenpolitik“ (Fotyga, 2007a, S. 9), und auch ein unabhängiger polnischer Sicherheitsexperte nannte sie das dringendste Problem im Bereich der nationalen Sicherheit (Podolski, 2005).

Diese Einschätzung stützte sich unter anderem auf die Streitigkeiten Moskaus mit zweimal Weißrussland, der Ukraine und Georgien um russische Energielieferungen, auf russische Aktivitäten bei der Privatisierung des Energiesektors in Polen sowie beim Verkauf einer litauischen Ölraffinerie in den Jahren 2004-2006. Auch hinter den neuen von Moskau geplanten Pipelines „Blue Stream“ und „Northstream“ wurden in

Warschau geopolitische Ambitionen vermutet. Insbesondere die Ostsee-Pipeline hatte in Polen das Misstrauen genährt, dass sich Russland unterstellte Hegemonieansprüche auch auf Polen beziehen könnten (Lang, 2007, S. 11-17).

Die Sorge vor einer „Finnlandisierung“ (Müller-Härlin & Zägel, 2008, S. 64) Mittelosteuropas dominierte in diesem Zeitraum. „Aus polnischer Sicht“, so ein deutscher Polenkenner, „ist [...] das Bemühen um energiewirtschaftliche Diversifizierung gleichbedeutend mit der Sicherung staatlicher Souveränität“ (Lang, 2007, S. 11).

Obschon Russland somit im Zeitraum 2005-2007 kaum als militärische Bedrohung wahrgenommen wurde, dominierte es wegen seiner Stellung als Polens wichtigster Energielieferant dennoch weiterhin die polnische Risikoperzeption (Müller-Härlin & Zägel, 2008, S. 34). Deutlich weniger Bedeutung wurde in der polnischen Bedrohungsanalyse hingegen anderen unkonventionellen Gefahren wie dem internationalen Terrorismus oder der organisierten Kriminalität beigemessen. Sie fanden zwar in der NSS von 2007 Erwähnung (Republic of Poland, 2007, S. 9), ebenso wie in der Antrittsrede Jaroslaw Kaczyńskis als Ministerpräsident (Kaczyński J., 2006).

Doch ließen führende polnische Sicherheitspolitiker verschiedentlich durchblicken, dass die Angst etwa vor religiös motivierten Terroristen für die polnische Sicherheitspolitik keine allzu große Rolle spielte. So sagte beispielsweise der erste PiS-Außenminister Stefan Meller, dass der Anteil von Terroristen unter den Muslimen erstens gering sei und die Opfer ihrer Attentate zweitens meistens andere Muslime seien. Zudem halte Polen politische und wirtschaftliche Prävention für weitaus wirksamer als militärische Maßnahmen (Meller, 2006). Somit lässt sich festhalten, dass im Zeitraum 2005-2007 unter der Ägide der PiS der Sicherheitspolitik insgesamt eine hohe Priorität zukam und der sicherheitspolitische Fokus vor allem auf der Energiesicherheit vor Russland lag.

4.3 Die Perzeption sicherheitspolitischer Risiken 2007-2015

Auch nach dem Regierungswechsel im Herbst 2007 blieb das Thema Energiesicherheit ein wichtiger Punkt auf der sicherheitspolitischen Agenda. Zugleich zeichnete sich infolge des Georgienkrieges 2008 eine Renaissance traditioneller militärischer Bedrohungen ab, eine Tendenz, die durch die Ereignisse auf der Krim und in der Ostukraine

um ein Vielfaches verstärkt und beschleunigt wurde (Dufour & Terlikowski, 2015, S. 4-5). Die Verteidigungsstrategie des Verteidigungsministeriums aus dem Jahr 2009 zählte zu den nicht-militärischen Bedrohungen der polnischen Sicherheit namentlich und in dieser Reihenfolge Energiesicherheit, den internationalen Terrorismus sowie die Proliferation von Massenvernichtungswaffen (Ministry of National Defence, 2009, S. 5). Zudem räumte sie der Energiesicherheit explizit Priorität vor anderen nicht-militärischen Bedrohungen ein (Ministry of National Defence, 2009, S. 4). Ähnlich hatte Donald Tusk bereits bei seinem Amtsantritt als Ministerpräsident argumentiert:

„Es gibt Wirtschaftsbereiche, von denen die Sicherheit des Landes und aller Bürger abhängt. Das wichtigste Element der wirtschaftlichen Sicherheit ist Energiesicherheit, die wir vor allem verstehen als Garantie der störungsfreien Lieferungen von Energieträgern zu akzeptablen Preisen bei gleichzeitiger Rücksicht auf die Ökologie“ (Tusk, 2007).⁸⁰

Auch Außenminister Sikorski stellte das Thema Energiesicherheit bei zahlreichen Anlässen im In- und Ausland in den Vordergrund, so beispielsweise auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2008. Dort sagte er, Energiesicherheit sei mehr als ein innenpolitisches oder wirtschaftliches Problem und werde eine immer größere Rolle für die Sicherheit der internationalen Gemeinschaft spielen (Sikorski, 2008a). Diese Sichtweise unterstrich er einige Wochen später bei seiner jährlichen Ansprache vor dem Parlament:

„Besonders wichtig ist für uns Energiesicherheit. Da, wo Energie zum Instrument, ja sogar zur Waffe in der internationalen Politik wird, da hört sie auf eine wirtschaftliche Frage zu sein und wird zu einer Angelegenheit der Sicherheit des Staates“ (Sikorski, 2008b, S. 12).⁸¹

Neben der konstant wahrgenommenen Bedrohung der polnischen Energiesicherheit durch die einseitige Abhängigkeit von Russland hatte der Georgien-Krieg im August 2008 den Effekt, dass eine hypothetische militärische Bedrohung aus Russland neues Gewicht in der Perzeption polnischer Entscheidungsträger erhielt. Dies belegen zum

⁸⁰ „Są obszary gospodarki, od których zależy bezpieczeństwo kraju i wszystkich obywateli. Najważniejszym elementem bezpieczeństwa gospodarczego jest bezpieczeństwo energetyczne, które rozumiemy przede wszystkim jako gwarancję niezakłóconych dostaw nośników energii po akceptowalnych cenach przy równoczesnej trosce o ekologię.“

⁸¹ „Szczególnie ważne jest dla nas bezpieczeństwo energetyczne. Tam gdzie energia staje się instrumentem, a nawet bronią w polityce międzynarodowej, tam przestaje być kwestią gospodarczą, a staje się sprawą bezpieczeństwa państwa.“

einen die verstärkten Aktivitäten auf der internationalen Bühne⁸² als auch die Äußerungen führender polnischer Außenpolitiker. Der Konflikt habe gezeigt, dass der Gebrauch militärischer Gewalt in Europa nach wie vor möglich sei, so der damalige polnische Außenminister (Sikorski, 2010, S. 8).

Er bezog sich dabei unter anderem auf Aussagen von Präsident Medwedew, dass Russland russische Minderheiten im Ausland notfalls militärisch schützen werde. Mit einer ähnlichen Begründung habe Moskau schon zweimal, im 18. Jahrhundert und 1939, eine Invasion Polens begründet. Sikorski stellte die Aussage Medwedews in einen Zusammenhang mit Äußerungen Putins, der die Ukraine beim Nato-Gipfel in Bukarest im April 2008 sinngemäß als künstliches Staatsgebilde mit einer großen russischen Minderheit bezeichnet habe (Sikorski, 2008c, S. 4).⁸³

In Polen befürchtete man schon zu diesem Zeitpunkt, Georgien könne ein Präzedenzfall in der russischen Außenpolitik gewesen sein und die aggressive russische Außenpolitik in der Ukraine ihre Fortsetzung finden. Am deutlichsten formulierte diese polnische Variante der „Domino-Theorie“ Präsident Kaczyński, der bei einer öffentlichen Ansprache in Tiflis vor Tausenden von Menschen auf jegliche diplomatische Zurückhaltung verzichtete:

„Zum ersten Mal seit langer Zeit haben unsere Nachbarn das Gesicht gezeigt, das wir seit Hunderten von Jahren kennen. Diese Nachbarn sind der Meinung, dass die Nationen um sie herum ihrer Herrschaft unterliegen müssten. [...] Dieser Staat ist Russland. Und wir wissen nur zu gut, heute Georgien, morgen die Ukraine, übermorgen die baltischen Staaten und später könnte vielleicht mein Land an der Reihe sein, Polen“ (Onet Wiadomości, 2008).

Mit dieser Befürchtung stand der polnische Präsident keineswegs allein in der polnischen Regierung. Zwar hatte Ministerpräsident Tusk versucht, den Auftritt Kaczyńskis zu verhindern, um ihm dann in letzter Sekunde Außenminister Sikorski als „Aufpasser“ zur Seite zu stellen, der denn auch sogleich auf den selbst verfassten und nicht abgestimmten Inhalt der Rede von Präsident Kaczyński verwies (Der Tagesspiegel, 2008). Auch vermieden sowohl Tusk auch als Sikorski jede öffentliche

⁸² Unmittelbar nach der russischen Invasion, genauer am 14. September 2008, paraphierten Polen und die USA das Abkommen über den Raketenschild, die Unterzeichnung folgte sechs Tage später (Cichocki, 2010).

⁸³ Eine offizielle Version der nicht öffentlich gehaltenen Originalrede von Putin ist nicht überliefert. Eine inoffizielle Abschrift (UNIAN Information Agency, 2008) bestätigt Sikorskis Darstellung jedoch.

Parteinahme und verzichteten auf eine Absage des für September geplanten Besuches des russischen Außenministers Lawrow in Warschau. Doch war die PO/PSL-Regierung ebenfalls überzeugt, dass Russland gegenüber der Ukraine wie auch dem post-sowjetischen Raum insgesamt hegemoniale Ansprüche verfolge – mit fatalen Folgen für die europäische Sicherheit: „Should the Georgian scenario be emulated in Ukraine, we would have a large-scale European crisis“ (Sikorski, 2008c, S. 4). Vor diesem Hintergrund ist Sikorskis scharfe Forderung nach einer Gegendoktrin der transatlantischen Gemeinschaft zu sehen, die er erstmals im September 2008 an der *Columbia University* in New York vortrug:

„Any further attempt to re-draw borders in Europe by force or by subversion will be regarded by Poland as an existential threat to its security and should entail a proportional response by the whole Atlantic community“ (Sikorski, 2008c, S. 4).

Den vom russischen Außenminister Lawrow bei seinem Besuch in Polen gegenüber Sikorski geäußerten Beteuerungen, dass für Polen von Russland keine Bedrohung ausgehe und der Georgien-Krieg ein einmaliges Ereignis gewesen sei, schenkte Sikorski nach eigener Aussage wenig Glauben (Sikorski, 2008c, S. 3; Hermann, 2008). Als weiterer Versuch Moskaus, seinen hegemonialen Ansprüchen in der Ukraine Geltung zu verschaffen, wurde in Polen die russische Energiepolitik gegenüber der Ukraine gesehen, wie sie in den russisch-ukrainischen Gaskrisen 2006 und um die Jahreswende 2008/2009 zum Ausdruck kam. Sikorski hielt beide Krisen für Belege, dass Moskau Energieträger für politische Ziele einsetze. Diesem Zweck diene auch der Bau der sog. „Ostseepipeline“:

“[F]irst of all, as a Russian diplomat has said, its purpose is to be able to cut off supplies to Ukraine, Belarus, and Poland if need be, while continuing to supply gas to customers in Western Europe“ (Sikorski, 2008d, S. 13).

Auch die Verfasser der Verteidigungsstrategie führten den Georgien-Konflikt als Beleg für die wiederkehrende Relevanz traditioneller militärischer Bedrohungen an (Ministry of National Defence, 2009, S. 4). Dazu trugen wiederholte russische Drohungen mit nuklearen Raketenangriffen⁸⁴ sowie das russisch-weißrussische Militärmanöver „Zapad 2009“ bei, bei dem ebenfalls ein nuklearer Angriff auf Warschau simuliert wurde und rund 900 russische Panzer nur 250 Kilometer von Warschau entfernt an

⁸⁴ Diese Drohung äußerten wiederholt hochrangige russische Militärs für den Fall, dass Polen Standort des US-amerikanischen Raketenschildes würde (Focus, 2008; Hermann, 2008).

der polnisch-weißrussischen Grenze standen (Sikorski, 2009b; Bittner, 2014). Die Renaissance der Sorge vor einem militärischen Konflikt in der polnischen Bedrohungsperzeption fand in den Ereignissen des Jahres 2014, der russischen Annexion der Krim im März 2014 sowie dem Beginn des Konfliktes in der Ost-Ukraine, ihren vorläufigen negativen Höhepunkt und zugleich massive Verschärfung:

„Watching Russia capture territory by force and fuel separatism in Ukraine, a friendly and strategically important country to Poland, marked a tectonic shift in its security landscape“ (Świerczyński, 2016, S. 7).

Außenminister Sikorski und der ehemalige polnische Botschafter in Deutschland und den USA Janusz Reiter bezeichneten die Ereignisse in der Ukraine übereinstimmend als größte Krise seit dem Ende des Kalten Krieges und Tiefpunkt des polnischen Sicherheitsgefühls (Sikorski, 2014; Reiter zitiert nach Heinemann, 2014) und Russland als, so Reiter in einem Rundfunkinterview, „unberechenbaren Nachbarn“ (zitiert nach Heinemann, 2014). Sikorski sagte, die Ukraine markiere in der Zusammenschau mit den Kriegen in Tschetschenien und Georgien einen deutlichen Trend und sprach vom Beginn einer neuen Ära (Buras, 2014). Man müsse sich auf dauernde Instabilität im Osten und mögliche Unterbrechungen der Öl- und Gaslieferungen nach Europa einstellen, so Sikorski vor dem polnischen Parlament (Sikorski, 2014). Premier Tusk sprach offen von einem von Russland organisierten Krieg (Polska Agencja Prasowa, 2014a). In der Ukraine stehe auch Polens Sicherheit auf dem Spiel: „Für Polen geht es um sein oder nicht sein“ (Polska Agencja Prasowa, 2014b), sagte Tusk nach einer Krisensitzung mit mehreren Parteivorsitzenden, Ministern und ehemaligen führenden Außenpolitikern wie Ex-Präsident Kwasniewski, an dem gegen dessen sonstige Gewohnheit auch der PiS-Vorsitzende und größte Kritiker Tusks Jaroslaw Kaczyński teilnahm (Polska Agencja Prasowa, 2014b). Auch die im November 2014 veröffentlichte neue NSS, die das Dokument von 2007 ersetzte, trug den Ereignissen in der Ukraine durch eine gestiegene Bedeutung der militärischen Bedrohung Rechnung:

“In its [Poland’s] closest vicinity, there is a large concentration of military potentials, also in offensive posture. Threats for Poland may, in unfavourable conditions, become non-military and military. As far as military threats are concerned, they may take the form of crisis threats or war threats i.e. of military conflicts of various scale – from military activities below the threshold of classical war to a less probable large scale conflict“ (Republic of Poland, 2014, S. 20).

Nicht nur die polnischen politischen Entscheidungsträger verunsicherte die Ukraine-Krise zutiefst. Sie führte auch dazu, dass die Sorge um die nationale Sicherheit und

„die – nicht mehr ganz hypothetische – russische Bedrohung“ (Buras, 2014) nach einigen Jahren der Abstinenz wieder in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses rückten (Buras, 2014; Heinemann, 2014).

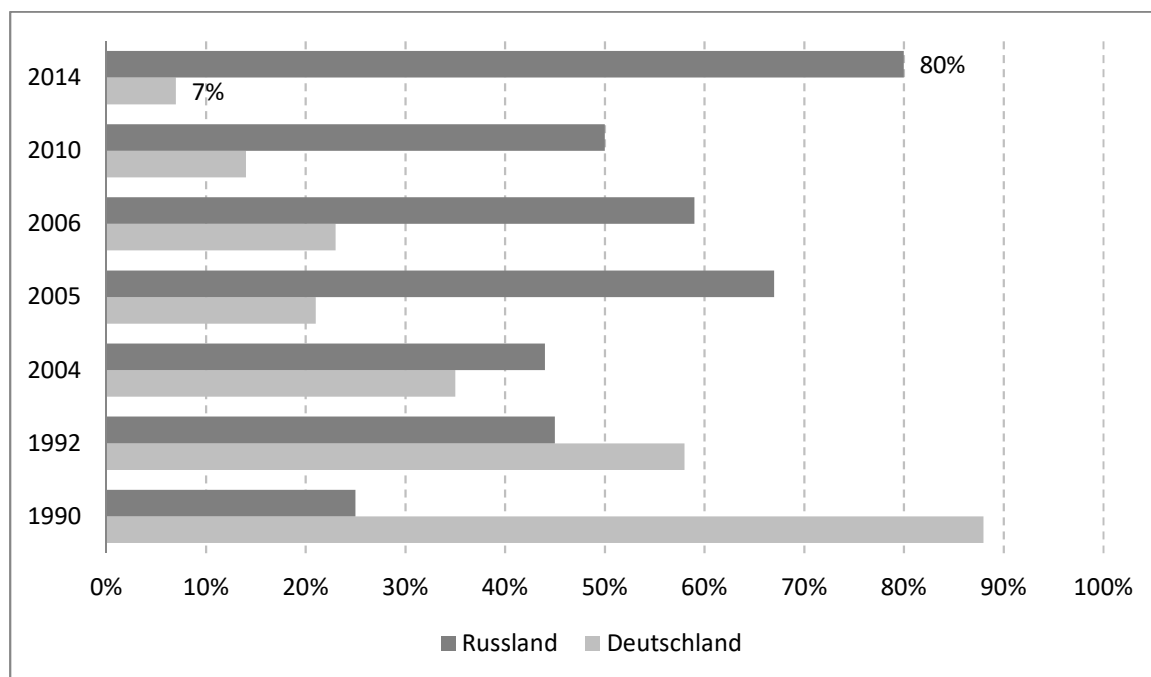


Abb. 1: Anteil der polnischen Bevölkerung, die Russland und Deutschland als Bedrohung wahrnehmen

Quelle: CBOS Public Opinion Research Center (2014).

Repräsentativen Umfragen zufolge sorgte sich im April 2014 fast die Hälfte der Bevölkerung um die polnische Unabhängigkeit, der höchste Stand seit 1991. Im Dezember 2013 hatte der Anteil bei weniger als zwanzig Prozent gelegen, und selbst der Georgien-Krieg hatte keine vergleichbaren Effekte gehabt. 80 Prozent der Befragten nannten im April 2014 Russland eine Bedrohung für Polen (CBOS Public Opinion Research Center, 2014, S. 3), s. Abbildung 1.

Dagegen wurde auch unter der PO/PSL-Regierung die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus in Polen als eher gering eingestuft. Hauptsächlich wurde für polnische Reisende in gefährdeten Gebieten und polnische Truppen bei internationalen Friedens- und Stabilisierungseinsätzen ein erhöhtes Risiko durch terroristische Anschläge gesehen. Diese Einschätzung fand sich sowohl bei polnischen Sicherheitsexperten (OSCE Network of Think Tanks and Academic Institutions, 2014, S. 19) als auch in der neuen Sektorstrategie des Verteidigungsministeriums von 2013, die die

Verteidigungsstrategie von 2009 ersetzt (Ministry of National Defence, 2013, S. 6, 13). Auch in der NSS 2014 wird die Gefahr von terroristischen Anschlägen unter ferner liefen genannt (Republic of Poland, 2014, S. 24).

4.4 Fazit

Die vorangestellte Analyse hat gezeigt, dass Russland die polnische Bedrohungsperzeption sowohl 2005-2007 als auch 2007-2015 klar dominierte. Während die Jahre 2005-2007 jedoch von der Sorge um die eigene Energiesicherheit geprägt waren, trat zu dieser nach dem Regierungswechsel weiterhin virulenten Sorge im Zuge des Georgien-Kriegs die wiederkehrende Furcht vor einer militärischen Bedrohung aus Russland hinzu, die durch die Ukraine-Krise eine neue Qualität erreichte. So bestimmte der große Nachbar im Osten im gesamten Untersuchungszeitraum die polnische Bedrohungswahrnehmung, zum einen wegen seines militärischen Potenzials als auch wegen seiner Stellung als wichtigster Energielieferant Polens. Die Strategien und Maßnahmen Polens in diesen beiden zentralen Handlungsfeldern im Zeitraum 2005-2015 werden im Folgenden eingehend untersucht und in vertiefenden Fallstudien nachgezeichnet und analysiert werden.



5 Fallstudie I: Polens militärische Sicherheitspolitik

5.1 Ausgangslage

Die Analyse der Bedrohungsperzeption polnischer Entscheidungsträger hat gezeigt, dass neben dem neuen sicherheitspolitischen Problemfeld der Energiesicherheit im Untersuchungszeitraum 2005-2015 insgesamt und besonders seit 2007 traditionelle, militärische Bedrohungen wieder an Relevanz gewannen. Militärische Sicherheitspolitik gilt als ein Bereich, in dem vor allem kleine und mittlere Staaten ihre Ziele in der Regel nicht allein erreichen können, folglich interdependente Interessen haben. Damit wäre eine der wesentlichen Voraussetzungen für die Gültigkeit des RI erfüllt. Dies trifft jedoch nur dann zu, wenn Staaten sich überhaupt mit einer militärischen Bedrohung konfrontiert sehen, die sie allein im Ernstfall nicht abwenden könnten. Andernfalls wäre das Ziel, Sicherheit vor einem militärischen Angriff eines anderen Staates, als erreicht anzusehen, und es läge kein handlungsleitendes Interesse und keine Interessensinterdependenz mit anderen Staaten vor.

Dass in der polnischen Perzeption eine militärische Bedrohung aus Russland seit spätestens 2008 konkretere Formen annahm, hat das vorangegangene Kapitel bereits gezeigt. Der zweite für die militärische Sicherheitslage wesentliche Faktor war der schlechte allgemeine Zustand der polnischen Armee. Die polnischen Streitkräfte befanden und befinden sich bis heute seit der Auflösung des Warschauer Pakts in einem permanenten Umbruch. Das militärische Erbe des Kalten Kriegs bestand in einer zahlenmäßig großen Armee mit einem hohen Anteil an Wehrpflichtigen und einer großen Menge an schwerem, veraltetem Kriegsgerät. 1989 umfasste die polnische Armee 320.000 aktive Soldaten, Ende der 1990er waren es immerhin noch 240.000. Der Großteil an Waffen und Ausrüstung stammte aus sowjetischer Produktion und datierte aus den 1950er/1960er Jahren (Forcieri, 1999).

Nach 1989 musste die Armee drastische Kürzungen der Verteidigungsausgaben verkraften, durch die sich ihr ohnehin schon desolater technischer Zustand weiter verschlechterte. Überbordende Strukturen, hohe Personal- und Instandhaltungskosten

ten und ein knappes Verteidigungsbudget ließen eine nennenswerte technische Modernisierung in den 1990er Jahren nicht zu. Es fehlte darüber hinaus an klaren Konzepten und einem parteiübergreifenden Konsens, in welche Richtung die polnischen Streitkräfte sich zu entwickeln hätten. Infolgedessen erwiesen sich selbst die wenigen neu beschafften Waffensysteme bereits beim Erwerb teilweise als überholt (Bączyk, 2012a, S. 28-29; Gağor, 2009, S. 16).

Trotz der Teilnahme am *Partnership for Peace (PfP)*-Programm der Nato zur Heranführung von Beitrittskandidaten seit 1994 war die polnische Armee daher bei der Aufnahme in die Nato im Jahr 1999 weit davon entfernt, die militärischen Anforderungen des Bündnisses zu erfüllen. Keine der polnischen Teilstreitkräfte entsprach den Nato-Standards, und nur ein Bruchteil der Ausrüstung befand sich auf dem neuesten Stand (Gağor, 2009, S. 16).

Dass Polen dennoch beitreten durfte, war einer „politisch motivierten Schönfärberei des Standes der militärischen Strukturreformen in Polen“ (Frank, 2010, S. 208; vgl. auch Górka-Winter, 2013, S. 88) durch die übrigen Nato-Mitglieder und der wiederholten Absenkung der militärischen Aufnahmekriterien zu verdanken.

Dies lag jedoch weniger an mangelndem polnischen Willen zu Reformen und Investitionen (Forcieri, 1999). Vielmehr hielten die Nato-Vertreter Polen bewusst davon ab, angesichts des ohnehin klammen Staatshaushalts aus ihrer Sicht voreilige und überzogene Rüstungsinvestitionen zu tätigen. Stattdessen, so ein vertraulicher Nato-Bericht aus dem Jahr 1997, solle sich Polen zunächst auf einige wenige Prioritäten konzentrieren:

“Poland is encouraged to put appropriate emphasis on air defence and air field reception facilities as these will be most critical in the period right after accession. The most significant areas of improvement are in command and control, which is appropriate, and these enhancements will make full interoperability with NATO command and control systems a near term reality” (zitiert nach Dragsdahl, 1998).

Aufgrund der finanziellen Restriktionen schaffte die polnische Regierung bis 2003 nur vereinzelt gebrauchte, aber modernere Waffensysteme und Ausrüstung an, darunter 128 deutsche Kampfpanzer vom Typ Leopard 2 und 23 deutsche MiG-29-Kampfflugzeuge, die Deutschland Polen jeweils kostenlos überließ (Deutsche Welle, 2002; N-tv, 2003).

Das mit 3,5 Mrd. US-Dollar mit Abstand teuerste und spektakulärste Rüstungsgeschäft war der Kauf von 48 F-16-Kampffjets des US-Herstellers Lockheed Martin (Dylla, 2008, S. 232). Die polnische Rüstungsindustrie befand sich zu Beginn des Untersuchungszeitraums in einem ähnlich schlechten Zustand wie die polnische Armee. Auch sie hatte in den rund 15 Jahren seit dem Ende des Warschauer Pakts eine erhebliche Umstrukturierung erfahren. Ihre einst gewaltige Kapazität wurde erheblich reduziert. Die Schiffsbau-Industrie blieb fast vollständig auf der Strecke. Der Großteil der Rüstungsunternehmen verblieb in staatlicher Hand (Teichler & Rapp, 2010, S. 153-155).

Um die Rentabilität des Sektors zu sichern, setzte der polnische Staat auf eine Kombination aus Konsolidierung und Privatisierung. Die meisten staatlichen Hersteller gehören heute zum staatlichen Rüstungskonzern *Polski Holding Obronny* (ehemals *Bumar*). Darüber hinaus gibt es eine Gruppe von Werken, die sich unmittelbar im Besitz des Verteidigungsministeriums befinden und hauptsächlich für die Instandhaltung der vorhandenen Ausrüstung zuständig sind. Das wichtigste privatisierte Unternehmen ist WZM S.A., das den in Afghanistan intensiv eingesetzten Schützenpanzer „Rosomak“ baut, die polnische Lizenzversion eines finnischen Modells (Bączyk, 2012b, S. 22-23). Unter den privaten Firmen finden sich auch neugegründete kleine und mittlere Unternehmen, die hochspezialisierte Hochtechnologieprodukte anbieten und diese an das polnische Militär und im Ausland verkaufen (Bączyk, 2012b, S. 25). Privatisierung spielte hauptsächlich im Luftfahrtsektor eine Rolle. In diesen sind mehrere ausländische Investoren eingestiegen, darunter die US-amerikanische *United Technology Holding*, Mutterkonzern des Helikopterherstellers *Sikorsky*, und das britisch-italienische Konsortium *AgustaWestland* (Teichler & Rapp, 2010, S. 153, 167-168). Als größtes Problem der polnischen Rüstungsindustrie gilt der mangelnde technologische Fortschritt in einigen Sektoren, der von Experten vor allem zu geringen Ausgaben für Forschung und Entwicklung zugeschrieben wird (Bączyk, 2012b, S. 25).

Ein Aufschwung der polnischen Verteidigungsausgaben, von dem auch die heimische Rüstungsindustrie profitierte, stellte sich zu Beginn der 2000er Jahre ein. Der jährliche Verteidigungshaushalt wurde 2002 per Gesetz auf 1,95 Prozent des BIP festgesetzt. Im Zuge des wirtschaftlichen Aufwärtstrends stiegen auch die absoluten

Verteidigungsausgaben kontinuierlich an. Zudem stiegen die Rüstungsausgaben sowie die -exporte durch die polnische Beteiligung an den Kriegen in Afghanistan und dem Irak bedeutend an (Teichler & Rapp, 2010, S. 155), wie die unten stehende Grafik zeigt:

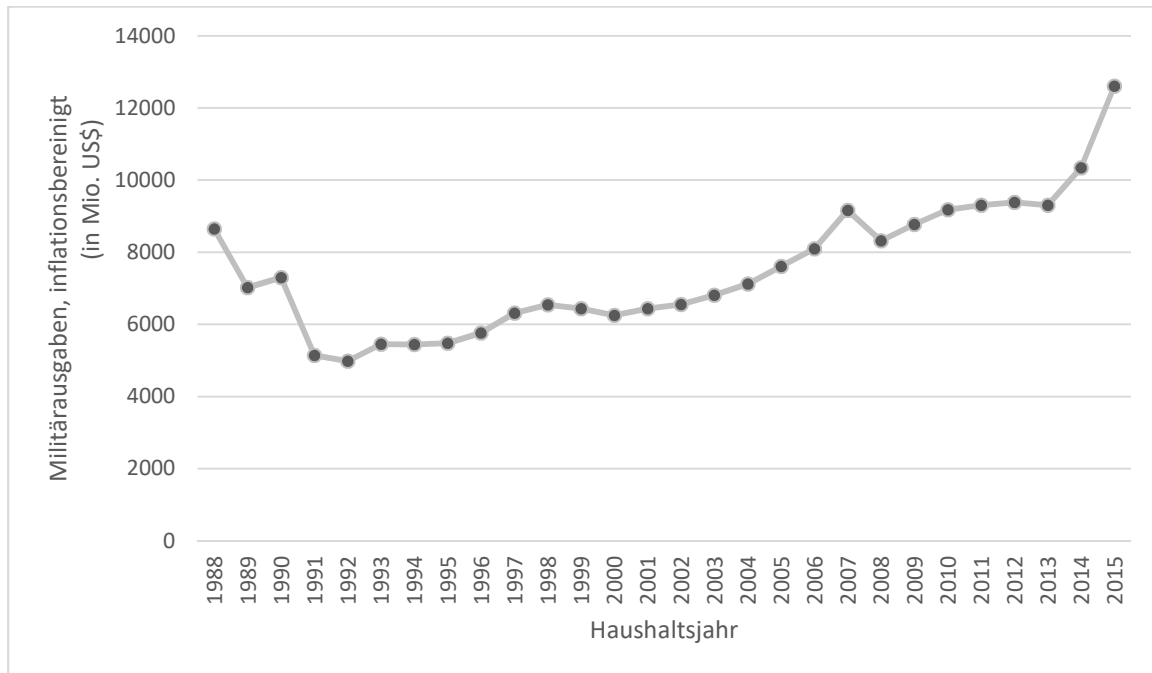


Abb. 2: Entwicklung des polnischen Verteidigungshaushaltes 1988 - 2015

Quelle: Eigene Darstellung mit Daten von Stockholm International Peace Research Institute, SIPRI (2017).

5.2 Militärische Sicherheitspolitik unter der PiS, 2005-2007

5.2.1 Funktion und Effektivität internationaler Sicherheitsorganisationen

Eine potenzielle Relevanz der EU für die polnische Außen- und Sicherheitspolitik im Untersuchungszeitraum ergab sich vor allem aus der Gründung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) 1999, die mit dem LV in „Gemeinsame“ Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) umbenannt wurde. Die verantwortlichen polnischen Regierungen hatten die EU-Mitgliedschaft nicht zuletzt auch unter sicherheitspolitischen Aspekten angestrebt. Sie sahen sie neben der Nato-Mitgliedschaft als weitere Sicherheitsgarantie und hielten insbesondere ein aktives Engagement bei der Ausgestaltung der ESVP für angeraten (Klich, 2004, S. 11).

Entsprechend hatte sich Polen schon vor seinem EU-Beitritt an EU-Militärmissionen beteiligt. Bei der ersten EU-Militärmission „Concordia“ in Mazedonien im Jahr 2003 war Polen mit 17 von insgesamt 400 Soldaten nach Frankreich, Deutschland und Italien viertgrößter Truppensteller.⁸⁵ Das erste größere Kontingent stellte Polen bei der EUFOR Althea in Bosnien-Herzegowina, die im Dezember 2004 begann. An der Militärmission, die abwechselnd zwischen 2500 und 7000 Soldaten umfasste, waren konstant etwa 200 Polen beteiligt. Trotz dieses sichtbaren Engagements war die polnische Haltung gegenüber der ESVP vor 2005 auch von Ambivalenz gekennzeichnet. Denn die Kompatibilität mit der Nato blieb stets die ultimative Bedingung für das polnische Engagement (Chappell, 2012, S. 77, 85-87).

Die PiS-Regierung setzte das polnische Engagement in der ESVP fort. Die Entwicklung der ESVP und der militärischen Fähigkeiten der EU lag nach übereinstimmenden Aussagen von Regierungsvertretern auch in ihrem Interesse (Ziółkowski, 2007, S. 71). So sagte beispielsweise Anna Fotyga, von 2006 bis 2007 Außenministerin der PiS-Regierung: „The European Union must not remain a political and military midget when it is an economic giant“ (Fotyga, 2007a, S. 5). Sichtbare Belege für dieses Interesse waren das militärische Engagement etwa bei der zweiten EU-Operation im Kongo im Jahr 2006⁸⁶ sowie bei der Bereitstellung von Truppen für die EU-Battlegroups, von denen Polen zu diesem Zeitpunkt je eine gemeinsam mit Deutschland, der Slowakei, Litauen und Lettland sowie mit Deutschland und Frankreich bereitzustellen beabsichtigte (Fotyga, 2007a, S. 8).

Aus mindestens zwei Gründen erschien der PiS-Regierung ein aktives und sichtbares Engagement geraten. Zum einen ging es ihr darum, die Kompatibilität der ESVP mit der Nato sicherzustellen, also zu verhindern, dass sich eine hauptsächlich von Frankreich vorangetriebene ESVP zu einer Konkurrenz für die Nato entwickeln könnte (Ziółkowski, 2007, S. 69). Die Komplementarität von ESVP und Nato und die Verbesserung der institutionellen Beziehungen bildeten die *conditio sine qua non* für

⁸⁵ An der ebenfalls 2003 durchgeführten Militärmission „Artemis“ in der Demokratischen Republik Kongo beteiligte sich Polen hingegen nicht (Chappell, 2012, S. 86-87).

⁸⁶ Im Kongo war Polen zusammen mit Spanien nach Frankreich und Deutschland der drittgrößte Truppensteller (Chappell, 2012, S. 86-87).

die polnische Unterstützung der ESVP, wie polnische Regierungsvertreter bei zahlreichen Gelegenheiten betonten, so etwa Außenminister Stefan Meller:

„Wir werden den Prozess der Ausgestaltung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik unterstützen, um ihre Komplementarität mit den Fähigkeiten und Ressourcen der NATO sicherzustellen“ (Meller, 2006, S. 11).

Gleichzeitig hoffte Polen, durch die Unterstützung der Interessen anderer EU-Staaten wie vor allem derer Frankreichs in Afrika bei den EU-Partnern eine Verpflichtung zu reziprotem Verhalten zu schaffen und dadurch die ESVP längerfristig auch für eigene Zwecke instrumentalisieren zu können. Polen schwebte im Gegenzug ein stärkeres diplomatisches und militärisches Engagement der EU bei der Lösung der sog. „eingefrorenen Konflikte“ im post-sowjetischen Raum vor, eine Forderung, die hauptsächlich in vertraulichen Gesprächsformaten regelmäßig erhoben wurde (Müller-Härlin & Zägel, 2008, S. 39-40; Chappell, 2012, S. 85).

Von der ESVP gingen somit aus polnischer Sicht sowohl ein Risiko – die potenzielle Schwächung der Nato –, vor allem aber eine Chance aus, nämlich die Aussicht auf eine stärkere militärische Präsenz der EU insgesamt und insbesondere im post-sowjetischen Raum. Das polnische Engagement in der ESVP folgte im Wesentlichen aus dem Bemühen, deren Entwicklung zum eigenen Nutzen beeinflussen zu können (Chappell, 2006, S. 18). Die Hauptschwäche der EU, die ihre Effektivität als potenzielle zweite Sicherheitsorganisation neben der Nato massiv beeinträchtigte, war aus polnischer Sicht jedoch, dass man den übrigen EU-Regierungen den politischen Willen absprach, die für eine glaubwürdige gemeinsame Sicherheitspolitik erforderlichen militärischen Fähigkeiten zu finanzieren, bereitzustellen und gegebenenfalls auch einzusetzen (Fotyga, 2007a, S. 5). Den ultimativen Beleg dafür sah man in Warschau in den zurückhaltenden Reaktionen, die ein Vorschlag von Ministerpräsident Jaroslaw Kaczyński in den übrigen EU-Hauptstädten hervorrief: Der Vorschlag nämlich, eine europäische Armee mit bis zu 100.000 Truppen unter einem gemeinsamen europäischen Kommando aufzustellen, die für Kriseneinsätze ebenso zur Verfügung stehen sollten wie für die territoriale Verteidigung der EU-Mitgliedstaaten (Schuller, 2006; Müller-Härlin & Zägel, 2008, S. 46). Kaczyński habe diesen radikalen Vorschlag bewusst formuliert, um die Bereitschaft in den übrigen EU-Staaten zu testen, so einer seiner Vertrauten, der heutige Außenminister Witold Waszczykowski (zitiert nach

Müller-Härlin & Zägel, 2008, S. 46). Dieser Vorschlag kam für viele europäische Entscheidungsträger und Beobachter überraschend, war die PiS-Regierung doch eher als EU-skeptisch bekannt. Nicht zuletzt aus diesem Grund fiel die Resonanz äußerst verhalten aus, was aus Sicht der polnischen Regierung gegen eine Stärkung der EU als Sicherheitsorganisation sprach, so Waszczykowski: "It was clear to Prime Minister Kaczyński that the EU was not serious about creating European security structures" (zitiert nach Müller-Härlin & Zägel, 2008, S. 46). Solange jedoch politischer Wille und finanzielle Voraussetzungen für eine außenpolitisch und militärisch handlungsfähige EU nicht gegeben seien, komme eine Integration nationaler Sicherheitspolitiken für Polen nicht in Frage, stellte Außenministerin Anna Fotyga klar:

"We need political will to become active and engaged externally. Next, there should be the will to commit appropriate funds for that purpose [...]. Only then should we move on to political integration, which will permit decision-making. That is the natural order of things" (Fotyga, 2007a, S. 5).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die PiS-Regierung unter der genannten Bedingung der Komplementarität zur Nato zwar grundsätzlich an einer Stärkung der ESVP interessiert war, die Voraussetzungen dafür aber nicht gegeben sah.

Daher spielte die EU als potenzielle militärische Sicherheitsorganisation in der polnischen Sicherheitsstrategie der Jahre 2005-2007 keine wesentliche Rolle (Madej, 2009, S. 54).

Die Nato: Allianz mit Defiziten

Schon bald nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit wurde die Nato in Polen als einzige IO gesehen, die Polen effektiven Schutz vor militärischen Unwägbarkeiten in seiner Nachbarschaft würde bieten können. In den Folgejahren wurde der Nato-Beitritt „fast zur Besessenheit“ (Bieleń, 1996, S. 48) und galt als das „Wundermittel [...], das alle Sicherheitsgarantien gewährleistet“ (Bieleń, 1996, S. 48). Zufrieden konstatierte der damalige Außenminister Bronislaw Geremek im Jahr des Nato-Beitritts:

"The accession of Poland, Hungary, and the Czech Republic to the North Atlantic Alliance is the most important, most advantageous circumstance with long-term consequences. Our country has been covered with reliable guarantees of our democratic allies. The presence of Poland within the North Atlantic Alliance consolidates the consequences of the momentous transformations in the geopolitical context of our country which have taken place since 1989 and which are tantamount to an annulment of the Yalta-imposed order" (zitiert nach Osica, 2005a, S. 124).

Schon den Beitrittserfolg schmälerten jedoch aus polnischer Sicht mindestens zwei gravierende „Geburtsfehler“: die Zusage des Nato-Sicherheitsrates an Russland, keine Truppen in den neuen mittelosteuropäischen Mitgliedstaaten zu stationieren, sowie die Gründung des Nato-Russland-Kooperationsrates. Beides beeinträchtigte aus polnischer Sicht die Effektivität der Nato-Sicherheitsgarantie erheblich (Osica, 2005a, S. 125).

Des Weiteren nährten die schrittweise so genannte Transformation der Nato und interne Differenzen der Bündnismitglieder vor allem über die US-geführte Intervention im Irak 2003 die polnischen Zweifel an der Sicherheitsgarantie durch die Nato (Górka-Winter, 2013, S. 89). Mit Blick auf das Zerwürfnis über den Irak-Krieg konstatierte der damalige polnische Außenminister: „This poses a threat to the reliable guarantee offered by the NATO security mechanism“ (Cimoszewicz, 2003, S. 11).

Als besorgniserregend wertete die polnische Regierung nicht nur die Meinungsverschiedenheiten unter den Verbündeten, sondern z.B. auch die anfängliche Weigerung einiger Mitgliedstaaten, der türkischen Bitte um Unterstützung zu entsprechen (Cimoszewicz, 2003, S. 11).⁸⁷ Auf Kritik stieß aber ebenso das neue amerikanische Konzept von der Nato als einer *toolbox*, das Außenminister Cimoszewicz als „destruktiv für [...] die Aufrechterhaltung der traditionellen Fähigkeiten und Glaubwürdigkeit als ein Verteidigungsbündnis der NATO“ (Cimoszewicz, 2003, S. 11) bezeichnete. Auch westliche Experten sahen die Geschlossenheit und Glaubwürdigkeit der Nato durch diese Vorgänge „nachhaltig in Frage“ (Haftendorn, 2005, S. 8) gestellt.

Die offenkundige Verschiebung der sicherheitspolitischen Prioritäten in den USA und anderen „alten“ Nato-Staaten und die resultierende Transformation der Nato stellte die polnische Sicherheitspolitik vor ein genuines Dilemma. Einerseits konnte Warschau den Prozess nicht blockieren, ohne gleichzeitig die Relevanz der Nato vor allem aus Sicht der USA massiv zu reduzieren. Andererseits sahen sich die polnischen Entscheidungsträger gezwungen, eine Entwicklung zu unterstützen, von der sie den Verlust der klassischen Verteidigungsfunktion der Nato befürchteten.

⁸⁷ Im Nato-Rat scheiterte ein entsprechender Beschluss vor allem am französischen Widerstand. Er wurde schließlich im *Defence Planning Committee* gefasst, in dem Frankreich keine Stimme besaß (Haftendorn, 2005, S. 27).

Denn zum einen lösten aus Sicht der alten Nato-Staaten neue Aufgaben wie allen voran der Kampf gegen den internationalen Terrorismus und das Verhindern der Proliferation von Massenvernichtungswaffen die territoriale Verteidigung als Hauptfunktion der Nato ab, durchlief die Nato also einen rapiden Funktionswandel. Zum anderen begann der Bündniszusammenhalt insgesamt zu schwinden, da sich die neuen Aufgaben nicht als „wirksamer Kitt“ (Haftendorn, 2005, S. 7) erwiesen. Zwar bestand zumindest unter den alten Mitgliedstaaten weitgehend Einigkeit über die neuen Funktionen der Nato, doch unter anderem die Methoden und Mittel zu deren Verfolgung waren umstritten (Haftendorn, 2005, S. 11). Für Polen galt es, sowohl dem Funktionswandel als auch den schwindenden Zusammenhalt der Nato entgegenzuwirken, woraus sich das starke polnische Engagement in Afghanistan und zum Teil auch im Irak erklärt:

„Now as a member of the Alliance Poland sought to prevent it from becoming just a ‘talk shop’ or organization for collective security at the expense of its central defense mission. To achieve this, Poland needed to prove that it was a reliable NATO member and, more importantly, that it was a staunch ally of the US and its leadership role in the Alliance“ (Osica, 2005a, S. 125-126).

Die Stimmen in den Nato-Staaten für ein neues Strategisches Konzept häuften sich, doch befürchteten nicht nur die USA, dass ein neuer Ansatz die Differenzen erst recht in den Vordergrund rücken werde (Haftendorn, 2005, S. 11). Polen teilte diese Sorge, und so erteilte beispielsweise der damalige Präsident Kwaśniewski den Reformvorschlägen Gerhard Schröders eine Absage, die dieser auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2005 vortrug.⁸⁸

Die Nato galt auch nach dem Regierungswechsel 2005 weiterhin unbestritten als wichtigste Sicherheitsorganisation in Warschau. Die PiS-Regierung bezeichnete den Nato-Beitritt als wichtigsten Erfolg der polnischen Sicherheitspolitik seit 1989 und entscheidenden Schritt zur Verbesserung der Sicherheit Polens (Fotyga, 2007a, S. 7).

Ungeachtet dieses fundamentalen, parteiübergreifenden Stellenwerts entpuppte sich die Nato aus polnischer Sicht nicht als die effektive und über jeden Zweifel erhabene

⁸⁸ Bundeskanzler Gerhard Schröder sorgte auf der Münchner Sicherheitskonferenz mit kritischen Anmerkungen zum Zustand der Nato und dem Vorschlag für Aufsehen, eine Expertenkommission mit dem Erarbeiten von Reformvorschlägen zu betrauen. Polens damaliger Präsident Kwaśniewski sprach sich in einem Zeitungsinterview Ende Februar 2005 gegen eine grundlegende Nato-Reform aus (Bolzen & Kamann, 2005).

Sicherheitsorganisation, deren Mitgliedschaft man in Warschau herbeigesehnt hatte. Am deutlichsten brachte dies der damalige stellvertretende Außenminister, Witold Waszczykowski, bei einer Podiumsdiskussion in Warschau auf den Punkt: „Die Nato ist nicht der Bündnispartner unserer Träume“ (zitiert nach Lesser, 2007a). Vielmehr befinde sich die Nato in einer „tiefen Krise“ (zitiert nach Lesser, 2007a) und gebe keine angemessenen Antworten auf eine zunehmend aggressive Politik Russlands.

Aber auch die Skepsis gegenüber der hauptsächlich von den USA betriebenen Transformation der Allianz blieb ein dominantes Element der polnischen Nato-Politik. Die polnische Sorge formulierte Radoslaw Sikorski, damals noch Verteidigungsminister, folgendermaßen:

“Some Allies, ourselves included, are concerned that the development of expeditionary capabilities would be done at the expense of collective defence. In order to be fully engaged in transformation, countries such as ourselves need unequivocal assurance that Art. 5 will remain the cornerstone of NATO. In other words: as we develop into the new NATO we want to be sure that the old NATO is still in place” (Sikorski, 2006, S. 3).

Aus Sicht der polnischen Regierung war die Aufgabe der territorialen Verteidigung alles andere als obsolet, und ihre Forderung lautete folglich: „finish the business in Europe first“ (Sikorski, 2006, S. 3). Seine Unterstützung für die Transformation der Nato knüpfte Polen ausdrücklich an die Bedingung, dass diese nicht zulasten der glaubwürdigen Fähigkeit zur kollektiven Verteidigung der Mitgliedstaaten gehen dürfe. Entsprechend lautete die Schlussfolgerung für die polnische Nato-Politik: „Increasing Nato’s capability to carry out its basic tasks – collective defence and creation of grounds for consultations between allies in case of threat remains a priority“ (Republic of Poland, 2007, S. 10).

Während man die Transformation der Nato *nolens volens* mitrug, lehnte man in Warschau die Ausarbeitung eines neuen Strategischen Konzepts aus Angst vor neuen Differenzen und Spannungen unter den Bündnispartnern als „Öffnen der Büchse der Pandora“ (Sikorski, 2006, S. 2) zu diesem Zeitpunkt weiterhin ab. Sowohl die Nato als auch die EU wiesen folglich aus der Sicht polnischer Entscheidungsträger entscheidende Schwächen auf, die ihre Effektivität als Sicherheitsorganisationen beeinträchtigten.

5.2.2 *Bilaterale Kooperation*

Die PiS-Regierung und Präsident Lech Kaczyński übernahmen von ihren Vorgängern bereits sehr gute Beziehungen zu den USA. Angesichts der von Polen empfundenen Mängel und Schwächen der IOs Nato und EU spielten die bilateralen Beziehungen zu den USA und deren Vertiefung die zentrale Rolle in der polnischen Sicherheitspolitik unter der PiS. Dies geht unter anderem aus der NSS von 2007 hervor: „Bilateral relations with the United States occupy a special place in the Polish security policy“ (Republic of Poland, 2007, S. 12).

Sowohl die aufeinander folgenden PiS-Ministerpräsidenten Marcinkiewicz und Kaczyński als auch die PiS-Außenminister Meller und Fotyga bekräftigten jeweils an prominenter Stelle, dass sie die Sicherheitsbeziehungen mit den USA weiter zu vertiefen gedächten (Fotyga, 2007a, S. 11; Marcinkiewicz K., 2005; Meller, 2006; Kaczyński J., 2006). Der 2004 eingeleitete Strategische Dialog über sicherheitspolitische Themen und der auf höchster Ebene geführte politische Dialog wurden fortgesetzt (Pisarski, 2007). Am deutlichsten äußerte sich der Wunsch nach einer Vertiefung der Partnerschaft in der Verlängerung des polnischen Irak-Einsatzes sowie dem signalisierten Wunsch, zum Standort einer US-Raketenbasis im Rahmen der damals von den USA geplanten *Ballistic Missile Defence* zu werden (Madej, 2009, S. 52). Vor allem die von den USA in Aussicht gestellte Teilhabe am Raketenschild wurde als eine geradezu historische Gelegenheit betrachtet, die Sicherheitsbeziehungen mit den USA auf eine neue Stufe zu heben. Ziel der PiS-Regierung war es, den durch den Irak-Einsatz 2003 zumindest vorübergehend erlangten Status eines engen Verbündeten der USA aufrecht zu erhalten und nach Möglichkeit weiter und dauerhaft zu stärken (Madej, 2009, S. 55).

Verlängerung des polnischen Irak-Einsatzes

Die bis Herbst 2005 amtierende linksdemokratische SLD-Regierung hatte im Frühjahr 2005 beschlossen, das polnische Kontingent bis Januar 2006 vollständig aus dem Irak abzuziehen. Die USA waren über diese Absicht informiert und hatten Verständnis dafür signalisiert (Spiegel Online, 2005). Dagegen entschied sich die neue PiS-Regie-

rung zweimal, den Irak-Einsatz jeweils um weitere zwölf Monate bis insgesamt Dezember 2007 zu verlängern. Dabei hatte der neue Ministerpräsident Kazimierz Marcinkiewicz bei seiner Antrittsrede zunächst offen gelassen, wie lange das polnische Kontingent im Irak bleiben werde (Marcinkiewicz, 2005). Noch Ende November 2005 sagte der damalige neue PiS-Verteidigungsminister Sikorski, dass die polnischen Soldaten wie geplant Anfang 2006 zurückkehren sollten. Nach einem Besuch in den USA änderte Sikorski jedoch seine Meinung, wo ihn nach eigener Aussage der US-Verteidigungsminister gebeten habe, den Einsatz im Irak zu verlängern. Diesem Wunsch des amerikanischen Verbündeten kam die Marcinkiewicz-Regierung einige Wochen später nach. Ende Dezember 2005 teilte der Ministerpräsident mit, die Regierung habe den Präsidenten um die Verlängerung des Mandats für die Irak-Mission bis zum Jahresende 2006 gebeten (Cienski, 2005).

Doch bereits in den ersten Monaten des Jahres 2006 stellten nacheinander Verteidigungsminister Sikorski, Präsident Lech Kaczyński sowie der neue Ministerpräsident Jaroslaw Kaczyński eine nochmalige Verlängerung in Aussicht. Sikorski sagte gar, man werde die Truppen solange im Irak lassen, wie die USA dies wünschten (Neue Zürcher Zeitung, 2006a). Spätestens im März 2006 galt allgemein, wenngleich noch inoffiziell, der Juni 2007 als wahrscheinlicher neuer Abzugstermin (Neue Zürcher Zeitung, 2006b). Die Verlängerung des polnischen Einsatzmandats ging mit einer deutlichen Reduzierung der Truppen von 1500 auf 900 Mann einher. Außerdem verlagerte sich der Schwerpunkt nahezu ausschließlich auf die Ausbildung und Schulung irakischer Soldaten. Im Dezember 2006 verlängerte der polnische Präsident auf Bitten der Regierung das Einsatzmandat für das polnische Irak-Kontingent um ein weiteres Jahr bis Ende 2007 (Jerusalem Post, 2006).

Bemerkenswert waren die Entscheidungen der PiS-Regierung für eine zweimalige Verlängerung des Irak-Einsatzes vor allem deshalb, weil sie mit erheblichen politischen Kosten und Risiken verbunden waren. Harsche Kritik an der PiS kam nicht nur von der parlamentarischen Opposition, namentlich der SLD und der PO, sondern auch von den eigenen Koalitionspartnern, der LPR und der *Samoobrona* (Neue Zürcher Zeitung, 2006a). Sogar in der Regierungsspitze zeigten sich Risse: Anfang Dezember 2006 hatte Verteidigungsminister Sikorski in einem öffentlich gewordenen Schreiben

an den Präsidenten erstmals den Abzug der polnischen Truppen bis Juli 2007 gefordert und sich damit von früheren Aussagen distanziert, wonach Polen seine Truppen solange im Irak lassen werde, wie die USA dies wünschten (Gnauck, 2006a).

Auf Skepsis stieß die Fortsetzung des Einsatzes auch bei weiten Teilen der Bevölkerung. Im Dezember 2005 und Januar 2006 sprachen sich in repräsentativen Meinungsumfragen fast drei Viertel der Bevölkerung gegen und weniger als ein Viertel für den Irak-Einsatz aus. Nur knapp zwanzig Prozent glaubten, dass der Irak-Einsatz gut für Polen sei, obwohl immerhin rund zwei Drittel positive Auswirkungen auf die amerikanisch-polnischen Beziehungen erwarteten (CBOS Public Opinion Research Center, 2006, S. 2-3). Darin sah die Mehrheit der Bevölkerung offenbar, anders als die Führungsspitze der PiS, keinen zusätzlichen Nutzen für Polen.

Umso erstaunlicher ist, dass wie schon die Miller-Regierung zu Beginn des Irak-Einsatzes 2003 auch die PiS-Regierung darauf verzichtete, eine öffentliche Debatte über die Gründe des polnischen Verbleibs im Irak zu führen und die Gründe für ihr Handeln darzulegen (Neue Zürcher Zeitung, 2006b). Aus den spärlichen Aussagen polnischer Entscheidungsträger erhellt jedoch, dass die Irak-Mission von der PiS in erster Linie als Mittel gesehen wurde, engere Beziehungen mit den USA zu etablieren (Madej, 2009, S. 58). Nach dem Nutzen der Verlängerung des Irak-Einsatzes gefragt, sagte PiS-Außenminister Stefan Meller in einem Zeitungsinterview: „Wir sind weiter an der Seite der USA, und wir stellen dafür keine Rechnung aus“ (zitiert nach Gnauck, 2006b). Kurz vor dem Regierungswechsel im Herbst 2007, als sich der Irak-Einsatz erneut seinem Ende näherte, unterstrichen die PiS-Vertreter unverändert dessen Bedeutung, um die Beziehungen mit den USA zu intensivieren (Madej, 2009, S. 59).

Polens angestrebte Beteiligung an der Missile Defence

Die nächste und vielversprechendere Gelegenheit zur Vertiefung der polnisch-amerikanischen Sicherheitsbeziehungen bot aus polnischer Sicht eine mögliche Teilhabe Polens am US-Raketenschild. Diese avancierte spätestens 2007 zum wichtigsten sicherheitspolitischen Thema der PiS-Regierungszeit. Informelle Gespräche zwischen den

USA und Polen liefen bereits seit der Amtszeit der Vorgängerregierung (The Washington Post, 2006; Gnauck, 2005). Eine offizielle Anfrage der Amerikaner an die polnische Regierung erfolgte jedoch erst im Januar 2007, im Mai 2007 nahmen beide Seiten offiziell die Verhandlungen auf.

Eine Vorentscheidung zugunsten einer Beteiligung am Raketenschild war indes auf polnischer Seite zu diesem Zeitpunkt schon längst gefallen. Bereits in ihrem Regierungsprogramm aus dem Jahr 2005 hatte die neue PiS-Regierung die Hoffnung auf eine polnische Beteiligung an der US-Raketenabwehr durch die Stationierung von Systemelementen auf polnischem Territorium zum Ausdruck gebracht, wofür sie Opposition und Experten seinerzeit massiv kritisiert hatten. Anschließend behauptete Ministerpräsident Kazimierz Marcinkiewicz zwar, es sei noch keine Entscheidung gefallen und man werde in Ruhe analysieren (Gnauck, 2005). Auch Außenminister Meller sprach im Februar 2006 nur von einer „möglichen Teilnahme“ (Meller, 2006) am amerikanischen Raketenabwehrsystem. Der neue Ministerpräsident Jaroslaw Kaczyński sagte der polnischen Presse vor seinem Antrittsbesuch in Washington im September 2006, er werde das Thema von sich aus nicht ansprechen (Bielecki J., 2006c). Ähnlich zurückhaltend gab sich Verteidigungsminister Sikorski: „Das ist ein amerikanisches Projekt, und die Amerikaner müssen die Initiative ergreifen“ (zitiert nach Bielecki J., 2006a). Trotz dieser demonstrierten Gleichgültigkeit bezeichnete Kaczyński bei besagten Staatsbesuch den Raketenschild gegenüber der *Washington Post* als ersehnte zusätzliche Sicherheitsgarantie für Polen gegenüber Russland (Bielecki J., 2006c).

Nachdem die amerikanische Offerte offiziell im Januar 2007 eingegangen war, setzte Ministerpräsident Kaczyński in der ersten Februarhälfte 2007 ein Treffen mit den Fraktionsvorsitzenden der übrigen Sejm-Parteien an. Dabei zeigten sich alle Beteiligten mit der Aufnahme von Verhandlungen einverstanden, wenn diese ergebnisoffen geführt würden. Der damalige PO-Vorsitzende und Oppositionsführer Donald Tusk wies darauf hin, dass die USA gewährleisten müssten, dass der Raketenschild nicht nur ihre eigene, sondern auch Polens Sicherheit vergrößere. Es bestand Konsens darüber, dass man das Ergebnis der Verhandlungen erst einmal abwarten wolle, bevor man eine intensivere Debatte führen werde (Bajerski, 2007).

So sehr die PiS-Regierung somit auch den Eindruck einer Vorentscheidung vermeiden wollte, konnte doch über ihren Wunsch, am US-Raketenschild teilzuhaben, schon zu diesem Zeitpunkt kein Zweifel bestehen. Ein starkes Indiz war, dass Verteidigungsminister Sikorski, der für eine harte Verhandlungslinie gegenüber den USA eintrat, zum Rücktritt gedrängt wurde. Medienberichten zufolge hatten die USA ob der von Sikorski vorgetragenen Forderungen nach greifbaren Gegenleistungen mit einem Abbruch der Gespräche gedroht. Dieses Risiko erschien der PiS-Regierung offenkundig als zu hoch (Jäger & Dylla, 2008b, S. 294). Mit Roman Kuźniar, seinerzeit Präsident des regierungsnahen Forschungsinstituts PISM, musste im Februar 2007 ein weiterer einflussreicher Kritiker der polnischen Beteiligung am US-Raketenschild seinen Posten räumen (Szymaniak, 2007; Lesser, 2007a). Ebenfalls im Februar ließ der tschechische Ministerpräsident Topolánek nach einem Treffen mit seinem polnischen Amtskollegen verlauten: „Wir waren uns einig, dass unsere Antwort auf das US-Angebot höchstwahrscheinlich positiv ausfallen wird“ (zitiert nach N-tv, 2007b).⁸⁹ Entsprechend hielt es eine polnische Rüstungsexpertin Anfang März 2007 für sicher, dass die PiS-Regierung der amerikanischen Anfrage entsprechen werde, eine Entscheidung längst gefallen sei (Lesser, 2007b). Dies bestätigte schließlich Präsident Lech Kaczyński im Juli 2007 bei seinem Staatsbesuch in Washington. Die US-Regierung hatte im April die Hoffnung geäußert, bei besagtem Staatsbesuch eine Einigung verkünden zu können (Bielecki J., 2007).

Nennenswerte Zugeständnisse der USA hatte die polnische Seite bis dahin nicht zu vermelden gehabt (Gadziński, 2007). Offenbar war allein die physische Beteiligung am Raketenschild für die polnische Regierung Gewinn genug. Ministerpräsident Jarosław Kaczyński äußerte mehrfach die Überzeugung, dass der Raketenschild die Beziehungen Polens zu den USA noch einmal erheblich verbessern und dadurch Polen sicherer machen werde (Mężyński, 2007). Der stellvertretende Verteidigungsminister Kozięj sagte, dass „Putin sich hundertmal überlegen werde, Polen anzugrei-

⁸⁹ Die USA hatten Tschechien angeboten, eine für den Raketenschild benötigte Radarstation zu beherbergen.

fen“ (zitiert nach Bielecki J., 2006b). Eine ausführlichere Begründung für diese Sichtweise lieferte die Regierung jedoch nicht, was unter anderem von der parlamentarischen Opposition bemängelt wurde (Kreimeier, 2007).

Polnische Experten hingegen teilten die Sichtweise der Regierung weitestgehend. Wenn die USA tatsächlich auf polnischem Territorium wesentliche Elemente ihres Raketenabwehrsystems installierten, würde Polen Teil des amerikanischen Systems der nationalen Verteidigung (Osica, 2005b), denn, so die polnische Rüstungsexpertin Wągrowska in einem Zeitungsinterview, „jeder Angriff auf Polen käme einer Quasi-Kriegserklärung an die USA gleich“ (zitiert nach Lesser, 2007b). Es ging der polnischen Regierung im Kern darum, die im Rahmen der Nato geltende US-Sicherheitsgarantie bilateral über alle Zweifel zu erheben. Der Schild wurde in doppelter Hinsicht als glaubwürdigere Sicherheitsgarantie als Artikel V gesehen: durch die strategische Bedeutung, die er für die USA haben würde, als auch durch die zu erwartende Stationierung von US-Truppen auf polnischem Territorium (Jäger & Dylla, 2008b, S. 293). Nach vier Verhandlungsrunden wurden die Gespräche jedoch im Herbst 2007 wegen der anstehenden Parlamentswahlen in Polen auf Eis gelegt (Górka-Winter, 2009, S. 83-84). Die Bevölkerung stand dem Projekt zu diesem Zeitpunkt mit großer Mehrheit ablehnend gegenüber, die seit Beginn der Verhandlungen beständig gewachsen war (Jäger & Dylla, 2008b, S. 297).

5.2.3 Unilaterale Maßnahmen und Aktivitäten

Auf der unilateralen Ebene besaß die technische Modernisierung der polnischen Streitkräfte für die PiS-Regierung eine hohe Priorität. Es ging ihr vor allem darum, die Einsatzfähigkeit im Rahmen von Auslandseinsätzen wie im Irak oder in Afghanistan sicherzustellen und sich so auch in Zukunft als treuer Verbündeter der USA erweisen zu können (Chappell, 2012, S. 101). Die technische Modernisierung der Streitkräfte war in weiten Teilen bereits Ende der 1990er Jahre eingeleitet worden mit einem ersten mehrjährigen Modernisierungsprogramm. Diesem folgte 2001 ein aktualisiertes, das den Anforderungen im Rahmen der Nato-Mitgliedschaft sowie den finanziellen Zwängen besser Rechnung trug. Ein wesentliches Ziel war die Reduzierung laufender

Kosten durch Ausmusterung veralteten Materials und eine organisatorische Verschlinkung der Armee (Karkoszka, 2005, S. 105-106).

Die PiS-Regierung nahm in diesem Bereich keine größeren Kursänderungen vor, sondern hielt in wesentlichen Punkten am laufenden Modernisierungsprogramm für die Jahre 2001-2006 fest (Chappell, 2012, S. 101). Die initiierten Beschaffungsprogramme, u.a. für Truppentransportpanzer, Panzerabwehrraketen und tragbare Flugabwehrraketen, wurden fortgesetzt und implementiert (Kancelaria Sejmu, Biuro Informacyjne, 2006, S. 6-7). Ende 2006 trafen die ersten acht von insgesamt 48 in den USA bestellten F16-Kampfflugzeugen in Polen ein (Dewitte, 2006). Die bestellte Anzahl hielt die PiS-Regierung für ausreichend und sah hier keinen weiteren Handlungsbedarf. Anders verhielt es sich mit den Lufttransportkapazitäten, die die Regierung aufgrund der bisherigen Erfahrungen mit Einsätzen und Übungen im Nato-Verbund für nicht minder wichtig hielt. Hier sah die PiS-Regierung erheblichen Nachbesserungsbedarf (Madej, 2009, S. 61; Kancelaria Sejmu, Biuro Informacyjne, 2006, S. 18).

Über die technische Modernisierung hinaus traf sie eine weitreichende Entscheidung, die fälschlicherweise oft der nachfolgenden PO/PSL-Regierung gutgeschrieben wird: die Aussetzung der Wehrpflicht und schrittweise Einführung einer vollständigen Berufsarmee bis zum Jahr 2012, einhergehend mit einer bedeutenden Verkleinerung der Armee (Chappell, 2012, S. 101). Auch diese Entscheidung folgte aus den wahrgenommenen Anforderungen im Rahmen der eingegangenen polnischen Bündnisverpflichtungen und dem daraus resultierenden Bedeutungszuwachs neuartiger Bedrohungen, die in der polnischen Bedrohungswahrnehmung selbst keine große Rolle spielten (Chappell, 2012, S. 78).

Nicht zuletzt in militärischen Kreisen stieß die Richtung der Streitkräftereform mit dem klaren Fokus auf den Auslandseinsätzen auf Kritik. Einigen Experten erschien auch die damit zusammenhängende Verkleinerung der Armee als riskant, da sie das Szenario eines konventionellen militärischen Angriffes auf Polen nicht berücksichtige (Wągrowaska, 2007, S. 13-14). Als Zielgröße für die einzuführende Berufsarmee gab Präsident Lech Kaczyński in einem Fernsehinterview eine Truppenstärke von insgesamt 150.000 Mann aus (Pirosz, 2006). Verteidigungsminister Sikorski präziserte Anfang 2007, dass ein Fünftel der 150.000 der Reserve angehören sollten, was

eine aktive Truppenstärke von 120.000 Mann ergeben hätte (Kancelaria Sejmu, Biuro Komisji Sejmowych, 2006, S. 5).

5.3 Militärische Sicherheitspolitik unter PO/PSL, 2007-2015

5.3.1 Funktion und Effektivität internationaler Sicherheitsorganisationen

Ähnlich wie in der Energiepolitik gab es auch in der militärischen Sicherheitspolitik nach dem Regierungswechsel von PiS zu PO/PSL keinen signifikanten Richtungswechsel. Wie im Folgenden deutlich werden wird, gab es gleichwohl sowohl innerhalb der multi-, bi- und unilateralen Ebenen der Sicherheitspolitik spürbare Neubewertungen als auch eine Bedeutungsverschiebung der Ebenen untereinander.

Die EU gewann als potenzielle militärische Sicherheitsorganisation nach dem Regierungswechsel deutlich an Bedeutung. Die neue Regierung setzte nicht nur Polens bis dato schon aktives militärisches Engagement innerhalb der militärischen EU-Missionen und der Battlegroups fort, sondern setzte sich vielmehr an die Spitze einer Fraktion von Mitgliedstaaten, die lautstark eine Stärkung der militärischen Handlungsfähigkeit der EU einforderten. Dahinter stand die optimistische Grundhaltung, dass die Integration der nationalen Sicherheitspolitiken innerhalb der EU nur eine Frage der Zeit sei, so etwa Außenminister Sikorski: „I think external security is probably going to be the last area where we will integrate. But it is happening“ (Sikorski, 2008d, S. 10).

Bei der EU-Militärmission im Tschad 2008/2009 stellte Polen nach Frankreich und Irland das drittgrößte Truppenkontingent. Mit Ungarn, Tschechien und der Slowakei vereinbarte Polen im Mai 2011 die Aufstellung einer gemeinsamen Battlegroup für das Jahr 2016 (Chappell, 2012, S. 87, 142).

Zwar war sich auch die neue Regierung „sehr bewusst, dass der europäische Pfeiler heute noch rudimentär ist“, so etwa der damalige Verteidigungsminister Bogdan Klich (zitiert nach Europolitics, 2008). Auch teilte sie die Einschätzung ihrer Vorgängerin, dass die ESVP/GSVP vor allem am mangelnden politischen Willen der EU-Mitgliedstaaten kranke. Dennoch sah die PO/PSL-Regierungscoalition deren künftige Entwicklung und den damit verbundenen militärischen Stellenwert der EU in der

Welt und in der polnischen Sicherheitspolitik in einem ungleich optimistischeren Licht als die PiS (Madej, 2009, S. 53). Außenminister Sikorski zufolge sah die polnische Regierung in der EU eine potenzielle zweite, zur Nato komplementäre Sicherheitsgarantie: „Wir wollen nicht wählen, wir wollen zwei sich ergänzende Sicherheitspolen haben“ (Sikorski, 2008b).⁹⁰ Dementsprechend bestand die polnische Strategie in einer größtmöglichen Stärkung von Nato *und* EU:

“If I had to define Poland’s *general* objectives in the area of European security in just one sentence, I would say: we are dedicated to having [a] strong Nato [...] and [a] strong EU, capable of conducting a wide range of crisis management activities” (Komorowski S., 2008, S. 3; Hervorhebung im Original).

Die Sorge vor einer Schwächung der Nato durch eine mögliche Duplizierung von Strukturen, die unter der PiS noch eine wesentliche Rolle gespielt hatte, nahm hingegen nach 2007 erkennbar ab. Die Kompatibilität und militärische Zusammenarbeit von EU und Nato blieben zwar auch unter der neuen Regierung „eines unserer wichtigsten Ziele“ (Komorowski S., 2008, S. 3). Die angestrebte Stärkung der GSVP stand für sie jedoch offenkundig nicht mehr im Widerspruch zu einer starken Nato:

“Setting up a standing EU planning and conduct capacity is not tantamount to undermining the Alliance. [...] There is room for compromise between duplicating Nato planning structures and maintaining the status quo” (Sikorski, 2011c, S. 33).

Möglich wurde dies u.a. durch die Rückkehr Frankreichs in die Nato-Strukturen im April 2009.⁹¹ Aus polnischer Sicht wurde hierdurch die Voraussetzung geschaffen, die GSVP zu entwickeln, ohne den transatlantischen Zusammenhalt in der Nato zu gefährden (Sikorski, 2011c, S. 27). Auch von den USA bekam Polen für sein gesteigertes GSVP-Engagement grünes Licht. Offenkundig bestanden auch in der US-Regierung keine Bedenken, dass dies zu einer Schwächung der Nato führen könne, wie der damalige US-Botschafter in Warschau Feinstein Ende 2009 an das US-Außenministerium berichtete:

„The Poles would be the last to jeopardize Nato security guarantees, and will listen closely to U.S. advice as to how to frame the upcoming EU debate“ (Feinstein, 2009a).

Zu der optimistischen polnischen Grundhaltung gegenüber der ESVP/GSVP trug außerdem die Verabschiedung des LV im Dezember 2007 maßgeblich bei. Anders als

⁹⁰ „Nie chcemy wybierać, chcemy mieć dwie uzupełniające się polisy ubezpieczeniowe.“

⁹¹ Unter de Gaulle hatte sich Frankreich 1966 aus der Kommandostruktur der Nato zurückgezogen. Im April 2009 beim Nato-Gipfel in Straßburg und Kehl kehrte Frankreich als Vollmitglied in die Nato zurück.

ihre Vorgängerin begrüßte die PO/PSL-Regierungscoalition den LV, und zwar besonders dessen Neuerungen im Bereich der GASP einschließlich der ESVP bzw. nun GSVP. Die Reformen des LV wertete die polnische Regierung als entscheidenden Fortschritt auf dem Weg der EU zu einer vollwertigen Sicherheitsorganisation. Nicht zuletzt wegen der im LV vorgesehenen Reformen im Bereich der GASP kündigte Tusk in seiner ersten Regierungserklärung an, den Vertrag umgehend unterzeichnen zu wollen (Tusk, 2007). Die Ratifizierung, so auch Außenminister Sikorski, liege im polnischen Interesse, denn: „we need the EU to be thriving and to act in unison in external relations“ (Sikorski, 2009a, S. 8).

Die zentrale Neuerung des LV war im Bereich der EU-Sicherheitspolitik die neu geschaffene Möglichkeit einer Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ), die einer Gruppe von integrationswilligen EU-Mitgliedstaaten eine engere sicherheitspolitische Kooperation erlauben sollte (Mölling, 2010). Diese neue Option stieß bei der polnischen Regierung auf reges Interesse. Während des Europäischen Verfassungskonvents hatte die damalige Regierung die Idee einer SSZ noch abgelehnt, hauptsächlich aus Sorge davon ausgeschlossen zu werden. Im LV wurde jedoch festgehalten, dass eine SSZ allen interessierten Mitgliedstaaten offen stehen werde, wodurch Polens anfängliche Sorge ausgeräumt wurde und einen Sinneswandel bewirkte, wie Verteidigungsminister Klich in einem Interview erläuterte:

„And so we are now an ardent supporter of the idea. Poland is willing and is a candidate for participation from the start-up of implementation“ (zitiert nach Europolitics, 2008).

Das Inkrafttreten des LV wurde in Polen als Chance gesehen, die GSVP neu zu beleben. Im Gegensatz zur PiS glaubte man nun in Warschau, Fortschritte durch eine Politik der kleinen Schritte erreichen zu können. Die Bereitstellung einer größeren Zahl von Truppen wurde nicht mehr als Vorbedingung für die Integration und Institutionalisierung der nationalen Sicherheitspolitiken in der EU gesehen, sondern als zeitlich parallele, sich einander wechselseitig verstärkende Prozesse (Europolitics, 2008).

Unbefriedigend war jedoch auch aus Sicht der PO/PSL-Regierung die bisherige geographische Ausrichtung der GSVP, die ihren bisherigen Nutzen erheblich schmälerte. Ein Vertreter der Regierung wies Ende 2008 darauf hin, dass drei von bis dato fünf Militärmissionen in Afrika stattgefunden hätten. Warschau wünsche sich hingegen ein größeres EU-Engagement in Osteuropa und Zentralasien (Komorowski

S., 2008, S. 4-5). Die EU-Mission im Südkaukasus wertete die polnische Regierung als einen vielversprechenden Schritt in diese Richtung, der wie schon das französische Handling der Georgien-Krise begrüßt wurde. Auch dies stärkte den polnischen Glauben daran, dass die EU künftig eine zunehmend wichtige Funktion in der polnischen Sicherheitspolitik werde erfüllen können. Eine Schlüsselrolle auf dem Weg der EU zu einer vollwertigen militärischen Allianz fiel aus polnischer Sicht den Battlegroups zu. Deren Weiterentwicklung und Einsatzfähigkeit standen folgerichtig im Zentrum des polnischen Engagements in der GSVP (Sikorski, 2011c, S. 26, 30f.). Beklagt wurde auf polnischer Seite der bis dato fehlende politische Wille, die Battlegroups auch einzusetzen: „The development and preparation of the Battle Groups is reasonable only when we are ready to use them“ (Komorowski S., 2008, S. 3).

Im Dezember 2010 startete Polen gemeinsam mit Deutschland und Frankreich eine Initiative zur Stärkung der GSVP – die so genannte „Weimar-Initiative“. Die Außen- und Verteidigungsminister der drei Staaten schlugen im Dezember 2010 in einem gemeinsamen Brief an die damalige HV der GASP, Catherine Ashton, eine Reihe von Maßnahmen zur Stärkung der militärischen Zusammenarbeit in der EU vor. Diese bestanden im Wesentlichen aus der Einrichtung eines ständigen EU-Hauptquartiers, der Reform der Battlegroups sowie dem Entwickeln gemeinsamer militärischer Fähigkeiten der Mitgliedstaaten (Baczynska, 2010). Damit richteten sich die Reformvorschläge auf die unter Experten anerkannten strukturellen Schwachpunkte der GSVP (Rettman, 2011). Vor allem mit der Einrichtung eines ständigen EU-Hauptquartiers sollten zum einen die Planungs- und Kommandostrukturen der EU verbessert werden. Zum anderen sollte nach den Worten Sikorskis eine eigenständige EU-Institution nicht zuletzt auch der Gefahr einer Renationalisierung der europäischen Sicherheitspolitik entgegen wirken (Sikorski, 2011c, S. 33).

Die Weiterentwicklung der GSVP war eine der wichtigsten Prioritäten der polnischen Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2011. Der Weimarer Brief sollte den Auftakt für eine Wiederbelebung der GSVP bilden, die Polen unter eigener Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2011 zu greifbaren Fortschritten führen wollte (Sikorski, 2011c, S. 35; vgl. auch Major & Wassenberg, 2011, S. 1).

Trotz des polnischen Engagements gab es jedoch unter seiner Ratspräsidentschaft in der GSVP kaum nennenswerte Fortschritte. Die aus polnischer Sicht wichtigste Maßnahme, die Einrichtung eines ständigen militärischen EU-Hauptquartiers, scheiterte im Juli 2011 am britischen Veto im Rat der EU (Rettman, 2011). Die nüchterne Bilanz der polnischen Regierung lautete:

„Aus der Erfahrung der polnischen Präsidentschaft folgt, dass sich die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union leider nicht in 27 Mitgliedstaaten realisieren lässt und es notwendig ist, die im Vertrag von Lissabon vorgesehene verstärkte Zusammenarbeit williger Staaten zu initiieren“ (Sikorski, 2012a).⁹²

Nennenswerte Fortschritte gab es auch in den folgenden Jahren nicht. Als Hauptproblem erkannte die polnische Regierung den mangelnden politischen Willen und Mut in den meisten übrigen EU-Mitgliedstaaten, bei der militärischen Zusammenarbeit über den Status quo hinauszugehen, so etwa Verteidigungsminister Siemoniak (zitiert nach Michta, 2014). Die Ukraine-Krise schuf jedoch aus Sicht der polnischen Regierung ein mögliches Momentum für einen neuerlichen Anlauf zur Stärkung der GSVP, bei dem laut Siemoniak erneut die EU-Battlegroups im Fokus der polnischen Bemühungen standen:

“It [das Battlegroup-Konzept; Anm. d. Verf.] has enormous potential to enhance the member states’ military capabilities, and it can provide the EU with a standing multiple-purpose, combat-ready force. [...] So for my part, I would expect a serious conversation in the EU about the battle groups going forward, how and under what conditions they can be used, etc. I have tried to put this on our CSDP agenda” (zitiert nach Michta, 2014).

Diesmal schien der polnische Vorstoß größere Aussichten auf Erfolg zu haben. So forderte auch EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker im März 2015 die Gründung einer europäischen Armee, die auch die deutsche Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen „in absehbarer Zeit“ (zitiert nach Balzli, Jungholt, Schiltz, & Tauber, 2017) für nötig hielt. Bereits einen Monat zuvor hatte eine Expertengruppe unter Leitung des ehemaligen EU-Außenbeauftragten und Nato-Generalsekretärs Javier Solana

„eine Europäische Verteidigungsunion, die die Nato bei ihrer Aufgabe der territorialen Verteidigung unterstützt [...] durch den Gebrauch militärischer Gewalt und schnelle Reaktion wie erforderlich“ (Centre for European Policy Studies, 2015, S. 17)

⁹² „Z doświadczenia polskiej prezydencji wynika, że Wspólnej Polityki Bezpieczeństwa i Obrony Unii Europejskiej nie daje się niestety realizować w 27 państwach i należy zainicjować przewidzianą w Traktacie z Lizbony wzmocnioną współpracę państw chętnych.“

gefordert. Konkrete Vorschläge betrafen u.a. die bereits 2010/2011 von Polen, Deutschland und Frankreich vergeblich angestrebte Schaffung eines militärischen EU-Hauptquartieres und das Schreiben einer neuen Europäischen Sicherheitsstrategie (Centre for European Policy Studies, 2015, S. 14-15).

Wie schon bei der Weimar-Initiative 2010 suchte Polen hier erneut den Schulterschluss mit Deutschland, „Polens wichtigste[m] europäischen Partner“ (Schetyna, 2015), und Frankreich. Frankreich hatte vor allem als größter Truppensteller bei der für Polen wichtigen Nato-Übung *Steadfast Jazz*⁹³ im November 2013 seine Solidarität mit den osteuropäischen Nato-Partnern signalisiert, was ihm Polen durch seine Teilnahme an den EU-Missionen in Mali und in der Zentralafrikanischen Republik dankte (Buras, 2014).

Ende März 2015 gab es das erste Treffen des Weimarer Dreiecks auf Ebene der Verteidigungsminister seit 2006. Sie, und wenige Tage später auch die drei Außenminister, unterzeichneten einen gemeinsamen Brief an die EU-Außenbeauftragte Mogherini mit konkreten Vorschlägen zur Stärkung der GSVP: schneller einsatzbereite und effektivere Battlegroups sowie die Erweiterung der militärischen Fähigkeiten der EU u.a. um Drohnen und Luftbetankungskapazitäten (Dufour, 2015; Polish Press Agency, 2015). Initiiert von der französischen EU-Ratspräsidentschaft fand im Juni 2015 ein EU-Verteidigungsgipfel statt (Dufour, 2015), so dass am Ende des Untersuchungszeitraums eine deutliche Wiederbelebung der GSVP vermerkt werden konnte – mit noch ungewissem Ausgang.⁹⁴

Nato

Ungeachtet dieses relativen Bedeutungszuwachses der EU behielt die Nato nach dem Regierungswechsel 2007 ihre unumstrittene Stellung als wichtigstes Instrument, so etwa Außenminister Grzegorz Schetyna:

⁹³ Dabei handelte es sich um eine Übung der *NATO Response Force* in Polen und den baltischen Staaten (North Atlantic Treaty Organization, 2013).

⁹⁴ Nachtrag: Im November 2017 haben 23 EU-Staaten einschließlich Polens eine Europäische Verteidigungsunion beschlossen. Dabei handelt es sich jedoch nicht, wie der Name vermuten lassen könnte, um ein militärisches Verteidigungsbündnis, sondern nur um eine engere militärische Zusammenarbeit im Rahmen einer SSZ. Vorgesehen sind u.a. gemeinsame Rüstungsprojekte und das Bereitstellen von Soldaten für die EU-Battlegroups (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2017).

“Ensuring security is a key issue today for the future of Poland and Europe. We are using all the instruments available to us to achieve this. Naturally, the most important of these instruments is NATO” (Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Poland, 2015).

Von der breiten, Partei- und Institutionen-übergreifenden Wertschätzung für die Nato zeugt auch der Bericht des damaligen US-Botschafters Ashe an das US-Außenministerium im April 2009:

„From President Lech Kaczyński to desk officers at the Ministries of Foreign Affairs and Defense, Polish officials consistently characterize the country’s membership in Nato as the cornerstone of national security. Support for the Alliance is broad-based and cuts across party lines“ (Ashe, 2009b).

Wie ihre Vorgängerin hegte jedoch auch die PO/PSL-Regierung gewisse Zweifel an der Glaubwürdigkeit der militärischen Beistandsgarantie der Nato. Auch sie befürchtete, eine einseitige Fokussierung auf Einsätze außerhalb des Nato-Territoriums könnte zu einer Erosion der traditionellen Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses führen. Diese Bedenken äußerte beispielsweise der Leiter der Nato-Abteilung im polnischen Außenministerium gegenüber dem US-Botschafter in Warschau. Als einen Beleg dafür führte er an, dass die neu beschlossene *Nato Response Force (NRF)* bislang nur auf dem Papier existiere, weil für die meisten Mitgliedstaaten der Einsatz in Afghanistan Priorität habe. Aus polnischer Sicht war aber gerade das Zustandekommen der schnellen Eingreiftruppe NRF für die Glaubwürdigkeit von Artikel 5 von eminenter Bedeutung (Ashe, 2009b). Ebenso wie die PiS-Regierung monierte auch die PO/PSL-Regierung wiederholt, dass es in Polen nach wie vor weder militärische Nato-Infrastruktur gebe noch Notfallpläne für den hypothetischen Fall eines russischen Angriffs auf Polen und/oder die baltischen Staaten:

„Aber wir haben weder militärische noch Kommandoelemente des Bündnisses auf unserem Territorium. Die Nato ist in dieser Hinsicht eigentlich überhaupt nicht erweitert worden. Es ist höchste Zeit, Kommandostrukturen und Einheiten mehr oder weniger gleichmäßig zu verteilen“ (Sikorski zitiert nach Gnauck, 2008).

Mit Sorge verfolgte Außenminister Sikorski, dass der sicherheitspolitische Fokus in einigen Nato- und EU-Staaten unkonventionellen, asymmetrischen Bedrohungen wie der Proliferation von Massenvernichtungswaffen und dem transnationalen Terrorismus gelte (Sikorski, 2011c, S. 25). Dass in einigen dieser Staaten sogar die Notwendigkeit konventioneller Streitkräfte in Frage gestellt werde, bezeichnete Sikorski als

„Schein-Dilemmata ausschließlich für die, denen es dank einer glücklichen geographischen Lage scheint, als ob sie schon in einem postmodernen Paradies wohnen, wo ein bewaffneter Konflikt ganz einfach ein Relikt ist. Wir, als Grenzstaat des Bündnisses [der Nato; der Verf.] müssen uns an das Sprichwort erinnern, dass jedes Land eine Armee hat – seine, oder eine fremde“ (Sikorski, 2008b, S. 10).⁹⁵

Der Georgien-Konflikt nährte weiter die polnischen Zweifel am politischen Willen der Nato, Russland die Stirn zu bieten. Polen empfand die Rolle der Nato als allzu passiv und kritisierte sie als „politischen Klub ohne Zähne“ (zitiert nach Ashe, 2008). Zu diesem Eindruck trug auch das bereits erwähnte russisch-weißrussische Militärmanöver „Zapad 2009“ bei, bei dem rund 900 russische Panzer nur 250 Kilometer von Warschau entfernt standen. Vor diesem Hintergrund, so Sikorski bei einem Vortrag in den USA, frage er sich weniger, ob die Nato und die USA ihrer Bündnisverpflichtung im Ernstfall ihrer Bündnisverpflichtung nachkämen, sondern vielmehr, ob sie es überhaupt rechtzeitig schaffen würden (Sikorski, 2009b).

Anders als vor ihr die PiS-Regierung stand die PO/PSL-Regierung jedoch der Erarbeitung eines neuen Strategischen Konzepts der Nato konstruktiv gegenüber.⁹⁶ Dabei müsse sie jedoch ihren Charakter als Verteidigungsbündnis bewahren und die aus Artikel V abgeleiteten Sicherheitsgarantien glaubhaft unterfüttern, so Außenminister Sikorski (Sikorski, 2010, S. 8). Die PO/PSL-Koalitionsregierung begriff die Debatte über ein neues Strategisches Konzept somit auch als Chance, die zukünftige Ausrichtung der Nato nach eigenen Vorstellungen zu beeinflussen. Diese Hoffnung basierte in erster Linie auf dem gezeigten polnischen Engagement bei Auslandseinsätzen, das man nun in Einfluss umzumünzen gedachte. So berichtete US-Botschafter Ashe:

„[T]he Poles look at the upcoming debate on a new SC [Strategic Concept; der Verf.] as a unique opportunity to influence the Alliance in a way that takes into account Poland's national security concerns. They have made clear that it would be difficult for Poland to maintain its current level of participation in expeditionary missions if the Alliance does not help Poles feel secure at home through enhanced strategic planning for territorial defense“ (Ashe, 2009a).

⁹⁵ „Są to jednak dylematy pozorne, wyłącznie dla tych, którym dzięki szczęśliwemu położeniu geograficznemu wydaje się, że już mieszkają w postmodernistycznym raju, gdzie konflikt zbrojny stał się po prostu przeżytkiem. My, jako kraj graniczny Sojuszu, musimy pamiętać o powiedzeniu, że każdy kraj ma wojsko – swoje, lub obce.“

⁹⁶ Das Strategische Konzept ist nach dem Washingtoner Gründungsvertrag das wichtigste Dokument des Bündnisses. Das letzte Strategische Konzept stammte aus dem Jahr 1999 (Varwick, 2010, S. 23).

Die polnische Regierung formulierte gegenüber den Verbündeten, allen voran den USA, hohe Erwartungen an das neue Konzept. Darüber gibt vor allem eine vertrauliche Depesche der US-Botschaft in Warschau aus dem September 2009 Aufschluss. Demnach nannte der Leiter der Nato-Abteilung im polnischen Außenministerium, Piotr Soltysiak, als wesentliches Ziel Polens für das neue Strategische Konzept die Stärkung der traditionellen Funktion der kollektiven Verteidigung. Dieses Ziel habe durch den russisch-georgischen Konflikt eine neue Dringlichkeit bekommen, und seine Regierung wolle daher die Planung für den Bündnisfall verbessert sehen, einschließlich einer höheren Zahl an militärischen Übungen. Russland solle zudem ausdrücklich als potenzielle Bedrohung der europäischen Sicherheit genannt werden (Ashe, 2009a; 2009b).

Weitere Ziele Polens für das Strategische Konzept waren ein verstärkter Informationsaustausch, eine Erweiterung der Agenda um neue Bedrohungen wie Cyber-Sicherheit und Energiesicherheit (die freilich die Kernfunktion der territorialen Verteidigung nicht untergraben dürften) und die Betonung des Rechts eines jeden Mitgliedstaats auf das Beherbergen von (militärischer) Nato-Infrastruktur (Ashe, 2009a).

Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, machte die polnische Regierung gegenüber den USA deutlich, dass ihr Engagement bei zukünftigen Nato-Missionen davon abhängen werde, ob die Nato Warschauer Sicherheitsbedenken bezüglich Russland stärker berücksichtigen werde. Der polnische Regierungsvertreter erinnerte ferner an Polens aktives Engagement bei Nato-Missionen seit seinem Beitritt 1999. Als Motiv für die Auslandseinsätze hielt US-Botschafter Ashe fest: „the implicit quid pro quo is that Poland expects the Alliance to come to Poland's aid in the event of an Article V-type contingency“ (Ashe, 2009a).

Außenminister Sikorski, berichtete Ashe an das US-State Department, habe kürzlich die Diversifizierung der polnischen Sicherheitsbeziehungen ins Spiel gebracht, sollten die USA Polens Sicherheitsbedürfnis nicht adäquat behandeln. Ashe selbst stellte hier einen Zusammenhang her zu der Ankündigung Sikorskis, die Zusammenarbeit in der EU unter der GSVP während der Polnischen Ratspräsidentschaft zu stärken. Auch Verteidigungsminister Bogdan Klich habe gedroht, Polen könnte

sich Rüstungsgüter künftig anderweitig beschaffen, wenn die bilateralen Beziehungen und Konsultationen nicht vertieft würden (Ashe, 2009a).

Die Staats- und Regierungschefs beauftragten Nato-Generalsekretär Rasmussen Anfang April 2009 in Straßburg/Kehl mit der Ausarbeitung eines neuen Strategischen Konzeptes. Sie beauftragten Rasmussen ferner mit der Einberufung einer Gruppe qualifizierter Experten, die Empfehlungen dafür abgeben sollten. Auf Basis dieser nicht bindenden Empfehlungen sollte der Generalsekretär in Abstimmung mit den Regierungen der Mitgliedstaaten einen Entwurf des Strategischen Konzepts erarbeiten, der auf dem Gipfel in Lissabon im November 2010 verabschiedet werden sollte.

In der von Rasmussen benannten, zwölfköpfigen internationalen Expertenkommission war zur Zufriedenheit der polnischen Regierung mit dem ehemaligen Außenminister Adam Daniel Rotfeld ein Pole vertreten, der regierungsnahen Positionen vertrat. Auch, dass Rasmussen der ehemaligen US-Außenministerin Madeleine Albright die Leitung übertragen hatte, wurde in Warschau begrüßt, der man eine für mittelosteuropäische Sicherheitsbedenken verständnisvolle Grundhaltung attestierte (Ashe, 2009a). Die Arbeit der Expertenkommission sah die polnische Regierung als Schlüssel zum Erfolg. Die polnische Regierung rechnete darauf, dass Rotfeld in Zusammenarbeit mit dem lettischen Vertreter, dem einzigen anderen Vertreter aus der Region, die Arbeit der Gruppe im polnischen Sinne werde beeinflussen können. Obwohl die Experten formal unabhängig waren, erhielt Rotfeld nach Aussage eines polnischen Experten Instruktionen von der polnischen Regierung (Ashe, 2009a).

Der Bericht, den die Expertenkommission im Mai 2010 vorlegte („Albright-Bericht“) spiegelte in wesentlichen Punkten die polnischen Interessen wider. In einem gemeinsamen Brief an Nato-Generalsekretär Rasmussen äußerten sich der polnische Außen- und der Verteidigungsminister zufrieden über den Entwurf der Expertenkommission. Sie lobten insbesondere die Betonung der traditionellen Verteidigungsfunktion und verliehen der Hoffnung Ausdruck, dass das neue Strategische Konzept den Expertenempfehlungen in diesem Punkt folgen werde:

„[W]ir hegen die Hoffnung, dass das neue Strategische Konzept der Nato eine deutliche Botschaft übermittelt, dass trotz der Annahme neuer Aufgaben und Missionen [...] die Nato die Fähigkeit zur Verteidigung seiner Mitglieder aufrecht erhält“ (Sikorski & Klich, 2010, S. 102).

Mit dem Resultat war die polnische Regierung zufrieden, und ihre Vertreter äußerten sich durchweg positiv über das neue, beim Nato-Gipfel in Lissabon im November 2010 verabschiedete Strategische Konzept, so neben Verteidigungsminister Klich (vgl. *Newsweek Polska*, 2010) auch Außenminister Sikorski: "Our demands to strengthen the role of Article 5 or those concerning new security interests have won the support of our allies and are reflected in Nato's new strategic concept" (Sikorski, 2011b).

Die Ereignisse auf der Krim und in der östlichen Ukraine verschärften analog zur polnischen Sorge vor einer konventionellen militärischen Bedrohung aus Russland auch die Zweifel an der militärischen Sicherheitsgarantie der Nato noch einmal erheblich. Dazu trugen auch Medienberichte über die angebliche Schwäche der deutschen Bundeswehr bei (Kokot, 2014). Anfang April 2014, beim ersten Treffen der Nato-Außenminister nach der Annexion der Krim und dem Beginn der Ukraine-Krise, forderte Polen die ständige Stationierung von zwei Nato-Brigaden (ca. 10.000 Soldaten) der schweren gepanzerten Infanterie auf seinem Territorium (Waterfield & Paterson, 2014), denn, so Außenminister Sikorski:

"Poland has been a member of Nato for 15 years now – and so far the only permanent military institution that we have is a conference centre, training facility. We would welcome a prominent, major presence" (zitiert nach Waterfield & Paterson, 2014).

Die polnischen Hoffnungen ruhten auf dem Nato-Gipfeltreffen im walisischen Newport Anfang September 2014, bei dem die Antwort der Nato auf die Ukraine-Krise den wichtigsten Tagesordnungspunkt bildete. Die polnische Delegation führte Präsident Komorowski an, begleitet von Außenminister Sikorski und Verteidigungsminister Siemoniak. Letzterer hatte zuvor nochmals das Ziel einer militärischen Nato-Präsenz in Polen formuliert:

"Without question the most important outcome would be the erasing of a mental and political taboo – existing since mid-1990s – of no major U.S. and NATO military presence in the region, including Poland. I mean the stationing of soldiers, requisite infrastructure, exercises, and the repositioning of equipment" (zitiert nach Michta, 2014).

Am Ende der zweitägigen Beratungen der Staats- und Regierungschefs stand aus polnischer Sicht ein Teilerfolg. Ein wesentlicher Beschluss des Gipfels war die Verabschiedung des sog. *NATO Readiness Action Plan*, dessen Umsetzung unmittelbar nach dem Gipfel beginnen sollte. Dieser sah u.a. eine „kontinuierliche Luft-, Land- und Seepräsenz und bedeutsame militärische Aktivität im östlichen Teil der Allianz, beides auf rotierender Basis“ (North Atlantic Treaty Organization, 2014, Punkt 7) vor.

Der Aktionsplan sah zweitens die Aufstellung einer neuen schnellen Einsatztruppe als Teil der bestehenden NRF vor, der *Spearhead Force* oder *Very High Readiness Joint Task Force* (VJTF): eine multinationale Brigade mit ca. 5.000 Soldaten, die im Ernstfall innerhalb weniger Tage einsatzbereit und insbesondere an die Nato-Außengrenze verlegbar sein sollte (North Atlantic Treaty Organization, 2014, Punkt 8). Zu diesem Zweck sollten Fahrzeuge, Waffen und Ausrüstung in Polen, den baltischen Staaten sowie Rumänien und Bulgarien dauerhaft deponiert werden (Zapfe, 2015, S. 1). Im Februar 2015 beschlossen die Nato-Verteidigungsminister zudem unter der Bezeichnung der *Nato Force Integration Units* die Einrichtung von Führungs- und Kontrolleinrichtungen in den genannten sechs Staaten mit jeweils mehreren Dutzend Nato-Angehörigen, die im Ernstfall die beschleunigte Verlegung von Nato-Truppen in die Region ermöglichen sollten (North Atlantic Treaty Organization, 2015).

Drittens sollten Bereitschaftslevel und Kapazitäten des *Headquarters Multinational Corps Northeast* in Stettin erhöht und dieses zur Kommandozentrale für eventuelle Nato-Truppen im Baltikum und in Polen ausgebaut werden (North Atlantic Treaty Organization, 2015). Konkret wurde das Personal auf über 400 aus mehr als 20 Nato-Staaten verdoppelt.

Außerdem verpflichteten sich die Nato-Partner, dem Trend sinkender Verteidigungshaushalte in der Mehrheit der Mitgliedstaaten entgegen zu wirken und die Verteidigungsausgaben innerhalb von zehn Jahren auf zwei Prozent des BIP anzuheben; ein Fünftel des Verteidigungshaushaltes sollte in neue Ausrüstung und verwandte Forschung investiert werden (North Atlantic Treaty Organization, 2014, Punkt 14).

Die in Newport beschlossenen Maßnahmen spiegelten einen typischen Kompromiss zwischen den Nato-Mitgliedstaaten wider. Einerseits sollte von ihnen ein sichtbares und glaubwürdiges Signal der Abschreckung an Russland und der Bekräftigung der Sicherheitsgarantie an die osteuropäischen Allianzmitglieder ausgehen. Andererseits vermied man mithilfe der rotierenden Truppenpräsenz und der geografischen Ausweitung lediglich der Führungs- und Kontrollstrukturen den offenen Bruch mit Nato-Russland-Grundakte von 1997, den eine ständige, dauerhafte Verle-

gung von Nato-Truppen auf das Territorium der osteuropäischen Nato-Staaten bedeutet hätte (Zapfe, 2015, S. 1). Dies ging nicht zuletzt auf deutsches Bestreben zurück (Buras, 2015, S. 2).

Dadurch blieb nach Einschätzung von Experten das grundsätzliche Glaubwürdigkeitsproblem der Nato u.a. in Polen und den baltischen Staaten jedoch ungelöst. Denn die strukturelle Unsicherheit, ob und unter welchen Umständen die Nato den Einsatz der VJTF beschließen würde, blieb ebenso bestehen wie die, ob die angestrebte Reaktionszeit erreicht werden könne oder die Frage, welche Truppen im Falle einer weiteren Eskalation der VJTF nachfolgen würden (Zapfe, 2015, S. 3-4).

“Despite the alliance’s ostentatious demonstration of solidarity, the eastern members will continue, like West Germany during the Cold War, to urge that their territories be defended by present and ready allied forces [...]; and as long as that does not happen, any deterrence of Russian aggression is not ultimately credible, as it relies on a promise by the alliance that is not backed up permanently with boots on the ground” (Zapfe, 2015, S. 4).

Entsprechend ambivalent fiel die Reaktion der polnischen Regierung aus (Zajac, 2014, S. 23). In offiziellen Statements gaben sich Präsident und Regierung positiv. Präsident Komorowski sprach von „guten Entscheidungen für Polen“, Premierminister Tusk von einem starken Signal, das Russland nicht ignorieren könne (Scisłowska, 2014). Und auch Außenminister Sikorski gab sich zufrieden:

“We’ll be reinforced with military capacities for which we have been pushing for months. This will convince everybody that NATO is capable of guaranteeing security of all its members” (Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Poland, 2014a).

Dagegen kritisierte die größte Oppositionspartei PiS die Beschlüsse als militärisch bedeutungslos (Zajac, 2014, S. 23).

Hinter den Kulissen fiel auch die Bilanz der polnischen Regierung deutlich zurückhaltender aus. So sagte Regierungschef Tusk: “We would have liked more but let's be happy with the decisions taken in Newport” (zitiert nach Scisłowska, 2014). Auch Präsident Komorowski meinte, eine sichtbarere Abschreckung hätte Menschen in Polen sich sicherer fühlen lassen (Rettman, 2014). Immerhin, so der Unterstaatssekretär im Verteidigungsministerium Kupiecki im Verteidigungsausschuss des Sejm, seien die Newport-Beschlüsse ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer permanenten Nato-Basis in Polen (Kancelaria Sejmu, Biuro Komisji Sejmowych, 2014, S. 11). Das Ziel und

die Forderung nach einer permanenten Stationierung von Nato-Truppen und Stützpunkten blieben jedoch bestehen, so Sikorskis Nachfolger als Außenminister, Grzegorz Schetyna in einem Zeitungsinterview:

„Die Präsenz von Nato-Truppen in den baltischen Staaten Lettland, Estland und Litauen, in Polen oder in Rumänien und Bulgarien ist unbedingt erforderlich. Das ist der Schlüssel zur Sicherheit der Region. Die in Newport beschlossene superschnelle Eingreiftruppe, die schnell an die Ostflanke verlegt werden kann, ist ein erster Schritt. Wir wollen, dass einer der Stützpunkte, in den diese verlegt wird, in Polen errichtet wird“ (zitiert nach Stieger, 2015).

Auf die Nachfrage des Interviewers, ob er wolle, dass Nato-Truppen in Polen stationiert würden, bestätigte Schetyna: „Ja, in der Tat, ich möchte, dass es viele Soldaten sind, in ständigen Militärstützpunkten“ (zitiert nach Stieger, 2015).

Verteidigungsminister Siemoniak sprach sich zudem für möglichst weitreichende Befugnisse des Nato-Oberbefehlshabers in Europa aus und für die mögliche Verlegung der neuen schnellen Eingreiftruppe „auch ohne die Genehmigung durch nationale Parlamente in ein bedrohtes Bündnisland“ (zitiert nach Gnauck, 2015). Bis zum Ende des Untersuchungszeitraumes blieb laut Außenminister Schetyna die „Stärkung der östlichen Flanke der Allianz [...] unser wichtigstes Ziel“ (Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Poland, 2015).

Kampf um mehr Mitspracherechte

Ein zweiter Weg, um den Nutzen der Nato zu erhöhen, war der vergebliche Versuch, den Posten des Generalsekretärs mit einem polnischen Kandidaten zu besetzen. Sikorski sagte in einem Interview mit der Welt am Sonntag: „Wenn unsere Region den Generalsekretär stellt, wäre das so etwas wie eine zusätzliche Versicherungspolice“ (zitiert nach Gnauck, 2008).

Sowohl dem ehemaligen Präsident Kwaśniewski, der 2003 schon einmal für den Posten im Gespräch gewesen war (Der Spiegel, 2003), als auch Außenminister Sikorski wurden Ambitionen nachgesagt (Der Spiegel, 2008; Gnauck, 2008). Sikorski behauptete zwar stets, nicht für den Posten zur Verfügung zu stehen. Polnische Medien berichteten jedoch übereinstimmend in den Wochen vor dem Gipfel in Straßburg/Baden-Baden von Sikorskis Interesse. Sikorski räumte später in einem Radiointerview ein, die Chancen eines polnischen Kandidaten ausgelotet zu haben. Die USA, Deutschland, Frankreich und Großbritannien hatten sich jedoch bereits im Vorfeld auf

den dänischen Premierminister Anders Fogh Rasmussen geeinigt, wohl auch, um Spannungen mit Russland durch die Wahl eines polnischen Kandidaten zu vermeiden (Wójcik, 2009).⁹⁷

Mit dieser Personalie war Polen zwar nicht grundsätzlich unzufrieden, wohl aber mit dem Zustandekommen der Entscheidung. Dieses ließ in Teilen der polnischen Regierung den Eindruck entstehen, dass die neuen Mitglieder nicht die gleichen Mitspracherechte besäßen wie die alten. Wie der ehemalige polnische Nato-Botschafter Jerzy Nowak der US-Botschaft mitteilte, hätten nicht näher bezeichnete polnische Regierungsvertreter das Verfahren als intransparent und undemokratisch empfunden (Ashe, 2009b).

5.3.2 *Bilaterale Kooperation*

Wegen der nach wie vor empfundenen mangelnden Effektivität der IOs Nato und EU blieb neben diesen beiden besonders die polnische bilaterale Sicherheitszusammenarbeit mit den USA auch in den Jahren 2007-2015 von zentraler Bedeutung für die polnische Sicherheitspolitik. Sie rückte insbesondere im Zuge des Georgien-Krieges 2008 und speziell nach der russischen Krim-Annexion und der Krise in der Ost-Ukraine wieder verstärkt in den Mittelpunkt des polnischen Interesses (Buras, 2014).

Zwar schien der Beschluss der 2007 angetretenen Regierungskoalition aus PO und PSL, die polnischen Truppen 2008 aus dem Irak abzuziehen, zunächst in eine andere Richtung zu deuten. Doch die noch mit der Bush-Administration getroffene Vereinbarung über den Raketenschild sowie mit der nachfolgenden Obama-Administration über die erste permanente Stationierung von US-Soldaten auf polnischem Territorium in der Geschichte zeugen vom unverminderten Stellenwert der USA als „unverzichtbare[r] Partner Nummer eins“ (Pallokat, 2008).

In seiner Regierungserklärung nach seinem Wahlsieg im Oktober 2007 nannte Premier Donald Tusk als Ziel der bilateralen Partnerschaft mit den USA, diese möge

⁹⁷ Aus einer auf WikiLeaks veröffentlichten Depesche des US-Botschafters in Berlin geht hervor, dass vor allem Deutschland gegen eine Ernennung Sikorskis war, weil es dessen Position gegenüber Russland als zu hart empfand. Der Depesche zufolge bemühte sich Deutschland darum, dass die US-Regierung Sikorskis Kandidatur nicht unterstützte (Koenig, 2008).

„Ausdruck in einer größeren amerikanischen Präsenz in Polen und in einer Stärkung der polnischen Verteidigungsfähigkeit“ (Tusk, 2007) finden. Zugleich kündigte er für 2008 den vollständigen Rückzug des polnischen Truppenkontingents aus dem Irak an und damit die Einlösung eines seiner zentralen Wahlkampfversprechen. Er distanzierte sich jedoch keineswegs grundsätzlich vom Irak-Einsatz, sondern betonte, Polen könne stolz auf seine Armee und den Irak-Einsatz sein (Tusk, 2007).⁹⁸

Nach dem eingeleiteten Ende des gemeinsamen Irak-Einsatzes wurde wie schon unter der PiS-Regierung der US-Raketenschild zum beherrschenden Thema der polnisch-amerikanischen Sicherheitsbeziehungen wie auch der polnischen Sicherheitspolitik insgesamt (Madej & Terlikowski, 2009, S. 53, 60). Hier vertrat die PO/PSL-Regierung allerdings eine dezidiert härtere Verhandlungsposition als ihre Vorgängerin (Longhurst, 2008, S. 141). Während zwar ähnlich wie Tusk auch Außenminister Sikorski die grundlegende Bedeutung der strategischen Partnerschaft mit den USA unterstrich, forderte er im Gegenzug für eine polnische Beteiligung am Raketenschild eine aktivere Rolle der USA bei der Modernisierung der polnischen Streitkräfte.⁹⁹ Dies bezeichnete er als „tatsächlichen Beweis unserer Partnerschaft und handfesten Prüfstein“ (Sikorski, 2008b) der polnisch-amerikanischen Freundschaft. Weitere wesentliche Forderungen Polens zielten auf eine zusätzliche bilaterale Sicherheitsgarantie der USA sowie die Stationierung amerikanischer Flugabwehrraketen des Typs Patriot-3 (Flückiger, 2008).

Bei einem Treffen von US-Präsident Bush und Tusk im März 2008 stellte jener eine Erfüllung der polnischen Forderung nach Modernisierungshilfe und die Ausarbeitung eines Modernisierungsplans noch vor Ende seiner Amtszeit im Januar 2009 in Aussicht. Einem Sprecher des Pentagons zufolge stand die polnische Luftabwehr im Zentrum der Gespräche (Spetalnick, 2008).

Diese führten nach weiteren zähen Verhandlungen im August 2008 zu einer umfassenden vertraglichen Einigung, die wesentliche polnische Wünsche berücksich-

⁹⁸ Die letzten polnischen Einheiten verließen den Irak am 27. Oktober 2008 (Madej & Terlikowski, 2009, S. 54).

⁹⁹ Unbestätigten Zeitungsberichten zufolge forderte Polen rund 20 Mrd. US-Dollar Militärhilfe (Flückiger, 2008).

tigte. Im Gegenzug für die polnische Bereitschaft zur Einrichtung einer amerikanischen Raketenbasis in Polen sagten die USA die Stationierung der *Patriot*-Flugabwehrraketen zu und bekräftigten in einer gemeinsamen Erklärung die amerikanische Sicherheitsgarantie für Polen, die sich aus Artikel 5 des Nato-Vertrages ergebe. Beide Regierungen erklärten ihren Willen zur verstärkten strategischen Zusammenarbeit, unter anderem durch regelmäßige Konsultationen, Informationsaustausch und vor allem in Form von maßgeblicher, jedoch nicht weiter spezifizierter amerikanischer Unterstützung der Modernisierung der polnischen Streitkräfte (U.S. Department of State, 2008).

Der damalige US-Botschafter Ashe bestätigte in einem vertraulichen Bericht die unter Experten weit verbreitete Einschätzung, dass die polnische Entscheidung für den Raketenschild in direktem Zusammenhang mit den polnischen Zweifeln an den Sicherheitsgarantien der Nato stünde:

„Poland's perennial concerns about the adequacy of its Allies' security guarantees played a key role in the decision to sign the Ballistic Missile Defense Agreement (BMDA) with the U.S. The GoP [Government of Poland; Anm. d. Verf.] wants US/NATO boots (and infrastructure) on the ground so that the U.S. will feel obliged to defend Poland's territorial sovereignty in the event of a conflict“ (Ashe, 2008).

Der Georgienkrieg lieferte der polnischen Seite schlagkräftige Argumente für ihre weitreichenden Forderungen, so Ashe weiter: „Immediately after Russia's invasion of Georgia, Tusk [...] asked high-level U.S. Officials, ‘Now do you see why we wanted the Patriot missiles and further security guarantees [...]?’“ (Ashe, 2008).

Der Sieg Barack Obamas bei den US-Präsidentenwahlen im Herbst 2008 und der resultierende Wechsel im Präsidentenamt im Januar 2009 stellten den bemerkenswerten polnischen Verhandlungserfolg jedoch wieder in Frage. Bei der polnischen Regierung sorgte zunächst einmal die Ankündigung der US-Administration im Herbst 2008 für eine herbe Enttäuschung, die nach Polen zu verlegende *Patriot*-Batterie werde keine gefechtsbereiten Raketen umfassen und ausschließlich für Schulungs- und Übungszwecke zur Verfügung stehen. Laut einem geheimen Bericht der US-Botschaft in Warschau soll der stellvertretende polnische Verteidigungsminister Komorowski dies wütend mit den Worten kommentiert haben, Polen habe einsatzfähige Raketen erwartet, „keine Topfpflanzen“ (zitiert nach Ashe, 2009c).

Der nächste Rückschlag folgte, als Barack Obama im September 2009 von den Raketen-schild-Plänen seines Vorgängers George W. Bush Abstand nahm. Der Grund dafür war eine Neubewertung der Sicherheitslage. Die Entwicklung von Langstreckenra- keten im Iran war nach amerikanischer Einschätzung nicht so weit gediehen wie ur- sprünglich befürchtet, die Gefahr für amerikanische Verbündete im Nahen Osten und in Europa durch iranische Kurz- und Mittelstreckenraketen erheblich größer (Harding & Traynor, 2009).

Auf diese veränderte Risikoeinschätzung reagierten die USA mit einem modi- fizierten Raketenabwehr-Programm namens *European Phased Adaptive Approach* (EPAA). Dieser sah den schrittweisen Aufbau einer Raketenabwehr in Europa mithilfe eines anderen Raketentyps, der so genannten *Standard Missile (SM)-3* vor (Bacia, 2009).¹⁰⁰ Bevor er seine Entscheidung im Weißen Haus verkündete, hatte Obama den polnischen Ministerpräsidenten Tusk und dessen tschechischen Amtskollegen in nächtlichen Telefonaten informiert (Frankenberger, 2009; Harding & Traynor, 2009). Die polnische Regierung machte aus ihrer Enttäuschung über Obamas Kehrtwende keinen Hehl. Sikorski bestätigte in einem Zeitungsinterview noch einmal, dass es Polen bei der Stationierung der Raketen in erster Linie um eine US-Militärpräsenz auf polnischem Boden und die damit einhergehende harte Sicherheitsgarantie gegangen sei, die man im Rahmen der Nato vermisse. Als Konsequenz aus dem offenbar ver- geblichen Streben um eine Sonderbeziehung zu den USA forderte er eine verstärkte sicherheitspolitische Hinwendung Polens zur EU als einer zweiten Versicherungspo- lice (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2009b).

Doch relativ bald nach diesem herben Rückschlag erhielt die polnische Hoff- nung auf eine militärische US-Präsenz neue Nahrung. Bei der ersten Sitzung einer neu etablierten *High Level Defense Group* (HLDG) in Warschau im November 2009 erläu- terte die US-Delegation ausführlich die neuen amerikanischen Raketenabwehr-Pläne

¹⁰⁰ Im Gegensatz zu den ursprünglich geplanten *Ground Based Interceptors*, die zum Abschuss von In- terkontinentalraketen konzipiert wurden, diente die SM-3 zur Abwehr feindlicher Kurz- und Mit- telstreckenraketen. Sie war bereits auf US-Kriegsschiffen im Einsatz. Neben dem Vorteil der Mobi- lität galt das System als effektiver und kosteneffizienter als der von Bush geplante Raketen- schild. Auch bei Tests schnitt die SM-3 wesentlich erfolgreicher ab und kostete zudem nur ein Siebtel (Bacia, 2009).

und bot Polen an, ab 2018 zu einem der europäischen Standorte für die amerikanischen SM-3-Raketen zu werden. Die polnische Delegation zeigte sich äußerst interessiert, ließ jedoch Enttäuschung über den langfristigen Zeitplan verlauten. Sie verließ der Sorge Ausdruck, dass der polnische Standort bei einer weiteren Veränderung der Bedrohungseinschätzung in den USA sich erneut als überflüssig erweisen könnte. Der US-Delegationsleiter versicherte jedoch, die USA werde zu ihrer Standortentscheidung stehen und schlug vorbehaltlich der Zustimmung des Kongresses vor, den Beginn der Arbeiten an der Raketenbasis auf 2013 vorzuziehen. Der neue US-Botschafter Lee Feinstein hielt diesbezüglich in einer geheimen Mitteilung an das State Department fest:

„Concerns exist on the Polish side at having to wait until 2018 for SM-3 site activation, but the possibility [...] of early site preparation helped mitigate the concern“ (Feinstein, 2009b).

Die angebotene Teilhabe auch an dem neu ausgerichteten US-Raketenabwehrsystem war jedoch nicht die einzige Offerte, die die US-Delegation unterbreitete. Auch in anderer Hinsicht verlief die erwähnte Sitzung der HLDG aus polnischer Sicht erfreulich. Ein weiterer zentraler Tagesordnungspunkt war die geplante rotierende Stationierung einer US-*Patriot*-Batterie in Polen. Hier bekräftigte die amerikanische Seite allerdings frühere Aussagen, nach denen die Patriot-Batterie nicht in die polnische Luftverteidigung integriert würde. Sie werde ausschließlich für allgemeine Schulungs- und Übungszwecke zur Verfügung stehen und zu keiner Zeit gefechtsfähig sein, was aus polnischer Sicht nicht zufriedenstellend war (Feinstein, 2009b).¹⁰¹ Dennoch erfolgte die erste temporäre Verlegung der *Patriots* im Mai 2010.

Darüber hinaus präsentierten die USA drei weitere Optionen, um Polens Erwartungen nach zusätzlichen Sicherheitsgarantien zu entsprechen: die vierteljährlich rotierende Stationierung von F-16-Kampfflugzeugen und/oder C-130 Transportflugzeugen sowie die Verlegung einer bislang in Deutschland stationierten Spezialeinheit der US-Navy an die polnische Ostseeküste (Demmer & Neukirch, 2010).

¹⁰¹ Der Unzufriedenheit gab zum Beispiel Verteidigungsminister Bogdan Klich bei einem Treffen mit Unterstaatssekretärin Ellen Tauscher im Februar 2010 Ausdruck. Diese bekräftigte jedoch die Haltung der US-Regierung. In der Folgezeit ließ die polnische Regierung die Forderung nach einsatzfähigen, ins polnische Verteidigungssystem integrierten *Patriots* fallen (Feinstein, 2010).

Bei der polnischen Regierung stießen alle drei Vorschläge auf reges Interesse (Feinstein, 2009b). In den folgenden Monaten brachten hochrangige Regierungsvertreter wie Außenminister Sikorski oder Verteidigungsminister Klich das Thema von sich aus immer wieder zur Sprache, erbaten mehr Informationen und drückten den Wunsch aus, entsprechende Gespräche zu führen. Die USA konkretisierten daraufhin ihre Offerte, und im November 2010 entschied sich Polen für die ersten beiden Optionen. Im November 2012 wurden erstmals zehn US-Soldaten dauerhaft auf dem polnischen Luftwaffenstützpunkt in Łask stationiert (Gnauck, 2012). Die ersten F-16 und C-130-Flugzeuge wurden 2013 nach Polen verlegt.¹⁰² Die linksliberale Tageszeitung *Gazeta Wyborcza* notierte:

„Die physische Anwesenheit von Soldaten eines anderen Staates ist eine starke Garantie, dass dieser sich im Kampf von Anfang an engagiert. Jetzt können wir uns etwas sicherer fühlen“ (zitiert nach Gnauck, 2012).

Die getroffene Vereinbarung erwies sich schon in der Krim-Krise im Frühjahr 2014 aus polnischer Sicht als nützliches Instrument. In Reaktion auf die russische Intervention auf der Krim forderte Polen die außerplanmäßige Verlegung von amerikanischen F16-Kampffjets an. Die USA kamen der polnischen Bitte nach, denn, so US-Botschafter Stephen Mull: „When we face such a dramatic challenge for our security, we need to reassure our allies that our security guarantees are valid“ (zitiert nach Reuters, 2014).

Die Verlegung von 12 F-16 nach Łask war der erste von mehreren Schritten, den die USA im Rahmen der sog. *European Reassurance Initiative* (ERI) unternahmen. Diese kündigte Präsident Obama im Juni 2014 in Warschau an, um Polen und andere besorgte Nato-Partner der US-amerikanischen Sicherheitsgarantie zu versichern. Sie sah u.a. eine verstärkte rotierende US-Truppenpräsenz in den osteuropäischen Nato-Staaten vor (U.S. European Command Public Affairs Office, 2017).

Im April 2014 begannen die USA im Rahmen der Operation *Atlantic Resolve* damit, erste Truppen vorübergehend nach Polen zu verlegen und damit einem öffentlich formulierten Wunsch der polnischen Regierung zu entsprechen. Die Frage der

¹⁰² Das Rotationsverfahren sah vor, dass sowohl die Patriot-Raketenbatterie als auch die Flugzeuge alle drei Monate für jeweils zwei Wochen nach Polen kommen sollten. In dieser Zeit sollte das US-Kontingent auf bis zu 250 Mann anwachsen (Gnauck, 2012).

Interviewerin, ob die USA Truppen nach Polen verlegen sollten, hatte Außenminister Radek Sikorski in der *Washington Post* wenige Tage zuvor ausdrücklich bejaht:

“Yes. I have talked about it to [Secretary of State] John Kerry and the supreme allied commander of Europe [Gen. Philip Breedlove]. We believe that after 15 years of our membership in NATO, and in view of the events in the Ukraine, this region deserves a reassurance package” (zitiert nach Weymouth, 2014).

Ebenfalls im April vereinbarten die Verteidigungsminister Hagel und Siemoniak ein „Solidaritäts- und Partnerschaftsprogramm“, das eine weitere Vertiefung der militärischen Kooperation vorsah (U.S. Department of Defense, 2014).

Polnische Regierungsvertreter äußerten sich zufrieden über die bilaterale Zusammenarbeit mit den USA, so etwa Verteidigungsminister Siemoniak:

“In fact, President Barack Obama during his visit to Warsaw [on June 4, 2014] was unequivocal in his expression of U.S. solidarity and commitment to NATO and Poland’s security. This was a highly successful visit with exactly the right tone and message” (zitiert nach Michta, 2014).

Auch der polnische Außenminister Schetyna begrüßte im April 2015 die Fortschritte der ERI (Kancelaria Sejmu, Biuro Komisji Sejmowych, 2015, S. 4).

Im Ergebnis lässt sich festhalten, dass die USA dem erhöhten polnischen Sicherheitsbedürfnis und dem Wunsch nach einer signifikanten militärischen Präsenz der USA im Zuge der Ukraine-Krise weitgehend und sichtbar Rechnung trugen, auch wenn der „große Wurf“, den ein *permanent* amerikanischer Stützpunkt bedeutet hätte, vorerst nicht gelungen war.

5.3.3 Unilaterale Maßnahmen und Aktivitäten

Neben den multi- und bilateralen Bemühungen um stärkere Sicherheitsgarantien wurde die technische und sonstige Modernisierung der polnischen Armee unter PO/PSL ein dominierendes Element der polnischen Sicherheitspolitik. Der dabei eingeschlagene neue Kurs spiegelte die sich im Zuge der russischen Georgien-Invasion verändernde Bedrohungsperzeption in der polnischen politischen Elite wider, namentlich die Renaissance der konventionellen militärischen Bedrohung aus Russland, wie sie in der *Defense Strategy* des Verteidigungsministeriums von 2009 sowie dem Weißbuch von 2013 Ausdruck fand (vgl. hierzu ausführlicher Kapitel 4). Die polnischen Streitkräfte spielten hierbei in der Sicherheitsstrategie der neuen PO/PSL-Regierung eine Schlüsselrolle, die sich keineswegs auf bi- und multilaterale Maßnahmen

zu beschränken beabsichtigte. Vielmehr erhielt die Modernisierung der eigenen Armee trotz angespannter Haushaltslage nunmehr höchste Priorität mit dem Ziel, innerhalb eines Jahrzehnts über ein modernes Verteidigungssystem zu verfügen, das jeden konventionellen Aggressor abschrecken könne (Sikorski, 2011a, S. 4). Diese Prioritätensetzung wurde durch die Ukraine-Krise 2014 nochmals erheblich verstärkt (Buras, 2015, S. 6).

Im Unterschied zur Vorgängerregierung richtete die PO/PSL-Regierung den Fokus der geplanten Modernisierungsmaßnahmen nicht auf die im Ausland eingesetzten Truppen, sondern in erster Linie auf die Landesverteidigung. Diese „Kehrwende“ (Świerczyński, 2013) in der polnischen Verteidigungs- und Rüstungspolitik fasste Präsident Komorowski mit Blick auf das seinerzeit nahende Ende des Afghanistan-Einsatzes wie folgt in Worte:

„Entschieden wenden wir uns folglich ab von der übereifrig, unbedacht im Jahr 2007 verkündeten Expeditionspolitik. Schluss mit der leichtsinnigen Politik der leichtsinnigen Entsendung polnischer Soldaten zu den Antipoden der Welt“ (Komorowski B., 2013).¹⁰³

Angedeutet hatte sich dieser Kurswechsel bereits mit der für viele überraschend eindeutigen Entscheidung Polens gegen eine Teilnahme am Libyen Einsatz im Jahr 2011 (Dylla, 2011). Zwar wurde die so genannte „Komorowski-Doktrin“ (Dufour & Terlikowski, 2015, S. 5)

„nicht zur offiziellen Sicherheitsdoktrin Polens, aber sie spiegelt zweifellos die dominierende Tendenz im Denken über die Rolle der Armee und die wichtigsten Aufgaben für die nächste Zukunft wider“ (Buras, 2014).

Mit einer modern ausgerüsteten, schlagkräftigen Armee, so sah es die neue Schwerpunktsetzung vor, sollte sich Polen künftig im Ernstfall selbst verteidigen können und so zumindest teilweise von den Sicherheitsgarantien der Nato und der USA unabhängig werden (Jankowski, 2013, S. 4).

Die Gründe dieser neuen unilateralen Strategie lagen nach Einschätzung von Experten einerseits im zunehmend aggressiven Auftreten Russlands im post-sowjetischen Raum spätestens seit dem Georgien-Krieg sowie andererseits in den fortgesetzten polnischen Zweifeln an der Angemessenheit der Gegenmaßnahmen von Nato, USA und EU:

¹⁰³ „Zdecydowanie więc odchodzimy od nadgorliwie, nieopatrnie ogłoszonej w 2007 roku polityki ekspedycyjnej. Koniec łatwej polityki łatwego wysyłania żołnierzy polskich na antypody świata“.

“As a consequence of the fact that Poland [...] faced a series of obstacles while convincing other allies about the necessity to develop a substantial part of NATO’s military infrastructure in the region, the belief that Poland needs a more careful and meticulous approach to national defense planning has been already conceived in Polish decision-making circles” (Górka-Winter, 2015, S. 276).

In der Konsequenz rückte die Modernisierung der eigenen Streitkräfte zunehmend in den Mittelpunkt der polnischen Sicherheitspolitik, wie etwa Außenminister Sikorski erläuterte:

“History teaches us that Poland must look to itself to look after its security – also in the military sense –and that this security largely depends on our own defence potential. [...] The modernization of our armed forces is thus one of the top priorities for the upcoming decade” (Sikorski, 2013, S. 22).

Die erste wesentliche Reformmaßnahme der PO/PSL-Regierung war die vorgezogene Einführung einer reinen Berufsarmee gewesen (Dufour & Terlikowski, 2015, S. 5), mit der Tusk bereits im Wahlkampf geworben hatte und die im Parteiprogramm der PO vorgesehen war (Platforma Obywatelska, 2007, S. 29).

Statt wie von der PiS geplant bis zum Jahr 2012 wurde die Einführung der Berufsarmee im Jahr 2010 abgeschlossen.¹⁰⁴ Gleichzeitig verkleinerte die Regierung die Armee im Laufe der nächsten Jahre nochmals auf nun 100.000 aktive Soldaten sowie eine Reserve von 20.000 Mann. Trotz der Verkleinerung sollte aber die Schlagkraft der Streitkräfte durch die Fortsetzung und Beschleunigung der technischen Modernisierung sowie einen höheren Anteil von Kampftruppen, von denen sich wiederum ein größerer Teil als bisher in höchster Einsatzbereitschaft befinden sollte, kontinuierlich steigen. Auch die Frist zwischen der politischen Entscheidung über einen Kampfeinsatz und dem Beginn eines Einsatzes sollte verkürzt werden (Ministry of National Defence, 2011, S. 9, 11).

Die große Herausforderung blieb indes angesichts des gewaltigen Reformbedarfs nahezu aller Teilstreitkräfte die technische Modernisierung. Im Jahr 2012 verabschiedete die polnische Regierung ein umfassendes, auf zehn Jahre angelegtes Rüstungsprogramm, den *Technical Modernisation Plan* für die Jahre 2013-2022. Dieser sah

¹⁰⁴ Bei Machtübernahme der PO/PSL-Koalition lag der Anteil der Berufssoldaten bei rund 60 Prozent. Der letzte Rekrut wurde im Dezember 2008 eingezogen. Die Grundausbildung wurde im Gegenzug auf zwei Jahre verlängert mit einem dritten Jahr in Einsatzbereitschaft oder in einer Auslandsmission (Ministry of National Defence, 2011, S. 8).

insgesamt 14 Rüstungsprojekte mit einem Gesamt-Investitionsvolumen von umgerechnet 30 Mrd. US-Dollar vor. Das teuerste und wichtigste davon war der geplante Aufbau eines eigenen Flugabwehrraketensystems, mit ursprünglich veranschlagten rund 4-6 Mrd. US-Dollar die höchste Rüstungsinvestition der polnischen Geschichte. Größere Investitionen waren ebenfalls für neue Helikopter, Kampfpanzer, Kriegsschiffe, Artillerie, Granatwerfer sowie gepanzerte Truppentransporter vorgesehen (Michta, 2013, S. 2; Dufour & Terlikowski, 2015, S. 5-6).

Durch die Auslandseinsätze der polnischen Streitkräfte im Irak und in Afghanistan war in den Jahren zuvor notgedrungen ein Großteil der Modernisierungsinvestitionen zum Kauf neuer Ausrüstung für die Auslandstruppen verwendet worden (Ciastoń et al., 2014, S. 11). Dies änderte sich mit dem neuen Rüstungsprogramm grundlegend. Während ein Teil der Ausrüstung wie z.B. die zahlreich in Afghanistan eingesetzten gepanzerten Truppentransporter sowohl für Auslandseinsätze als auch zur Landesverteidigung geeignet waren, lag der Schwerpunkt der Beschaffungsmaßnahmen nach Einschätzung polnischer Experten nun eindeutig auf letzterer:

„The profile of this investment effort is clear: Poland wants a modern armed force, primarily able to deter any potential enemy, with an ability to contribute to expeditionary operations taking second place“ (Dufour & Terlikowski, 2015, S. 5-6; vgl. auch Jankowski, 2013, S. 2).

Auch die ambitionierte Bandbreite der geplanten Aufrüstung, die sich auf sämtliche Teilstreitkräfte erstreckte, zeigt, dass diese auf die Verteidigung gegen einen konventionellen, militärischen Angriff abzielte:

„Therefore, Poland [...] cannot enshrine the concept of niche capabilities and specialization recommended by some European countries as a solution to financial constraints. Instead, Poland has chosen to pursue a wide-ranging defense modernization“ (Jankowski, 2013, S. 3).

Im Jahr 2013 kündigte die polnische Regierung zusätzlich den Erwerb von Marschflugkörpern für die F-16-Kampffjets an. Vor allem diesen und dem geplanten Raketenabwehrsystem attestierte ein polnischer Experte „spielverändernde Fähigkeiten“ (Jankowski, 2013, S. 5), da sie die Kosten für einen potenziellen Aggressor bedeutend erhöhen würden.

Unter dem Eindruck der Ukraine-Krise gewann die unilaterale Komponente der polnischen Sicherheitspolitik nochmals sichtbar an Bedeutung. Polen reagierte u.a. mit der Ankündigung, Truppen und militärisches Gerät von der Westgrenze, an

der historisch bedingt der Großteil der polnischen Armee stationiert war, an die schwach besetzten Stützpunkte entlang der Ostgrenze zu verlegen (Die Welt, 2014). Längerfristig angelegte Maßnahmen betrafen den Verteidigungshaushalt, der nach einem Rückgang im Jahr 2013 in den Jahren 2014 und 2015 zweimal um 13 bzw. 19 Prozent erhöht wurde, so dass der Anteil am BIP 2015 auf über 2 Prozent des BIP stieg. Diese Erhöhung hatte Tusks Nachfolgerin, die neue Regierungschefin Beata Kopacz, in ihrer Antrittsrede im Oktober 2014 angekündigt (Deutsche Welle, 2014).

Darüber hinaus sollten Rüstungs-Großprojekte wie allen voran die Beschaffung eines Raketenabwehrsystems beschleunigt und die Entscheidung für einen Hersteller um mehrere Monate vorgezogen werden, sagte der stellvertretende polnische Verteidigungsminister im März 2014, eine unmittelbare Folge der Ukraine-Krise, wie er einräumte:

"To a certain extent, the decision on accelerating this process is the result of a review commissioned by the prime minister and the defence minister because of the situation in Ukraine" (zitiert nach Goettig & Shalal, 2014).

Im April 2015 fiel die Entscheidung der polnischen Regierung für den US-Konzern *Raytheon* und dessen *Patriot*-System. Zeitgleich erhielt Airbus den Zuschlag für die Lieferung von 70 Mehrzweck-Helikoptern des Typs *Caracal*. Polnische Kommentatoren zeigten sich ob des Tempos dieser Entscheidungen überrascht (Wroński, 2015).¹⁰⁵

Um die Finanzierung dieser ehrgeizigen Modernisierungspläne sicherzustellen, bemühte sich die PO/PSL-Regierung darum, den Verteidigungshaushalt zugunsten der technischen Modernisierung umzuschichten, von dem bis dato rund die Hälfte für Personalkosten aufgewendet wurde (Ministry of National Defence, 2011, S. 9). Neben der Verkleinerung der Armee wurden auch im Verteidigungsministerium und beim zivilen Personal zahlreiche Stellen gestrichen. Weitere Einsparungen wurden durch die Reduzierung regionaler Logistikzentren von elf auf vier und die sukzessive Schließung eines Sechstels der Standorte bis 2018 eingeleitet. Parallel dazu sollte eine Reform des Beschaffungssystems und die Einrichtung eines Rüstungsinspektorats im

¹⁰⁵ Aus verschiedenen Gründen war der Kauf der *Patriot*-Raketen bei Abschluss dieser Arbeit immer noch nicht perfekt, aber auf einem guten Weg (Stone, 2017). Den Helikopter-Deal mit Airbus stoppte die neue PiS-Regierung im Oktober 2016 nach monatelangen Verhandlungen, sehr zum Ärger von Airbus und der französischen Regierung (Hanke, 2016).

Verteidigungsministerium für die Durchführung von Rüstungsaufträgen ab Januar 2011 die Effizienz der Beschaffung erhöhen (Mölling & Brune, 2011, S. 23).

Als Ergebnis dieser Bemühungen konnte das Verteidigungsministerium im Jahr 2015 ein Viertel des Haushaltes in die technische Modernisierung investieren (Pacula, 2014, S. 4), deutlich mehr als die von den Nato-Staaten beim Gipfeltreffen in Newport angestrebten 20 Prozent (North Atlantic Treaty Organization, 2014, Punkt 14).

Eine am Ende des Untersuchungszeitraumes veröffentlichte Studie der *Credit Suisse* von September 2015 führte die polnischen Streitkräfte auf Platz 17 der 20 weltweit stärksten Armeen, nur drei Plätze hinter einer regionalen Großmacht wie Israel und noch vor Deutschland (!) und Kanada (O'Sullivan & Subramanian, 2015, S. 41). Darauf angesprochen, bestätigte der ehemalige Verteidigungsminister Siemoniak, es habe einen „großen Sprung nach vorn“ (zitiert nach Gnauck, 2015) gegeben. Das Ergebnis der Studie trägt jedoch, denn es beruhte im Wesentlichen auf quantitativen Indikatoren wie der Zahl der aktiven Soldaten, der Kampfflugzeuge, der Panzer und der Kriegsschiffe. Das gute polnische Abschneiden ging insbesondere auf die große Zahl an Kampfflugzeugen und Panzern zurück, von denen ein Großteil jedoch immer noch aus sowjetischer Herstellung stammte (O'Sullivan & Subramanian, 2015, S. 41).¹⁰⁶

Qualitativ betrachtet bestand am Ende des Untersuchungszeitraumes hingegen nach wie vor ein erheblicher Investitions- und Modernisierungsbedarf in der polnischen Armee. Ein Großteil der zahlenmäßig starken Luft- und Panzerwaffe bestand immer noch aus veraltetem Gerät aus der Sowjetunion, und auch die Erwerbungen jüngeren Datums wie beispielsweise die 2002 aus Bundeswehrbeständen erhaltenen 128 Leopard2A4-Panzer, produziert in den 1980er Jahren, wiesen Modernisierungsbedarf auf. Die polnischen gepanzerten Streitkräfte wurden auf Basis einer 2013 getroffenen Vereinbarung mit Deutschland in den Jahren 2014/2015 sukzessive durch 130 weitere gebrauchte Leopard-Panzer hauptsächlich des neueren Typs 2A5 verstärkt (Ciastoń et al., 2014, S. 22, 28, 43).

¹⁰⁶ Eine umfassende Bestandsaufnahme der polnischen Streitkräfte zum Ende des Untersuchungszeitraumes hin findet sich bei Ciastoń et al. (2014).

5.4 Fazit

Im Handlungsfeld der militärischen Sicherheitspolitik war unter der knapp zweijährigen PiS-Regierungszeit ab 2005 zu beobachten, dass mit der Nato eine internationale Sicherheitsorganisation als Hauptgarant der polnischen Sicherheit wahrgenommen wurde. Denn die Nato war wegen der Mitgliedschaft der USA und der in Artikel V institutionalisierten Beistandsgarantie aus polnischer Sicht die einzige Institution, die die Funktion der Landesverteidigung glaubhaft und effektiv erfüllte. Dieser empirische Befund entspricht der Erwartung des RI, dass Staaten ihre sicherheitspolitischen Ziele hauptsächlich mit Hilfe aus ihrer Sicht geeigneter IOs verfolgen.

Allerdings war diese Sicherheitsgarantie aus Sicht der damaligen Regierung nur begrenzt effektiv, da sie vor allem durch den von den USA vorangetriebenen Transformationsprozess der Nato die Kernfunktion der territorialen Verteidigung in Frage gestellt sah. In den Zweifeln der PiS-Regierung spiegelte sich der Umstand, dass IOs generell von den Interessen ihrer Mitglieder abhängen.

Die EU stellte trotz der Entwicklung der ESVP für die PiS-Regierung zum damaligen Zeitpunkt keine ernstzunehmende Sicherheitsgarantie oder gar Alternative zur Nato dar. Zu schwach war aus ihrer Sicht der politische Wille in den EU-Staaten ausgeprägt, die Vision einer integrierten Sicherheits- und Verteidigungspolitik mit Leben zu füllen.

Die Antwort der PiS-Regierung auf dieses Dilemma, das die – zumindest von ihr wahrgenommene – Erosion der territorialen Verteidigungsfunktion der Nato und die Unzulänglichkeit der EU als ernsthafte neue Sicherheitsinstitution markierten, war die Hinwendung zu den USA und das Bemühen, die durch die gemeinsame Irak-Invasion bereits enge Sicherheitspartnerschaft dauerhaft auf ein neues Niveau zu heben, wobei die von George W. Bush in Aussicht gestellte Beteiligung am US-Raketenschield der Türöffner hätte sein sollen. Unilaterale Maßnahmen wie vor allem die angestrebte Modernisierung der polnischen Armee waren in dieser Periode vor allem darauf ausgerichtet, an Interventionen der Nato und/oder der USA auch zukünftig teilnehmen zu können und sich damit als immer wertvollerer Partner des großen Bündnispartners zu profilieren und unverzichtbar zu machen.

Unter der PO/PSL-Regierung kam es zu einem graduellen Strategiewechsel, die militärische Sicherheit betreffend, auch wenn dieser weniger deutlich ausfiel, als etwa der bereits im Wahlkampf angekündigte Rückzug der polnischen Truppen aus dem Irak hätte vermuten lassen können. Der größte Unterschied zur Vorgängerregierung bestand in der potenziellen Funktion, die PO und PSL der EU zuerkannten. Die Regierungskoalition sah in ihr eine potenzielle zweite und komplementäre Allianz neben der Nato. Im Vergleich zur PiS-Regierung war sie im Hinblick auf die sicherheitspolitische Entwicklung der EU dezidiert optimistischer und sah vor allem im Inkrafttreten des LV einen wesentlichen Fortschritt in Richtung einer sicherheitspolitisch handlungsfähigen und glaubwürdigen EU. Folgerichtig stellten für die PO/PSL-Regierung sicherheitspolitische Integrationsschritte keine rote Linie mehr dar, wie vor allem der von Polen maßgeblich mitinitiierte und nur am britischen Widerstand gescheiterte Vorschlag der Schaffung eines ständigen und von der Nato unabhängigen EU-Hauptquartiers zeigte. Diese überaus positive und konstruktive Grundhaltung in Bezug auf die militärische Handlungsfähigkeit der EU führten dazu, dass Polen sich gemeinsam mit Frankreich und Deutschland sicherheitspolitisch sogar an die Spitze der integrationswilligen EU-Mitglieder setzte und stärker noch als jene eine Stärkung der GSVP befürworteten.

Der weitestgehend ausbleibende Erfolg dieser Bemühungen, deren Krönung die polnische Ratspräsidentschaft 2011 hätte bilden sollen, versetzte den polnischen Ambitionen allerdings einen herben Dämpfer. Als Hauptproblem wurde der mangelnde politische Wille in der Mehrzahl der EU-Mitgliedstaaten erkannt. Die Ukraine-Krise sah Polen als erneute Chance, wiederum im Verbund mit Deutschland und Frankreich die EU sicherheitspolitisch zu stärken, mit am Ende des Untersuchungszeitraumes noch ungewissem Ausgang.

Aufgrund dieser Erfahrungen gab die PO/PSL-Regierung zwar das Ziel der Stärkung der EU als Sicherheitsorganisation nie auf, sah es aber zwischenzeitlich als erwiesen an, dass dies nur im Rahmen der im LV vorgesehenen SSZ mit einer kleinen Gruppe von EU-Partnern möglich sein würde. Wegen der fortgesetzten Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Beistandsgarantie der Nato suchte die PO/PSL-Regierung kontinuierlich den engen sicherheitspolitischen Schulterschluss mit den USA. Aus

den nur begrenzt erfolgreichen Bemühungen um eine Verstärkung der multi- und bilateralen Sicherheitsgarantien zog die polnische Regierung den Schluss, dass Polens Heil wesentlich auch in der Modernisierung der eigenen Streitkräfte liegen müsse. Deren Ausrichtung sollte zudem weniger auf Auslandseinsätze als vielmehr auf der Landesverteidigung liegen und Polen im Verlauf weniger Jahre über ein hinreichendes militärisches Potenzial verfügen, um einen konventionellen militärischen Angriff aus Russland abzuschrecken und sich somit von den offenkundigen Unwägbarkeiten internationaler Kooperation zu emanzipieren.

6 Fallstudie II: Polens Energiesicherheitspolitik

6.1 Polens Energieversorgungslage

Wie in Kapitel 4 gezeigt, gewann das Thema Energiesicherheit im Untersuchungszeitraum herausragende Bedeutung in der polnischen Sicherheitspolitik. Der polnische Endenergieverbrauch lag zu Beginn des Untersuchungszeitraumes im Jahr 2005 bei knapp unter 62 Mio. Tonnen Öläquivalent (International Energy Agency, 2017b). Die größten Verbraucher waren die privaten Haushalte, gefolgt von der Industrie und dem Transportsektor, wie in der unten stehenden Abbildung zu sehen.

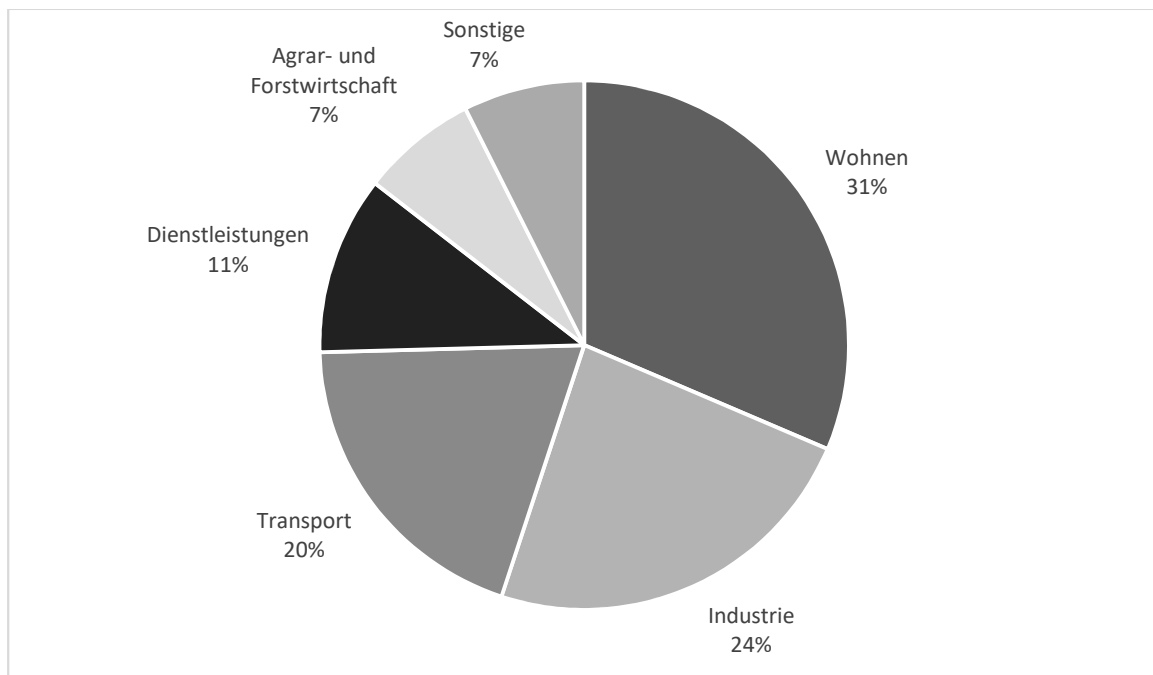


Abb. 3: Polnischer Endenergieverbrauch im Jahr 2005 nach Sektoren

Quelle: Eigene Darstellung mit Daten der International Energy Agency (2017b)

Die polnische Energieversorgung speiste sich 2005 aus folgenden Quellen: Kohle, Erdöl, Erdgas und erneuerbare Energien, die jeweiligen Anteile zeigt Abbildung 4. Polen war 2005 der größte Kohleproduzent in der EU und verfügte über beträchtliche Reserven. Kohle war der mit Abstand billigste Energieträger und wurde vor allem zur Stromerzeugung eingesetzt: über 90 Prozent des Stroms stammte aus Kohlekraftwerken (Umbach, 2008, S. 272).

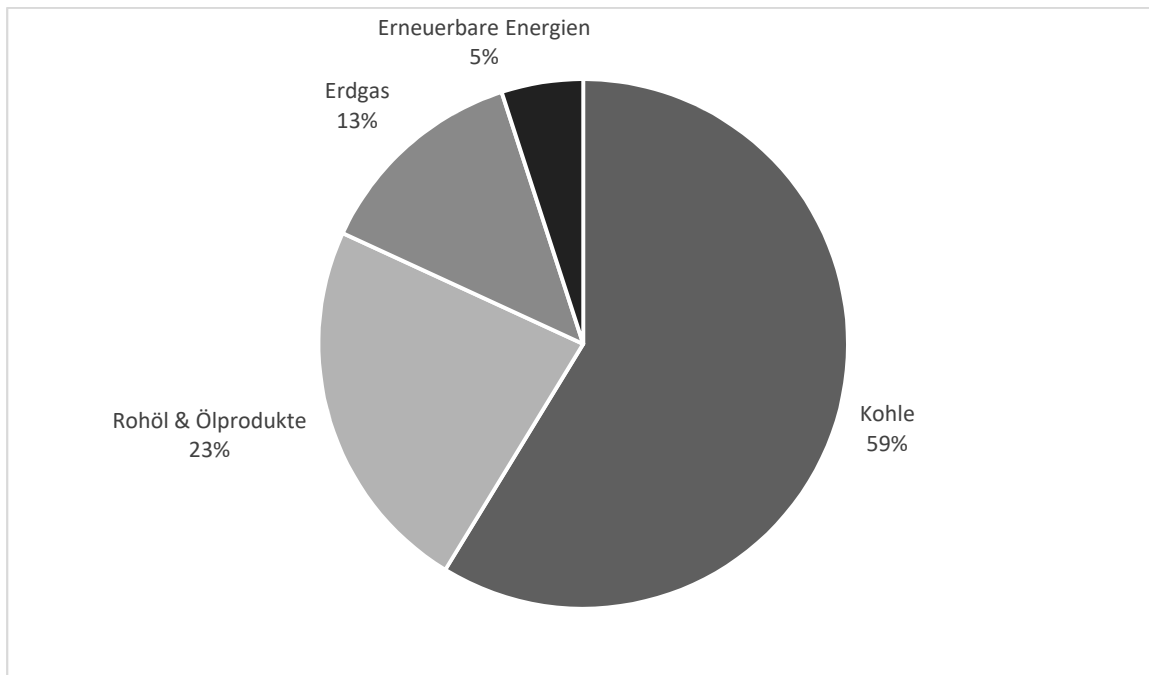


Abb. 4: Polens Energieerzeugung nach Energieträgern im Jahr 2005

Quelle: Eigene Darstellung mit Daten der International Energy Agency (2017b)

Dies hatte zur Folge, dass Polen im Untersuchungszeitraum zwar eine weitaus geringere Energie-Importabhängigkeit aufwies als der EU-Durchschnitt,¹⁰⁷ doch war mittel- bis langfristig mit deren Anstieg zu rechnen. Denn nach Angaben der *Agencja Rynku Energii* [Polnische Energiemarktagentur] sollte im Jahr 2030 nur noch rund die Hälfte des Stroms aus Kohle erzeugt werden. Kompensiert werden sollte der graduelle Ausstieg aus der Kohleverstromung hauptsächlich mit Erdgas, das im Untersuchungszeitraum zu mehr als zwei Dritteln importiert wurde, hauptsächlich aus Russland (Agencja Rynku Energii S.A., 2011, S. 41; International Energy Agency, 2011, S. 21).¹⁰⁸

Auch seinen Ölbedarf deckte Polen über Importe aus Russland. Auf Lieferunterbrechungen konnte Polen aber kurzfristig reagieren und sich über den Danziger Hafen

¹⁰⁷ Im Jahr 2005 lag die polnische Energie-Importabhängigkeit bei nur rund 17 Prozent, im EU-Durchschnitt dagegen bei 52 Prozent. Für polnische Verhältnisse war dieser Wert allerdings schon vergleichsweise hoch, lag er im Jahr 2001 doch bei nur knapp 10 Prozent (Eurostat, 2017).

¹⁰⁸ Tatsächlich stieg die Importabhängigkeit in den Folgejahren stetig an auf über 30 Prozent in den Jahren 2008-2012, um dann wieder leicht zu sinken auf rund 29 Prozent im Jahr 2015 (Eurostat, 2017).

notfalls auch auf dem Weltmarkt versorgen (Naimski, 2007, S. 7).¹⁰⁹ Nicht die Abhängigkeit von russischem Öl, sondern die von russischen Erdgaslieferungen stand daher im Untersuchungszeitraum im Fokus der polnischen Energiepolitik.

Ende 2012 bezifferten polnische Geologen die eigenen nationalen Gasreserven auf 89 Mrd. m³ (Polskie Górnictwo Naftowe i Gazownictwo, 2013, S. 40). Bei einem jährlichen Verbrauch von ca. 14 Mrd. m³ war eine Selbstversorgung Polens selbst bei einer Steigerung der heimischen Förderung auf längere Sicht ausgeschlossen, so dass in der Sicherstellung der Gasversorgung eine der größten Herausforderungen der polnischen Energiepolitik bestand:

„Securing the needed supply of gas, whether through pipeline and LNG imports and/or domestic conventional or unconventional production, will be crucial“ (International Energy Agency, 2011, S. 21).

In der polnischen Gaswirtschaft verfügte im Untersuchungszeitraum die staatlich kontrollierte¹¹⁰ *Polskie Górnictwo Naftowe i Gazownictwo* [Polnische Öl- und Gasgesellschaft, PGNiG] mit 98 Prozent Marktanteil über ein Monopol und war der einzige nennenswerte Produzent und Importeur von Gas (International Energy Agency, 2011, S. 100). Die restlichen zwei Prozent wurden von Anbietern angeboten, die ihr Gas ebenfalls bei der PGNiG bezogen (Polskie Górnictwo Naftowe i Gazownictwo, 2012, S. 62).

Nur knapp ein Drittel des von der PGNiG für den polnischen Markt bereitgestellten Gases stammte aus eigener Förderung. Der Löwenanteil von bis zu 82 Prozent der Importe stammte im Untersuchungszeitraum aus Russland, zweitgrößter Lieferant war Deutschland (International Energy Agency, 2011, S. 99). Der größte Einzellieferant war *Gazprom* (Polskie Górnictwo Naftowe i Gazownictwo, 2012, S. 30). Die vertragliche Grundlage der russischen Gaslieferungen bildete ein langfristiger Vertrag zwischen der PGNiG und *Gazprom* aus dem Jahr 1996 (Lang, 2007, S. 12). Darin

¹⁰⁹ So geschehen Anfang 2007, als im Zuge eines Streits zwischen Russland und Weißrussland Moskau die Öllieferungen durch die Drużba-Pipeline, die auch Polen versorgt, vorübergehend stoppte (Lang, 2007, S. 8).

¹¹⁰ Nach einer Teilprivatisierung und einem ersten Börsengang im September 2005 befanden sich noch rund 72 Prozent der Konzern-Anteile in öffentlicher Hand. Im Aufsichtsrat saßen Angehörige des Finanz- und des Wirtschaftsministeriums (International Energy Agency, 2011, S. 102).

wurden Gaslieferungen mit einem Gesamtvolumen von 250 Mrd. m³ bis 2020 verabredet. Die PGNiG verpflichtete sich zur Abnahme von über 13 Mrd. m³ russischen Erdgases jährlich, ohne Erlaubnis zum Re-Export.

Weil sich jedoch der Bedarf der polnischen Wirtschaft in den folgenden Jahren nicht wie erwartet entwickelte und ein Überangebot entstand, drängte Polen Anfang der 2000er Jahre erfolgreich auf eine Neuverhandlung des Vertrags. Die jährliche Abnahmemenge wurde im Jahr 2003 reduziert (Lang, 2007, S. 12-13). Der Vertrag von 1996 sah außerdem den Bau einer Pipeline von der sibirischen Halbinsel Jamal über Weißrussland und Polen bis nach Deutschland vor. Der erste und bisher einzige Strang dieser Jamal-Pipeline wurde 1999 fertiggestellt. Ein ursprünglich geplanter zweiter Strang wurde nie realisiert. Über das Gebiet der Ukraine führte eine zweite Gas-Pipeline von Russland nach Polen, über die Polen bis zur russisch-ukrainischen Gaskrise 2009 ebenfalls Gaslieferungen bezog, seitdem jedoch nicht mehr.

In Polen gab es im Untersuchungszeitraum insgesamt acht unterirdische Gasspeicher, von denen die ältesten seit Ende der 1970er in Betrieb waren. Eigentümer und Betreiber sämtlicher Gasspeicher war die PGNiG bzw. deren Tochterunternehmen *Operator Systemu Magazynowania*. Die Gasspeicher dienten teils dem Ausgleich kurzfristiger und saisonal bedingter Verbrauchsschwankungen, teils der Lagerung der seit 2007 für Gasversorger gesetzlich vorgeschriebenen Mindestreserven (Polskie Górnictwo Naftowe i Gazownictwo, 2013, S. 34, 53).

6.2 Energiesicherheitspolitik unter der PiS, 2005-2007

Aus Sicht der PiS-Regierung war die Abhängigkeit von russischem Gas die mit Abstand größte Herausforderung der polnischen Energiesicherheitspolitik. Aus den bereits bekannten Gründen galt die Abhängigkeit von russischem Öl, obwohl größer, als erheblich weniger problematisch (Woźniak, 2006, S. 85). Die als prekär empfundene Importabhängigkeit von Russland führte in der polnischen Regierung zu einer erheblichen Nachfrage nach institutionalisierter multilateraler Kooperation. Das machen vor allem der im Folgenden diskutierte Vorschlag für die Gründung einer „Energie-Nato“, aber auch die polnischen Aktivitäten innerhalb der EU und der Nato sowie

weiteren multilateralen Foren deutlich. Gleichwohl setzte die PiS-geführte Regierung auch auf uni- und bilaterale Maßnahmen, wie noch zu sehen sein wird.

6.2.1 *Funktion und Effektivität internationaler Sicherheitsorganisationen*

Im Januar 2006, unmittelbar nach der ersten russisch-ukrainischen Gaskrise, brachte Polen in mehreren internationalen Foren die Gründung einer IO für Energiesicherheit ins Gespräch. Allen voran Ministerpräsident Marcinkiewicz warb in den ersten Monaten des Jahres 2006 intensiv für den polnischen Vorschlag, so unter anderem am Rande des Weltwirtschaftsgipfels Ende Januar 2006 in Davos, in mehreren Namensartikeln in der internationalen Presse sowie in einem Non-paper, das er an alle Staats- und Regierungschefs der Nato- und der EU-Staaten wie auch den Nato-Generalsekretär schickte (Marcinkiewicz K., 2006; WikiLeaks, 2006; Umbach, 2008, S. 280).

Den Bedarf für eine neue Institution begründete die polnische Regierung - im Einklang mit rationalistisch-institutionalistischen Erwartungen - mit der im Energiesektor bestehenden Interdependenz von Staaten einerseits und dem Fehlen adäquater internationaler Institutionen andererseits:

„The need for the Treaty stems from the contemporary experiences of world interdependence wherein the difficulties of one country [...] are immediately reflected in neighbouring states. [...] The progressing interdependence of the energy systems of European Union member states [...] dramatically underlines the need for political solidarity in this field“ (Council of the European Union, 2006, S. 2).

Unter dem Schlagwort der „politischen Solidarität“ forderte Polen die vertragliche Fixierung einer Beistandsklausel nach dem Vorbild der WEU und der NATO, die im Falle einer Versorgungskrise in einem der Vertragsstaaten Hilfsleistungen jeglicher nicht-militärischer Art der Bündnispartner vorsah und so die Energiesicherheit aller garantieren sollte (Council of the European Union, 2006, S. 4). Der Vorschlag sah außerdem den Bau der dafür nötigen Transport-Infrastruktur vor, den die Vertragsstaaten aus einem gemeinsam verwalteten Budget finanzieren sollten, so Staatssekretär Piotr Naimski aus dem Wirtschaftsministerium (Naimski, 2007, S. 13). Was Polen vorschwebte, war eine Art Allianz für Energiesicherheit, ein funktionales Äquivalent zur Nato also, das deshalb auch als „Energie-Nato“ bzw. „Musketier-Pakt“ bezeichnet wurde (Marcinkiewicz K., 2006; Umbach, 2008, S. 280).

Die neue Institution sollte eine nach polnischer Auffassung bedenkliche Lücke im internationalen Institutionengefüge schließen:

„Current international arrangements do not provide a legal basis for the mutual granting of energy security guarantees [...]. Neither the European Union, nor the European Community provides such a basis. NATO is not properly equipped in this respect either“ (Council of the European Union, 2006, S. 4).

Diese von polnischen Entscheidungsträgern wahrgenommene institutionelle Lücke sollte nach ihren Vorstellungen eine neue Organisation mit einem festen Sitz, eigenem Budget und Personal sowie einem Streitschlichtungsmechanismus füllen, die die Einhaltung der Verpflichtungen durch die Mitgliedstaaten überwachen sollte. Die Mitgliedschaft sollte ausschließlich EU- und Nato-Staaten vorbehalten sein. Darüber hinaus sah der polnische Vorschlag als einziges Aufnahmekriterium die Selbstverpflichtung vor, von einer Versorgungskrise betroffenen Vertragsstaaten Unterstützung zu garantieren und die dafür erforderlichen administrativen und technischen Voraussetzungen zu schaffen (Council of the European Union, 2006, S. 4-6).

Erklärtes Ziel der polnischen Außen- und Sicherheitspolitik war es, in den Worten von Außenminister Stefan Meller, „eine ganzheitliche – am besten im Rahmen des gesamten westlichen Systems – Strategie der Energiesicherheit zu schaffen und Polen an ihrer Umsetzung zu beteiligen“ (Meller, 2006, S. 4).

Die polnische Idee wurde sowohl in der Nato als auch in der EU zwar aufgegriffen und intensiv diskutiert, von den übrigen Mitgliedstaaten aber nicht zuletzt aus Rücksicht auf Russland überwiegend mit Zurückhaltung aufgenommen (Umbach, 2008, S. 280). Denn, so ein deutscher Experte:

„Während Warschau eine ‚Energie-Nato‘ mit gegenseitigen Beistandsgarantien gegen allfällige politische Erpressungsversuche Moskaus schaffen wollte, favorisierten andere EU-Partner (wie etwa Deutschland) einen Mechanismus der kooperativen Energiesicherheit unter Einschluss Russlands“ (Lang, 2007, S. 25).

Deshalb fand weder unter den Nato- noch den EU-Mitgliedstaaten die Gründung einer neuen Organisation für Energieversorgungssicherheit ausreichend Unterstützung, so dass Polen nach dem Europäischen Rat Ende März 2006 von seinem Vorschlag Abstand nahm. Stellvertretend für die polnische Regierung stellte der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium Naimski fest, dass „die EU-Staaten lieber allein handeln zu wollen scheinen“ (Naimski, 2007, S. 14).

Jedoch griffen immerhin sowohl die Europäische Kommission in ihrem Grünbuch von 2006 (Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2006b) als auch der Europäische Rat das Konzept der Energie-Solidarität auf, was aus polnischer Sicht als Teilerfolg und Zeichen gewertet wurde, dass die polnische Position zumindest in der EU auf ein gewisses Verständnis stoße (Banat-Adamiuk, 2007, S. 48; Naimski, 2007, S. 14).

Nachdem gleichwohl die Gründung einer neuen, spezifischen Energie-Sicherheitsorganisation gescheitert war, verlagerte die Regierung ihre Bemühungen nunmehr auf die Erweiterung des Aufgabenspektrums der bereits bestehenden Institutionen EU und Nato um den Bereich der Energiesicherheit.

In der EU fielen die polnischen Anstrengungen, wie bereits angedeutet, durchaus auf fruchtbaren Boden. Unter dem Eindruck der ersten russisch-ukrainischen Gas-Krise zur Jahreswende 2005/2006 setzte der österreichische EU-Ratsvorsitz im ersten Halbjahr 2006 die Energie-Versorgungssicherheit ganz oben auf seine Agenda. Hilfreich aus polnischer Sicht war zweifellos auch, dass Energiesicherheit kein gänzlich neues Thema für die EU war. Bereits im November 2000 hatte die Europäische Kommission in ihrem ersten energiepolitischen Grünbuch vor den Risiken der hohen und weiter zunehmenden Abhängigkeit der EU besonders von Öl- und Gaseinfuhren gewarnt und auf die mangelnden Instrumente auf der Gemeinschaftsebene hingewiesen (Europäische Kommission, 2001, S. 10). Gleichzeitig seien

„[d]ie Mitgliedstaaten [...] heute sowohl bei Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels als auch im Hinblick auf die Verwirklichung des Energiebinnenmarktes voneinander abhängig. Die energiepolitischen Entscheidungen einzelner Mitgliedstaaten wirken sich notwendigerweise auf die Märkte der anderen Mitgliedstaaten aus“ (Europäische Kommission, 2001, S. 3).

Aus der wachsenden Energieabhängigkeit der EU insgesamt und der energiepolitischen Interdependenz ihrer Mitgliedstaaten leitete die Kommission eine potenzielle Zuständigkeit der EU und die Forderung nach einer gemeinsamen, „aktiven Energiepolitik“ (Europäische Kommission, 2001, S. 2) ab.

Dieser Argumentation folgten die Mitgliedstaaten, als sie im Jahr 2004 im Rat der EU erstmals ein Maßnahmenpaket zur Gewährleistung der Erdgasversorgung verabschiedeten. In der entsprechenden Richtlinie räumten sie der EU eine Zuständigkeit in diesem Bereich ein, da das Ziel einer sicheren Erdgasversorgung

„von den Mitgliedstaaten nicht in allen Fällen ausreichend erreicht werden kann, was insbesondere auch auf die zunehmende gegenseitige Abhängigkeit der Mitgliedstaaten bei der Sicherstellung der Erdgasversorgung zurückzuführen ist“ (Rat der Europäischen Union, 2004).

Mit dem Aufruf Tony Blairs, damals britischer Premierminister und Vorsitzender des Europäischen Rates, zu einer EU-Energiesicherheitspolitik im Herbst 2005, der ersten russisch-ukrainischen Gaskrise 2005/2006 und der anschließenden österreichischen Ratspräsidentschaft gewann dann die Debatte über eine gemeinsame Energiesicherheitspolitik in der EU noch einmal erheblich an Dynamik (Whitman & Thomas, 2005, S. 3).

Eine wichtige Diskussionsgrundlage bildete das bereits erwähnte Grünbuch der Kommission vom März 2006, zu dem unter anderem die EU-Regierungen in den folgenden Monaten in einem öffentlichen Konsultationsverfahren Stellung beziehen konnten. Die Staats- und Regierungschefs nahmen bei der Tagung des Europäischen Rates rund zwei Wochen später auf das Grünbuch Bezug und verabschiedeten unter der Überschrift „Eine Energiepolitik für Europa“ einen Aktionsplan für die Jahre 2007-2009 (Europäischer Rat, 2007, S. 16). Sie ersuchten ferner die Kommission und den Rat der EU mit der Ausarbeitung eines Maßnahmen-Pakets,¹¹¹ das dem Europäischen Rat im Frühjahr 2007 als Vorlage für einen noch zu beschließenden Energie-Aktionsplan dienen sollte.

Vor diesem Hintergrund legte die polnische Regierung von Beginn an ein ausgesprochenes Interesse an einer EU-weiten Zusammenarbeit bei der Gewährleistung der Energieversorgung und der Mitgestaltung der EU-Agenda an den Tag (Lang, 2007, S. 25). Dabei stand eindeutig ein erhoffter Zugewinn an Energiesicherheit im Vordergrund, so ein polnischer Experte: „Poland’s efforts to shape [EU] energy policy reflected the crucial importance Poland attaches to security, including energy security“ (Banat-Adamiuk, 2007, S. 51).

Aus Sicht der polnischen Regierung waren vor allem zwei Forderungen wesentlich, die sie erstmals im Januar 2006 in Wien bei einem Treffen der Politischen Direktoren der EU-Regierungen vorbrachte: Die Entwicklung einer gemeinsamen EU-Energieaussenpolitik sowie die Aufnahme eines verbindlichen Krisenreaktionsmechanismus in

¹¹¹ Dieses legte die Kommission im Januar 2007 vor (Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2007).

das EU-Recht, wie ihn bereits der polnische Vorschlag einer Energie-Nato vorgesehen hatte (Banat-Adamiuk, 2007, S. 49; Government of the Republic of Poland, 2006, S. 8).

Die damalige Außenministerin Anna Fotyga kündigte zudem an, ihre Regierung werde sich im Zuge der Überarbeitung des EU-Verfassungsvertrags für die Ausweitung der Solidaritäts-Klausel auf Energiefragen einsetzen (Fotyga, 2007a, S. 4). Diese Forderung war für die polnische Energiesicherheit und damit die Sicherheitspolitik insgesamt so zentral, dass sie sogar Eingang in die Nationale Sicherheitsstrategie von 2007 fand:

„A task that Poland regards as being particularly important is to agree upon solidarity mechanisms of energy security within the framework of the European Union the purpose of which is to provide any and all necessary assistance in case of threat or violation of energy security of any Member State“ (Republic of Poland, 2007, S. 11).

Dieses Zitat ist ein deutlicher Beleg dafür, dass die EU für Polen spätestens 2007 zur zentralen IO im Bereich Energiesicherheit avanciert war.

Als wesentliche Voraussetzungen eines EU-Krisenmechanismus sah die polnische Regierung den Bau von Gasspeichern sowie von grenzüberschreitenden Verbindungspipelines, sog. *Interkonnektoren* (Government of the Republic of Poland, 2006, S. 4, 9).

Während der Energiepolitik in der EU insgesamt eine hohe politische Relevanz eingeräumt wurde,¹¹² war die Erhöhung der Energiesicherheit neben der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und des Klimaschutzes allerdings nur eines von drei Zielen, die laut Europäischer Kommission in einem „ausgewogene[n] Verhältnis“ (Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2006b, S. 3, 11, 21) zu stehen hätten. Für Polen dagegen genoss die Versorgungssicherheit eindeutig Priorität, während andere Ziele bestenfalls zweitrangig waren. So merkte die polnische Regierung in ihrer Stellungnahme zum Grünbuch der Kommission an, dass „Energiesicherheit vor den übrigen zwei Säulen dominant sein sollte“ (Government of the Republic of Poland, 2006, S. 1).

Große Bedenken äußerte Polen vor allem gegen eine aus seiner Sicht verfrühte Vollendung und Öffnung des EU-Energiebinnenmarktes. Während die Europäische Kommission und einige Mitgliedstaaten darin ein Schlüsselinstrument zur Steigerung

¹¹² Energiepolitik stand auch bei jedem Europäischen Rat 2006 (im Juni, Oktober (informell) und Dezember 2006) sowie im März 2007 auf der Tagesordnung.

der Wettbewerbsfähigkeit und letztlich auch der Energiesicherheit sahen, hielt Polen vor der Öffnung nach außen die Diversifizierung der Energiequellen für eine notwendige Voraussetzung. Andernfalls konterkariere die Marktöffnung das Ziel der Energiesicherheit:

„Liberalizing the internal market before diversifying supply sources may result in the monopolization of the market by external suppliers and, consequently threaten energy security“ (Government of the Republic of Poland, 2006, S. 2).

Auch dürfe die EU ihren Markt keinesfalls einseitig öffnen, sondern müsse gleiches von energieliefernden Drittländern einfordern, womit in erster Linie Russland gemeint war (Government of the Republic of Poland, 2006, S. 10).

Neben der Liberalisierung des EU-Binnenmarkts erkannte die polnische Regierung in den EU-Klimaschutzaktivitäten ein zweites die eigene Energiesicherheit gefährdendes EU-Vorhaben. Zwar stimmte Präsident Lech Kaczyński unter dem Druck der übrigen Staats- und Regierungschefs beim Europäischen Rat im März 2007 den so genannten „20-20-20-Zielen“¹¹³ zu, die als Grundlage für das im Dezember 2008 beschlossene Klima- und Energiepaket dienten. Er ließ sich jedoch von den übrigen Staats- und Regierungschefs zusichern,

„dass hinsichtlich der Beiträge der Mitgliedstaaten ein differenzierter Ansatz verfolgt werden muss, der [...] den nationalen Gegebenheiten [...] Rechnung trägt [...] und auf einer vereinbarten internen Lastenverteilung beruhen wird“ (Europäischer Rat, 2007, S. 12).

Polen plädierte zudem nachdrücklich dafür, bei der Erfüllung von Klimaschutzzielen vor allem auf die Erforschung der umstrittenen CCS-Technologie¹¹⁴ zu setzen, weil nur Kohle gleichzeitig auch die Energiesicherheit der EU gewährleiste. Die entsprechende Passage in der polnischen Stellungnahme zum Grünbuch der Kommission liest sich wie eine Werbebroschüre der Kohleindustrie:

„[C]oal is accessible from many sources, it can be safely stored, its stocks may be used whenever a crisis occurs, it can be safely transported, its transport routes do not require any particular safeguarding measures, its energy costs may be further reduced, and coal pollution effectively eliminated“ (Government of the Republic of Poland, 2006, S. 5).

Auch Kernenergie dürfe als Option nicht von vornherein ausgeschlossen werden. Vielmehr müssten deren Vor- und Nachteile ergebnisoffen gegeneinander abgewogen

¹¹³ Der Europäische Rat hatte sich u.a. das Ziel gesetzt, den Anteil der erneuerbaren Energien am Endenergieverbrauch innerhalb der EU auf 20 Prozent im Jahr 2020 zu erhöhen und den Energieverbrauch um 20 Prozent zu senken (Bolesch, 2007).

¹¹⁴ CCS steht für *Carbon Capture and Storage* und bezeichnet die Abscheidung im Kraftwerk und unterirdische Speicherung von Kohlenstoffdioxid (International Energy Agency, 2014).

werden (Government of the Republic of Poland, 2006, S. 5).¹¹⁵ Der Europäische Rat im März 2007 stellte in seinen Schlussfolgerungen die Souveränität der Mitgliedstaaten bei der Wahl ihres Energiemixes ausdrücklich nicht in Frage: „Jedes Land kann wie bisher selbst entscheiden, ob es auf Kernenergie setzt oder nicht“ (zitiert nach Bolesch, 2007).

Ungeachtet der Differenzen im Hinblick auf die Gewichtung der energiepolitischen Ziele wurde die Europäische Kommission in dieser Phase von der polnischen Regierung als wichtiger Akteur und Verbündeter wahrgenommen. Ebenso wie Polen forderte nämlich auch sie Investitionen

„in die Versorgungssicherheit und in Infrastruktureinrichtungen, die eine gegenseitige Hilfe ermöglichen.[...] Hierzu könnte u. a. ein neuer Legislativvorschlag für Erdgasvorräte gehören, durch den sichergestellt werden sollte, dass die EU auf kürzere Unterbrechungen der Erdgasversorgung in einer Weise reagieren kann, die die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten gewährleistet“ (Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2006b, S. 10).

Wesentlich zurückhaltender gaben hingegen sich die Mitgliedstaaten, die lediglich von einer „Sicherstellung gemeinsamer operativer Ansätze für das Vorgehen in Krisensituationen im Geiste der Solidarität und unter Berücksichtigung der Subsidiarität“ (Rat der Europäischen Union, 2006a, S. 14) sprachen.

Von der positiven Wahrnehmung der Kommission in Polen zeugt die nachstehende Äußerung der damaligen Außenministerin im Mai 2007 im *Sejm*:

“Im Laufe der Diskussion über das Energiepaket für Europa [...] haben wir festgestellt, welche wichtige Rolle die Kommission im System der EU-Institutionen ausfüllt. Es waren die Europäische Kommission und ihr Präsident, geleitet vom Grundsatz des Interesses der ganzen EU und aller Bürger der Mitgliedstaaten, die Polen und die anderen neuen Mitgliedstaaten in ihren Forderungen und Ambitionen am meisten unterstützt haben. Dort haben wir am meisten Verständnis für unsere Position gefunden“ (Fotyga, 2007b).

Ähnlich wie in der EU löste die russisch-ukrainische Gaskrise auch in der Nato eine intensive Debatte über Energiesicherheit aus. Bislang hatte die Allianz hier keinerlei explizite Funktion innegehabt, auch wenn das Strategische Konzept von 1999 die „Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen“ (North Atlantic Treaty Organization, 1999) als potenzielles Risiko für die Sicherheitsinteressen der Nato bezeichnet hatte. Mit größerer Intensität wurde Energiesicherheit erst nach dem Stopp

¹¹⁵ In Polen gab es zu diesem Zeitpunkt bereits Überlegungen, in die Nutzung der Kernenergie einzusteigen (vgl. dazu Unterkapitel 6.2.3 in dieser Arbeit).

der russischen Gaslieferungen an die Ukraine diskutiert (U.S. Department of State, 2006; Rühle, 2012).

Beim Nato-Gipfel in Riga beauftragten die Staats- und Regierungschefs den Nato-Rat erstmals in der Geschichte der Nato, sich mit den „unmittelbarsten Risiken im Bereich der Energiesicherheit“ (North Atlantic Treaty Organization, 2006) zu befassen und möglichen Handlungsbedarf zu identifizieren.

Polen gehörte zu den Mitgliedstaaten, die sich vehement für eine größere Rolle der Nato aussprachen, wie beispielsweise auch die USA. Die polnische Regierung wertete die Aufnahme der zitierten Passage in die offizielle Abschlusserklärung des Gipfels als großen außenpolitischen Erfolg. „Wir haben einen Schritt nach vorne gemacht“, sagte ein zufriedener polnischer Präsident (zitiert nach Niklewicz, 2006). Ähnlich positiv äußerten sich der damalige Verteidigungsminister Sikorski und der damalige Chef des Nationalen Sicherheitsrates, Wladyslaw Stasiak: „Dank unserer Initiative wird Energiesicherheit zum ersten Mal Gegenstand des Interesses des Bündnisses“ (Biuro Bezpieczeństwa Narodowego, 2006). Auch Außenministerin Fotyga erinnerte in ihrem Expose im Frühjahr 2007 daran,

„dass es eine polnische Initiative war, die dazu geführt hat, dass ein Absatz über Energiesicherheit zur Abschlusserklärung des Nato-Gipfels in Riga letztes Jahr hinzugefügt wurde“ (Fotyga, 2007b, S. 10).

Polnische Kommentatoren teilten den Enthusiasmus der Regierung allerdings nicht. Weder die Gipfelerklärung noch die Aussagen der Vertreter anderer Nato-Staaten gäben Anlass zu gesteigertem Optimismus, so beispielsweise ein Kommentar in der *Gazeta Wyborcza* (Niklewicz, 2006). Und der polnische Experte Olaf Osica wies darauf hin, dass „über die Politisierung dieser Frage hinaus sich nicht viel mehr erreichen“ (Osica, 2006, S. 2) lasse, da die Nato kaum über geeignete Instrumente zur Gewährleistung der Energiesicherheit ihrer Mitgliedstaaten verfüge. Eine Ausdehnung von Artikel Fünf auf Energiesicherheit etwa - wie sie der US-Senator Richard Lugar ins Gespräch gebracht hatte - liege nicht im polnischen Interesse, warnte Osica. Da dann auch andere Seiten ihre Ansprüche anmelden würden, könnte dies zu einer Neuverhandlung des Washingtoner Vertrags und einer gänzlich neuen Ausrichtung der Nato führen (Osica, 2006, S. 2).

Tatsächlich gelang es Polen nach diesem vermeintlichen Anfangserfolg in der Folgezeit nicht, die Debatte in die gewünschte Richtung zu lenken. Sie nahm vielmehr eine für Polen ungünstige Richtung und konzentrierte sich hauptsächlich auf eine mögliche Rolle der Nato beim Schutz von Transportwegen für Energieträger, ein aus polnischer Sicht nachrangiges Thema (Madej, 2009, S. 66).

6.2.2 *Bilaterale Kooperation*

Der Schwerpunkt der bilateralen Maßnahmen im Energiesektor lag auf der Diversifizierung der Erdgasimporte. Bereits in seiner Antrittsrede erklärte der neue Ministerpräsident Marcinkiewicz diese zur Priorität seiner Regierung. Noch vor Ablauf der Legislaturperiode - so der ehrgeizige Plan der Regierung -, sollte die Unabhängigkeit vom russischen Liefermonopol stehen (Marcinkiewicz, 2005). Nach der Rochade an der Regierungsspitze und dem Amtsantritt von Jaroslaw Kaczyński als Ministerpräsident bestätigte dieser die Diversifizierung als Priorität und erklärte sie zum dringlichsten Anliegen seiner Regierung überhaupt (Kaczyński J., 2006).

Wirtschaftsminister Woźniak präziserte im Mai 2006 die Ziele der polnischen Regierung: Demnach sollten von einem geschätzten Gasbedarf von insgesamt 19 Mrd. m³ (inklusive 1 Mrd. m³ Reserve) im Jahr 2010 fünf Mrd. m³ Gas von nicht-russischen Produzenten importiert werden. Sechs Mrd. sollten aus eigener Förderung gedeckt werden, was einer Steigerung des damaligen Produktionsvolumens um knapp ein Drittel entsprochen hätte. Sieben Mrd. m³ sollten weiterhin aus Russland bezogen werden (Woźniak, 2006, S. 80-82). In diesem Szenario wäre Russland zwar nach wie vor der größte Gaslieferant, die Abhängigkeit gegenüber dem Jahr 2006 jedoch bedeutend reduziert und das russische Exportmonopol gebrochen gewesen.

Die angestrebte Diversifizierung der Gasimporte setzte jedoch zunächst umfangreiche Infrastrukturmaßnahmen voraus. Die Hauptstoßrichtung der polnischen Aktivitäten galt Norwegen, das laut Wirtschaftsminister Woźniak günstigerweise seinerseits künftig mehr Gas nach Europa exportieren wolle (Woźniak, 2006, S. 82). Bis zu jenem Zeitpunkt konnte Polen norwegisches Gas ausschließlich über Deutschland beziehen. Auf diesem Weg bezog Polen seit dem Jahr 2000 bereits jährlich 0,5 Mrd. m³ Gas aus

Norwegen (Lang, 2007, S. 14). Eine direkte Verbindung von Polen nach Norwegen gab es hingegen nicht, wäre für eine signifikante Steigerung des Liefervolumens gleichwohl Voraussetzung gewesen. Die Schaffung eines solchen Pipelinesystems genoss in der PiS-Regierung unter den Projekten zur Diversifizierung der Gasimporte oberste Priorität. Dies machte unter anderem Außenministerin Anna Fotyga deutlich, die dieses Vorhaben als „Flaggschiff“ (Fotyga, 2007b, S. 10) der gesamten polnischen Außenpolitik bezeichnete.

Auf Veranlassung der polnischen Regierung trat die PGNiG im Juni 2007 einem ursprünglich deutsch-skandinavischen Konsortium¹¹⁶ bei, das den Bau einer Gasleitung von Norwegen nach Schweden und Dänemark namens „Skanded“ zum Ziel hatte. Damit ließ die Regierung ein Projekt der Buzek-Regierung (1997-2001) aufleben, in deren Auftrag die PGNiG in den Jahren 1999-2001 mit dem norwegischen Unternehmen *Statoil* schon einmal über Gaslieferungen an Polen aus Norwegen und den Bau einer direkten Pipeline zu diesem Zweck verhandelt hatte (Rzeczpospolita, 2006). Ein Vertragsentwurf hatte seinerzeit Lieferungen von jährlich 5 Mrd. m³ norwegischen Gases nach Polen ab dem Jahr 2008 vorgesehen. Der Vertrag trat jedoch nie in Kraft, sondern wurde im Dezember 2003 einvernehmlich aufgelöst. Grund dafür war die mangelnde Rentabilität des Projekts: Während die Pipeline erst ab einem jährlichen Transportvolumen von 8 Mrd. m³ als wirtschaftlich sinnvoll galt, hätte die polnische Seite aufgrund der festgeschriebenen Gasimporte aus Russland nicht mehr als 5 Mrd. m³ abnehmen können (Orban, 2008, S. 119).

Etwa zeitgleich mit dem Beitritt zum *Skanded*-Konsortium traf die PGNiG eine Vereinbarung mit einem dänischen Unternehmen über den Bau einer Pipeline („Baltic Pipe“) von Dänemark nach Polen (Polskie Górnictwo Naftowe i Gazownictwo SA, 2007), so dass nach Fertigstellung beider Leitungen norwegisches Gas über Dänemark nach Polen hätte fließen können. Auch dieses Projekt war nicht neu: Bereits 2001 hatten die PGNiG und ein dänisches Unternehmen eine Vereinbarung über dänische Gaslieferungen an Polen und den Bau einer Pipeline durch die Ostsee getroffen, die

¹¹⁶ Im Jahr 2009 trat außerdem noch die holländische *Gasunie* bei.

aber ebenfalls aus wirtschaftlichen Gründen kurze Zeit später aufgehoben worden war (Lang, 2007, S. 14).

Nur gemeinsam ergaben die beiden Pipelineprojekte aus polnischer Sicht einen Sinn. Aus einem Bericht des damaligen US-Botschafters in Polen geht hervor, dass die polnische Regierung die polnische Beteiligung am Skanled-Projekt ausdrücklich von der gleichzeitigen Realisierung der *Baltic Pipe* abhängig machte und sich für den Fall des Scheiterns der letzteren eine Opt-out-Regelung zusichern ließ (Ashe, 2007).

Zudem erwarb die PGNiG im Frühjahr 2007 für umgerechnet 360 Mio. US-Dollar Anteile an mehreren Öl- und Gasfeldern in der norwegischen See, auch um die Ernsthaftigkeit des Interesses am Bau der Pipelines zu unterstreichen (Polskie Górnictwo Naftowe i Gazownictwo SA, 2007). Ministerpräsident Kaczyński bezeichnete dies auf einer eigens anberaumten Pressekonferenz als „Durchbruch“ (The Associated Press, 2007) bei der Diversifizierung der polnischen Energieversorgung. Auch US-Botschafter Ashe wertete den Eintritt der PGNiG in das Skanled-Konsortium als „großen Wurf“ (Ashe, 2007).

6.2.3 *Unilaterale Maßnahmen und Aktivitäten*

Eine unilaterale Sofortmaßnahme der PiS-Regierung bestand darin, die Privatisierung des staatlichen Gasmonopolisten PGNiG zu stoppen, um die Übernahme des Konzerns durch ausländische Investoren zu verhindern. Die PiS hatte bereits im Wahlkampf den Börsengang scharf kritisiert und als „Anschlag auf die Energiesicherheit des Landes“ (Neue Zürcher Zeitung, 2005) bezeichnet. Der neue Wirtschafts- und Energieminister Woźniak nannte die Privatisierung der PGNiG wegen ausreichend vorhandener Liquidität überflüssig, Finanzminister Mikosz gar einen „großen Fehler“ (zitiert nach Neue Zürcher Zeitung, 2005). Im Dezember 2005 ließ die neue Regierung den Vorstand der PGNiG vollständig auswechseln. Mikosz bestätigte auch Berichte zu Überlegungen der Regierung zu einer vollständigen Renationalisierung des Konzerns (Neue Zürcher Zeitung, 2005), die sie allerdings nicht in die Tat umsetzte.

Eine weitere Maßnahme bestand darin, eine gesetzliche Speicherpflicht für Gasanbieter einzuführen. Ein Gesetz vom Februar 2007 verpflichtete polnische Gasimporteure dazu, Reserven für 30 Tage anzulegen, die innerhalb von 40 Tagen in

das Versorgungsnetz eingespeist werden könnten. Von der Speicherpflicht ausgenommen waren lediglich Unternehmen mit weniger als 100.000 Kunden und/oder einem jährlichen Liefervolumen von weniger als 50 Mio. m³. Diese gesetzliche Vorschrift hatte unter anderem den Effekt, die Monopolstellung der PGNiG zu zementieren, da sie als einziges Unternehmen über größere Gasspeicherkapazitäten verfügte (Lang, 2007, S. 26).

Darüber hinaus nahm die polnische Regierung ein nationales Großprojekt zur Diversifizierung der Gasimport-Infrastruktur in Angriff. Dabei handelte es sich um den Bau eines Terminals für den Transport von Flüssiggas (engl. *Liquefied Natural Gas*, LNG). Einen entsprechenden Beschluss fasste der polnische Ministerrat im Januar 2006, unmittelbar nach der ersten russisch-ukrainischen Gaskrise. Als wesentlichen Vorzug des LNG-Terminals pries Wirtschaftsminister Woźniak die Flexibilität sowohl bei der Wahl der Lieferanten auf dem Weltmarkt als auch beim Abnahmevermögen (Woźniak, 2006, S. 83). Die Kosten für den Bau des Terminals und die Verbindungspipelines wurden damals auf rund eine Milliarde Euro geschätzt, was sich im Nachhinein als deutlich zu optimistisch herausstellen sollte.

Mit der Umsetzung des Vorhabens beauftragte die polnische Regierung die PGNiG. Im Dezember 2006 legte der Konzern eine Machbarkeitsstudie vor und gab die Entscheidung für den Standort im polnischen Ostseehafen *Świnoujście* [dt. Swinemünde] bekannt. Im März 2007 gründete die PGNiG eine spezielle Tochtergesellschaft für den Bau und den Betrieb des LNG-Terminals (Lang, 2007, S. 15; Wassenberg, 2008, S. 250-251). Die schnellen Fortschritte belegen, mit welcher Zielstrebigkeit die PiS-Regierung dieses Diversifizierungsprojekt verfolgte. Zum Baubeginn kam es jedoch in ihrer Legislaturperiode aufgrund der Neuwahlen im Herbst 2007 nicht mehr.

Nicht nur die Gasimporte, auch die nationalen Quellen der Energieerzeugung beabsichtigte die PiS-Regierung zu diversifizieren. Außenministerin Anna Fotyga bezeichnete dies als „vorrangige Maßnahme des Präsidenten und der Regierung der Republik [Polen], aller Minister“ (Fotyga, 2007b, S. 10). Das Hauptaugenmerk lag dabei auf der Kernenergie. Die Regierung begann damit, eine öffentliche Debatte über den Bau von Atomkraftwerken anzustoßen. Diese Überlegungen waren in Polen keineswegs neu:

Bereits in den 1980er Jahren hatte man in Polen über den Einstieg in die Kernenergie nachgedacht, bevor die Katastrophe in Tschernobyl und der Systemwechsel 1989 diesen Plänen ein Ende bereitet hatte. Aus dieser Zeit existierten jedoch noch die 1982 gegründete Staatliche Atombehörde (Państwowa Agencja Atomistyki, PAA) und das polnische Atomgesetz. Als erste polnische Regierung nach 1990 hatte vor der PiS bereits die 2001-2004 amtierende Miller-Regierung in einem energiepolitischen Strategiepapier vom Januar 2005 die Einführung der Kernenergie mit Blick auf die Diversifizierung der Energieträger und die internationalen politischen Vorgaben zur Emissionsreduzierung ins Auge gefasst und eine öffentliche Diskussion über ein polnisches Atomprogramm angeregt (Lang, 2007, S. 27).

Nun brachte Jaroslaw Kaczyński in seiner Antrittsrede das Thema erneut zur Sprache und stellte die rhetorische Frage: „Sollten wir nicht heute schon über Atomenergie nachdenken?“ (Kaczyński J., 2006). Zur Begründung führte er an, dass der polnische Energiemix mit seinem starken Kohleanteil in der EU aufgrund der Klimaschutzziele früher oder später auf Akzeptanzprobleme stoßen müsse. Die Perspektiven der Kernenergie in Polen wurden unter anderem auf einer vom polnischen Ministerrat und dem Wirtschaftsministerium im Juni 2006 ausgerichteten Konferenz erörtert. Der stellvertretende Wirtschaftsminister Naimski bekräftigte bei diesem Anlass, dass Atomkraft in Polen eine ernsthafte Option darstelle, eine definitive Entscheidung seiner Regierung in dieser Sache indes noch nicht gefallen sei (Lang, 2007, S. 27). Nennenswerte Fortschritte gab es in diesem Bereich der polnischen Energiesicherheitspolitik bis zum Ende der Legislaturperiode nicht mehr.

Der vorzeitige Regierungswechsel im Herbst 2007 setzte diesen und allen weiteren Initiativen der PiS-Regierung im Bereich Energiesicherheit ein vorläufiges Ende. Die Bilanz fiel – aufgrund der Kürze der Legislaturperiode und des großen Aufwands von Energie-Infrastrukturmaßnahmen nicht überraschend – bescheiden aus: Nicht ein einziges der wesentlichen Vorhaben war über die Planungsphase hinausgekommen.

6.3 Energiesicherheitspolitik unter PO/PSL, 2007-2015

Aus der kurzen Amtszeit der Vorgängerregierung folgte für die neu angetretene PO/PSL-Regierung, dass in der Energiepolitik noch keine unumkehrbaren Tatsachen

geschaffen worden waren. Entsprechend kündigte Ministerpräsident Tusk an, unter anderem die von der PiS priorisierte Diversifizierung der Gasversorgung auf den Prüfstand stellen zu wollen (Tusk, 2007). Es folgte eine Reflexionsphase von mehreren Monaten, deren Ergebnis eine Energie-Sicherheitspolitik war, die in nahezu allen wesentlichen Punkten die Politik der Vorgängerregierung fortsetzte. Dies sah sogar Tusks Vorgänger, schärfster Kritiker und neuer Anführer der parlamentarischen Opposition Jaroslaw Kaczyński so, der in einem Zeitungsinterview nach einem „verlorenen Jahr“ (zitiert nach Janke & Gociek, 2009) mit Genugtuung eine Rückkehr zur energiepolitischen Linie der PiS konstatierte. Die Abhängigkeit von Gas- und - mit geringerer Priorität - von Ölimporten galt auch unter PO/PSL bald als die größte akute Herausforderung für die polnische Energiesicherheit (Ministerstwo Gospodarki, 2009, S. 4).

6.3.1 Funktion und Effektivität internationaler Sicherheitsorganisationen

Im November 2009 beschloss die PO/PSL-Regierung ein zentrales Strategiedokument mit dem Titel *Polnische Energiepolitik bis zum Jahr 2030* (Ministerstwo Gospodarki, 2009). Darin zählte sie die multilaterale Kooperation ausdrücklich zu den wichtigsten Instrumenten ihrer Energiesicherheitspolitik. Als erste und wichtigste internationale Institution im Energiesektor nannte sie die EU, wohingegen die Nato keine Erwähnung fand (Ministerstwo Gospodarki, 2009, S. 5). Dies deutete bereits auf den hohen Stellenwert hin, den die EU zu diesem Zeitpunkt bereits in der polnischen Energiesicherheitspolitik genoss.

Als die PO/PSL-Regierung ihre Regierungsgeschäfte aufnahm, hatte der Themenkomplex der Energie- und Klimapolitik nach wie vor Hochkonjunktur auf der EU-Ebene. Sowohl unter der laufenden portugiesischen als auch unter den nachfolgenden Ratspräsidentschaften Deutschlands, Sloweniens und Frankreichs gehörte sie zu den Prioritäten (Rat der Europäischen Union, 2006b, S. 8). In der Klimapolitik ging es vorrangig um die Ausgestaltung und Umsetzung der Beschlüsse des Europäischen Rates vom März 2007, der bereits erwähnten „20-20-20“-Ziele. In der Energiepolitik standen außerdem die Einführung des Energie-Binnenmarktes für Gas und Strom sowie die

Verbesserung der Energieversorgungssicherheit auf der Agenda, das Thema also, das Polen am meisten interessierte. Energiesicherheit war folglich keineswegs das einzige Ziel auf EU-Ebene. Wenn die PO/PSL-Regierung dennoch so große Hoffnungen in die EU setzte, dann deshalb, weil diese, so Außenminister Sikorski vor dem Auswärtigen Ausschuss des Sejm, als einzige internationale Institution über „die finanziellen, rechtlichen und regulatorischen Mittel [verfügt], um allen ihren Mitgliedern Energiesicherheit zu gewährleisten“ (Kancelaria Sejmu, Biuro Komisji Sejmowych, 2008b, S. 7). Polen sah in der EU demnach den einzigen potenziellen Garant seiner Energiesicherheit. Ob sich allerdings die EU diese potenzielle Funktion auch aneignen würde, war aus polnischer Perspektive keinesfalls sicher. Vielmehr behandelte man in Polen diese Frage als ergebnisoffen und erklärte sie zu einem wichtigen Test für die grundsätzliche Effektivität der EU als Sicherheitsinstitution (Kancelaria Sejmu, Biuro Komisji Sejmowych, 2008b, S. 7).

Neben Chancen brachten die EU-Aktivitäten in den Bereichen Klimaschutz und der Liberalisierung des Binnenmarktes für Gas und Elektrizität jedoch aus polnischer Sicht auch erhebliche Risiken für die eigene Energiesicherheit mit sich. So ging es für die PO/PSL-Regierung zunächst darum, im Zuge der Verhandlungen über das so genannte Klima- und Energiepaket, das der Umsetzung der Beschlüsse des Europäischen Rates vom März 2007 diene, negative Konsequenzen der EU-Klimapolitik abzuwenden. Die polnische Sorge erläuterte Außenminister Sikorski in einem Zeitungsinterview wie folgt:

„Ein schlecht konstruiertes Energiepaket würde uns einen drastischen Preisanstieg bescheren und uns zwingen, noch mehr Erdgas aus dem Ausland zu beziehen“ (zitiert nach Gnauck, 2008).

Polen hatte unter der damals regierenden PiS die Klimaschutzziele des Europäischen Rates zwar mitverabschiedet, jedoch nur unter der Bedingung, dass die Beiträge der einzelnen Mitgliedstaaten noch zu verhandeln wären. Dabei, so sah es der seinerzeit gefundene Kompromiss vor, sollte auf die spezifischen energiepolitischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen in den Mitgliedstaaten Rücksicht genommen werden. Diese zentrale Forderung der Vorgängerregierung machte sich nun auch Ministerpräsident Donald Tusk zu eigen und mahnte auf der Sitzung des Europäischen Rates im März 2008, die Klimaschutzpolitik der EU dürfe das Ziel der Energiesicherheit nicht

beeinträchtigen. Die polnische Delegation erreichte nach eigenen Angaben, dass ein entsprechender Passus nachträglich in den Entwurf der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates aufgenommen wurde (Rzeczpospolita Polska, 2008, S. 66).

Vor allem die im Rahmen des neu eingeführten europäischen Emissionshandelssystems von der Europäischen Kommission vorgeschlagene Vollversteigerung der CO₂-Zertifikate ab dem Jahr 2013 weckte in Polen mit seinem hohen Anteil an Kohleverstromung größte Befürchtungen. Dies werde, so polnische Regierungsglieder bei einer Sitzung des Wirtschaftsausschusses im polnischen Parlament, eine Verteuerung der polnischen Energiepreise um 50-70 Prozent haben. Der in den Verhandlungen auf EU-Ebene federführende polnische Umweltminister Nowicki kündigte an, dies durch Aktivitäten „in allen möglichen Foren auf allen Ebenen“ (Kancelaria Sejmu, Biuro Komisji Sejmowych, 2008a, S. 6) verhindern zu wollen, maßgeblich durch die Suche nach gleichgesinnten EU-Mitgliedstaaten und die Bildung einer Veto-Koalition. Auch daran wird deutlich, dass die Klimaschutzpolitik der EU in Polen vor allem unter Energiesicherheitsaspekten gesehen wurde. Ein Sprecher des Wirtschaftsministeriums fügte hinzu, dass die 20-20-20-Ziele des Europäischen Rates von 2007 nach Auffassung der polnischen Regierung in erster Linie symbolische Bedeutung gehabt hätten und unter Umständen revidiert werden müssten, sollten sie sich nun als unhaltbar herausstellen (Kancelaria Sejmu, Biuro Komisji Sejmowych, 2008a, S. 7).

Entsprechend kompromisslos präsentierte sich die polnische Regierung in den Verhandlungen, die unter der französischen Ratspräsidentschaft in die „heiße Phase“ gingen. Beim vorentscheidenden Europäischen Rat im Oktober 2008 gelang es Polen, eine Veto-Koalition aus neun MOE-Staaten zu bilden. Am Ende stand ein voller Erfolg für Polen: Die Vollversteigerung der CO₂-Zertifikate wurde beim Ratstreffen im Dezember 2008 bis zum Jahr 2020 verschoben. Man habe alle seine Ziele erreicht, stellte ein polnischer Regierungsvertreter zufrieden fest (Die Welt, 2008).

Anders als in der Klimapolitik legte Polen in anderen Bereichen der EU-Energiepolitik ein ausgesprochenes Interesse und einen konstruktiven Gestaltungswillen an den Tag. Es versuchte mit eigenen Initiativen und Konzepten, die EU für die Stär-

kung der polnischen Energieversorgungssicherheit zu instrumentalisieren. Aus polnischer Sicht lag der potenzielle Nutzen der EU vor allem in der Verwirklichung zweier Ziele: der Etablierung eines Krisenreaktionsmechanismus' sowie zweitens der Schaffung einer gemeinsamen Energie-Außenpolitik der EU-Mitgliedstaaten. Die russisch-ukrainische Gaskrise habe die Wirkungslosigkeit der bisherigen Vereinbarungen auf EU-Ebene offenbart, so Ministerpräsident Tusk in einem Zeitungsinterview, als es trotz fundamentaler Versorgungsprobleme einiger Mitgliedstaaten keine automatische EU-Reaktion gegeben habe:

„That is why we should prepare the European Union as quickly as possible from a technical and logistical point of view, so that in the event of a crisis the reaction would be rapid and adequate. Secondly, we should be able to talk to energy suppliers [...] as a whole“ (zitiert nach Wagstyl, 2010).

Wie schon ihre Vorgängerin setzte sich die PO/PSL-Regierung weiter vehement für die Einrichtung eines Krisenreaktionsmechanismus ein, der im Falle eines Gas-Lieferstopps greifen sollte. Die polnischen Hoffnungen und Forderungen richteten sich vor allem auf die geplante Überarbeitung der bereits erwähnten Richtlinie 2004/67/EG zur Gewährleistung der Gasversorgungssicherheit (Rat der Europäischen Union, 2004) durch die Europäische Kommission.

Die Novelle sollte nach polnischen Vorstellungen konkrete Krisenreaktionsmaßnahmen auf staatlicher und Gemeinschaftsebene vorsehen, die automatisch aktiviert würden, sobald Anzeichen für eine drohende Lieferunterbrechung vorlägen. Vom Umfang der Maßnahmen und der Gewissheit ihres Eintretens versprach sich die polnische Regierung nicht zuletzt eine starke präventive Wirkung. Die Europäische Kommission sollte in diesem neuen Energiesicherheitssystem eine zentrale Funktion übernehmen: Sie sollte ein Handlungsmandat für den Fall bekommen, dass das Funktionieren des Binnenmarkts bedroht wäre und die EU-Staaten nicht die erforderlichen Gegenmaßnahmen ergreifen könnten. Die PO/PSL-Regierung forderte also nichts anderes als die funktionale Erweiterung der EU zu einer eben solchen „Energie-Nato“, wie sie schon der PiS-Regierung vorgeschwebt hatte.

Wie unter der PiS-Regierung genoss in Polen auch jetzt der Bau bzw. Ausbau der sog. Interkonnektoren, d.h. grenzüberschreitende Pipelines, die die nationalen Gasnetze in Europa miteinander verbinden sollten, Priorität. Zum Glück aus polni-

scher Sicht teilte die Europäische Kommission diese Auffassung und legte im November 2008 in einem „Aktionsplan für Energieversorgungssicherheit und -solidarität“ (Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2008, S. 4-6) entsprechende Vorschläge zum Ausbau der Gasleitungsinfrastruktur vor, die Polen sehr begrüßte.

Auch im Rat der EU bestand im Februar 2009 über die Notwendigkeit des Ausbaus der Interkonnektoren sowie der Diversifizierung der Gasversorgung Konsens. Erfreulich war aus polnischer Sicht auch, dass der Europäische Rat bei seiner Tagung im März 2009 fünf Mrd. Euro für Energieinfrastruktur-Projekte veranschlagte, darunter für den Bau von *Skawled* und der *Baltic Pipe*, den polnischen LNG-Terminal und den Interkonnektor zwischen Polen und der Slowakei. Er beauftragte die Kommission ferner damit, Anfang 2010 ein neues Finanzinstrument zur Förderung der Energiesicherheit und der Energieinfrastruktur zu präsentieren (Rat der Europäischen Union, 2009).

Beim zweiten der genannten Ziele, einer gemeinsamen Energie-Außenpolitik, verzeichnete die polnische Regierung in den Jahren 2007-2011 ebenfalls Fortschritte in der EU. Auch hier fand sie unter anderem in der Europäischen Kommission sowie in Frankreich Gleichgesinnte, das in der zweiten Jahreshälfte 2008 den Ratsvorsitz innehatte. In ihrem oben genannten Aktionsplan für Energieversorgungssicherheit benannte die Kommission die Energie-Außenbeziehungen als einen von fünf Kernbereichen, in dem Verbesserungen notwendig seien. Weil die Interdependenz der Staaten im Energiebereich weltweit zunehme, müsse Energie in den EU-Außenbeziehungen einen angemessenen Stellenwert erhalten, so die Kommission (Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2008, S. 8).

Die französische Ratspräsidentschaft bezeichnete die Vorschläge der Kommission als gute Ausgangsbasis für die Gestaltung einer Energie-Außenpolitik und unterstrich ebenfalls, dass die EU international mit einer Stimme sprechen müsse. Diese Forderung griffen die EU-Energieminister im Februar 2009 auf und hoben ebenfalls die Bedeutung der externen Energiebeziehungen für die Energiesicherheit der EU hervor, wie schließlich auch die Staats- und Regierungschefs, die sich beim Europäischen Rat im März 2009 und erneut im Februar 2011 mit der Energieversorgungssicherheit der EU beschäftigten (Rat der Europäischen Union, 2009). Sie bekannten sich zu größerer

„Einheitlichkeit und Kohärenz in den Außenbeziehungen der EU zu den wichtigsten Erzeuger-, Transit- und Verbraucherländern“ (Europäischer Rat, 2011a, S. 4) und ersuchten die Kommission um Vorschläge, wie dieses Ziel zu erreichen sei.

Auf Grundlage dieser Beschlüsse bemühte sich die polnische Regierung intensiv, die eigene Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2011 für die Stärkung der Energie-Außenbeziehungen der EU zu nutzen, was zum Teil auch gelang: Als größten Erfolg wertete die polnische Regierung selbst die Tagung der EU-Energieminister vom 24. November 2011 (Ministerstwo Spraw Zagranicznych, 2012, S. 13). Deren „Schlussfolgerungen zur Verstärkung der externen Dimension der EU-Energiepolitik“ (Rat der Europäischen Union, 2011, S. 11), bei deren Umsetzung der Europäische Rat im Dezember 2011 seinerseits „dringend Fortschritte“ (Europäischer Rat, 2011b, S. 3) annahmte, sahen unter anderem eine stärkere Koordinierung der nationalen Energiepolitiken sowie eine engere Zusammenarbeit mit Drittländern vor (Rat der Europäischen Union, 2011, S. 11). Das zufriedene Fazit der polnischen Regierung lautete:

„Durch die Annahme der oben erwähnten Schlussfolgerungen leistete die polnische Präsidentschaft, im Einklang mit ihren Zielen, einen konkreten Beitrag zur Definition der Energie-Außenpolitik der EU und krönte die von Polen noch unter der vorherigen Ratspräsidentschaft [Ungarn; Anm. d. Verf.] unternommenen Anstrengungen“ (Ministerstwo Spraw Zagranicznych, 2012, S. 14).

Vorbereitet hatte Polen diesen Erfolg auf einer informellen Sitzung des Rates im September 2011 in Breslau (Ministerstwo Spraw Zagranicznych, 2012, S. 13). Ein zweiter Erfolg aus polnischer Sicht war, dass der Rat ebenfalls im September 2011 der Europäischen Kommission ein Mandat für Verhandlungen eines Rahmenabkommens mit Turkmenistan und Aserbaidschan zum Bau einer transkaspischen Gaspipeline erteilte. Dies wertete Polen als wichtigen Schritt bei der Diversifizierung der europäischen Erdgasimporte (Ministerstwo Spraw Zagranicznych, 2012, S. 14).

Der trotz dieser vielversprechenden Ansätze als unzureichend bewertete Fortschritt in den folgenden Jahren und die Sorge über die Ereignisse in der Ukraine im Jahr 2014 veranlassten Polen, einen neuen Vorstoß zur Verbesserung der Energiesicherheit zu unternehmen. Im April 2014 legte die polnische Regierung ihren EU-Partnern eine *Roadmap towards an Energy Union for Europe* vor (Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Poland, 2014b). Der Vorschlag einer Energie-Union sah u.a. einen Ausbau

der europäischen Gasinfrastruktur vor, der sowohl die Diversifizierung der Importe als auch die Verbindung der verschiedenen nationalen Gasnetze erlauben würde. Die EU sollte nach Ansicht Polens bis zu drei Viertel der Kosten für entsprechende Projekte übernehmen. Weitere Vorschläge betrafen u.a. die Entwicklung eines Krisenreaktionsmechanismus, ein gemeinsames Verhandeln der EU-Staaten mit externen Lieferanten sowie die Entwicklung europäischer Energieträger wie vor allem Kohle und Schiefergas (Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Poland, 2014b).

Die Vorschläge Polens fielen nach eigener Ansicht hauptsächlich dank der Ukraine-Krise auf fruchtbaren Boden, wie der damalige Verteidigungsminister Siemoniak zufrieden konstatierte:

“We finally have a discussion about how to lower Europe’s energy dependence on Russia. [...] Prime Minister Donald Tusk has proposed an energy union for the EU. We are finally talking about it, whereas a year ago this would most likely have had little traction in the EU. Today even among countries heavily dependent on Russia we are beginning to see movement on energy policy. I would go so far as to say that for the first time we in the EU are beginning to look for our own solutions” (zitiert nach Michta, 2014).

Mit ihrem *Paket zur Energieunion* (Europäische Kommission, 2015) von Februar 2015 reagierte die Europäische Kommission auf den polnischen Vorschlag und „erfüllte den Großteil der polnischen Erwartungen“ (Buras, 2015, S. 6), so ein polnischer Experte, wenn auch mit Einschränkung (Bielecki T., 2015; Wenerski, 2015).¹¹⁷ Außenminister Schetyna stellte mit Genugtuung fest, dass die Kommission die Energie-Union zu ihrer Priorität gemacht und wesentliche polnische Forderungen wie den Ausbau der Verbindungsleitungen und die Diversifizierung der Gasimporte aufgegriffen hatte (Kancelaria Sejmu, Biuro Komisji Sejmowych, 2015, S. 6).¹¹⁸

Nato

Die PO/PSL-Regierung bemühte sich weiterhin intensiv darum, Energieversorgungssicherheit auch im Aufgabenspektrum der Nato zu etablieren. Ein Meilenstein auf dem Weg dorthin sollte der Bukarester Gipfel im April 2008 werden, auf dem der 2006

¹¹⁷ Vgl. allerdings die sehr kritischen Kommentare in einer polnischen Tageszeitung eines Journalisten (Szymański, 2015) und einer Europa-Abgeordneten der oppositionellen PiS (Wiśniewska, 2015).

¹¹⁸ Dafür sprach auch, dass Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker 2014 den Posten eines Vizepräsidenten für die Energieunion schuf (Samardi, 2014).

in Riga in Auftrag gegebene Bericht vorgestellt und diskutiert werden sollte. Zwei Monate vor dem Bukarester Gipfel warb der neue Außenminister und frühere Verteidigungsminister Sikorski auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2008 noch einmal intensiv für ein aktives Engagement der Nato (Sikorski, 2008a). Bei einer Konferenz in Warschau einen Monat vor dem besagten Gipfeltreffen in Bukarest würdigte Nato-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer Polens Engagement dabei, Energiesicherheit auf die Nato-Agenda zu setzen. Er deutete jedoch gleichzeitig an, dass sich deren Funktion seiner Ansicht nach auf die Unterstützung nationaler und internationaler Anstrengungen beim Schutz von Energie-Infrastruktur beschränken werde (De Hoop Scheffer, 2008).

Tatsächlich blieben die Ergebnisse von Bukarest weit hinter den polnischen Erwartungen zurück. In der Abschlusserklärung hieß es dort zum Thema Energiesicherheit:

„Nato will engage in the following fields: information and intelligence fusion and sharing; projecting stability; advancing international and regional cooperation; supporting consequence management; and supporting the protection of critical energy infrastructure“ (Bucharest Summit Declaration, 2008).¹¹⁹

Die Staats- und Regierungschefs der Bündnisstaaten erteilten der Nato zwar somit erstmals in deren Geschichte ein grundsätzliches Mandat, im Bereich der Energiesicherheit aktiv zu werden. Wirklich relevante Aufgaben übertrugen sie ihr aber nicht. Während ein grundlegender Konsens in der Analyse bestand, dass Russland Energieträger als politisches Druckmittel einsetzte, scheuten die meisten Nato-Mitglieder eine offene Konfrontation. Eine Ausweitung von Artikel V auf Energie-Lieferunterbrechungen etwa stand nie ernsthaft zur Debatte (Gallis, 2008, S. 3).

Auch beim Gipfeltreffen in Straßburg und Kehl 2009 konnte sich Polen erneut mit der Forderung nach einem stärkeren Nato-Engagement nicht durchsetzen. Im neuen Strategischen Konzept der Nato aus dem Jahr 2010 schlug sich die Zurückhaltung der meisten Staats- und Regierungschefs wie folgt nieder: Zwar benannte das

¹¹⁹ So reiste nach dem Gipfel eine Nato-Delegation nach Kasachstan, um den Schutz kasachischer Ölfördereinrichtungen zu erörtern (Gallis, 2008, S. 2).

Dokument zur ausdrücklichen Zufriedenheit der polnischen Regierung Energiesicherheit als neues Risiko, doch auch hier blieb eine mögliche Rolle der Nato vage (North Atlantic Treaty Organisation, 2010).

Trotz eines relativen Bedeutungsgewinns der Energiesicherheit innerhalb der Nato in den vergangenen Jahren blieb bis zum Ende des Untersuchungszeitraums unklar, welche konkrete Funktion die Nato über den Schutz von Energie-Infrastruktur hinaus übernehmen könnte. Ausgedrückt in den Worten eines deutschen Nato-Mitarbeiters kam Energiesicherheit nicht über den Status eines „Stiefkindes“ der Nato hinaus:

“[T]his mandate was rather narrow and rather defensive. Energy security was accepted [...] as a legitimate role of Nato, but it was a heavily caveated role. In a way, energy security remained a stepchild of Nato’s agenda” (Rühle, 2012).

Daher blieb aus polnischer Sicht die Effektivität der Nato als Instrument für die polnische Energiesicherheitspolitik trotz eines relativen Bedeutungsgewinns gegenüber dem Vor-Untersuchungszeitraum absolut betrachtet und vor allem im Vergleich zur EU äußerst beschränkt.

6.3.2 *Bilaterale Kooperation*

Neben den genannten Bemühungen um verstärkte multilaterale, institutionalisierte Kooperation behielten auch bilaterale Projekte eine zentrale Bedeutung. Einen Schwerpunkt bildeten wie schon unter der Vorgängerregierung die Kooperationen im Gassektor.

Eine unverändert hohe Priorität maß die polnische Regierung 2007-2015 der Diversifizierung der Quellen und Importrichtungen von Erdgas bei (Ministerstwo Gospodarki, 2009, S. 11). Den erforderlichen, von der Vorgängerregierung eingeleiteten Ausbau der Import-Infrastruktur trieb sie voran. Priorität genoss vor allem der Bau des LNG-Terminals. Im August 2008 entschied sich der Ministerrat für den schnellstmöglichen Bau des Terminals und bezeichnete es als Projekt von strategischer Bedeutung (Aulich, 2008). Mit dem Bau und Betrieb betraute er die *Polskie LNG*

S.A. (PLNG), eine eigens zu diesem Zweck gegründete Tochter der PGNiG.¹²⁰ Dieser Entscheidung vorausgegangen war eine mehrmonatige Reflexionsphase, wie sie Premier Donald Tusk zu Beginn seiner ersten Amtszeit auch angekündigt hatte:

„Mit Aufmerksamkeit behandeln wir die Anstrengungen der vorherigen Regierung in der Frage der Diversifizierung der Lieferung von Energieträgern. Wir schätzen einige ihrer Aktivitäten in diesem Bereich sehr, aber behalten uns auch das Recht vor, einige Pläne dort zu korrigieren, wo wir es für notwendig erachten“ (Tusk, 2007).

Namentlich der in der Energiepolitik federführende Wirtschaftsminister Pawlak (PSL) hatte die Sinnhaftigkeit des LNG-Projekts wiederholt in Zweifel gezogen, zuletzt im Mai 2008. Vor diesem Hintergrund mutet die Entscheidung des Ministerrates wie ein plötzlicher Sinneswandel an, über dessen Gründe dem Verfasser keine gesicherten Erkenntnisse vorliegen und über die daher nur spekuliert werden kann. Der Zeitpunkt im August 2008 legt einen Zusammenhang zum Georgienkrieg nahe. Es dürfte kein Zufall sein, dass auch die Entscheidung der Tusk-Administration für die Beteiligung am US-Raketenschild im August 2008 fiel.

Die russische Intervention in Georgien könnte dazu geführt haben, dass nun auch die PO/PSL-Regierung der Energiesicherheit höchste sicherheitspolitische Relevanz einräumte und damit auch dem Bau des LNG-Terminals (vgl. in diesem Sinne auch Aulich, 2008). Als Indiz für diese Lesart kann der dokumentierte Sinneswandel von Wirtschaftsminister Pawlak dienen. Der einstige LNG-Gegner warb in einer Regierungserklärung im Parlament anlässlich der neuerlichen russisch-ukrainischen Gaskrise am 9. Januar 2009 nun auf einmal *für* den Bau des LNG-Terminals. Da Flüssiggas schätzungsweise 1,5 Mal teurer als das russische Pipeline-Gas sei, werde die polnische Regierung bei der EU beantragen, LNG staatlich subventionieren zu dürfen, so Pawlak (zitiert nach Sejm Rzeczypospolitej Polskiej, 2009, S. 300). Im Vergleich zu Pawlaks vorheriger Position hatten offensichtlich im Laufe des Jahres 2008 sicherheitspolitische Motive gegenüber rein ökonomischen Erwägungen die Oberhand gewonnen.

Im April 2009 passierte ein Gesetz den Sejm, das die Investitionen in den LNG-Terminal regelte. Zwei Monate später schloss die PGNiG mit *Qatargas* einen Vertrag

¹²⁰ In den folgenden Monaten übernahm die vollständig staatseigene *Gaz-System S.A.* die PLNG zu einhundert Prozent (Aulich, 2008).

über die Lieferung von jährlich 5 Mrd. m³ Gas ab 2014. Der Vertrag über den Bau des LNG-Terminals wurde am 15. Juli 2010 unterzeichnet (Polskie LNG et al., 2010, S. 4-6). Der Terminal wurde als erster seiner Art in Europa im Dezember 2015 mit einer Gas-Lieferung aus Katar in Betrieb genommen (Gutsche, 2015).¹²¹

Weniger dynamisch verlief das zweite große Diversifizierungsvorhaben, der Bau einer polnisch-dänischen Pipeline. Zwar machte sich die PO/PSL-Regierung auch die Pläne und Aktivitäten der PiS-Regierung zur Schaffung eines Energiekorridors für den Transport norwegischen Gases nach Polen und den Bau der *Skanded*-Pipeline und der *Baltic Pipe* zu eigen (Ministerstwo Gospodarki, 2012, S. 29). Sie konnte jedoch nicht verhindern, dass das *Skanded*-Konsortium das Projekt im April 2009 wegen niedriger Gaspreise und unsicherer Nachfrageentwicklung im Zuge der globalen Wirtschaftskrise gegen ihren Willen auf Eis legte (Press Office of PGNiG SA, 2009; Ministerstwo Gospodarki, 2012, S. 29). Dies stellte automatisch auch das zweite Pipeline-Projekt, die *Baltic Pipe*, in Frage, deren ursprünglicher Zweck aus polnischer Sicht ja die Verlängerung der *Skanded* nach Polen gewesen war. Im Juni 2009 stoppte die zuständige *Gaz-System S.A.* aufgrund mangelnder Nachfrage auch dieses Projekt, so dass der Import norwegischen Gases erneut in weite Ferne rückte (Biuro Bezpieczeństwa Narodowego, 2009, S. 9).

Dies gab in Polen Anlass zu Verschwörungstheorien. Regierungsnahe Experten argwöhnten, dass Russland hinter dem Stopp der *Skanded*-Pipeline stecken könnte. Der Sicherheitsrat des Präsidenten, das *Biuro Bezpieczeństwa Narodowego*, wies darauf hin, dass es die deutsche E.ON Ruhrgas gewesen sei, die mit ihrem Rückzug das *Skanded*-Projekt zum vorläufigen Scheitern gebracht habe. Diese wiederum sei durch die gemeinsame Beteiligung am *Northstream*-Konsortium und Aktienanteile eng mit *Gazprom* verbunden (Biuro Bezpieczeństwa Narodowego, 2009, S. 9).

¹²¹ Im Juni 2017 erhielt Polen erstmalig eine LNG-Lieferung aus den USA und strebte einen dauerhaften Liefervertrag an (Hassel, 2017). Wenn die USA, wie die IEA prognostiziert, tatsächlich in den kommenden Jahren zum weltgrößten Exporteur von Flüssiggas werden sollte, könnte der Flüssiggas-Terminal den erhofften Durchbruch für Polen bei der Senkung der Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen bringen.

Trotz dieser Rückschläge hielt die PO/PSL-Regierung an beiden Pipelineprojekten fest und setzte nach eigenen Angaben die Verhandlungen mit den skandinavischen Ländern fort, ohne dass es jedoch sichtbare Fortschritte bei der Realisierung der Projekte gegeben hätte (Ministerstwo Gospodarki, 2012, S. 29).

Vielversprechender entwickelte sich der Ausbau der übrigen Interkonnectoren. Das maximale Transportvolumen der polnisch-deutschen Verbindungspipeline beim brandenburgischen Lasow wurde in den Jahren 2009-2011 von jährlich 0,5 Mrd. m³ auf 1,5 Mrd. m³ verdreifacht. Einen weiteren Ausbau schloss die polnische Regierung bei entsprechender Nachfrage auf dem polnischen Markt nicht aus (Ministerstwo Gospodarki, 2012, S. 26-27). Bei Cieszyn im Süden Polens wurde ebenfalls 2011 der Bau einer Verbindungspipeline nach Tschechien abgeschlossen, die in beide Richtungen genutzt werden kann. Dieser Interkonnecter verfügte zunächst über ein Transportvolumen von jährlich 0,5 Mrd. m³, sollte jedoch nach Plänen der damaligen polnischen Regierung auf bis zu 3 Mrd. m³ ausgebaut werden. Über Tschechien und die Slowakei ist das polnische Gasnetz seitdem auch mit dem österreichischen Baumgarten verbunden, einem wichtigen Gasumschlagplatz in Europa (Ministerstwo Gospodarki, 2012, S. 27). Weitere Interkonnectoren nach Litauen und in die Slowakei befanden sich am Ende des Untersuchungszeitraums in der Planungsphase (Ministerstwo Gospodarki, 2012, S. 30), wie Abbildung 5 zeigt.

Den größten Effekt für die Diversifizierung der Gaslieferungen jedoch erreichte die polnische Regierung mit einer Maßnahme, die gänzlich ohne den Ausbau von Infrastruktur auskam: die virtuelle Umkehrung der Fließrichtung („Virtual Reverse Flow“¹²²) des letzten Abschnitts der Jamal-Pipeline, die im November 2011 möglich wurde. Diese verschaffte Polen Zugang zum europäischen Spotmarkt. Bis zu 2,3 Mrd. m³ jährlich konnte Polen in der Folge auf diese Weise zusätzlich importieren (Ministerstwo Gospodarki, 2012, S. 29).¹²³

¹²² Bei *Virtual Reverse Flow* „bewegt sich das Erdgas nicht tatsächlich in die Gegenrichtung, sondern wird der in Gegenstromrichtung gewünschte Erdgaslastfluss von dem in die Hauptrichtung fließenden Erdgas abgezogen“ (Sammlung der Rechtsprechung, 2013, S. 1).

¹²³ Wie schon bekannt, verbindet die Jamal-Pipeline die Gasfelder Sibiriens über Weißrussland mit Polen und Deutschland. Gas kann jedoch nur in eine Richtung, von Ost nach West nämlich, transportiert werden.

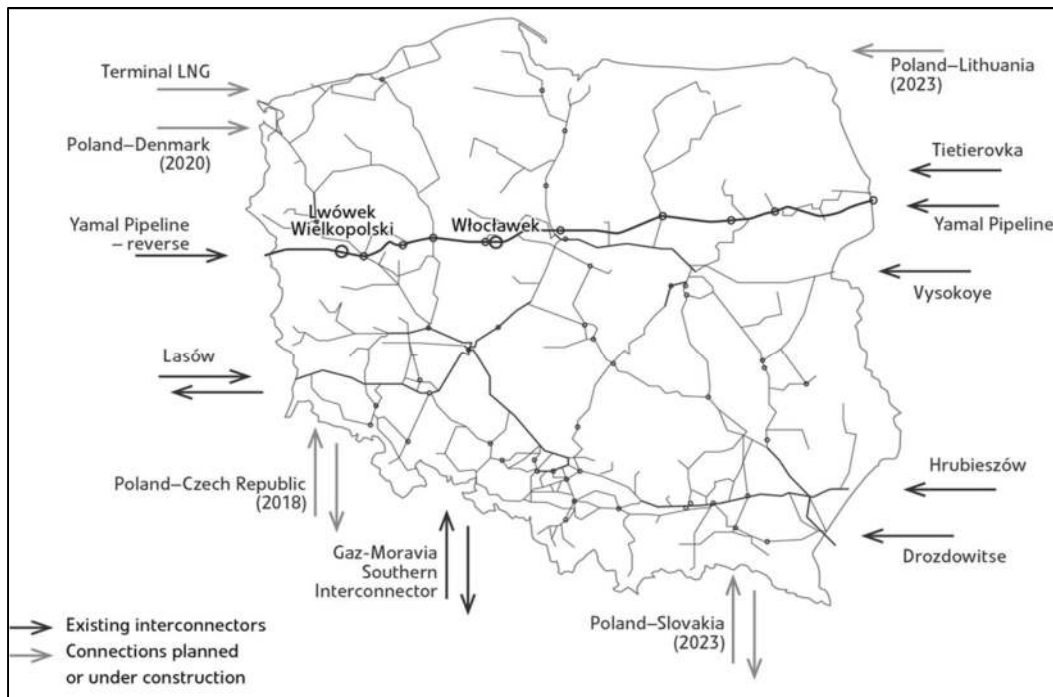


Abb. 5: Bestehende und geplante Gasleitungen von Polen ins benachbarte Ausland

Quelle: Polskie Górnictwo Naftowe i Gazownictwo (2015).

Aufgrund der bis dahin implementierten Maßnahmen stieg das Volumen der Importe aus nicht-russischen Quellen im Jahr 2012 auf 2 Mrd. m³ oder 18 Prozent des Gesamtimportvolumens (Polskie Górnictwo Naftowe i Gazownictwo, 2013, S. 16).

Ein weiterer Meilenstein bei der möglichen Diversifizierung der Gasimporte war die Fertigstellung des LNG-Terminals im Oktober 2015 mit einer Importkapazität von 5 Mrd. m³ jährlich, genug um mehr als ein Drittel des jährlichen polnischen Importbedarfes zu decken. Die erste Lieferung auf Basis der einige Jahre zuvor abgeschlossenen langfristigen Verträge mit Katar erfolgte zwei Monate später (International Energy Agency, 2017a, S. 140, 154).

Dagegen war mit der *Baltic Pipe* das zweite Großprojekt mit einem potenziellen Importvolumen von bis zu 10 Mrd. m³ jährlich am Ende des Untersuchungszeitraumes nur wenig vorangekommen. Eine Machbarkeits-Studie mit ungewissem Ergebnis

tiert werden. Eine (physische) Umkehrung der Fließrichtung des letzten Abschnitts der Jamal-Pipeline zwischen Polen und Deutschland war schon einmal ins Auge gefasst worden, von polnischer Seite allerdings nicht weiterverfolgt worden (Lang, 2007, S. 11).

stand hier noch aus, so dass im günstigsten Fall eine Inbetriebnahme frühestens im Jahr 2022 zu erwarten stand (International Energy Agency, 2017a, S. 141).

Trotz eines Anstiegs des polnischen Erdgasverbrauchs um 13 Prozent zwischen 2005 und 2015 sank dank der Diversifizierungsmaßnahmen der Anteil der Gasimporte aus Russland an den polnischen Gasimporten zwischen 2009 und 2015 von 82 auf 72 Prozent. Gleichzeitig stieg der Anteil der Importe aus Deutschland auf 26 Prozent im Jahr 2015. Absolut betrachtet stiegen die Gasimporte aus Deutschland 2005-2015 um das Achtfache (International Energy Agency, 2011, S. 98; 2017a, S. 140).¹²⁴

6.3.3 Unilaterale Maßnahmen und Aktivitäten

Wie bereits unter der Vorgängerregierung standen im Gassektor neben der Diversifizierung der Gasimporte der Ausbau der polnischen Gasspeicher und die Steigerung der heimischen Gasförderung im Vordergrund (Ministerstwo Gospodarki & Ministerstwo Skarbu Państwa, 2010, S. 34; Ministerstwo Gospodarki, 2009, S. 11).

Die PGNiG setzte den Ausbau ihrer Gasspeicherkapazitäten unter der PO/PSL-Regierung erfolgreich fort. In den Jahren 2007-2014 wurde die Gesamtspeicherkapazität auf polnischem Territorium um rund 50 Prozent auf fast 3 Mrd. m³ erhöht (Ministerstwo Skarbu Państwa, 2014).

An erster Stelle der unilateralen Maßnahmen zur Verbesserung der Energiesicherheit nannte die *Energiestrategie 2030* die Verbesserung der Energieeffizienz (Ministerstwo Gospodarki, 2009). Die PO/PSL-Regierung bekannte sich wie schon ihre Vorgängerin zu dem von der Europäischen Kommission angestrebten Einsparziel von 20 Prozent bis 2020 (Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2006a). Es ging der polnischen Regierung jedoch nicht nur darum, ihren Verpflichtungen in der EU nachzukommen. Vielmehr sah sie selbst in der Steigerung der Energieeffizienz den Schlüssel für das Erreichen ihrer energiepolitischen Ziele, allen voran die Verbesserung der Energieversorgungssicherheit (Ministerstwo Gospodarki, 2009, S. 7). Ihr erklärtes Ziel

¹²⁴ Hierbei ist zu berücksichtigen, dass ein Teil des aus Deutschland importierten Gases ebenfalls aus Russland kam, außerdem aus Norwegen und den Niederlanden (International Energy Agency, 2017a, S. 140).

war es daher, das erwartete Wachstum der polnischen Wirtschaft in den kommenden Jahren ohne einen signifikanten Anstieg des Energieverbrauchs zu verwirklichen. Dazu sollte die Energieintensität der polnischen Wirtschaft längerfristig auf den Durchschnitt der 15 „alten“ EU-Mitgliedstaaten gesenkt werden (Ministerstwo Gospodarki, 2009, S. 7).

Um dieses Ziel zu erreichen, verabschiedete sie im Jahr 2011 ein neues Energieeffizienz-Gesetz. Darin hielt sie an dem Ziel der PiS fest, bis 2016 zunächst neun Prozent des Endenergieverbrauchs einzusparen (Central Statistical Office, 2009, S. 45). Der Internationalen Energieagentur zufolge lag vor allem im Gebäudesektor ein erhebliches Einsparpotenzial, dem mit Abstand größten Energieverbraucher in Polen (International Energy Agency, 2011, S. 48).¹²⁵ Zur Ausschöpfung dieses Potenzials führte die polnische Regierung 2008 verbindliche Auflagen für den Neubau und die Renovierung von Gebäuden ein, die 2010/2011 noch einmal verschärft wurden. Da neue Gebäude jedoch nur einen Bruchteil des Gebäudebestands in einem Land ausmachen, lässt sich das auf dem Papier enorme Einsparpotenzial im Gebäudesektor nur über einen langen Zeitraum hinweg realisieren. Die kurzfristigen Effekte der genannten Maßnahmen waren daher auf natürliche Weise begrenzt. Daher konzentrierte sich die *Polnische Energiestrategie 2030* hauptsächlich auf die Steigerung der Effizienz im Energiesektor (International Energy Agency, 2011, S. 48-51).

Dagegen trugen die Bemühungen um eine signifikante Steigerung der nationalen Erdgasproduktion kaum Früchte. Die konventionelle Erdgasförderung konnte von 2005 bis 2015 lediglich um etwas mehr als 5 Prozent ausgebaut werden.

Zwischenzeitlich setzte die polnische Regierung große Erwartungen in die potenzielle Erschließung gewaltiger Mengen unkonventioneller Schiefergas-Vorkommen, die unter der polnischen Erde vermutet wurden. Grobe Schätzungen der US-Energieinformationsbehörde EIA taxierten diese im Jahr 2011 auf mehr als 5.000 Mrd. m³, mehr als in jedem anderen europäischen Land und genug, um Polen nicht nur für 300 Jahre autark, sondern sogar zu einem bedeutenden Gasexporteur werden zu lassen

¹²⁵ Mehr als 50 Prozent der Energie wurde demnach in Polen zum Heizen aufgewendet, wobei es vor allem wegen schlechter Isolierung zu großen Verlusten kam (International Energy Agency, 2011, S. 48).

(Reuters, 2012). Die Schätzungen des Polnischen Geologischen Dienstes fielen zwar deutlich geringer aus, und auch die EIA korrigierte ihre Zahlen in den Folgejahren nach unten. Doch dass Polen über bedeutende Schiefergasvorkommen verfügt, gilt bis heute als wahrscheinlich.

Das zuständige polnische Umweltministerium vergab bereits in den Jahren 2009/2010 zahlreiche Lizenzen für Probebohrungen, u.a. an mehrere US-amerikanische Energieriesen wie ExxonMobil und Chevron sowie den staatlichen Energiekonzern PGNiG (Reuters, 2012; International Energy Agency, 2011, S. 100), was Außenminister Sikorski bereits von Polen als einem „zweiten Norwegen“ (Kenarov, 2013a) sprechen ließ.

Von dieser Erwartung war am Ende des Untersuchungszeitraumes nicht viel geblieben, und es war ungewiss, ob und wann Schiefergas in Polen im industriellen Maßstab jemals gefördert werden würde. Die Mehrzahl der Unternehmen hatte sich aus der Exploration der vermuteten Vorkommen aus mehreren Gründen wieder zurückgezogen:

- niedrige Gaspreise stellten die Wirtschaftlichkeit einer Schiefergasförderung in Polen in Frage;
- die Ergebnisse der Probebohrungen hatten das vermutete erhebliche Potenzial nicht bestätigt;
- einige Unternehmen beklagten sich über den mangelhaften gesetzlichen Rahmen und langwierige bürokratische Genehmigungsverfahren;
- massive Proteste der lokalen Bevölkerung, die z.B. den US-Konzern Chevron zum Rückzug veranlassten (Neslen, 2015; Kenarov, 2013a; Kenarov, 2013b).

Wie ihre Vorgängerin strebte die PO/PSL-Regierung eine Verringerung der Importabhängigkeit von Russland auch über die Diversifizierung der heimischen Energieerzeugung an. Auch sie dachte hierbei in erster Linie nicht etwa an erneuerbare Energien, sondern an die Kernenergie. Die vage gebliebenen Überlegungen der PiS-Regierung konkretisierte sie in einigen handfesten Schritten. Im Einstieg in die Kernenergie glaubte die Regierung den Schlüssel zur Quadratur des Kreises gefunden zu

haben: das Umsetzen der EU-Klimaschutzziele bei gleichzeitiger Steigerung der polnischen Energieversorgungssicherheit (Ministerstwo Gospodarki & Ministerstwo Skarbu Państwa, 2010, S. 5).

Nach einem in dieser Hinsicht ereignislosen ersten Regierungsjahr 2007/2008 nahm das polnische Nuklearprogramm im Januar 2009 an Fahrt auf. Im Januar 2009 fasste der Ministerrat einen Grundsatz-Beschluss zum Bau mindestens zweier Kernkraftwerke, von denen das erste bis zum Jahr 2020 in Betrieb gehen sollte. Mit dem Vorhaben beauftragte er den staatlichen Stromkonzern PGE (Gnauck, 2009). Im Mai 2009 schuf der Ministerrat den Posten einer Regierungsbevollmächtigten im Rang einer Unterstaatssekretärin des Wirtschaftsministeriums, deren Aufgabe die Implementierung des polnischen Atomprogramms war. Diese legte dem Kabinett im Dezember 2010 ein Programm zur Einführung der Kernenergie in Polen vor. Der Bau des ersten Kraftwerks sollte demnach 2016 beginnen, mindestens ein weiteres folgen (Ministerstwo Gospodarki, Pełnomocnik Rządu ds. Polskiej Energetyki Jądrowej, 2010, S. 18). Im Einklang mit der polnischen Umweltgesetzgebung leitete die Regierung noch im selben Monat einen öffentlichen Konsultationsprozess ein. Wenige Wochen vor dessen Abschluss ereignete sich am 11. März 2011 die Katastrophe von Fukushima, die sich erwartungsgemäß in zahlreichen negativen Meinungsäußerungen im Konsultationsprozess niederschlug.

Die polnische Regierung gab sich nach außen hin unbeeindruckt von den Ereignissen und stellte in einer Pressemitteilung unmittelbar nach der Katastrophe klar, dass sie am geplanten Einstieg in die Atomenergie festhalte (Tumiłowicz, 2011). Bei einer Plenardebatte im Sejm Ende März 2011 begründete die Regierungsbevollmächtigte Trojanowska diese Entscheidung wie folgt: Die in Polen geplanten Reaktoren würden, anders als die veralteten in Fukushima, über die höchsten weltweit verfügbaren Sicherheitsstandards verfügen. Die Wahrscheinlichkeit einer Kernschmelze liege daher nur bei „eins zu einer Million“ (Trojanowska, 2011a). Zudem ließen sich selbst im Fall der Fälle die Folgen einer Kernschmelze auf den Reaktor beschränken, auch sei Europa bekanntermaßen keine Erdbebenregion. Trojanowska wies zudem darauf hin, dass bislang kein Mensch durch die Havarie des Reaktors in Fukushima

gestorben sei und dass vielmehr die japanischen Atomkraftwerke selbst eine humanitäre Katastrophe verhindert hätten, die etwa bei größeren Stromausfällen in Folge des Erdbebens und des folgenden Tsunamis gedroht hätte.¹²⁶ Sie erinnerte außerdem daran, dass die Kernenergie seit 2005 in der Energiepolitik jeder polnischen Regierung „als notwendiges Element“ gegolten habe, „um in Zukunft von vollständiger Energiesicherheit sprechen zu können“ (Trojanowska, 2011a).

Entsprechend ihrer Ankündigung fuhr die Regierung mit den Vorbereitungen zum Einstieg in die Atomenergie zunächst unverändert fort. Im Juli 2011 trat ein neues Atomgesetz in Kraft, laut Trojanowska ein Meilenstein des polnischen Atomprogramms, da es die für die benötigten Investitionen erforderliche Rechtssicherheit schaffe (Trojanowska, 2011a).

Das neue Gesetz regelte das Verfahren für den Bau eines Atomkraftwerks in Polen. Die abschließende Genehmigung hatte den Bestimmungen zufolge die staatliche Atomenergiebehörde PAA nach einer umfassenden Sicherheitsprüfung zu erteilen. Um dieser Schlüsselrolle gerecht zu werden, traf die PAA Kooperationsvereinbarungen mit den Atomenergiebehörden der USA und Frankreichs. Auch die Standortsuche schritt voran: Im November 2011 legte der staatliche Energieversorger PGE eine Liste mit drei möglichen Standorten vor mit dem eine Autostunde nordwestlich von Danzig an der Ostseeküste gelegenen Żarnowiec an der Spitze, wo man bereits in den 1980er Jahren mit dem Bau eines Atomkraftwerks begonnen hatte. Im Juli 2012 wurden die ersten Mitglieder eines neugeschaffenen „Rates für Nuklearsicherheit und radiologische Sicherheit“ berufen (Państwowa Agencja Atomistyki, 2012).

Nach diesen zügigen Fortschritten geriet das polnische Atomprogramm entgegen der Ankündigung der Regierung jedoch zunächst ins Stocken. Die drei potenziellen Standorte hätten dem ursprünglichen Zeitplan gemäß in den Jahren 2012/2013 eingehend untersucht werden und einer für den Bau des ersten Atomkraftwerks ausgewählt werden sollen (Ministerstwo Gospodarki, 2011). Während die PGE wie vorgesehen mit der Standortprüfung fortfuhr, wartete der Konzern nach eigenen Angaben vergeblich auf die Verabschiedung des Atomprogramms durch die Regierung

¹²⁶ Zahlreiche Kohle- und Gaskraftwerke in Japan waren während der Katastrophe ausgefallen.

(Piszczatowska, 2013). Der Entwurf der Regierungsbeauftragten Trojanowska hätte ursprünglich bis Ende 2010 vom Ministerrat überarbeitet und beschlossen werden sollen. Dieser Termin wurde jedoch zunächst auf Juni 2011 und dann erneut auf unbestimmte Zeit verschoben (Trojanowska, 2011b).

Ein wesentlicher Faktor für das zögerliche Vorgehen dürfte die nach Fukushima überwiegend skeptische Haltung der Bevölkerung gewesen sein (CBOS Public Opinion Research Center, 2013, S. 4). Hatte sich in den Jahren 2009 und 2010 noch eine relative Mehrheit der befragten Polen für den Bau von Atomkraftwerken im eigenen Land ausgesprochen, war 2013 über die Hälfte dagegen (CBOS Public Opinion Research Center, 2013, S. 4).

Die Wiederherstellung der gesellschaftlichen Akzeptanz stellte somit ein erhebliches Problem für das polnische Atomprogramm dar. Die Regierung reagierte mit einer Ausdehnung der Konsultationsphase auf zwei Jahre. Nach deren Abschluss verabschiedete im Januar 2014 der polnische Ministerrat das polnische Kernenergie-Programm und gab damit grünes Licht für den Bau des ersten Reaktors. Die öffentliche Meinung hatte sich in der Zwischenzeit wieder leicht zugunsten der Kernkraft gedreht, mit 50 Prozent Befürwortern und 8 Prozent Unentschiedenen (The Economist, 2014a). Der aktualisierte Zeitplan sah die Festlegung des Standortes bis 2016 und die Grundsteinlegung bis 2019 vor. Das erste Kraftwerk sollte 2024 den Betrieb aufnehmen und mit einer Kapazität von 3.000 Megawatt 8 Prozent des polnischen Strombedarfs erzeugen, ein mögliches zweites bis 2035 folgen.¹²⁷

Die Kosten wurden auf umgerechnet 13-19 Mrd. US-Dollar geschätzt (The Economist, 2014a; The Economist, 2014b; International Energy Agency, 2017a, S. 118).

6.4 Fazit

In der überwiegend von Kontinuität geprägten Energiesicherheitspolitik der Jahre 2005-2015 bemühten sich die jeweiligen polnischen Regierungen über den gesamten

¹²⁷ Dieser Zeitplan dürfte sich nach Einschätzung der IEA allerdings als zu ambitioniert erweisen (International Energy Agency, 2017a, S. 118).

Untersuchungszeitraum hinweg verstärkt um multilaterale, institutionalisierte Kooperation innerhalb von EU und Nato. Im Mittelpunkt des polnischen Kooperationsinteresses stand jeweils der Gassektor, der sicherheitspolitisch von der PiS-Regierung sowie der nachfolgenden PO/PSL-Regierung übereinstimmend als besonders prekär eingestuft wurde.

Nachdem die PiS-Regierung im Frühjahr 2006 mit dem Vorschlag einer neuen IO mit einer expliziten, spezifischen Funktion für Energiesicherheit gescheitert war, verlagerten sich ihre Aktivitäten in der Folge auf die bereits bestehenden Organisationen EU und Nato. Im Hinblick auf die Priorität des Gassektors versuchte die polnische Regierung ab 2006, das Thema Energieversorgungssicherheit sowohl auf die Agenda der EU als auch der Nato zu setzen. In theoretischer Hinsicht verhielt sich Polen damit entsprechend den Erwartungen des RI, indem es zunächst durch die versuchte Neugründung einer spezifischen Institution und dann durch die funktionale Erweiterung bestehender Sicherheitsorganisationen eine zuvor konstatierte institutionelle Lücke in einem sicherheitsrelevanten Sachbereich zu schließen suchte.

Die Relevanz von IOs in der polnischen Sicherheitspolitik lässt sich für den Teilbereich der Energiesicherheitspolitik im Untersuchungszeitraum somit als hoch und zunächst tendenziell steigend bewerten. Polen gehörte sogar zu den „Hauptprotagonisten“ einer energiesicherheitspolitischen Zusammenarbeit in der EU und der Nato. Eine eindeutige Präferenz zugunsten der einen oder der anderen Organisation hatte die damalige polnische Regierung zunächst nicht.

Die polnischen Bemühungen waren jedoch höchst unterschiedlich erfolgreich. Für die EU lässt sich feststellen, dass das Thema Energiesicherheit seit 2005 durch diverse Gaskrisen beständig an Relevanz gewann und zwischenzeitlich weit oben auf der EU-Agenda rangierte. Insofern fielen Polens Forderungen auf fruchtbaren Boden. Polen verstand darüber hinaus jedoch auch, eigene Akzente zu setzen und die im Entstehen begriffene europäische Energiepolitik im eigenen Sicherheitsinteresse mitzugestalten (vgl. auch Roth, 2011). Umgekehrt gelang es Polen, unerwünschte Folgen der Klimapolitik für die eigene Energiesicherheit abzuwenden.

Deutlich schlechter fällt das Fazit für die Nato aus. Hier gelang es Polen zwar ebenfalls dank vor allem der US-amerikanischen Unterstützung, Energiesicherheit auf

der Agenda zu etablieren. Jedoch hatte die Nato in diesem Bereich bis zum Ende der Untersuchung keine aus polnischer Sicht signifikante Funktion übernommen, sieht man einmal vom militärischen Schutz von Infrastruktur ab. Die aus polnischer Sicht gewünschte Erweiterung des Aufgabenspektrums um den Bereich Energiesicherheit muss daher insgesamt als erfolglos bezeichnet werden.

Während der multilateralen, institutionalisierten Kooperation im Bereich Energiesicherheit der polnischen Sicherheitspolitik im Untersuchungszeitraum insgesamt eine signifikante und tendenziell zunehmende Bedeutung zukam, so lag der Fokus dennoch eindeutig auf unilateralen Maßnahmen bzw. bilateraler und regionaler Zusammenarbeit. Im Mittelpunkt standen die vehementen Bemühungen um die Diversifizierung der Gasversorgung.

Das Fallbeispiel bestätigt somit zunächst die grundlegende Prämisse des RI, wonach vor allem mittelgroße Staaten ihre sicherheitspolitischen Interessen vorzugsweise mit Hilfe von IOs zu verfolgen suchen. Das Fallbeispiel zeigt aber auch, dass die wahrgenommene Effektivität von IOs als Instrument zur Verfolgung eigener Ziele signifikanten Einfluss auf die Gesamtstrategie hat: die von Polen als unzureichend wahrgenommene Effektivität der EU und erst recht der Nato hat dazu geführt, dass im gesamten Untersuchungszeitraum ein wesentlicher Schwerpunkt der Energieversorgungsstrategie auf uni- und bilateralen Diversifizierungsprojekten lag, obwohl diese bedeutend höhere Kosten verursachten.

7 Schlussbetrachtung

Die vorangegangene Untersuchung hat gezeigt, dass Polen im Zeitraum 2005-2015 eine äußerst aktive Außen- und Sicherheitspolitik verfolgt hat, deren wesentliche Handlungsfelder und Ziele im militärischen sowie im Bereich der Energiesicherheit lagen. Handlungsleitend für diese Sicherheitspolitik war die wahrgenommene Bedrohung durch Russland. Insofern galt zwar weiterhin der Befund: „Im Osten nichts Neues“ (Wassenberg, 2008). Jedoch stützte sich die polnische Sorge vor einem russischen Neo-Imperialismus in erster Linie auf die aggressive Außenpolitik Russlands im post-sowjetischen Raum – zunächst 2008 in Georgien, dann 2014 auf der Krim und in der östlichen Ukraine –, und nicht, wie häufig gemutmaßt, auf geschichtliche Ressentiments. Rückblickend haben sich Polens Befürchtungen in weiten Teilen geradezu als prophetisch erwiesen und finden in den Hauptstädten Westeuropas inzwischen deutlich mehr Verständnis als noch vor einigen Jahren. Festzuhalten bleibt zunächst einmal an dieser Stelle, dass sich die Wahl eines rationalistischen Untersuchungsdesigns im Zusammenhang mit zwei Fallstudien aus dem Komplex der polnischen Außen- und Sicherheitspolitik somit als anwendbar und aussagekräftig bewährt hat.

Ebenso unverkennbar ist, dass IOs, namentlich die Nato und die EU, im untersuchten Zeitraum wichtige und geradezu logische Fixpunkte der polnischen Außen- und Sicherheitspolitik bildeten. Eine der Haupteckdaten der empirischen Untersuchung lautet, dass Nato und – mit Abstrichen – die EU von allen polnischen Regierungen seit 2005 als potenziell äußerst nützliche und zentrale Instrumente der polnischen Außen- und Sicherheitspolitik wahrgenommen wurden. Dies gilt grundsätzlich sowohl für die militärische als auch die Energie-Sicherheitspolitik Polens, bedarf jedoch wie folgt der Differenzierung: Im militärischen Bereich war die Nato wegen ihres expliziten Status als Verteidigungsbündnis und der Mitgliedschaft der USA von Beginn des Untersuchungszeitraumes an mit Abstand die relevanteste Organisation und blieb dies bis zum Ende des Untersuchungszeitraums.

Die EU konnte zwar im Zuge der Lissabonner Vertragsreform und kleineren Fortschritten der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) an Bedeutung gewinnen, blieb jedoch insgesamt deutlich hinter den polnischen Hoffnungen auf eine zweite „harte“ Sicherheitsgarantie in Form einer militärisch handlungsfähigen EU zurück.

In der Energie-Sicherheitspolitik ist der Befund umgekehrt: Polen scheiterte mit dem Versuch, die Nato zu einem relevanten Akteur im Bereich der Energiesicherheit zu machen. Die EU erwies sich hier als das weitaus relevantere Forum und verabschiedete Maßnahmen, die aus polnischer Sicht geeignet waren, die eigene Energiesicherheit signifikant zu erhöhen, ohne freilich aus polnischer Sicht ausreichend zu sein. In der Zusammenschau der beiden Fallstudien zeigt sich somit, dass vor allem die EU im Laufe des Untersuchungszeitraums doch recht deutlich an Wertschätzung und Bedeutung innerhalb der polnischen Sicherheitsstrategie gewann. Dies gilt besonders für den Bereich der Energiesicherheit, wo sie zur für Polen zentralen IO avancierte, während die Nato hier von lediglich marginaler Bedeutung blieb. In der militärischen Sicherheitspolitik hingegen konnte die EU die hoch gesteckten Erwartungen Polens nicht erfüllen.

Beide IOs wiesen somit aus polnischer Sicht auch gravierende Defizite auf. Diese versuchte Polen sowohl durch Einflussnahme innerhalb der Organisationen als auch durch bi- und unilaterale sicherheitspolitische Maßnahmen zu mildern. Dafür nahm Polen, entgegen den Erwartungen des rationalistischen Institutionalismus, erhebliche zusätzliche Kosten in Kauf – sowohl monetär als auch in Form politischer Risiken. Damit scheint die grundlegende These des RI von der stetig zunehmenden Relevanz von IOs in Polen eine deutliche Bestätigung zu finden.

Setzt man jedoch wie in der hier vorgelegten Untersuchung Polens multilaterale Aktivitäten in den Zusammenhang mit den bi- und unilateralen Vektoren der polnischen Außen- und Sicherheitspolitik, ergibt sich ein differenzierterer Befund. Hier zeigt sich dann, dass die Zweifel Polens an der Effektivität von EU und Nato – ungeachtet ihrer Berechtigung – erstens dazu geführt haben, dass sich die jeweiligen polnischen Regierungen über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg um eine über Artikel V der Nato hinausgehende exklusive militärische Sicherheitsgarantie der

USA bemühten. Da sich diese Bemühungen in dieser Form als vergeblich erwiesen, griff Polen – sozusagen als *ultima ratio* - auf unilaterale Maßnahmen zurück, um langfristig sicherheitspolitisch zumindest teilweise unabhängig zu werden. Dass diese Unabhängigkeit angesichts der Machtasymmetrie im Verhältnis zur Atom- und Energiegroßmacht Russland nicht absolut sein konnte, war den polnischen Entscheidungsträgern bewusst. Es ging ihnen vielmehr darum, die Kosten einer hypothetischen russischen Aggression durch eigene Aufrüstung um ein prohibitives Maß zu erhöhen und damit abzuschrecken. Es handelte sich somit um die im Titel dieser Arbeit bereits angedeutete ‚Strategie der begrenzten Unabhängigkeit‘.

Der durchaus überraschende Befund der empirischen Fallstudien lautet daher: Obschon die Nato und zunehmend auch die EU einen erheblichen Stellenwert in der polnischen Sicherheitspolitik genossen, hat Polen aus den ersten Jahren seiner Mitgliedschaft in beiden Organisationen die Erkenntnis gezogen, dass es vor allem seine eigenen militärischen Fähigkeiten stärken muss. Zwar bildete die multilaterale Kooperation innerhalb der genannten IOs gemäß den Erwartungen des RI einen Schwerpunkt der militärischen polnischen Sicherheitsstrategie. Doch waren die polnischen Zweifel an ihrer Effektivität so signifikant, dass die bilaterale Sicherheitskooperation mit den USA überragende Bedeutung behielt sowie die unilaterale Aufrüstung der eigenen Armee im großen Maßstab erheblich an Stellenwert gewann. Mit letzterer zeigte die bis 2015 amtierende PO/PSL-Regierung, dass sie mittelfristig selbst für Polens Sicherheit zu sorgen gedachte und die dafür erforderlichen immensen Investitionen zu tragen bereit war. In dieser „Kehrtwende“ (Świerczyński, 2013) der polnischen Außen- und Sicherheitspolitik durfte sich die polnische Regierung durch die Ereignisse in der Ukraine bestätigt fühlen.

Dieser empirische Befund stärkt zwar einerseits die zentrale Annahme des RI von der langfristig steigenden Relevanz von IOs aufgrund zunehmender Interdependenz staatlicher Interessen. Auf der anderen Seite zeigt sich hier jedoch auch eine der Schwachstellen des RI, der die Frage nach der Effektivität von IOs in der Wahrnehmung ihrer Mitgliedstaaten nicht stellt. Als Keohane einst die stetig wachsende Rele-

vanz von IOs vor allem in Europa und einen Wettbewerb der IOs untereinander prognostizierte, schien er deren Effektivität in der Erfüllung der ihnen zugedachten Funktionen schlicht vorauszusetzen.

Die vorliegende Untersuchung hingegen hat gezeigt, dass die *wahrgenommene* Effektivität von Institutionen ein wichtiger Faktor bei der Erklärung der bi- und unilateralen Dimension der Außen- und Sicherheitspolitik mittelgroßer Staaten ist. Im konkreten Fall heißt das: Erst, wenn man die wahrgenommenen Defizite von Nato und EU in die Analyse einbezieht, lässt sich erklären, warum Polen im Untersuchungszeitraum außer seinem aktiven multilateral-institutionalisierten Engagement ebenso auf uni- und bilaterale Maßnahmen gesetzt hat, die zum Teil erhebliche finanzielle und politische Kosten und Risiken implizierten.

Der Fall Polen 2005-2015 zeigt, dass die Wahrnehmung der Effektivität von IOs in Bezug auf die eigenen sicherheitspolitischen Ziele von maßgeblicher Bedeutung ist. Da IOs vor allem als Instrumente mächtiger Staaten wahrgenommen werden und der eigene Einfluss auf ihre Ausrichtung begrenzt ist, wie Polen mehrfach feststellen musste, können sie u.a. von mittelgroßen Mitgliedstaaten als defizitär wahrgenommen werden. In diesem Fall zeigt sich, dass uni- und/oder bilaterale Maßnahmen von großer Bedeutung bleiben, weil sich ein zentrales Problem der internationalen Politik und Hindernis zwischenstaatlicher Kooperation immer wieder zeigt: die Unsicherheit über das Verhalten anderer.

Für sein unilaterales Streben nach Unabhängigkeit betrieb Polen nicht nur einen großen Aufwand und zahlte einen gerade in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten hohen Preis. Es ist damit zugleich ein Beispiel dafür, dass die vom RI vorausgesetzte und kaum hinterfragte Randbedingung internationaler Politik, die zunehmende globale und vor allem regionale Interdependenz von Staaten, nicht zwingend von staatlichen Regierungen als gegeben hingenommen werden muss. Vielmehr kann offenbar Interdependenz selbst, genauer deren Förderung oder – wie im polnischen Fall – deren Verringerung Gegenstand staatlicher Politik werden.

Dieser empirische Befund widerspricht somit einer der zentralen Prämisse des RI, wonach Interdependenz zwischen Staaten stetig zunimmt und dies gewisserma-

ßen automatisch zu einer höheren Nachfrage nach institutionalisierter Zusammenarbeit bei gleichzeitigem Abrücken von unilateralem Handeln führt. Dabei kann hier aufgrund der Ergebnisse keine Aussage darüber getroffen werden, ob Interdependenz als Randbedingung des internationalen Staatensystems tatsächlich steigt, wie das gemeinhin und aus guten Gründen angenommen wird. Was aber gezeigt wurde ist, dass das Interpretieren von Interdependenz durch politische Entscheidungsträger durchaus variieren kann und daher in die Analyse einbezogen werden muss. Es wäre daher ein lohnenswertes Unterfangen, in einer umfangreicheren Untersuchung die Wahrnehmung von und den Umgang mit der angeblich ständig zunehmenden Interdependenz von Interessen durch politische Entscheidungsträger in Staaten verschiedener Weltregionen und Größen (Großmächte, mittlere Staaten, Kleinstaaten) systematisch zu analysieren. Die Leitfrage könnte hierbei sein, ob die betreffenden Staaten Interdependenz als etwas Gegebenes hinnehmen, auf das man in irgendeiner Form reagieren muss, oder als eine gestaltbare Variable wahrnehmen, auf deren Ausprägung man aktiv Einfluss nehmen kann („Interdependenzmanagement“). Eine erste Vermutung wäre, dass letzteres eher bei Großmächten der Fall sein dürfte und ersteres bei kleineren Staaten, das Verständnis insgesamt folglich je nach Größe und Machtstellung eines Staates variiert.

Ausblick

In dem relativ kurzen Zeitraum seit dem Ende des Untersuchungszeitraums haben sich bereits zahlreiche Parameter der polnischen Außen- und Sicherheitspolitik wieder verändert. In Polen regiert zum zweiten Mal die rechtskonservative PiS. Jenseits der geschriebenen Verfassung scheint Jaroslaw Kaczynski als einfacher Abgeordneter die Regierungsgeschäfte aus der zweiten Reihe zu steuern. In den USA regiert ein unberechenbarer Präsident, der die transatlantische Partnerschaft in Frage stellt. Der Weg der EU zu einer Energieunion, die eine langjährige Forderung der polnischen Regierungen bildete, ist während des Schreibens dieser Zeilen im Gange. Die konkrete Ausgestaltung bleibt abzuwarten, jedoch sind wesentliche polnische Forderungen nach mehr Zusammenarbeit im Bereich der Energieversorgungssicherheit von der Europäischen Kommission und anderen Regierungen aufgegriffen worden und erfreuen

sich eines breiten Konsenses in der EU. Auch in die GSPV ist mit der Gründung einer Verteidigungsunion neue Bewegung gekommen. Die Nato hat erstmals in ihrer Geschichte eine signifikante Zahl von Truppen nach Polen verlegt, wenngleich temporär. Die Liste ließe sich fortsetzen.

Diese wenigen Beispiele zeigen bereits, dass Polen, die polnische Innen- und Außenpolitik und nicht zuletzt die polnische Außen- und Sicherheitspolitik auch in Zukunft ein ereignisreicher, lohnenswerter und notwendiger Gegenstand politikwissenschaftlicher Forschung bleiben wird. Wenn mit der hier vorgelegten Arbeit hoffentlich ein Beitrag zu dessen Verständnis und Grundlage für weitere Forschung gelegt worden ist, so hat sie die wesentliche Absicht des Verfassers erfüllt.

Quellenverzeichnis

A. Primärquellen

- Agencja Rynku Energii S.A. (2011). *Aktualizacja Prognozy zapotrzebowania na paliwa i energię do roku 2030*. Warszawa. Zuletzt abgerufen am 6. Dezember 2017 von http://www.me.gov.pl/files/upload/11099/ARE%20MG_2011_Raport_koncowy_01_09_2011.pdf.
- Biuro Bezpieczeństwa Narodowego (2006). *O szczycie NATO w Rydze*. Zuletzt abgerufen am 12. Dezember 2017 von <http://www.bbn.gov.pl/pl/wydarzenia/536,O-szczycie-NATO-w-Rydze.html>.
- Biuro Bezpieczeństwa Narodowego (2009). *Ocena działań na rzecz bezpieczeństwa energetycznego państwa w obszarze gazu ziemnego realizowanych przez struktury administracji rządowej RP oraz spółki energetyczne*. Zuletzt abgerufen am 8. Dezember 2017 von <https://www.bbn.gov.pl/pl/prace-biura/publikacje/analizy-raporty-i-nota/1972,Ocena-dzialan-na-rzecz-bezpieczenstwa-energetycznego-panstwa.html>.
- Bucharest Summit Declaration* (2008). Issued by the Heads of State and Government participating in the meeting of the North Atlantic Council in Bucharest on 3 April 2008. Zuletzt abgerufen am 14. Juni 2017 von http://www.nato.int/cps/en/natolive/official_texts_8443.htm.
- CBOS Public Opinion Research Center (2006). *Polish Public Opinion February 2006*. Zuletzt abgerufen am 8. Dezember 2017 von http://www.cbos.pl/PL/publikacje/public_opinion/2006/02_2006.pdf.
- CBOS Public Opinion Research Center (2013). *Polish Public Opinion April 2013*. Warschau. Zuletzt abgerufen am 17. Dezember 2017 von http://www.cbos.pl/PL/publikacje/public_opinion/2013/04_2013.pdf.
- CBOS Public Opinion Research Center (2014). *Polish Public Opinion April 2014*. Zuletzt abgerufen am 1. August 2017 von http://www.cbos.pl/PL/publikacje/public_opinion/2014/04_2014.pdf.
- Central Statistical Office (2009). *Energy Efficiency in Poland in Years 1997-2007*. Warsaw. Zuletzt abgerufen am 21. Dezember 2017 von https://stat.gov.pl/cps/rde/xbcr/gus/ee_energy_efficiency_in_Poland_1997-2007.pdf.
- Cimoszewicz, W. (2003). *Keynote Address*. In P. Kosiewski, & P. Krzeczunowicz (Hrsg.), *Poland in the World. Challenges, Achievements, Threats*. Warsaw: Stefan Bartory Foundation, S. 9-18.
- Council of the European Union (2006). *Proposal for a European Energy Security Treaty - presentation by the Polish delegation. Council document 7160/06*. Brussels. Zuletzt abgerufen am 17. Dezember 2017 von

- <http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=EN&f=ST%207160%202006%20INIT>.
- De Hoop Scheffer, J. (2008). *Keynote Speech by NATO Secretary General Jaap de Hoop Scheffer at the conference on "NATO's Bucharest Summit – transformation of the Alliance and Polish and regional perspectives" in Warsaw*. Zuletzt abgerufen am 1. Juni 2017 von <http://www.nato.int/docu/speech/2008/s080313a.html>.
- Europäische Kommission (2001). *Grünbuch: Hin zu einer europäischen Strategie für Energieversorgungssicherheit*. KOM(2000) 769 endg. Zuletzt abgerufen am 12. Juli 2017 von <http://edz.bib.uni-mannheim.de/www-edz/pdf/kom/gruenbuch/kom-2000-0769-de.pdf>.
- Europäische Kommission (2015). *Paket zur Energieunion. Rahmenstrategie für eine krisenfeste Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimaschutzstrategie*. COM(2015) 80 final. Zuletzt abgerufen am 15. Juni 2017 von http://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:1bd46c90-bdd4-11e4-bbe1-01aa75ed71a1.0002.01/DOC_1&format=PDF.
- Europäischer Rat (2011a). *Tagung des Europäischen Rates vom 4. Februar 2011, Schlussfolgerungen*. EUCO 2/1/11 REV 1. Zuletzt abgerufen am 9. Dezember 2017 von <http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-2-2011-REV-1/de/pdf>
- Europäischer Rat (2011b). *Tagung des Europäischen Rates vom 9. Dezember 2011, Schlussfolgerungen*. EUCO 139/1/11 REV 1. Zuletzt abgerufen am 9. Dezember 2017 von https://www.parlament.gv.at/PAKT/EU/XXIV/EU/07/08/EU_70804/imfname_10016477.pdf.
- Eurostat (2017). *Energy dependence*. Zuletzt abgerufen am 21. November 2017 von <http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=en&pcode=tsdcc310&plugin=1>.
- Fotyga, A. (2007a). *Government Information on Polish Foreign Policy in 2007. Presented at the Session of the Sejm on May 11, 2007 by the Minister of Foreign Affairs of the Republic of Poland, Anna Fotyga*. Zuletzt abgerufen am 5. Juli 2017 von <http://www.msz.gov.pl/resource/3f8e664f-0bbc-4b06-b0f5-1a6d1124ab8b:JCR>.
- Fotyga, A. (2007b). *Informacja Minister Spraw Zagranicznych Anny Fotygi na temat polityki zagranicznej RP w 2007 roku*. Zuletzt abgerufen am 9. Dezember 2017 von <http://www.msz.gov.pl/resource/8bb74522-50c3-44cc-8e87-2431cefba45b:JCR>.
- Government of the Republic of Poland (2006). *The standpoint of the Government of the Republic of Poland on the Green Paper: A European Strategy for Sustainable, Competitive and Secure Energy* COM (2006) 105. Zuletzt abgerufen am 21. Dezember 2017 von <https://de.slideshare.net/EU-2020/poland-en>.
- Kaczyński, J. (2006). *Expose premiera Jarosława Kaczyńskiego*. Zuletzt abgerufen am 13. Juli 2017 von <http://wiadomosci.onet.pl/tablica/expose-premiera-jaroslawakaczynskiego-19072006-wa,1666,270154,41004788,watek.html>.
- Kancelaria Sejmu, Biuro Informacyjne (2006). *Biuletyn z posiedzenia Komisji Obrony Narodowej nr 8*, 22. Februar 2006. Zuletzt abgerufen am 18. November 2017 von

- [http://orka.sejm.gov.pl/Biuletyn.nsf/0/F662E5F4C21DF915C125712B004C7146/\\$file/0032805.pdf](http://orka.sejm.gov.pl/Biuletyn.nsf/0/F662E5F4C21DF915C125712B004C7146/$file/0032805.pdf).
- Kancelaria Sejmu, Biuro Komisji Sejmowych (2006). *Biuletyn z posiedzenia Komisji Obrony Narodowej nr 41*, 11. Januar 2006. Zuletzt abgerufen am 18. November 2017 von [http://orka.sejm.gov.pl/Biuletyn.nsf/0/034DFC313CEB8263C1257279004A267F/\\$file/0149805.pdf](http://orka.sejm.gov.pl/Biuletyn.nsf/0/034DFC313CEB8263C1257279004A267F/$file/0149805.pdf).
- Kancelaria Sejmu, Biuro Komisji Sejmowych (2008a). *Biuletyn z posiedzenia Komisji do Spraw Unii Europejskiej (nr 36) i Komisji Gospodarki (nr 26)*. Zuletzt abgerufen am 17. Dezember 2017 von [http://orka.sejm.gov.pl/Biuletyn.nsf/0/725C437F64F3BD6AC1257471003B57F3/\\$file/0066506.pdf](http://orka.sejm.gov.pl/Biuletyn.nsf/0/725C437F64F3BD6AC1257471003B57F3/$file/0066506.pdf).
- Kancelaria Sejmu, Biuro Komisji Sejmowych (2008b). *Biuletyn z posiedzenia komisji spraw zagranicznych (nr 34)*. Zuletzt abgerufen am 8. August 2017 von [http://orka.sejm.gov.pl/Biuletyn.nsf/0/F8272EF67EDA6E6BC1257457003C59E1/\\$file/0061106.pdf](http://orka.sejm.gov.pl/Biuletyn.nsf/0/F8272EF67EDA6E6BC1257457003C59E1/$file/0061106.pdf).
- Kancelaria Sejmu, Biuro Komisji Sejmowych (2014). *Pełny zapis przebiegu posiedzenia Komisji Obrony Narodowej (nr 95) z dnia 11 września 2014 r.* Zuletzt abgerufen am 13. Dezember 2017 von <http://orka.sejm.gov.pl/zapisy7.nsf/0/17A0CDA051C8B084C1257D5B004A1CFD/%24File/0369607.pdf>.
- Kancelaria Sejmu, Biuro Komisji Sejmowych (2015). *Pełny zapis przebiegu posiedzenia Komisji Spraw Zagranicznych (nr 174) z dnia 22 kwietnia 2015 r.* Zuletzt abgerufen am 12. Dezember 2017 von <http://orka.sejm.gov.pl/zapisy7.nsf/0/5EAB382551C0B3DBC1257E360048A2F1/%24File/0449207.pdf>.
- Klich, B. (2004). The New National Security Strategy of Poland: Ready to Face the Challenges of the Twenty-First Century. *The Quarterly Journal*, Jg. 3, Nr. 2, S. 9-13.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2006a). *Mitteilung der Kommission. Aktionsplan für Energieeffizienz: Das Potenzial ausschöpfen*, KOM(2006) 545 endg. Brüssel. Zuletzt abgerufen am 10. Dezember 2017 von <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52006DC0545&from=DE>.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2006b). *Grünbuch: Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie*. Dokument KOM(2006) 105 endg. Brüssel. Zuletzt abgerufen am 12. Juli 2017 von http://europa.eu/documents/comm/green_papers/pdf/com2006_105_de.pdf.

- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2007). *Mitteilung der Kommission an den Europäischen Rat und das Europäische Parlament. Eine Energiepolitik für Europa. KOM(2007) 1 endg.* Brüssel. Zuletzt abgerufen am 10. Dezember 2017 von <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2007:0001:FIN:DE:PDF>.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2008). *Mitteilung der Kommission: Zweite Überprüfung der Energiestrategie. EU-Aktionsplan für Energieversorgungssicherheit und -solidarität, KOM(2008) 781 endg.* Brüssel. Zuletzt abgerufen am 18. Dezember 2017 von <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52008DC0781&from=DE>.
- Komorowski, B. (2013). *Wystąpienie z okazji Święta Wojska Polskiego.* Zuletzt abgerufen am 8. Juni 2017 von <http://www.prezydent.pl/archiwum-bronislawa-komorowskiego/aktualnosci/wypowiedzi-prezydenta/wystapienia/art,181,wystapienie-z-okazji-swieta-wojska-polskiego.html>.
- Komorowski, S. (2008). *Poland's Objectives in European Security & Defence.* Zuletzt abgerufen am 29. Juni 2017 von <http://www.european-defence.com/Review/2008/binarywriterservlet?imgUid=d4e30a99-62fb-2031-0648-01f307b988f2&uBasVariant=11111111-1111-1111-1111-111111111111>.
- Konstytucja Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 2 kwietnia 1997 r. (1997). *Dziennik Ustaw Nr 78 poz. 483, S. 2413-2470.* Zuletzt abgerufen am 7. November 2017 von <http://prawo.sejm.gov.pl/isap.nsf/download.xsp/WDU19970780483/O/D19970483.pdf>.
- Marcinkiewicz, K. (2005). *Expose Kazimierza Marcinkiewicza przed głosowaniem w Sejmie nad wotum zaufania dla rządu.* Zuletzt abgerufen am 10. Dezember 2017 von <http://www.marcinkiewicz.org/expose>.
- Marcinkiewicz, K. (2006). *Europe's energy musketeers must stand together.* *Financial Times*, 9. Februar 2006. Zuletzt abgerufen am 25. November 2017 von <https://www.ft.com/content/fec8768c-999c-11da-a8c3-0000779e2340>.
- Meller, S. (2006). *Informacja Rządu na temat polskiej polityki zagranicznej w 2006 roku.* Zuletzt abgerufen am 10. Dezember 2017 von <http://www.msz.gov.pl/resource/cb702e11-cb4e-42de-8f82-f93797c1f87f:JCR>.
- Ministerstwo Gospodarki (2009). *Polityka energetyczna Polski do 2030 roku.* Warschau. Zuletzt abgerufen am 12. Dezember 2017 von <http://www.pigeor.pl/media/js/kcfinder/upload/files/Polityka-energetyczna-Polski-do-2030r.pdf>.
- Ministerstwo Gospodarki (2011). *Aneks do programu polskiej energetyki jądrowej.* Zuletzt abgerufen am 12. Dezember 2017 von <http://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/umwelthemen/umweltpolitische/SUP/Polen/Nachtrag/Anhangpoln.pdf>.

- Ministerstwo Gospodarki (2012). *Sprawozdanie z wyników monitorowania bezpieczeństwa dostaw paliw gazowych za okres od dnia 1 stycznia 2011 r. do dnia 31 grudnia 2011 r.* Warschau. Zuletzt abgerufen am 26. Juli 2017 von <http://www.me.gov.pl/files/upload/8356/Sprawozdanie%20-%20podpisane.pdf>.
- Ministerstwo Gospodarki, Pełnomocnik Rządu ds. Polskiej Energetyki Jądrowej (2010). *Program Polskiej Energetyki Jądrowej*. Zuletzt abgerufen am 14. Juni 2014 von http://bip.mg.gov.pl/files/upload/12331/20101216_PEJ_KRM_wer_2.pdf.
- Ministerstwo Gospodarki & Ministerstwo Skarbu Państwa (2010). *Informacja Rządu o aktualnej sytuacji i perspektywach polskiej energetyki*. Zuletzt abgerufen am 10. Dezember 2017 von <https://www.premier.gov.pl/wydarzenia/decyzje-rzadu/informacja-o-aktualnej-sytuacji-i-perspektywach-polskiej-energetyki.html>.
- Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Poland.(2014a). *NATO summit strengthens its eastern flank*. Zuletzt abgerufen am 6. Juni 2017 von http://www.msz.gov.pl/en/news/nato_summit_strengthens_its_eastern_flank.
- Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Poland (2014b). *Roadmap towards an Energy Union for Europe. Non-paper addressing the EU's energy dependency challenges*. Zuletzt abgerufen am 15. Juni 2017 von <http://www.msz.gov.pl/resource/34efc44a-3b67-4f5e-b360-ad7c71082604:JCR>.
- Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Poland (2015). *Address by the Minister of Foreign Affairs on the Goals of Polish Foreign Policy in 2015*. Zuletzt abgerufen am 13. Dezember 2017 von http://www.msz.gov.pl/en/ministry/polish_diplomacy_archive/former_ministers/remarks_mgs/address_by_the_minister_of_foreign_affairs_on_the_goals_of_polish_foreign_policy_in_2015;jsessionid=24E9E089164F28DF595E725FA63D09BC.cmsap5p.
- Ministry of National Defence (2009). *Defense Strategy of the Republic of Poland. Sector strategy of the National Security Strategy of the Republic of Poland*. Warsaw. Zuletzt abgerufen am 13. Dezember 2017 von <https://de.scribd.com/document/125342785/DEFENSE-STRATEGY-OF-THE-REPUBLIC-OF-POLAND>.
- Ministry of National Defence (2011). *Strategic Defence Review. Professional Polish Armed Forces in a Modern State*. Warsaw.
- Ministry of National Defence (2013). *Strategy of Development of the National Security System of the Republic of Poland 2022*. Zuletzt abgerufen am 12. Juli 2015 von http://mon.gov.pl/z/pliki/dokumenty/rozne/2014/01/ENGLISH_SRSBN_RP_do_pobrania.pdf.

- Ministerstwo Skarbu Państwa (2014). Polish gas storage capacity is expanding. Zuletzt abgerufen am 10. Dezember 2017 von <https://www.msp.gov.pl/en/media/news/5302,Polish-gas-storage-capacity-is-expanding.html>.
- Ministerstwo Spraw Zagranicznych (2012). *Informacja o udziale Rzeczypospolitej Polskiej w pracach Unii Europejskiej w okresie lipiec - grudzień 2011 r.* Zuletzt abgerufen am 13. Dezember 2017 von <https://mojepanstwo.pl/dane/instytucje/3214,sejm/druki/978103>.
- Naimski, P. (2007). *Energy diversification strategy for Poland*, 17. September 2007. Zuletzt abgerufen am 30. November 2016 von http://www.columbia.edu/cu/ece/academics/regional/conf/Piotr_Naimski_at_Columbia%20University070917_.pdf.
- North Atlantic Treaty Organization (1999). *Das Strategische Konzept des Bündnisses*, 24. April 1999. Zuletzt abgerufen am 17. Februar 2015 von http://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_27433.htm?selectedLocale=de.
- North Atlantic Treaty Organization (2006). *Riga Summit Declaration. Issued by the Heads of State and Government participating in the meeting of the North Atlantic Council in Riga on 29 November 2006.* Zuletzt abgerufen am 22. Mai 2014 von <http://www.nato.int/docu/pr/2006/p06-150e.htm>.
- North Atlantic Treaty Organisation (2010). *Strategic Concept For the Defence and Security of the North Atlantic Treaty Organisation. Adopted by Heads of State and Government in Lisbon.* Zuletzt abgerufen am 13. Juni 2014 von <http://www.nato.int/lisbon2010/strategic-concept-2010-eng.pdf>.
- North Atlantic Treaty Organization (2013). Factsheet Exercise Steadfast Jazz 2013. Zuletzt abgerufen am 22. Juni 2017 von http://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/pdf_2013_10/20131031_131031-SFJZ13-Factsheet.pdf.
- North Atlantic Treaty Organization (2014). *Wales Summit Declaration. Issued by the Heads of State and Government participating in the meeting of the North Atlantic Council in Wales*, 5. September 2014. Zuletzt abgerufen am 7. Juni 2017 von http://www.nato.int/cps/ic/natohq/official_texts_112964.htm.
- North Atlantic Treaty Organization (2015). *NATO's Readiness Action Plan. Fact Sheet.* Zuletzt abgerufen am 6. Juni 2017 von http://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/pdf_2015_02/20150205_1502-Factsheet-RAP-en.pdf.

- Państwowa Agencja Atomistyki (2012). *Sprawozdanie z działalności Rady do spraw Bezpieczeństwa Jądrowego i Ochrony Radiologicznej za rok 2012 dla Prezesa Państwowej Agencji Atomistyki*. Zuletzt abgerufen am 13. Dezember 2017 von <http://bip.paa.gov.pl/download/105/10966/radaBJORSprawozdanie2012.pdf>.
- Platforma Obywatelska (2007). *Polska Obywatelska. Podstawy programu politycznego Platformy Obywatelskiej RP*. Warszawa. Zuletzt abgerufen am 12. Juli 2017 von http://www.zientarski.pl/pliki/artykuly/artukul_38_1301443909_zalacznik_sieczka.pdf.
- Polskie Górnictwo Naftowe i Gazownictwo (2012). *Annual Report PGNiG 2011*. Zuletzt abgerufen am 12. Dezember 2017 von <http://en.pgnig.pl/documents/18252/376011/Annual+Report+2011.pdf/af2217fe-1d04-45e5-b021-fd2765c85ebd>.
- Polskie Górnictwo Naftowe i Gazownictwo (2013). *Annual Report PGNiG 2012*. Zuletzt abgerufen am 12. Juli 2017 von https://www.pgnig.pl/reports/annualreport2012/download/PGNiG_AR_2012_WEB.pdf.
- Polskie Górnictwo Naftowe i Gazownictwo (2015). *Annual Report 2014. Trade and Storage*. Zuletzt abgerufen am 19. Juli 2017 von <http://www.pgnig.pl/reports/annualreport2014/eng/obrot-i-magazynowanie.html>.
- Polskie LNG et al. (2010). *LNG-Terminal Swinemünde, Polen. Nichttechnische Zusammenfassung*. Zuletzt abgerufen am 25. November 2017 von http://en.polskielng.pl/fileadmin/pliki/due_diligence/NTS_de.pdf.
- Press Office of PGNiG SA (2009, April 29). *Comment on decision to suspend Skanled project*. Zuletzt abgerufen am 13. Dezember 2017 von <http://en.pgnig.pl/news/-/news-list/id/comment-on-decision-to-suspend-skanled-project/newsGroupId/1910852?changeYear=2009¤tPage=4>.
- Rat der Europäischen Union (2006a). *Europäischer Rat (Brüssel) 23./24. März 2006. Schlussfolgerungen des Vorsitzes*. Zuletzt abgerufen am 17. Februar 2015 von http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/89030.pdf.
- Rat der Europäischen Union (2006b). *Vermerk des künftigen deutschen, portugiesischen und slowenischen Vorsitzes für die Delegationen. Achtzehnmonatsprogramm des deutschen, des portugiesischen und des slowenischen Vorsitzes. Ratsdokument Nr. 17079/06*. Brüssel. Zuletzt abgerufen am 13. Dezember 2017 von <https://www.jugendpolitikeneuropa.de/downloads/4-20-2405/triodeutsch%5B1%5D.pdf>.
- Rat der Europäischen Union (2007). *Europäischer Rat (Brüssel) 8./9. März 2007. Schlussfolgerungen des Vorsitzes. 7224/01/07 REV1*. Zuletzt abgerufen am 9. Dezember 2017 von <http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=DE&f=ST%207224%202007%20REV%201>.
- Rat der Europäischen Union (2011). *Mitteilung an die Presse: 3127. Tagung des Rates für Verkehr, Telekommunikation und Energie. Ratsdokument Nr. 17398/11*. Brüssel.

- Zuletzt abgerufen am 13. Dezember 2017 von http://europa.eu/rapid/press-release_PRES-11-442_de.pdf.
- Republic of Poland (2007). *National Security Strategy of the Republic of Poland*. Warsaw. Zuletzt abgerufen am 12. Juli 2017 von <https://www.files.ethz.ch/isn/156796/Poland-2007-eng.pdf>.
- Republic of Poland (2014). *National Security Strategy of the Republic of Poland*. Zuletzt abgerufen am 1. Dezember 2016 von https://www.bbn.gov.pl/ftp/dok/NSS_RP.pdf.
- Rzeczpospolita Polska (2008). *Informacja dla Sejmu i Senatu o udziale Rzeczypospolitej Polskiej w pracach Unii Europejskiej w okresie styczeń-czerwiec 2008 r. (podczas Prezydencji słoweńskiej)*. Warszawa: Sejm Rzeczypospolitej Polskiej. Zuletzt abgerufen am 17. Dezember 2017 von [http://orka.sejm.gov.pl/Druki6ka.nsf/wgdruku/929/\\$file/929.pdf](http://orka.sejm.gov.pl/Druki6ka.nsf/wgdruku/929/$file/929.pdf).
- Sammlung der Rechtsprechung (Hrsg.) (2013). *Schlussanträge des Generalanwalts Nilo Jääskinen vom 14. November 2013. Rechtssache C-198/12 Europäische Kommission gegen Bulgarien*. Zuletzt abgerufen am 19. Juli 2017 von <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:62012CC0198&from=EN>.
- Schetyna, G. (2015). *Address by the Minister of Foreign Affairs on the Goals of Polish Foreign Policy in 2015*. Zuletzt abgerufen am 22. Juli 2017 von http://www.msz.gov.pl/en/ministry/polish_diplomacy_archive/former_ministers/remarks_mgs/address_by_the_minister_of_foreign_affairs_on_the_goals_of_polish_foreign_policy_in_2015;jsessionid=24E9E089164F28DF595E725FA63D09BC.cmsap5p.
- Sejm Rzeczypospolitej Polskiej (2009). *Sprawozdanie Stenograficzne z 33 posiedzenia Sejmu Rzeczypospolitej Polski w dniu 9 stycznia 2009 r. (trzeci dzień obrad)*. Warszawa. Zuletzt abgerufen am 26. Juli 2017 von [http://orka2.sejm.gov.pl/StenoInter6.nsf/0/61094321ABF95C2CC12575390072FF45/\\$file/33_c_ksiazka.pdf](http://orka2.sejm.gov.pl/StenoInter6.nsf/0/61094321ABF95C2CC12575390072FF45/$file/33_c_ksiazka.pdf).
- Sikorski, R. (2006). *Speech of Minister of National Defence of Poland, Radosław Sikorski. What Future for NATO?* Conference held at Helenów/Warsaw, Poland, 22 September 2006. Zuletzt abgerufen am 6. Juli 2017 von http://www.natolin.edu.pl/pdf/FN/FN_4_2006_Nato.pdf.
- Sikorski, R. (2008a). *Remarks by H.E. Radosław Sikorski, Minister of Foreign Affairs of the Republic of Poland. 44th Munich Conference on Security Policy*, 8. Februar 2008. Zuletzt abgerufen am März 16, 2015 von <http://www.msz.gov.pl/resource/479f5602-f7a1-4e29-b2a3-4be405f49ef9>.
- Sikorski, R. (2008b). *Informacja Ministra Spraw Zagranicznych na temat polityki zagranicznej RP w 2008 roku*. Zuletzt abgerufen am 16. Juni 2017 von http://www.msz.gov.pl/pl/ministerstwo/historia/ministrowie_sz_1918_2014/wystapienia_radoslaw_a_sikorskiego/page_17317;jsessionid=583E8ACAC7D58CCB357EFBC46004053C.cmsap6p.
- Sikorski, R. (2008c). *Poland 2009. Ten years in NATO, five years in the EU. Plus the lesson from Georgia. Address by His Excellency Radosław Sikorski Minister of Foreign Affairs of Poland September 25, 2008 School of International Public Affairs, Columbia University, New York*. Zuletzt abgerufen am 21. Dezember 2017 von

- <http://www.msz.gov.pl/resource/3842ba7a-ad38-4a18-93b4-1967ad83af80:JCR>.
- Sikorski, R. (2008d). NATO's Past, Present, and Future: A View from Europe. *Fletcher Forum of World Affairs*, Jg. 32, Nr. 1, S. 7-14.
- Sikorski, R. (2009a). *Minister of the Foreign Affairs, Mr Radosław Sikorski, on the goals of the Poland's foreign policy for 2009*, 16. Februar 2009. Zuletzt abgerufen am 29. Juni 2017 von http://www.mfa.gov.pl/en/news/aktualnosc_25449.
- Sikorski, R. (2009b). *Remarks at Conference: The United States and Central Europe: Converging or Diverging Strategic Interests? Center for Strategic and International Studies (CSIS), November 4, 2009 (Audio-Datei)*. Zuletzt abgerufen am 10. Dezember 2017 von http://c657573.r73.cf2.rackcdn.com/091104_polishminister.mp3.
- Sikorski, R. (2010). *Informacja Ministra Spraw Zagranicznych o założeniach polskiej polityki zagranicznej*. Zuletzt abgerufen am 7. Juli 2017 von <http://msz.gov.pl/resource/cf0aa808-8742-45e9-9c72-7bc7b4337a3f>.
- Sikorski, R. (2011a). *European Security: Does it Matter to the United States? Harvard University, August Zaleski Lecture*, 28. Februar 2011. Zuletzt abgerufen am 13. Dezember 2017 von <http://www.msz.gov.pl/resource/f733dba2-09d4-4322-aa0d-e4fb5dfac966:JCR>.
- Sikorski, R. (2011b). *Informacja Ministra Spraw Zagranicznych na temat polityki zagranicznej RP*. Zuletzt abgerufen am 23. Juli 2017 von http://wyborcza.pl/1,76842,9261127,Expose_ministra_Sikorskiego_na_temat_polityki_zagranicznej.html.
- Sikorski, R. (2011c). Challenges, Risks and Threats to EU Member States - Precautions and Defence by the EU. In G. F. Kaldrack, & H.-G. Pöttering (Hrsg.), *Eine einsatzfähige Armee für Europa. Die Zukunft der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik nach Lissabon*. Baden-Baden: Nomos, S. 25-35.
- Sikorski, R. (2013). *Address by the Minister of Foreign Affairs on the Goals of Polish Foreign Policy in 2013*, 20. März 2013. Zuletzt abgerufen am 30. November 2017 von <http://www.msz.gov.pl/resource/b67d71b2-1537-4637-91d4-531b0e71c023:JCR>.
- Sikorski, R. (2014). *Informacja Ministra Spraw Zagranicznych o zadaniach polskiej polityki zagranicznej w 2014 roku*, 8. Mai 2014. Zuletzt abgerufen am 15. Dezember 2017 von http://www.msz.gov.pl/pl/aktualnosci/wiadomosci/informacja_ministra_spraw_zagranicznych_o_zadaniach_polskiej_polityki_zagranicznej_w_2014_roku.
- Sikorski, R., & Klich, B. (2010). List ministrów spraw zagranicznych i obrony narodowej Rzeczypospolitej Polskiej do Sekretarza Generalnego Organizacji Sojuszu Północnoatlantyckiego. In A. D. Rotfeld (Hrsg.), *NATO 2020: Zapewnione bezpieczeństwo. Dynamiczne zaangażowanie*. Warschau: PISM, S. 101-104.
- Stockholm International Peace Research Institute, SIPRI (2017). *Military Expenditure Database*. Zuletzt abgerufen am 18. November 2017 von <https://www.sipri.org/sites/default/files/Milex-constant-2015-USD.pdf>.

- The National Security Bureau (2013). *White Book on National Security of the Republic of Poland*. Zuletzt abgerufen am 2. Januar 2017 von www.bbn.gov.pl/download/1/20897/WhiteBookNationalSecurityPL2013.pdf.
- Trojanowska, H. (2011a). *Protokoll der 89. Sitzung der 6. Kadenz des Sejm, Tag 1*, 30. März 2011. Zuletzt abgerufen am 9. Dezember 2017 von <http://orka2.sejm.gov.pl/Debata6.nsf/main/78C1980D>.
- Trojanowska, H. (2011b). *Odpowiedź podsekretarza stanu w Ministerstwie Gospodarki - z upoważnienia prezesa Rady Ministrów - na interpelację nr 20285 w sprawie "Programu polskiej energetyki jądrowej"*, 15. Februar 2011. Zuletzt abgerufen am 9. Dezember 2017 von <http://orka2.sejm.gov.pl/IZ6.nsf/main/785B6F00>.
- Tusk, D. (2007). *Tekst expose premiera Donalda Tuska*. Zuletzt abgerufen am 16. Dezember 2017 von <http://www.rp.pl/artykul/71439-Tekst-expose-premiera-Donalda-Tuska.html#ap-1>.
- Ustawa Konstytucyjna z dnia 17 października 1992 r. o wzajemnych stosunkach między władzą ustawodawczą i wykonawczą Rzeczypospolitej Polskiej oraz o samorządzie terytorialnym (1992). *Dziennik Ustaw Nr 84 poz. 426*, S. 1477-1483.
- U.S. Department of State (2008). *Text of the Declaration on Strategic Cooperation Between the United States of America and the Republic of Poland*. Zuletzt abgerufen am 16. Juni 2017 von <https://2001-2009.state.gov/r/pa/prs/ps/2008/aug/108661.htm>.
- U.S. Department of Defense (2014). *Transcript Department of Defense Press Briefing with Secretary Hagel and Minister Siemoniak in the Pentagon Briefing Room*, 17. April 2014. Zuletzt abgerufen am 22. Juni 2017 von <http://archive.defense.gov/Transcripts/Transcript.aspx?TranscriptID=5414>.
- U.S. Department of State (2006). *Nato/Riga Summit Issues. Roundtable With European Journalists*, 4. Oktober 2006. Zuletzt abgerufen am 8. Dezember 2017 von <http://2001-2009.state.gov/p/eur/rls/rm/73756.htm>.
- U.S. European Command Public Affairs Office (2017). *European Reassurance Initiative (ERI) Fact Sheet*. Zuletzt abgerufen am 19. November 2017 von www.eucom.mil/doc/35544/eri-fact-sheet.
- Woźniak, P. G. (2006). *Identyfikacja realnych i potencjalnych zagrożeń dla Polski i UE*. In Senat Rzeczypospolitej (Hrsg.), *Bezpieczeństwo energetyczne Polski a polityka energetyczna Unii Europejskiej Polskiej*. Warszawa: Kancelaria Senatu, S. 74-85. Zuletzt abgerufen am 21. Dezember 2017 von <http://ww2.senat.pl/k6/agenda/seminar/a/060530.pdf>.

B. Sekundärquellen

- Abbott, K. W., & Snidal, D. (1998). Why States Act through Formal International Organizations. *Journal of Conflict Resolution*, Jg. 42, Nr. 1, S. 3-32.
- Ashe, V. (2007). *Poland Joins Skanled Consortium Solving Gas Puzzle*, 22. Juni 2007. Zuletzt abgerufen am 5. Juni 2014 von http://www.wikileaks.org/plusd/cables/07WARSAW1440_a.html.
- Ashe, V. (2008). *Poland: A Natural U.S. Ally on Eastern Policy*, 12. Dezember 2008. Zuletzt abgerufen am 16. Juni 2017 von https://wikileaks.org/plusd/cables/08WARSAW1409_a.html.
- Ashe, V. (2009a). *Poles Intent on Shaping NATO's Revised Strategic Concept*, 10. September 2009. Zuletzt abgerufen am 7. Juli 2017 von https://wikileaks.org/plusd/cables/09WARSAW930_a.html.
- Ashe, V. (2009b). *Poland in NATO: Looking for Respect*, 3. April 2009. Zuletzt abgerufen am 7. Juli 2017 von https://search.wikileaks.org/plusd/cables/09WARSAW360_a.html.
- Ashe, V. (2009c). *Poland Wants Live Patriots, "Not Potted Plants"*, 13. Februar 2009. Zuletzt abgerufen am 7. Juli 2017 von https://search.wikileaks.org/plusd/cables/09WARSAW170_a.html.
- Aulich, S. (2008). Making LNG Work for Poland, 15. Oktober 2008. Zuletzt abgerufen am 24. Juli 2017 von <http://cepa.org/index/?id=41fa3925a7ec42ce029c43d6676e4b2c>.
- Axelrod, R. (1981). The Emergence of Cooperation among Egoists. *The American Political Science Review*, Jg. 75, Nr. 2, S. 306-318.
- Axelrod, R. (1984). *The Evolution of Cooperation*. New York: Basic Books.
- Axelrod, R., & Keohane, R. O. (1993). Achieving Cooperation under Anarchy. Strategies and Institutions. In D. A. Baldwin (Hrsg.), *Neorealism and Neoliberalism. The Contemporary Debate*. New York: Columbia University Press, S. 85-115.
- Bacia, H. (2009). Raketenschild: Billiger, flexibler und treffsicherer. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 18. September 2009. Zuletzt abgerufen am 19. November 2017 von <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/raketenschild-billiger-flexibler-und-treffsicherer-1859662.html>.
- Bączyk, N. (2012a). Armed Forces Technological Modernization - Experiences and Expectations. In *Polish Defence Yearbook 2012*, S. 28-38. Zuletzt abgerufen am 7. Dezember 2017 von https://issuu.com/zapfi/docs/polish_defence_yearbook_2012.pl.
- Bączyk, N. (2012b). Polish Defense Industry in Search of Identity. In *Polish Defence Yearbook 2012. Industry, Armed Forces and Security Services*, S. 18-26. Zuletzt abgerufen am 21. Oktober 2017 von https://issuu.com/zapfi/docs/polish_defence_yearbook_2012.pl.

- Baczynska, G. (2010). France, Germany, Poland urge closer EU defence ties. *Reuters*, 13. Dezember 2010. Zuletzt abgerufen am 19. November 2017 von <https://uk.reuters.com/article/uk-eu-security/france-germany-poland-urge-closer-eu-defence-ties-idUKTRE6BC1V720101213>.
- Bajerski, B. (2007). W Sejmie zgoda w sprawie tarczy antyrakietowej. *Dziennik*, 12. Oktober 2007. Zuletzt abgerufen am 4. August 2017 von <http://wiadomosci.dziennik.pl/polityka/artykuly/200628,w-sejmie-zgoda-w-sprawie-tarczy-antyrakietowej.html>.
- Balzli, B., Jungholt, T., Schiltz, C., & Tauber, A. (2017). Kommissionschef Juncker fordert eine EU-Armee. *Die Welt*, 8. Dezember 2017. Zuletzt abgerufen am 22. Juni 2017 von <https://www.welt.de/politik/deutschland/article138169533/Kommissionschef-Juncker-fordert-eine-EU-Armee.html>.
- Banat-Adamiuk, M. (2007). Poland's Activities in the European Union. In *Yearbook of Polish Foreign Policy 2007*, S. 45-66. Warsaw: The Polish Institute of International Affairs.
- Barnett, M. N., & Finnemore, M. (1999). The Politics, Power, and Pathologies of International Organizations. *International Organization*, Jg. 53, Nr. 4, S. 699-732.
- Beck, U. (2011). Nein, wir schaffen das nicht allein. *DIE ZEIT*, 30.06.2011, S. 15.
- Beichelt, T. (2001). *Demokratische Konsolidierung im postsozialistischen Europa: Die Rolle der politischen Institutionen*. Opladen: Leske + Budrich.
- Beichelt, T. (2002). Parlamente und demokratische Konsolidierung im postsozialistischen Europa. In S. Kraatz, & S. von Steinsdorff (Hrsg.), *Parlamente und Systemtransformation im postsozialistischen Europa*. Opladen: Leske + Budrich, S. 29-42.
- Beichelt, T. (2004). *Die Europäische Union nach der Osterweiterung*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Bielecki, J. (2006a). Czekamy na propozycje Amerykanów. *Rzeczpospolita*, 14. September 2006. Zuletzt abgerufen am 2. August 2012 von <http://archiwum.rp.pl/artykul/638326-Czekamy-na-propozycje-Amerykanow.html>.
- Bielecki, J. (2006b). Ameryka rozklada parasol. *Rzeczpospolita*, 11. April 2006. Zuletzt abgerufen am 7. August 2013 von <https://archiwum.rp.pl/artykul/609852-Ameryka-rozklada-parasol.html>.
- Bielecki, J. (2006c). Sojusz bez partnerstwa. *Rzeczpospolita*, 23. September 2006. Zuletzt abgerufen am 18. November 2013 von <http://archiwum.rp.pl/artykul/639939-Sojusz-bez-partnerstwa.html>.
- Bielecki, J. (2007). Ameryce zależy na szybkich negocjacjach. *Rzeczpospolita*, 14. April 2007. Zuletzt abgerufen am 4. August 2013 von <https://archiwum.rp.pl/artykul/676624-Ameryce-zalezy-na-szybkich-negocjacjach.html>.
- Bielecki, T. (2015). Do unii energetycznej - z oporami. *Gazeta Wyborcza*, 26. Februar 2015. Zuletzt abgerufen am 15. Juni 2017 von http://wyborcza.pl/1,75968,17485080,Do_unii_energetycznej___z_oporami.html.

- Bieleń, S. (1996). Der Aufbau einer neuen Nachbarschaft Polens mit Deutschland und Rußland. In M. Dobroczyński (Hrsg.), *Deutschland, Polen, Rußland. Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit der Völker*. Warschau: Centrum Badań Wschodnich Uniwersytetu Warszawskiego, S. 45-58.
- Bieńczyk-Missala, A. (Januar 2016). Poland's Foreign and Security Policy: Main Directions. *Revista UNISCI*(40), S. 101-118. Zuletzt abgerufen am 26. Juni 2017 von <https://www.ucm.es/data/cont/media/www/pag-78913/UNISCIDP40-6ABiencyk-Missala1.pdf>.
- Bittner, J. (2014). Noworossija – Putins neues Reich. Sie bewegt sich doch. *DIE ZEIT*, 4. September 2014, S. 5.
- Blatter, J. K., Janning, F., & Wagemann, C. (2007). *Qualitative Politikanalyse. Eine Einführung in Forschungsansätze und Methoden*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Bolesch, C. (2007). Europa setzt sich ehrgeizige Klima-Ziele. *Süddeutsche Zeitung*, 10. März 2007.
- Bolzen, S., & Kamann, M. (2005). "Wer Geschichte relativiert, macht einen Fehler". Polens Staatspräsident Aleksander Kwasniewski zu seinen Erwartungen an Deutschland und an Kreml-Chef Putin. *Die Welt*, 28. Februar 2005. Zuletzt abgerufen am 23. Juli 2017 von <https://www.welt.de/print-welt/article496234/Wer-Geschichte-relativiert-macht-einen-Fehler.html>.
- Bowen, G. A. (2009). Document Analysis as a Qualitative Research Method. *Qualitative Research Journal*, Jg. 9, Nr. 2, S. 27-40.
- Brinck, C. (2015). Keine Zeit: "Decision Making and Cognitive Constraints in Government" mit Prof. Stephen Krasner an der Stanford University. *DIE ZEIT*, 13. Mai 2015, S. 65.
- Brunner, G. (2002). Präsident, Regierung und Parlament: Machtverteilung zwischen Exekutive und Legislative. In O. Luchterhandt (Hrsg.), *Neue Regierungssysteme in Osteuropa und der GUS. Probleme der Ausbildung stabiler Machtinstitutionen*, 2., aktualis. Aufl. Berlin: Berlin-Verlag Arno Spitz, S. 67-122.
- Bujanowski, S. (2014). *Vom „schwierigen Partner“ zum europäischen Gestalter*. Bonn. Zuletzt abgerufen am 29. Juni 2017 von <http://hss.ulb.uni-bonn.de/2014/3683/3683.pdf>.
- Buras, P. (2014). *Analyse: Die polnische Außenpolitik im Spiegel der Ukraine-Krise*. Zuletzt abgerufen am 27. Juli 2015 von http://www.ecfr.eu/berlin/post/die_ukrainische_krise_die_polnische_aussenpolitik_und_die_polnisch_deutsche.
- Buras, P. (2015). Polen, der Ukraine-Konflikt und die Europäische Union. *Polen-Analysen Nr. 161*, 21. April 2015, S. 2-6. Zuletzt abgerufen am 7. Juni 2017 von <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen161.pdf>.
- Burchill, S., & Linklater, A. (2005). Introduction. In S. Burchill, A. Linklater, R. Devetak, J. Donnelly, M. Paterson, C. Reus-Smit, & J. True (Hrsg.), *Theories of International Relations. Third Edition*. Basingstoke: Palgrave Macmillan, S. 1-28.
- Buzan, B. (1983). *People, States, and Fear. The National Security Problem in International Relations*. Brighton: Wheatsheaf Books.
- Buzan, B. (2007). *People, States & Fear. An Agenda for International Security Studies in the Post-cold War Era. Second Edition*. Colchester: ECPR Press.

- Buzan, B., Waever, O., & Wilde, J. d. (1998). *Security. A New Framework for Analysis*. Boulder/London: Lynne Rienner Publishers.
- Carlsnaes, W. (1992). The Agency-Structure Problem in Foreign Policy Analysis. *International Studies Quarterly*, Jg. 36, Nr. 3, S. 245-270.
- Centre for European Policy Studies (2015). *More Union in European Defence. Report of a CEPS Task Force*. Zuletzt abgerufen am 22. Juni 2017 von <https://www.ceps.eu/system/files/TFonEuropeanDefence.pdf>.
- Chappell, L. (2006). Agnostic Bystander or Active Participant? Poland's Role in the European Security and Defence Policy. *Forum natolińskie*, Jg. 5, Nr. 3, S. 1-23.
- Chappell, L. (2012). *Germany, Poland and the Common Security and Defence Policy. Converging Security and Defence Perspectives in an Enlarged EU*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Checkel, J. T. (1998). The Constructivist Turn in International Relations Theory (Review Article). *World Politics*, Jg. 50, Nr. 2, S. 324-348.
- Checkel, J. T. (2005). International Institutions and Socialization in Europe: Introduction and Framework. *International Organization*, Jg. 59, Nr. 4, S. 801-826.
- Checkel, J. T. (2010). *Theoretical Synthesis in IR: Possibilities and Limits. Simons Papers in Security and Development No. 6/2010*. Vancouver: Simon Fraser University.
- Ciastoń, R., Fleischer, P., Lipka, R., Mazurek, K., Rdzanek, G., & Smura, T. (2014). *Sily Zbrojne RP – stan, perspektywy i wyzwania modernizacyjne*. Warschau: Fundacja im. Kazimierza Pułaskiego. Zuletzt abgerufen am 9. Juni 2017 von https://pulaski.pl/wp-content/uploads/2015/02/FKP_Raport_Sily_Zbrojne.pdf.
- Ciensi, J. (2005). Polen verlängert Mandat für seine Soldaten im Irak. *Financial Times Deutschland*, 28.12.2005, S. 9.
- Collier, D., & Mahoney, J. (1996). Insights and Pitfalls: Selection Bias in Qualitative Research. *World Politics*, Jg. 49, Nr. 1, S. 56-91.
- Cooper, R. N. (1986). *Economic Policy in an Interdependent World. Essays in World Economics*. Cambridge MA: The MIT Press.
- Dębski, S. (2009). From the Editor. In *Yearbook of Polish Foreign Policy 2008*. Warsaw: The Polish Institute of International Affairs, S. 5-8.
- Deitelhoff, N., & Zürn, M. (2016). *Lehrbuch der Internationalen Beziehungen. Per Anhalter durch die IB-Galaxis*. München: C.H.Beck.
- Demmer, U., & Neukirch, R. (2010). Fear of Russia: NATO Developed Secret Contingency Plans for Baltic States. *Spiegel Online*, 7. Dezember 2010. Zuletzt abgerufen am 25. Juli 2017 von <http://www.spiegel.de/international/europe/fear-of-russia-nato-developed-secret-contingency-plans-for-baltic-states-a-733361.html>.
- Der Spiegel (2003). NATO: Pole an die Spitze? 13. Januar 2003, S. 19.
- Der Spiegel (2008). Viele Kandidaten für den Spitzenjob. 1. Dezember 2008, S. 121.
- Der Tagesspiegel (2008). Polen: Eine echte Männerfeindschaft, 15. August 2008. Zuletzt abgerufen am 17. Dezember 2017 von <http://www.tagesspiegel.de/politik/polen-eine-echte-maennerfeindschaft/1301424.html>.
- Deutsch, K. W. (1979). *Tides Among Nations*. New York: Free Press.

- Deutsche Welle (2002). *128 deutsche "Leopards" für Polen*, 19. Juni 2002. Zuletzt abgerufen am 7. Dezember 2016 von <http://dw.com/p/2QwW>.
- Deutsche Welle (2014). *Polen verstärkt Militär an Ostgrenze*, 28. Oktober 2014. Zuletzt abgerufen am 8. Juni 2017 von [www.dw.com: http://p.dw.com/p/1Dczl](http://www.dw.com/p/1Dczl).
- Dewitte, L. (2006). *First Polish F-16s arrive in Poland*, 8. November 2006. Zuletzt abgerufen am 18. November 2017 von <http://www.f-16.net/f-16-news-article2042.html>.
- Die Welt (2008). *EU findet Kompromiss bei Klima und Konjunktur*, 12. Dezember 2008. Abgerufen am 9. Dezember 2017 von <http://www.welt.de/politik/article2866817/EU-findet-Kompromiss-bei-Klima-und-Konjunktur.html>.
- Die Welt (2014). *Polen kündigt Truppen-Verlegung nach Osten an*, 27. Oktober 2014. Zuletzt abgerufen am 8. Juni 2017 von <https://www.welt.de/politik/ausland/article133706532/Polen-kuendigt-Truppen-Verlegung-nach-Osten-an.html>.
- Do, K. T. (2009). *Globale Netzwerke als Gestaltungschance für internationale Politik. Eine Analyse des International Competition Network*. Frankfurt a.M.: Peter Lang.
- Dragsdahl, J. (1998). *NATO Resists Pressures to Militarise Central Europe*. *Basic Papers. Occasional Papers on International Security Policy*, Nr. 28. Zuletzt abgerufen am 21. Juli 2017 von <http://www.dragsdahl.dk/A19980701.htm>.
- Dufour, N. (2015). *June Defence Summit: France Seeks to Add CSDP to the Core of the EU's Global Approach*. *PISM Bulletin* Nr. 63. Zuletzt abgerufen am 11. Juni 2017 von https://www.pism.pl/files/?id_plik=20047.
- Dufour, N., & Terlikowski, M. (2015). *Poland and France: The (Un)Limited Strategic Partnership*. *PISM Strategic File* Nr. 3. Zuletzt abgerufen am 12. Juli 2015 von http://www.pism.pl/files/?id_plik=19151.
- Duverger, M. (1980). *A New Political System Model. Semi-Presidential Government*. *European Journal of Political Research*, Jg. 8, Nr. 2, S. 165-187.
- Dylla, D. (2011). *Zwischen US-Loyalität und Pragmatismus: Polen und die Libyen-Krise*. *Kommentare zur Internationalen Politik und Außenpolitik*, Mai 2011. Zuletzt abgerufen am 19. November 2017 von http://www.jaeger.uni-koeln.de/fileadmin/templates/publikationen/kipa/KIPA_POLEN_LIBYEN_2011.pdf.
- Dylla, D. (2008). *Die Irak-Entscheidung Polens von 2003: Eine Analyse aus Sicht der Ökonomischen Theorie der Demokratie*. In T. Jäger, & dies. (Hrsg.), *Deutschland und Polen. Die europäische und internationale Politik*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 211-238.
- Eckstein, H. (2000). *Case Study and Theory in Political Science*. In R. Gomm, M. Hammersley, & P. Foster (Hrsg.), *Case Study Method. Key Issues, Key Texts*. London u.a.: SAGE Publications, S. 119-164.
- Elman, C., & Elman, M. F. (2003). *Lessons from Lakatos*. In dies. (Hrsg.), *Progress in International Relations Theory. Appraising the Field*. Cambridge MA/London: MIT Press, S. 21-68.
- Europolitics (2008). *Interview with Bogdan Klich, Polish Defence Minister: Poland Backs Integrated Defence Mechanisms*, 27. Mai 2008. Zuletzt abgerufen am 23. Juli 2017 von <https://www.highbeam.com/doc/1G1-179399952.html>.

- Fearon, J., & Wendt, A. (2002). Rationalism v. Constructivism: A Skeptical View. In W. Carlsnaes, T. Risse, & B. A. Simmons (Hrsg.), *Handbook of International Relations*. London u.a.: SAGE Publications, S. 52-72.
- Feinstein, L. A. (2009a). *Poland seeks to build CSDP as Credible Partner for NATO*, 9. Dezember 2009. Zuletzt abgerufen am 7. Juli 2017 von https://wikileaks.org/plusd/cables/09WARSAW1204_a.html.
- Feinstein, L. A. (2009b). *HLDG: Constructive Progress on U.S. BMD and Patriot Proposals*, 20. Oktober 2009. Zuletzt abgerufen am 7. Juli 2017 von https://wikileaks.org/plusd/cables/09WARSAW1071_a.html.
- Feinstein, L. A. (2010). *U/S Tauscher Meets FM Sikorski, MOD Klich*, 10. Februar 2010. Zuletzt abgerufen am 19. November 2017 von https://wikileaks.org/plusd/cables/10WARSAW94_a.html.
- Finnemore, M. (1996a). Norms, Culture, and World Politics: Insights from Sociology's Institutionalism. *International Organization*, Jg. 50, Nr. 2, S. 325-347.
- Finnemore, M. (1996b). *National Interests in International Society*. Ithaca NY: Cornell University Press.
- Finnemore, M. (1996c). Constructing Norms of Humanitarian Intervention. In P. Katzenstein (Hrsg.), *The Culture of National Security*. New York: Columbia University Press, S. 153-185.
- Fischer, S., Klüfers, P., Masala, C., & Wagner, K. (2014). *(Un-)Sicherheitswahrnehmung und Sicherheitsmaßnahmen im internationalen Vergleich*. Berlin: Freie Universität Berlin. Zuletzt abgerufen am 28. April 2017 von http://www.sicherheitsforschung.de/publikationen/schriftenreihe_neu/sr_v_v/sr_14.pdf.
- Flückiger, P. (2008). Polen stellt Raketenabwehr der USA in Frage. *Die Welt*, 23. Februar 2008. Zuletzt abgerufen am 25. Juli 2017 von https://www.welt.de/welt_print/article1713532/Polen-stellt-Raketenabwehr-der-USA-in-Frage.html.
- Focus (2008). US-Raketen: Russland droht Polen mit Atomschlag, 16. August 2008. Zuletzt abgerufen am 27. Juli 2017 von http://www.focus.de/politik/ausland/us-raketen-russland-droht-polen-mit-atomschlag_aid_325426.html.
- Forcieri, L. (1999). *The New Allies: The Czech Republic, Hungary, and Poland Entering Nato. Report AS254 DSC/AF (99) 6 to the Sub-Committee on the Future of the Armed Forces, Defense and Security Committee, NATO Parliamentary Assembly*. Brussels. Zuletzt abgerufen am 7. Dezember 2016 von <http://www.nato-pa.int/archivedpub/comrep/1999/as254dscaf-e.asp>.
- Frank, C. (2010). *NATOisierung polnischer und tschechischer Sicherheitspolitik im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen: Normübernahme im Lichte des rationalen und konstruktivistischen Institutionalismus*. Trier: Universitätsbibliothek Trier. Zuletzt abgerufen am 5. Juli 2017 von http://ubt.opus.hbznrw.de/volltexte/2010/589/pdf/NATOisierung_Osteuropa.pdf.
- Frankenberger, K.-D. (2009). Raketenschild: Obamas Kehrtwende. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 18. September 2009. Zuletzt abgerufen am 17. Dezember 2017 von <http://www.faz.net/aktuell/politik/raketenschild-obamas-kehrtwende-1855988.html>.

- Frankfurter Allgemeine Zeitung (2009a). *Polen: Vorteil Tusk vor dem Verfassungsgericht*, 21. Mai 2009. Zuletzt abgerufen am 17. Dezember 2017 von <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/polen-vorteil-tusk-vor-dem-verfassungsgericht-1803091.html>.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (2009b). *Sikorski: Polen muss umdenken*, 24. September 2009, S. 6.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (2017). *23 EU-Staaten wollen unabhängig von Amerika werden*, 13. November 2017. Zuletzt abgerufen am 19. November 2017 von <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/23-eu-staaten-beschliessen-verteidigungsunion-15290257.html>.
- Freedman, D. A. (2008). Do the N's Justify the Means? *Newsletter of the American Political Science Association Organized Section for Qualitative and Multi-Method Research*, Jg. 6, Nr. 2, S. 4-6.
- Furtak, R. (2002). Zum Verhältnis von Staatspräsident und Regierung in postsozialistischen Staaten. In O. Luchterhandt (Hrsg.), *Neue Regierungssysteme in Osteuropa und der GUS. Probleme der Ausbildung stabiler Machtinstitutionen. 2., aktualis. Aufl.* Berlin: Berlin-Verlag Arno Spitz, S. 123-174.
- Gadziński, M. (2007). Umowa o budowie amerykańskiej tarczy w Polsce coraz bliżej. *Gazeta Wyborcza*, 27. Juni 2007. Zuletzt abgerufen am 4. August 2017 von <http://wyborcza.pl/1,76842,4254383.html?disableRedirects=true>.
- Gągor, F. (2009). Dziesięć lat w NATO. *Kwartalnik Bellona* Nr. 1, S. 7-25. Zuletzt abgerufen am 6. Juli 2017 von <https://sgwp.wp.mil.pl/plik/File/bellona.pdf>.
- Gallis, P. (2008). *The Nato Summit at Bucharest, 2008. CRS Report for Congress*. Washington D.C.: The Library of Congress. Zuletzt abgerufen am 25. Juli 2017 von <https://fas.org/sgp/crs/row/RS22847.pdf>.
- Ganghof, S. (2016). Forschungsdesign in der Politikwissenschaft - Kausale Perspektiven versus kontrastive Theorietests. *OZP - Austrian Journal of Political Science*, Jg. 45, Nr. 1, S. 1-12.
- Garlicki, L. L. (1997). The Presidency in the New Polish Constitution. *East European Constitutional Review*, Jg. 6, Nr. 2-3, S. 81-89.
- George, A., & Bennett, A. (2005). *Case Studies and Theory Development in the Social Sciences*. Cambridge MA: MIT Press.
- Gerhardt, S. (2007). *Polska Polityka Wschodnia. Die Außenpolitik der polnischen Regierung von 1989 bis 2004 gegenüber den östlichen Nachbarstaaten Polens (Russland, Litauen, Weißrussland, Ukraine)*. Marburg: Verlag Herder-Institut.
- Gerring, J. (2004). What Is a Case Study and What Is It Good for? *American Political Science Review*, Jg. 98, Nr. 2, S. 341-354.
- Gerring, J. (2006). Single-outcome studies: A methodological primer. *International Sociology*, Jg. 21, Nr. 5, S. 707-734.
- Gheciu, A. (2005). Security Institutions as Agents of Socialization? NATO and the 'New Europe'. *International Organization*, Jg. 59, Nr. 4, S. 973-1012.
- Gläser, J., & Laudel, G. (2006). *Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse. 2., durchgesehene Aufl.* Wiesbaden: VS Verlag.
- Gnauck, G. (2005). Polen will Basis für US-Raketenschild werden. *Die Welt*, 18. November 2005, S. 6.

- Gnauck, G. (2006a). Verteidigungsminister fordert Irak-Rückzug. *Die Welt*, 5. Dezember 2006. Zuletzt abgerufen am 9. Dezember 2017 von <https://www.welt.de/print-welt/article700241/Verteidigungsminister-fordert-Irak-Rueckzug.html>.
- Gnauck, G. (2006b). Russland hat keine Orientierung. Nach der Gazprom-Krise plant Polen den Bau eines Hafens für Flüssiggas - Gespräch mit Außenminister Meller. *Die Welt*, 7. Januar 2006. Zuletzt abgerufen am 17. Dezember 2017 von <https://www.welt.de/print-welt/article189286/Russland-hat-keine-Orientierung.html>.
- Gnauck, G. (2008). Für eine neue Ostpolitik. Interview mit Polens Außenminister Radosław Sikorski. *Die Welt*, 9. Dezember 2008, S. 3.
- Gnauck, G. (2009). Polen will seine ersten Atomkraftwerke bauen. *Die Welt*, 3. Februar 2009. Zuletzt abgerufen am 24. November 2017 von <https://www.welt.de/politik/article3137628/Polen-will-seine-ersten-Atomkraftwerke-bauen.html>.
- Gnauck, G. (2012). USA stationieren erstmals Soldaten in Polen. *Die Welt*, 9. November 2012. Zuletzt abgerufen am 25. Juli 2017 von <https://www.welt.de/politik/ausland/article110853029/USA-stationieren-erstmal-Soldaten-in-Polen.html>.
- Gnauck, G. (2015). Polens Pläne zur Stärkung der Nato-Ostflanke. *Die Welt*, 3. Dezember 2015. Zuletzt abgerufen am 6. Juni 2017 von <https://www.welt.de/politik/ausland/article149568971/Polens-Plaene-zur-Staerkung-der-Nato-Ostflanke.html>.
- Goettig, M., & Shalal, A. (2014). Poland speeds up missile defense plan amid Ukraine crisis. *Reuters*, 21. März 2014. Zuletzt abgerufen am 8. Juni 2017 von <http://www.reuters.com/article/us-poland-defence-idUSBREA2K1A320140321>.
- Goldstein, J., & Keohane, R. O. (1993). Ideas and Foreign Policy: An Analytical Framework. In dies. (Hrsg.), *Ideas and Foreign Policy. Beliefs, Institutions, and Political Change*. Ithaca NY: Cornell University Press, S. 3-30.
- Górka-Winter, B. (2009). Poland's Policy Regarding the United States. In *Yearbook of Polish Foreign Policy 2008*. Warschau: Polski Instytut Spraw Międzynarodowych, S. 79-98.
- Górka-Winter, B. (2013). Chapter 6: Poland. In M. Majer (Hrsg.), *Security Sector Reform in Countries of Visegrad and Southern Caucasus: Challenges and Opportunities*. Bratislava: Centre for European and North Atlantic Affairs, S. 83-98.
- Górka-Winter, B. (2015). Poland's Strategic Narrative on Afghanistan: Getting the Best of Both Worlds. In B. d. Graaf, G. Dimitriu, & J. Ringsmose (Hrsg.), *Strategic Narratives, Public Opinion, and War*. London/New York: Routledge, S. 263-281.
- Gourevitch, P. A. (1999). Robert O. Keohane: The Study of International Relations. *Political Science and Politics*, Jg. 32, Nr. 3, S. 623-628.
- Grieco, J. (1988). Anarchy and the Limits of Cooperation: A Realist Critique of the Newest Liberal Institutionalism. *International Organization*, Jg. 42, Nr. 3, S. 485-507.

- Grieco, J. (1995). The Maastricht Treaty, Economic and Monetary Union, and the Neorealist Research Programme. *Review of International Studies*, Jg. 21, Nr. 1, S. 21-40.
- Gross Stein, J. (2002). Psychological Explanations of International Conflict. In W. Carlsnaes, T. Risse, & B. A. Simmons (Hrsg.), *Handbook of International Relations*. London u.a.: SAGE Publications, S. 292-308.
- Gross Stein, J. (2013a). Psychological Explanations of International Decision Making and Collective Behavior. In W. Carlsnaes, T. Risse, & B. A. Simmons (Hrsg.), *Handbook of International Relations. Second Edition*. London u.a.: SAGE Publications, S. 195-219.
- Gross Stein, J. (2013b). Threat Perception in International Relations. Forthcoming in: L. Huddy, D. O. Sears, & J. S. Levy (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Political Psychology. Second Edition*. Oxford: Oxford University Press. Zuletzt abgerufen am 15. Dezember 2017 von <https://www.surrey.ac.uk/politics/research/researchareasofstaff/isppsummeracademy/instructors%20/Stein%20-%20Threat%20Perception%20in%20International%20Relations.pdf>.
- Gschwend, T., & Schimmelfennig, F. (2007). Forschungsdesign in der Politikwissenschaft: Ein Dialog zwischen Theorie und Daten. In dies. (Hrsg.), *Forschungsdesign in der Politikwissenschaft: Probleme – Strategien – Anwendungen*. Frankfurt am Main: Campus Verlag, S. 13-35.
- Gutsche, A. (2015). Erstes Schiff mit Flüssiggas vor Usedom. *Ostsee-Zeitung*, 11. Dezember 2015. Zuletzt abgerufen am 25. November 2017 von <http://www.ostsee-zeitung.de/Vorpommern/Usedom/Wirtschaft/Erstes-Schiff-mit-Fluessiggas-vor-Usedom>.
- Haas, E. B. (1958). *The Uniting of Europe*. Stanford: Stanford University Press.
- Haas, P. M. (1992). Introduction: Epistemic Communities and International Policy Coordination. *International Organization*, Jg. 46, Nr. 1, S. 1-35.
- Habermas, J. (1995). *Theorie des kommunikativen Handelns. Band I: Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung*. Berlin: Suhrkamp.
- Haftendorn, H. (1997). Sicherheitsinstitutionen in den internationalen Beziehungen. Eine Einführung. In dies., & O. Keck (Hrsg.), *Kooperation jenseits von Hegemonie und Bedrohung. Sicherheitsinstitutionen in den internationalen Beziehungen*. Baden-Baden: Nomos, S. 11-34.
- Haftendorn, H. (2001). *Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung*. Stuttgart/München: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Haftendorn, H. (2005). *Das Atlantische Bündnis in der Anpassungskrise. SWP-Studie S5/2005*. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Hall, P. A., & Taylor, R. C. (1996). Political Science and the Three New Institutionalisms. *Political Studies*, Jg. 44, Nr. 5, S. 936-957.
- Hanke, T. (2016). „An der Nase herumgeführt“ – Polen verärgert Airbus. *Handelsblatt*, 11. Oktober 2016. Zuletzt abgerufen am 19. November 2017 von <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/handel-konsumgueter/streit-um-hubschrauber-vertrag-an-der-nase-herumgefuehrt-polen-veraergert-airbus/14670530.html>.

- Harding, L., & Traynor, I. (2009). Obama abandons missile defence shield in Europe. *The Guardian*, 17. September 2009. Zuletzt abgerufen am 19. November 2017 von <https://www.theguardian.com/world/2009/sep/17/missile-defence-shield-barack-obama>.
- Hasenclever, A., Mayer, P., & Rittberger, V. (1997). *Theories of International Regimes*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Hassel, F. (2017). Polen will sich Erdgas aus den USA liefern lassen. *Süddeutsche Zeitung*, 5. Juli 2017. Zuletzt abgerufen am 24. November 2017 von <http://www.sueddeutsche.de/politik/polen-gas-und-heisse-luft-1.3574443>.
- Hecking, C., & Tönnemann, J. (2016). Risse im Kontinent. *DIE ZEIT*, 23. Juni 2016, S. 24.
- Heinemann, C. (2014). Russische Drohungen: "Das Sicherheitsgefühl ist wieder fragil". Janusz Reiter im Gespräch mit Christoph Heinemann. *Deutschlandfunk*, 25. April 2014. Zuletzt abgerufen am 7. Juli 2017 von http://www.deutschlandfunk.de/russische-drohungen-das-sicherheitsgefuehl-ist-wieder-fragil.694.de.html?dram:article_id=283618.
- Hermann, R. (2008). Flexiblere Töne Lawrows in Warschau. Russland erklärt Polen seine "Europa-Doktrin". *Neue Zürcher Zeitung*, 12. September 2008. Zuletzt abgerufen am 26. Juli 2017 von https://www.nzz.ch/russland_erklaert_polen_seine_europa-doktrin-1.829709.
- Hofmann, A. (2009). *Securitising the State and the Nation? Sicherheitsdiskurse und polnische Außenpolitik (1999-2006)*. Berlin: Humboldt-Universität. Zuletzt abgerufen am 2. Juni 2017 von <http://edoc.hu-berlin.de/dissertationen/hofmann-anna-2009-01-21/PDF/hofmann.pdf>.
- Holsti, O. R. (1992). Public Opinion and Foreign Policy: Challenges to the Almond-Lippmann Consensus. Mershon Series: Research Programs and Debates. *International Studies Quarterly*, Jg. 36, Nr. 4, S. 439-466.
- International Energy Agency (2011). *Energy Policies of IEA Countries. Poland 2011 Review*. Paris: OECD/IEA. Zuletzt abgerufen am 17. Juni 2017 von https://www.iea.org/publications/freepublications/publication/Poland2011_web.pdf
- International Energy Agency (2014). *CCS 2014. What lies in store for CCS?* Paris: OECD/IEA.
- International Energy Agency (2017a). *Energy Policies of IEA Countries. Poland 2016 Review*. Paris: OECD/IEA. Zuletzt abgerufen am 18. Juni 2017 von https://www.iea.org/publications/freepublications/publication/Energy_Policies_of_IEA_Countries_Poland_2016_Review.pdf.
- International Energy Agency (2017b). *Statistics*. Zuletzt abgerufen am 26. Juni 2017 von <https://www.iea.org/statistics/statisticssearch/report/?country=POLAND&product=Balances&year=2005>.
- Ischinger, W. (2014). Die Ukraine-Krise und die Sicherheit Europas. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 31. August 2014. Zuletzt abgerufen am 26. Juli 2017 von <http://www.faz.net/-gpf-7tdqr>.

- Ismayr, W. (2010). Die politischen Systeme Osteuropas im Vergleich. In ders. (Hrsg.), *Die politischen Systeme Osteuropas. 3., aktualis. und erw. Aufl.* Wiesbaden: VS Verlag, S. 9-78.
- Jäger, T. (2008). Mittelmächte in Europa: Bilaterale Beziehungen und außenpolitischer Handlungsspielraum. In ders., & D. W. Dylla (Hrsg.), *Deutschland und Polen. Die europäische und internationale Politik.* Wiesbaden: VS Verlag, S. 9-34.
- Jäger, T., & Dylla, D. (Hrsg.). (2008a). *Deutschland und Polen. Die europäische und internationale Politik.* Wiesbaden: VS Verlag.
- Jäger, T., & Dylla, D. (2008b). Ballistic Missile Defense und polnische Sicherheitsinteressen: Eine Analyse der Diskussion über die Stationierung der US-Raketenbasis auf polnischem Territorium. In dies. (Hrsg.), *Deutschland und Polen. Die europäische und internationale Politik.* Wiesbaden: VS Verlag, S. 289-324.
- Jahn, D. (2006). *Einführung in die vergleichende Politikwissenschaft.* Wiesbaden: VS Verlag.
- Jahn, D. (2013). *Einführung in die Vergleichende Politikwissenschaft. 2. Aufl.* Wiesbaden: Springer VS.
- Janke, Igor; Gociek, Piotr (2009). Kryzys to nie wina rządu, ale milczenie o nim – tak. Interview mit dem Parteivorsitzenden der PiS, J. Kaczyński. *Rzeczpospolita*, 26. Januar 2009. Zuletzt abgerufen am 17. Dezember 2017 von <http://www.rp.pl/artykul/253573-Kryzys-to-nie-wina-rzadu--ale-milczenie-o-nim---tak.html>.
- Jankowski, D. P. (2013). *Beyond Air and Missile Defense: Modernization of the Polish Armed Forces. Issue Brief No. 132.* Washington D.C. : Center for European Policy Analysis.
- Jerusalem Post (2006). Poland Extends Iraq Deployment through 2007, 22. Dezember 2006. Zuletzt abgerufen am 6. Dezember 2017 von <http://www.jpost.com/Middle-East/Poland-extends-Iraq-deployment-through-2007>.
- Jervis, R. (1970). *The Logic of Images in International Relations.* Princeton: Princeton University Press.
- Jervis, R. (1978). Cooperation under the Security Dilemma. *World Politics*, Jg. 30, Nr. 2, S. 167-214.
- Jervis, R. (1983). Security Regimes. In S. D. Krasner (Hrsg.), *International Regimes.* Ithaca NY: Cornell University Press, S. 173-194.
- Jervis, R. (2017). *Perception and Misperception in International Politics. With a new preface by the author. Second Edition.* Princeton/Oxford: Princeton University Press.
- Johnston, A. I. (2001). Treating International Institutions as Social Environments. *International Studies Quarterly*, Jg. 45, Nr. 4, S. 487-515.
- Kahnemann, D. (2003). Maps of Bounded Rationality: Psychology for Behavioral Economics. *American Economic Review*, Jg. 93, Nr. 5, S. 1449-1475.
- Kaiser, K. (1969). Transnationale Politik: Zu einer Theorie der multinationalen Politik. In E.-O. Czempiel (Hrsg.), *Die anachronistische Souveränität: Zum Verhältnis von Innen- und Außenpolitik.* Köln und Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 80-109.
- Kamp, K.-H. (2016). Die Macht der Institutionen: NATO, EU und OSZE. In J. Bindenagel, M. Herdegen, & K. Kaiser (Hrsg.), *Internationale Sicherheit im 21.*

- Jahrhundert. Deutschlands internationale Verantwortung.* Göttingen: V&R unipress, S. 87-92. Zuletzt abgerufen am 8. Dezember 2016 von http://www.v-r.de/_uploads_media/files/9783847106173_herdegen_et_al_sicherheit_wz_022820.pdf.
- Karkoszka, A. (2005). Combating Terrorism and Its Implications for the Polish Armed Forces. In T. H. Winkler, A. H. Ebnöther, & M. B. Hansson (Hrsg.), *Combating Terrorism and Its Implications for the Security Sector*. Stockholm/Genf: Swedish National Defence College/Geneva Centre for the Democratic Control of Armed Forces, S. 102-118.
- Katzenstein, P. (Hrsg.). (1996a). *The Culture of National Security: Norms and Identity in World Politics*. New York: Columbia University Press.
- Katzenstein, P. (1996b). *Cultural Norms and National Security. Police and Military in Postwar Japan*. Ithaca NY: Cornell University Press.
- Katzenstein, P. (1996c). Introduction: Alternative Perspectives on National Security. In ders. (Hrsg.), *The Culture of National Security: Norms and Identity in World Politics*. New York: Columbia University Press, S. 1-32.
- Katzenstein, P. J., Keohane, R. O., & Krasner, S. D. (1998). International Organization and the Study of World Politics. *International Organization*, Jg. 52, Nr. 4, S. 645-685.
- Keck, O. (1997). Sicherheitsinstitutionen im Wandel des internationalen Systems. In H. Haftendorn, & ders. (Hrsg.), *Kooperation jenseits von Bedrohung. Sicherheitsinstitutionen in den internationalen Beziehungen*. Baden-Baden: Nomos, S. 253-270.
- Kenarov, D. (2013a). Poland: After the Shale Gas Bubble. *The Pulitzer Center*, 2. Dezember 2013. Zuletzt abgerufen am 21. Juni 2017 von <http://pulitzercenter.org/reporting/poland-after-shale-gas-bubble>.
- Kenarov, D. (2013b). Poland Stumbles as Shale Gas Industry Fails to Take Off. *The Pulitzer Center*, 24. Januar 2013. Zuletzt abgerufen am 21. Juni 2017 von <http://pulitzercenter.org/reporting/poland-stumbles-shale-gas-industry-fails-take>.
- Keohane, R. O. (1983). The Demand for International Regimes. In S. D. Krasner (Hrsg.), *International Regimes*. Ithaca NY: Cornell University Press, S. 141-171.
- Keohane, R. O. (1984). *After Hegemony: Cooperation and Discord in the World Political Economy*. Princeton: Princeton University Press.
- Keohane, R. O. (1986a). Realism, Neorealism and the Study of World Politics. In ders. (Hrsg.), *Neorealism and its Critics*. New York: Columbia University Press, S. 1-26.
- Keohane, R. O. (1986b). Reciprocity in International Relations. *International Organization*, Jg. 40, Nr. 1, S. 1-27.
- Keohane, R. O. (1989). *International Institutions and State Power. Essays in International Relations Theory*. Boulder u.a.: Westview Press.
- Keohane, R. O. (1990). Multilateralism: An Agenda for Research. *International Journal*, Jg. 45, Nr. 4, S. 731-764.
- Keohane, R. O. (1993). Institutional Theory and the Realist Challenge after the Cold War. In D. A. Baldwin (Hrsg.), *Neorealism and Neoliberalism. The Contemporary Debate*. New York: Columbia University Press, S. 269-300.

- Keohane, R. O. (1998). International Institutions: Can Interdependence Work? *Foreign Policy*, Nr. 110, S. 82-96.
- Keohane, R. O., & Martin, L. L. (1995). The Promise of Institutional Theory. *International Security*, Jg. 20, Nr. 1, S. 39-51.
- Keohane, R. O., & Martin, L. L. (2003). Institutional Theory as a Research Program. In C. Elman, & M. F. Elman (Hrsg.), *Progress in International Relations Theory. Appraising the Field*. Cambridge MA/London: MIT Press, S. 71-108.
- Keohane, R. O., & Nye, J. J. (1977). *Power and Interdependence. World Politics in Transition*. Boston/Toronto: Little, Brown and Company.
- Keohane, R. O., & Nye, J. J. (1987). Two Cheers for Multilateralism. *Foreign Policy*, Nr. 60, S. 148-167.
- Keohane, R. O., & Nye, J. S. (1993). Introduction: The End of the Cold War in Europe. In dies. & S. Hoffmann (Hrsg.), *After the Cold War. International Institutions and State Strategies in Europe, 1989-1991*. Cambridge MA/London: Harvard University Press, S. 1-22.
- Keohane, R. O., Haftendorn, H., & Wallander, C. A. (1999). Conclusions. In dies. (Hrsg.), *Imperfect Unions. Security Institutions over Time and Space*. Oxford: Oxford University Press, S. 325-338.
- Keohane, R. O., Nye, J. S., & Hoffmann, S. (1993). Preface. In dies. (Hrsg.), *After the Cold War. International Institutions and State Strategies in Europe, 1989-1991*. Cambridge MA/London: Harvard University Press, S. v-vii.
- Keohane, R., & Nye, J. S. (Hrsg.). (1972). *Transnational Relations and World Politics*. Cambridge: Harvard University Press.
- King, G., Keohane, R. O., & Verba, S. (1994). *Designing Social Inquiry. Scientific Inference in Qualitative Research*. Princeton: Princeton University Press.
- Kleine, M. (2005). Theorien unter der Lupe: Der Forschungsstand zur europäischen Integration und den Internationalen Beziehungen. *integration*, Jg. 28, Nr. 4, S. 341-346.
- Klijin, E. H., & Koppenjan, J. (2015). *Governance Networks in the Public Sector*. London und New York: Routledge.
- Koenig, J. (2008). *Germans Optimistic about Relations with Poland Following Consultations*, 12. Dezember 2008. Zuletzt abgerufen am 8. Dezember 2017 von https://wikileaks.org/plusd/cables/08BERLIN1663_a.html.
- Kokot, M. (2014). Die marode Bundeswehr ängstigt Polen – ausgerechnet. *ZEIT Online*, 7. Oktober 2014. Zuletzt abgerufen am 12. Dezember 2016 von <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-10/nato-jens-stoltenberg-polen-bundeswehr>.
- Kowal, P., & Zalewski, P. (2011). Polityka zagraniczna Polski. Dyskusja. In *Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 2010*. Warszawa: Polski Instytut Spraw Międzynarodowych, S. 351-362.
- Krasner, S. (1983a). Structural Causes and Regime Consequences: Regimes as Intervening Variables. In ders. (Hrsg.), *International Regimes*. Ithaca NY: Cornell University Press, S. 1-22.
- Krasner, Stephen (Hrsg.) (1983b). *International Regimes*. Ithaca NY: Cornell University Press.

- Kratochvil, P., & Mišík, M. (2015). Newcomer, Normal Player or Regional Leader? Perceptions of Poland in the EU. *Politics in Central Europe*, Jg. 11, Nr. 1, S. 11-29.
- Kratochvil, P., & Tulmets, E. (2010). Constructivism and Rationalism as Analytical Lenses: The Case of the European Neighbourhood Policy. *Politics in Central Europe*, Jg. 6, Nr. 1, S. 22-40.
- Kratochvil, F. V. (1989). *Rules, Norms and Decisions. On the Conditions of Practical and Legal Reasoning in International Relations and Domestic Affairs*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Kreft, M. (1997). Die Europäische Integration als Sicherheitsinstitution. In H. Haftendorn, & O. Keck (Hrsg.), *Kooperation jenseits von Bedrohung. Sicherheitsinstitutionen in den internationalen Beziehungen*. Baden-Baden: Nomos, S. 165-190.
- Kreimeier, N. (2007). Polen sehen Raketenabwehr skeptisch. *Financial Times Deutschland*, 23.03.2007.
- Kreisler, H. (2004). *Theory and International Institutions. Conversation with Robert O. Keohane*. Zuletzt abgerufen am 6. Dezember 2017 von <http://globetrotter.berkeley.edu/people4/Keohane/keohane-con0.html>
- Krippendorff, E. (1963). Ist Außenpolitik Außenpolitik? *Politische Vierteljahresschrift*, Jg. 4, Nr. 3, S. 243-266.
- Kulesa, Ł. (2014). Poland and Ballistic Missile Defense: The Limits of Atlanticism. *Proliferation Papers No. 48*. Zuletzt abgerufen am 13. Juni 2017 von <http://www.ifri.org/sites/default/files/atoms/files/pp48kulesa.pdf>.
- Kuźniar, R. (Hrsg.). (2001). *Poland's Security Policy 1989-2000*. Warsaw: SCHOLAR Publishing House.
- Kuźniar, R. (2009). *Poland's Foreign Policy after 1989*. Warszawa: Wydawnictwo Naukowe Scholar.
- Lakatos, I. (1978). *The Methodology of Scientific Research Programmes. Philosophical Papers Volume I. Edited by J. Worrall & G. Currie*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Lake, D. A. (2010/2011). Two Cheers for Bargaining Theory. Assessing Rationalist Explanations of the Iraq War. *International Security*, Jg. 35, Nr. 3, S. 7-52.
- Lang, K.-O. (2007). *Polens Energiepolitik. Interessen und Konfliktpotentiale in der EU und im Verhältnis zu Deutschland. SWP-Studie S13/2007*. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Lang, K.-O. (2009). Vom Störenfried zur Gestaltungsmacht. Polen in der Europäischen Union. In D. Bingen, & K. Ruchniewicz (Hrsg.), *Länderbericht Polen. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 589-608.
- Lauth, H.-J., Pickel, G., & Pickel, S. (2015). *Methoden der vergleichenden Politikwissenschaft. Eine Einführung. 2., aktualis. Aufl.* Wiesbaden: Springer VS.
- Legro, J. W., & Moravcsik, A. (1999). Is Anybody Still a Realist? *International Security*, Jg. 24, Nr. 2, S. 5-55.
- Lesser, G. (2007a). Polen fühlt sich nicht sicher. *Kölner Stadtanzeiger*, 3. März 2007. Zuletzt abgerufen am 23. Juli 2017 von <http://www.ksta.de/polen-fuehlt-sich-nicht-sicher-13136904>.

- Lesser, G. (2007b). Wagrowska: "Totale US-Entscheidungshoheit". Polnische Militärexpertin im STANDARD-Interview: Entscheidung für die Stationierung des US-Raketenabwehrschirms in Polen ist längst gefallen. *Der Standard*, 1. März 2007. Zuletzt abgerufen am 10. Juli 2017 von <http://derstandard.at/2787596/Wagrowska--Totale-US-Entscheidungshoheit>.
- Lewis, J. (2005). The Janus Face of Brussels: Socialization and Everyday Decision Making in the European Union. *International Organization*, Jg. 59, Nr. 4, S. 937-971.
- Lijphart, A. (1971). Comparative Politics and the Comparative Method. *The American Political Science Review*, Jg. 65, Nr. 3, S. 682-693.
- Longhurst, K. (2008). A Note on Polish Atlanticism on the Move. *American Foreign Policy Interests*, Jg. 30, Nr. 3, S. 136-143.
- Longhurst, K., & Zaborowski, M. (2007). *The New Atlanticist. Poland's Foreign and Security Policy Priorities*. Oxford: Blackwell Publishing.
- Madej, M. (2009). The Political and Military Aspects of Poland's Security Policy. In *Yearbook of Polish Foreign Policy 2008*. Warszawa: Polski Instytut Spraw Międzynarodowych, S. 50-75.
- Madej, M., & Terlikowski, M. (2009). The Political and Military Aspects of Poland's Security Policy in 2008. In *Yearbook of Polish Foreign Policy 2009*. Warszawa: Polski Instytut Spraw Międzynarodowych, S. 41-64.
- Mahoney, J., & Goertz, G. (2006). A Tale of Two Cultures: Contrasting Quantitative and Qualitative Research. *Political Analysis*, Jg. 14, Nr. 3, S. 227-249.
- Major, C., & Wassenberg, F. (2011). *Polens ambitionierte GSVP-Agenda. Die polnische EU-Ratspräsidentschaft will die Initiative des Weimarer Dreiecks vorantreiben*. SWP-Aktuell A 34/2011. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.
- March, J., & Olsen, J. (1989). *Rediscovering Institutions: The Organizational Basis of Politics*. New York: Free Press.
- Marcinkiewicz, K. (2010). *Ist alles Innenpolitik? Der Einfluss innenpolitisch motivierter Präferenzen von Entscheidungsträgern auf die Außenpolitik - eine vergleichende Analyse ausgewählter Aspekte der Europapolitik zweier polnischer Regierungen*. Zuletzt abgerufen am 20. Juli 2017 von http://www.qucosa.de/fileadmin/data/qucosa/documents/7242/Dissertation_Kamil_Marcinkiewicz.pdf.
- Martin, L., & Simmons, B. (2013). International Organizations and Institutions. In W. Carlsnaes, T. Risse, & B. A. Simmons (Hrsg.), *Handbook of International Relations. Second Edition*. Los Angeles u.a.: SAGE Publications, S. 326-351.
- Mayring, P. (2010). Qualitative Inhaltsanalyse. In G. Mey, & K. Mruck (Hrsg.), *Handbuch qualitative Forschung in der Psychologie*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 601-613.
- McGann, J. G. (2016). *2015 Global Go To Think Tank Index Report*. University of Pennsylvania. Zuletzt abgerufen am 2. Januar 2017 von http://repository.upenn.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1009&context=think_tanks.

- Mearsheimer, J. (1990). Back to the Future: Instability in Europe After the Cold War. *International Security*, Jg. 15, Nr. 1, S. 5-56.
- Mearsheimer, J. (1994/1995). The False Promise of International Institutions. *International Security*, Jg. 19, Nr. 3, S. 5-26.
- Merkel, W. (1999). *Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*. Stuttgart: UTB.
- Merkel, W. (2010). *Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. 2., überarb. und erw. Aufl.* Wiesbaden: VS Verlag.
- Meżyński, A. (2007). Premier: Tarcza wzmocni stosunki polsko-amerykańskie. *Dziennik*, 12. Oktober 2007. Zuletzt abgerufen am 4. August 2017 von <http://wiadomosci.dziennik.pl/polityka/artykuly/205876,premier-tarcza-wzmocni-stosunki-polsko-amerykanskie.html>.
- Michta, A. A. (2013). *Polish Hard Power: Investing in the Military As Europe Cuts Back*. *AEI National Security Outlook No. 7*. Zuletzt abgerufen am 6. Dezember 2017 von http://www.aei.org/wp-content/uploads/2013/12/-polish-hard-power-investing-in-the-military-as-europe-cuts-back_170557821177.pdf.
- Michta, A. A. (2014). A Conversation with Tomasz Siemoniak. Back to the Basics Along NATO's Northeastern Flank. *The American Interest*, 25. August 2014. Zuletzt abgerufen am 14. Juni 2017 von <https://www.the-american-interest.com/2014/08/25/back-to-the-basics-along-natos-northeastern-flank/>.
- Mölling, C. (2010). *Ständige Strukturierte Zusammenarbeit in der EU-Sicherheitspolitik. Auswirkungen des Lissabon-Vertrags auf die Entwicklung von Fähigkeiten und die Rüstungskoooperation in der Europäischen Union*. SWP Aktuell A13/2010. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Mölling, C., & Brune, S.-C. (2011). *The Impact of the Financial Crisis on European Defence. Annex*. Brüssel: European Parliament, Directorate-General for External Policies of the Union, Policy Department.
- Moravcsik, A. (1997). Taking Preferences Seriously. A Liberal Theory of International Politics. *International Organization*, Jg. 51, Nr. 4, S. 513-553.
- Moravcsik, A. (2001). Bringing Constructivist Integration Theory Out of the Clouds: Has it Landed Yet? *European Union Politics*, Jg. 2, Nr. 2, S. 226-240.
- Müller, H. (2004). Arguing, Bargaining and All That: Communicative Action, Rationalist Theory and the Logic of Appropriateness in International Relations. *European Journal of International Relations*, Jg. 10, Nr. 3, S. 395-435.
- Müller-Härlein, B., & Zägel, J. (Hrsg.) (2008). 138th Bergedorf Round Table: Can the EU Ensure Europe's Security? September 28th-30th, 2007, Warsaw. Hamburg: edition Körber-Stiftung.
- Münch, H. (2007). *Leitbilder und Grundverständnisse der polnischen Europapolitik*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Neslen, A. (2015). Poland's shale gas revolution evaporates in face of environmental protests. *The Guardian*, 12. Januar 2015. Zuletzt abgerufen am 20. Juni 2017 von <https://www.theguardian.com/environment/2015/jan/12/polands-shale-gas-revolution-evaporates-in-face-of-environmental-protests>.

- Neue Zürcher Zeitung (2005). Ein Wahlversprechen wird wahr gemacht: Renationalisierungspläne der polnischen Regierung, 24. November 2005. Zuletzt abgerufen am 13. Juli 2017 von <http://www.nzz.ch/aktuell/startseite/articleDCQHY-1.186437>.
- Neue Zürcher Zeitung (2006a). Polens Truppen bleiben länger im Irak, 7. Januar 2006, S. 2.
- Neue Zürcher Zeitung (2006b). Warschau auf der Suche nach einer neuen Außenpolitik, 7. März 2006, S. 4.
- Newsweek Polska (2010). Klich: Polska usatysfakcjonowana nową koncepcją NATO, 13. November 2010. Zuletzt abgerufen am 23. Juli 2017 von <http://www.newsweek.pl/polska/klich--polska-usatysfakcjonowana-nowa-koncepcja-nato,67963,1,1.html>.
- Niklewicz, K. (2006). NATO mało energetyczne. *Gazeta Wyborcza*, 30. November 2006. Zuletzt abgerufen am 26. Juli 2017 von <http://wiadomosci.gazeta.pl/wiadomosci/1,114873,3762964.html>.
- N-tv (2003). Deutschland verschenkt MIG 29. Polen jetzt fit für die Nato, 24. Juni 2003. Zuletzt abgerufen am 7. Dezember 2016 von <http://www.n-tv.de/politik/Polen-jetzt-fit-fuer-die-NATO-article107008.html>.
- N-tv (2007a). Misstrauensantrag in Polen. Außenministerin unter Druck, 5. Juli 2007. Zuletzt abgerufen am 20. Juli 2017 von <http://www.n-tv.de/politik/Aussenministerin-unter-Druck-article345942.html>.
- N-tv (2007b). US-Raketenschild: Polen und Tschechien dabei, 19. Februar 2007. Zuletzt abgerufen am 23. Juli 2017 von <http://www.n-tv.de/politik/Polen-und-Tschechien-dabei-article214186.html>.
- Nye, J. S. (1971). Comparing Common Markets: A Revisited Neo-Functionalist Model. In L. N. Lindberg, & S. A. Scheingold (Hrsg.), *Regional Integration: Theory and Research*. Cambridge MA: Harvard University Press, S. 192-231.
- Nye, J. S. (1990). *Bound to Lead. The Changing Nature of American Power*. New York: Basic Books.
- Nye, J. S., & Keohane, R. O. (1971). Transnational Relations and World Politics: An Introduction. *International Organization*, Jg. 25, Nr. 3, S. 329-349.
- O'Sullivan, M., & Subramanian, K. (2015). *The End of Globalization or a more Multipolar World?* Zürich: CREDIT SUISSE AG Research Institute. Zuletzt abgerufen am 9. Juni 2017 von <http://publications.credit-suisse.com/tasks/render/file/index.cfm?fileid=EE7A6A5D-D9D5-6204-E9E6BB426B47D054>.
- Onet Wiadomości (2008). Kaczyński w Tbilisi: jesteście tu po to, aby podjąć walkę, 12. August 2008. Zuletzt abgerufen am 20. Juli 2017 von <http://wiadomosci.onet.pl/swiat/kaczynski-w-tbilisi-jestesmy-tu-po-to-aby-podjac-walke/13jf8>.
- Onuf, N. G. (1989). *World of Our Making. Rules and Rule in Social Theory and International Relations*. Columbia: University of South Carolina Press.
- Oppermann, K. (2008). *Prinzipale und Agenten in Zwei-Ebenen-Spielen: die innerstaatlichen Restriktionen der Europapolitik Großbritanniens unter Tony Blair*. Wiesbaden: VS Verlag.

- Orban, A. (2008). *Power, Energy, and the New Russian Imperialism*. Westport: Prager Security International.
- OSCE Network of Think Tanks and Academic Institutions (2014). *Threat Perceptions in the OSCE Area*. Zuletzt abgerufen am 17. Dezember 2017 von <http://www.osce.org/networks/118080?download=true>.
- Osica, O. (2005a). Poland: A New European Atlanticist at a Crossroads? In K. Longhurst, & M. Zaborowski (Hrsg.), *Old Europe, New Europe and the Transatlantic Security Agenda*. Abingdon/New York: Routledge, S. 115-136.
- Osica, O. (2005b). Z tarczą czy na tarczy. *Rzeczpospolita*, 16. November 2005. Zuletzt abgerufen am 17. Dezember 2013 von <https://archiwum.rp.pl/artykul/581622-Z-tarcza-czy-na-tarczy.html>.
- Osica, O. (2006). Po szczycie NATO w Rydze. *Komentarze natolińskie Nr. 5/2006*. Zuletzt abgerufen am 21. Dezember 2017 von http://www.natolin.edu.pl/pdf/komentarze/Natolin_Komentarze_5_2006.pdf.
- Pacufa, P. (2014). NATO Summit in Newport - Implications for Poland's National Security. *Pulaski Policy Papers. Komentarz Międzynarodowy Pułaskiego*. Abgerufen am 9. Juni 2017 von https://pulaski.pl/wp-content/uploads/2015/02/Pulaski_Policy_Papers_No_16_14_EN.pdf.
- Palokat, J. (2008). Polen nimmt Abschied von bedingungsloser Gefolgschaft. *Deutschlandfunk*, 31. März 2008. Zuletzt abgerufen am 8. November 2015 von http://www.deutschlandfunk.de/polen-nimmt-abschied-von-bedingungsloser-gefolgschaft.795.de.html?dram:article_id=117359.
- Pänke, J., Schuch, G., Brosig, M., Kocot, R., Olearius, A., & Stankiewicz, P. (2007). *Gegenwart der Vergangenheit. Die politische Aktualität historischer Erinnerung in Mitteleuropa*. Baden-Baden: Nomos.
- Peters, D. (2007). Ansätze und Methoden der Außenpolitikanalyse. In S. Schmidt, G. Hellmann, & R. Wolf (Hrsg.), *Handbuch zur deutschen Außenpolitik*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 815-835.
- Peters, I. (2004). The OSCE, NATO and the EU within the 'Network of Interlocking European Security Institutions': Hierarchization, Flexibilization, Marginalization. In IFSH (Hrsg.), *OSCE Yearbook 2003*. Baden-Baden: Nomos, S. 381-402.
- Pirosz, Małgorzata (2006). *7 minut*. Interview mit Präsident Lech Kaczyński. *TVP3*, 27. Oktober 2006. Zuletzt abgerufen am 18. November 2017 von <http://www.prezydent.pl/archiwum-lecha-kaczynskiego/wypowiedzi-prezydenta/wywiady-krajowe/rok-2006/iedemminut-tvp-3-kielce-27-pazdziernika-2006-r/>.
- Pisarski, M. (2007). Relations between Poland and the United States. In *Yearbook of Polish Foreign Policy 2007*. Warsaw: The Polish Institute of International Affairs, S. 79-91.
- Piszczatowska, J. (2013). O atomie bez entuzjazmu. *Rzeczpospolita*, 30. August 2013. Zuletzt abgerufen am 10. Dezember 2017 von <https://archiwum.rp.pl/artykul/1215958-O-atomie-bez-entuzjazmu.html>.

- Podolski, A. (2005). *Polska Strategia Bezpieczeństwa Narodowego jako praktyczna implementacja Europejskiej Strategii Bezpieczeństwa - między teorią a praktyką. Raporty i Analizy 1/2005*. Warszawa: Centrum Stosunków Międzynarodowych.
- Polish Press Agency (2015). France, Germany, Poland for stronger EU defence policy, 30. März 2015. Zuletzt abgerufen am 13. Juni 2017 von <http://www.pap.pl/en/news/news,387563,france-germany-poland-for-stronger-eu-defence-policy.html>.
- Polska Agencja Prasowa (2014a). *Tusk o Ukrainie: de facto mamy do czynienia z wojną*, 3. Mai 2014. Zuletzt abgerufen am 17. Dezember 2017 von http://www.wnp.pl/informacje/tusk-o-ukrainie-de-facto-mamy-do-czynienia-z-wojna,224749_1_0_0.html.
- Polska Agencja Prasowa (2014b). Tusk o sytuacji na Ukrainie: to kryzys, który może zaważyć na historii Polski i Ukrainy, 2. März 2014. Zuletzt abgerufen am 15. Dezember 2017 von <http://dzieje.pl/aktualnosci/tusk-o-sytuacji-na-ukrainie-kryzys-ktory-moze-zawazyc-na-historii-polski-i-ukrainy>.
- Powell, R. (1993). Absolute and Relative Gains in International Relations Theory. In D. A. Baldwin (Hrsg.), *Neorealism and Neoliberalism. The Contemporary Debate*. New York: Columbia University Press, S. 209-233.
- Powell, R. (1994). Anarchy in International Relations Theory: The Neorealist-Neoliberal Debate. *International Organization*, Jg. 48, Nr. 2, S. 313-344.
- Putnam, R. D. (1988). Diplomacy and Domestic Politics: The Logic of Two-Level Games. *International Organization*, Jg. 42, Nr. 3, S. 427-460.
- Raab, C. (2016). Deutschlands Sicherheitspolitische Rolle im 21. Jahrhundert. Ein Plädoyer für eine Anpassung des Sicherheitsbegriffs. In J. Bindenagel, M. Herdegen, & K. Kaiser (Hrsg.), *Internationale Sicherheit im 21. Jahrhundert. Deutschlands internationale Verantwortung*. Göttingen: V & R unipress, S. 77-86. Zuletzt abgerufen am 8. Dezember 2016 von http://www.v-r.de/_uploads_media/files/9783847106173_herdegen_et_al_sicherheit_wz_022820.pdf.
- Raciborski, J. (2005). Das Regierungssystem in Polen. Zwischen semipräsidentiellem und parlamentarischem Kabinettsystem. In ders., & J. J. Wiatr (Hrsg.), *Demokratie in Polen. Elemente des politischen Systems*. Opladen: Verlag Barbara Budrich, S. 91-119.
- Ragin, C. C. (2014). *The Comparative Method: Moving Beyond Qualitative and Quantitative Strategies. With a New Introduction*. Oakland: University of California Press.
- Rettman, A. (2011). Group of five calls for EU military headquarters. *euobserver*, 9. September 2011. Zuletzt abgerufen am 11. Juni 2017 von <https://euobserver.com/news/113569>.
- Rettman, A. (2014). No new Nato bases in eastern Europe. *euobserver*, 4. September 2014. Zuletzt abgerufen am 6. Juni 2017 von <https://euobserver.com/foreign/125478>.
- Reus-Smit, C. (2005). Constructivism. In S. Burchill, A. Linklater, R. Devetak, J. Donnelly, M. Paterson, C. Reus-Smit, & J. True (Hrsg.), *Theories of International Relations. Third Edition*. Basingstoke: Palgrave Macmillan, S. 188-212.
- Reuters (2012). Polish fracking well probe shows no harm to environment, 2. März 2012. Zuletzt abgerufen am 18. Dezember 2017 von

- <https://www.reuters.com/article/poland-shale/polish-fracking-well-probe-shows-no-harm-to-environment-idUSL5E8E21GH20120302>.
- Reuters (2014). *Poland confirms U.S. sending F-16 jets for training drill*, 6. März 2014. Zuletzt abgerufen am 8. November 2017 von <http://www.reuters.com/article/2014/03/06/ukraine-crisis-lask-jets-idUSW8N0LT01220140306#Ir73jXOwCUe2fpod.97>.
- Riedel, D. (2016). Das weltweite Wettrüsten. *Handelsblatt* Nr. 147, 2. August 2016, S. 4-5.
- Risse, T. (2000). "Let's Argue!": Communicative Action in World Politics. *International Organization*, Jg. 54, Nr. 1, S. 1-39.
- Risse, T. (2003). *Konstruktivismus, Rationalismus und Theorien Internationaler Beziehungen - warum empirisch nichts so heiß gegessen wird, wie es theoretisch gekocht wurde*. Zuletzt abgerufen am 4. März 2017 von http://userpage.fu-berlin.de/~atasp/texte/030209_risse_forschungsstand.pdf.
- Risse, T. (2013). Transnational Actors and World Politics. In W. Carlsnaes, T. Risse, & B. A. Simmons (Hrsg.), *Handbook of International Relations. Second Edition*. Los Angeles u.a.: SAGE Publications, S. 426-452.
- Rittberger, V., & Zangl, B. (2003). *Internationale Organisationen - Politik und Geschichte. 3., überarb. Aufl.* Opladen: Leske + Budrich.
- Rosenau, J. N. (1980). *The Scientific Study of Foreign Policy. Revised and Enlarged Edition*. New York: Nichols Publishing Company.
- Roth, M. (2011). Poland as a Policy Entrepreneur in European External Energy Policy: Towards Greater Energy Solidarity vis-à-vis Russia? *Geopolitics*, Jg. 16, Nr. 3, S. 600-625.
- Rousseau, D. L., & Garcia-Retamero, R. (2007). Identity, Power, and Threat Perception. A Cross-National Experimental Study. *Journal of Conflict Resolution*, Jg. 51, Nr. 5, S. 744-771.
- Ruggie, J. G. (1998). What Makes the World Hang Together? Neo-Utilitarianism and the Social Constructivist Challenge. *International Organization*, Jg. 52, Nr. 4, S. 855-885.
- Rühle, M. (2012). *NATO and Energy Security. Vortrag beim Atlantic Council am 5.6.2012*. Washington D.C.: Atlantic Council. Zuletzt abgerufen am 24. Oktober 2017 von https://www.nato.int/docu/review/2011/Climate-Action/Energy_Security/EN/index.htm.
- Samardi, D. (2014). Junckers neue EU-Kommission steht. *Euractiv*, 11. September 2014. Zuletzt abgerufen am 15. Juni 2017 von <https://www.euractiv.de/section/europawahlen-2014/news/junckers-neue-eu-kommission-steht/>.
- Scharpf, F. W. (2006). *Interaktionsformen. Akteurzentrierter Institutionalismus in der Politikforschung*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Schimmelfennig, F. (1994). Internationale Sozialisation neuer Staaten. Heuristische Überlegungen zu einem Forschungsdesiderat. *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, Jg. 1, Nr. 2, S. 335-355.
- Schimmelfennig, F. (2001). The Community Trap: Liberal Norms, Rhetorical Action, and the Eastern Enlargement of the European Union. *International Organization*, Jg. 55, Nr. 1, S. 47-80.

- Schimmelfennig, F. (2003). Strategic Action in a Community Environment. The Decision to Enlarge the European Union to the East. *Comparative Political Studies*, Jg. 36, Nr. 1-2, S. 156-183.
- Schouten, P. (2008). Theory Talk #9: Robert Keohane on Institutions and the Need for Innovation in the Field. *Theory Talks*. Zuletzt abgerufen am 23. Juni 2017 von <http://www.theory-talks.org/2008/05/theory-talk-9.html>.
- Schouten, P. (2015). Theory Talk #70: Nicholas Onuf on the Evolution of Social Constructivism, Turns in IR, and a Discipline of Our Making. *Theory Talks*. Zuletzt abgerufen am 17. Dezember 2017 von <http://www.theory-talks.org/2015/07/theory-talk-70.html>.
- Schubert, K., & Klein, M. (2016). *Das Politiklexikon, 6., aktual. und erw. Aufl.* Bonn: Dietz. Zuletzt abgerufen am 01. Dezember 2016 von <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/>.
- Schuller, K. (2005). Polen: Freiheit oder Solidarität. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 20. Oktober 2005. Zuletzt abgerufen am 17. Dezember 2017 von <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/polen-freiheit-oder-solidaritaet-1281156.html>.
- Schuller, K. (2006). Kaczynski gegen Kaczynski. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 7. November 2006. Zuletzt abgerufen am 18. November 2017 von <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/polen-kaczynski-gegen-kaczynski-1384407.html>.
- Schuller, K. (2008). Lech Kaczynskis Talent, sich gekränkt zu fühlen. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 28. Februar 2008. Zuletzt abgerufen am 17. Dezember 2017 von <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/polen-lech-kaczynskis-talent-sich-gekraenkt-zu-fuehlen-1514019.html>.
- Scislowska, M. (2014). Mixed views in East Europe on higher NATO defense. *Deseret News*, 6. September 2014. Zuletzt abgerufen am 6. Juni 2017 von <http://www.deseretnews.com/article/765659235/Mixed-views-in-East-Europe-on-higher-NATO-defense.html>.
- Seawright, J., & Gerring, J. (2008). Case Selection Techniques in Case Study Research: A Menu of Qualitative and Quantitative Options. *Political Research Quarterly*, Jg. 61, Nr. 2, S. 294-308.
- Shively, W. P. (2006). Case Selection: Insights from 'Rethinking Social Inquiry'. *Political Analysis*, Jg. 14, Nr. 3, S. 344-347.
- Siedschlag, A. (2006). Strategische Kulturanalyse: Deutschland, Frankreich und die Transformation der NATO. In ders. (Hrsg.), *Methoden der sicherheitspolitischen Analyse. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 21-48.
- Sil, R., & Katzenstein, P. (2010). Analytic Eclecticism in the Study of World Politics: Reconfiguring Problems and Mechanisms across Research Traditions. *Perspective on Politics*, Jg. 8, Nr. 2, S. 411-431.
- Simon, H. A. (1955). A Behavioral Model of Rational Choice. *The Quarterly Journal of Economics*, Jg. 69, Nr. 1, S. 99-118.
- Simon, H. A. (1959). Theories of Decision-Making in Economics and Behavioral Science. *The American Economic Review*, Jg. 49, Nr. 3, S. 253-283.
- Skubiszewski, K. (1997). *Polityka zagraniczna i odzyskanie niepodległości. Przemówienia, oświadczenia, wywiady 1989-1993*. Warszawa: Wydawnictwo Interpress.

- Snidal, D. (1993). Relative Gains and the Pattern of International Cooperation. In D. A. Baldwin (Hrsg.), *Neorealism and Neoliberalism: The Contemporary Debate*. New York: Columbia University Press, S. 170-208.
- Spetalnick, M. (2008). Bush and Polish PM see progress on missile shield deal. *Reuters*, 10. März 2008. Zuletzt abgerufen am 8. November 2017 von <http://www.reuters.com/article/2008/03/10/us-usa-shield-bush-idUSWBT00856520080310#CLOq6QAwdCAde09s.97>.
- Spiegel Online (2005). Irak - Polen wird Großteil seiner Truppen abziehen, 25. Juli 2005. Zuletzt abgerufen am 18. November 2017 von <http://www.spiegel.de/politik/ausland/irak-polen-wird-grossteil-seiner-truppen-abziehen-a-366727.html>.
- Steffani, W. (1979). *Parlamentarische und präsidentielle Demokratie. Strukturelle Aspekte westlicher Demokratien*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Steffani, W. (1995). Semi-Präsidentialismus: ein eigener Systemtyp? Zur Unterscheidung von Legislative und Parlament. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Jg. 26, Nr. 4, S. 621-641.
- Stein, A. (1982). When Misperception Matters. *World Politics*, Jg. 34, Nr. 4, S. 505-526.
- Stein, A. (1983). Coordination and Collaboration: Regimes in an Anarchic World. In S. D. Krasner (Hrsg.), *International Regimes*. Ithaca NY: Cornell University Press, S. 115-140.
- Stein, A. (1990). *Why Nations Cooperate: Circumstance and Choice in International Relations*. Ithaca NY: Cornell University Press.
- Stein, A. (2008). Neoliberal Institutionalism. In C. Reus-Smit, & D. Snidal (Hrsg.), *Oxford Handbook on International Relations*. New York: Oxford University Press, S. 201-221.
- Steinsdorff, S. v. (2006). EU-Kleinststaaten: Motoren der Integration? *Aus Politik und Zeitgeschichte* Nr. 46/2006, S. 23-30.
- Stieger, C. (2015). Für stärkere Nato-Präsenz an der Ostflanke. Interview mit dem polnischen Außenminister Grzegorz Schetyna. *Neue Zürcher Zeitung*, 5. März 2015. Zuletzt abgerufen am 7. Juni 2017 von <https://www.nzz.ch/international/europa/fuer-staerkere-nato-praesenz-an-der-ostflanke-1.18495346>.
- Stone, M. (2017). Raytheon gets OK for \$10.5 billion Patriot sale to Poland: Pentagon. *Reuters*, 17. November 2017. Zuletzt abgerufen am 19. November 2017 von <https://www.reuters.com/article/us-raytheon-poland-patriot/raytheon-gets-ok-for-10-5-billion-patriot-sale-to-poland-pentagon-idUSKBN1DH2KQ?il=0>.
- Strange, S. (1982). Cave! Hic Dragones: A Critique of Regime Analysis. *International Organization*, Jg. 36, Nr. 2, S. 479-496.
- Stritzel, H. (2007). Towards a Theory of Securitization. Copenhagen and Beyond. *European Journal of International Relations*, Jg. 13, Nr. 3, S. 357-383.
- Stürmer, M. (2006). Warschaus neue Stärke. *Die Welt*, 23. Februar 2006. Zuletzt abgerufen am 23. Juni 2017 von <https://www.welt.de/print-welt/article200004/Warschaus-neue-Staerke.html>.
- Świerczyński, M. (2013). *Poland Takes a U-Turn Towards Increased National Security*, 20. September 2013. Zuletzt abgerufen am 6. Dezember 2017 von

- <http://www.atlantic-community.org/-/poland-takes-a-u-turn-towards-increased-national-security>.
- Świerczyński, M. (2016). Poland's Security Debate 2014-2015: Anxiety and Resolve. In S. Meister (Hrsg.), *A New Helsinki Needed? What Security Model for Europe? Papers from the December 2015 Germany-Poland-Russia Trialogue*. DGAPanalyse Nr. 3/ April 2016, S. 7-8. Zuletzt abgerufen am 28. Juli 2017 von <https://dgap.org/en/article/getFullPDF/27838>.
- Szymaniak, M. (2007). Kuźniar odwołany za krytykę tarczy USA. *Życie Warszawy*, 10. Februar 2007. Zuletzt abgerufen am 6. Juli 2017 von <http://zw.com.pl/arttykul/217859.html>.
- Szymański, K. (2015). Unia klimatyczna zamiast energetycznej. *Rzeczpospolita*, 22. März 2015. Zuletzt abgerufen am 15. Juni 2017 von <http://www.rp.pl/arttykul/1188061-Unia-klimatyczna-zamiast-energetycznej.html#ap-1>.
- Tansey, O. (2009). Process Tracing and Elite Interviewing: A Case for Non-probability Sampling. In S. Pickel, G. Pickel, H.-J. Lauth, & D. Jahn (Hrsg.), *Methoden der vergleichenden Politik- und Sozialwissenschaft. Neue Entwicklungen und Anwendungen*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 481-496.
- Teichler, T., & Rapp, B. (2010). *Study on State Control of Strategic Defence Assets (EUROCON). Final Report to DG Enterprise. Vol. 2*. European Union. Zuletzt abgerufen am 27. Mai 2017 von ec.europa.eu/DocsRoom/documents/8585/attachments/1/translations/en/renditions/pdf.
- The Associated Press (2007). *PGNiG buys stake in Norwegian gas fields*, 1. März 2007. Zuletzt abgerufen am 6. Juni 2017 von http://www.boston.com/business/articles/2007/03/01/pgnig_buys_stake_in_norwegian_gas_fields/.
- The Economist (2014a). Polish energy: Going nuclear, 31. Januar 2014. Zuletzt abgerufen am 20. Juni 2017 von <http://www.economist.com/blogs/easternapproaches/2014/01/polish-energy>.
- The Economist (2014b). Polish energy policy: A different Energiewende. 8. Februar 2014. Zuletzt abgerufen am 17. Dezember 2017 von <https://www.economist.com/news/europe/21595954-poland-moves-step-closer-its-own-nuclear-energy-different-energiewende>.
- The Washington Post (2006). Poland's New Leader Touts Alliance, 13. September 2006. Zuletzt abgerufen am 18. November 2017 von <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2006/09/13/AR2006091300306.html>.

- Traynor, I. (2010). WikiLeaks cables reveal secret Nato plans to defend Baltics from Russia. *The Guardian*, 6. Dezember 2010. Zuletzt abgerufen am 13. Dezember 2016 von <https://www.theguardian.com/world/2010/dec/06/wikileaks-cables-nato-russia-baltics>.
- Tumiłowicz, B. (2011). Polska nie rezygnuje z atomu. *Tygodnik Przegląd*, 27. März 2011. Zuletzt abgerufen am 28. Juli 2017 von <https://www.tygodnikprzeklad.pl/polska-nie-rezygnuje-atomu/>.
- Umbach, F. (2008). Deutschland, Polen und die gemeinsame Energiepolitik: Chancen der Kooperation in puncto Versorgungssicherheit. In T. Jäger, & D. W. Dylla (Hrsg.), *Deutschland und Polen. Die europäische und internationale Politik*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 261-288.
- UN Commission on Global Governance (1995). *Our Global Neighborhood. Report of the Commission on Global Governance*. Zuletzt abgerufen am 25. November 2017 von <http://www.gdrc.org/u-gov/global-neighbourhood/>.
- UNIAN Information Agency (2008). *Text of Putin's speech at NATO Summit (Bucharest, April 2, 2008)*. Zuletzt abgerufen am 27. Juli 2017 von <http://www.unian.info/world/111033-text-of-putins-speech-at-nato-summit-bucharest-april-2-2008.html>.
- Varwick, J. (2010). Das neue strategische Konzept der NATO. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 50/2010, S. 23-29.
- Waeber, O. (1995). Securitization and Desecuritization. In R. D. Lipschutz (Hrsg.), *On Security*. New York: Columbia University Press, S. 46-87.
- Wagner, W. (2006). Qualitative Inhaltsanalyse: Die soziale Konstruktion sicherheitspolitischer Interessen in Deutschland und Großbritannien. In A. Siedschlag (Hrsg.), *Methoden der sicherheitspolitischen Analyse. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 169-188.
- Wągrowka, M. (2007). *The Normative Model of the Ideal-Type Soldier in a Democracy: Case of Poland*. PRIF-Research Paper No. 1/6-2007. Frankfurt a.M.: Peace Research Institute. Zuletzt abgerufen am 10. Juli 2017 von https://www.hsfk.de/fileadmin/HSFK/hsfk_downloads/Poland_6.pdf
- Wagstyl, S. (2010). FT interview transcript: Donald Tusk. *Financial Times*, 27. Januar 2010. Zuletzt abgerufen am 13. Dezember 2017 von <http://archive.li/vEqKq>.
- Wallander, C. (1999). *Mortal Friends, Best Enemies: German-Russian Cooperation after the Cold War*. Ithaca NY: Cornell University Press.
- Wallander, C. A., & Keohane, R. O. (1999). Risk, Threat, and Security Institutions. In H. Haftendorn, R. O. Keohane, & C. A. Wallander (Hrsg.), *Imperfect Unions. Security Institutions over Time and Space*. Oxford: Oxford University Press, S. 21-47.
- Wallander, C. A., Haftendorn, H., & Keohane, R. O. (1999). Introduction. In dies. (Hrsg.), *Imperfect Unions. Security Institutions over Time and Space*. Oxford: Oxford University Press, S. 1-18.
- Walt, S. (1987). *The Origins of Alliances*. Ithaca NY: Cornell University Press.
- Walt, S. (1991). The Renaissance of Security Studies. *International Studies Quarterly*, Jg. 35, Nr. 2, S. 211-239.
- Waltz, K. (1979). *Theory of International Politics*. Reading MA: Addison-Wesley.

- Wassenberg, F. (2008). Im Osten nichts Neues: Russland in der polnischen Bedrohungsanalyse. In T. Jäger, & D. W. Dylla (Hrsg.), *Deutschland und Polen. Die europäische und internationale Politik*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 239-260.
- Waterfield, B., & Paterson, T. (2014). Ukraine crisis: Poland asks Nato to station 10,000 troops on its territory. *The Telegraph*, 1. April 2014. Zuletzt abgerufen am 6. Juni 2017 von <http://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/europe/ukraine/10737838/Ukraine-crisis-Poland-asks-Nato-to-station-10000-troops-on-its-territory.html>.
- Wendt, A. (1987). The Agent-Structure Problem in International Relations Theory. *International Organization*, Jg. 41, Nr. 3, S. 335-370.
- Wendt, A. (1992). Anarchy is What States Make of It: The Social Construction of Power Politics. *International Organization*, Jg. 46, Nr. 2, S. 391-426.
- Wendt, A. (1999). *Social Theory of International Politics*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Wenerski, Ł. (2015). The Energy Union: A Polish Perspective. In A. Łada, M. Skłodowska, M. Szczepanik, & ders. (Hrsg.), *The Energy Union: Views from France, Germany, Poland and the United Kingdom* (S. 91-120). Warschau: Institute of Public Affairs, S. 91-120.
- Wessels, W. (2005). Theoretischer Pluralismus und Integrationsdynamik: Herausforderungen für den "acquis académique". In H.-J. Bieling, & M. Lerch (Hrsg.), *Theorien der europäischen Integration*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 427-457.
- Weymouth, L. (2014). Talking with Poland's foreign minister about the Ukraine crisis and Russia's next moves. *The Washington Post*, 18. April 2014. Zuletzt abgerufen am 18. Dezember 2017 von https://www.washingtonpost.com/opinions/talking-with-polands-foreign-minister-about-the-ukraine-crisis-and-russias-next-moves/2014/04/17/f1811e84-c5ad-11e3-bf7a-be01a9b69cf1_story.html?utm_term=.a0f11c9217c6.
- Whitman, R., & Thomas, G. (2005). *Two Cheers for the UK's EU Presidency*. London: Chatham House.
- WikiLeaks (2006). Poland delivers non-paper on energy security treaty, 24. Februar 2006. Zuletzt abgerufen am 25. November 2017 von https://wikileaks.org/plusd/cables/06WARSAW312_a.html.
- Wilk, R. (2017). Poland relocates Leopard 2A5 tanks to the east. *IHS Jane's Defence Weekly*, 21. April 2017. Zuletzt abgerufen am 10. Juni 2017 von <http://www.janes.com/article/69720/poland-relocates-leopard-2a5-tanks-to-the-east>.
- Wirtschaftswoche (2011). *Misstrauensantrag gegen Sikorski gescheitert*, 16. Dezember 2011. Zuletzt abgerufen am 20. Juli 2017 von <https://www.wiwo.de/politik/ausland/polnischer-aussenminister-misstrauensantrag-gegen-sikorski-gescheitert/5967186.html>.
- Wiśniewska, J. (2015). Unia klimatyczna zamiast energetycznej. *Rzeczpospolita*, 12. April 2015. Zuletzt abgerufen am 15. Juni 2017 von <http://www.rp.pl/artykul/1193081-Unia-klimatyczna-zamiast-energetycznej.html#ap-1>.

- Wójcik, M. (2009). Sikorski załamany. Nie będzie szefem NATO. *Dziennik*, 2. April 2009. Zuletzt abgerufen am 8. Dezember 2017 von <http://wiadomosci.dziennik.pl/polityka/artykuly/144640,sikorski-zalamany-nie-bedzie-szefem-nato.html>.
- Wolf, D. (2005). Neo-Funktionalismus. In H.-J. Bieling, & M. Lerch (Hrsg.), *Theorien der europäischen Integration*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 65-90.
- Wroński, P. (2015). Polska bierze Patrioty. 35 mld zł na przetargi wojskowe. *Gazeta Wyborcza*, 21. April 2015. Zuletzt abgerufen am 8. Juni 2017 von http://wyborcza.pl/1,76842,17786676,Polska_bierze_Patrioty__35_mld_zl_na_przetargi_wojskowe.html.
- Young, O. R. (1979). *Compliance and Public Authority. A Theory with International Applications*. Baltimore/London: The Johns Hopkins University Press.
- Young, O. R. (1982). Regime Dynamics: The Rise and Fall of International Regimes. *International Organization*, Jg. 36, Nr. 2, S. 277-297.
- Zaborowski, M., & Dunn, D. H. (Hrsg.). (2003). *Poland – A New Partner in Transatlantic Security*. London: Frank Cass Publishers.
- Zajac, J. (2014). The NATO Summit in Newport: Polish Perspective. *La lettre de l'IRSEM N°8/2014*, S. 23-24. Zuletzt abgerufen am 6. Juni 2017 von https://www.academia.edu/28261179/The_NATO_Summit_in_Newport_Polish_Perspective.
- Zajac, J. (2016). *Poland's Security Policy. The West, Russia, and the Changing International Order*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Zapfe, M. (2015). Nato's 'Spearhead Force'. *CSS Analyses in Security Policy No. 174*. Zuletzt abgerufen am 7. Juni 2017 von <http://www.css.ethz.ch/content/dam/ethz/special-interest/gess/cis/center-for-securities-studies/pdfs/CSSAnalyse174-EN.pdf>.
- Ziemer, K., & Matthes, C.-Y. (2010). Das politische System Polens. In W. Ismayr (Hrsg.), *Die politischen Systeme Osteuropas. 3., aktualis. und erw. Aufl.* Wiesbaden: VS Verlag, S. 209-274.
- Ziemer, V. (2008). *Zwischen Europa und Amerika. Polens Außen- und Sicherheitspolitik nach 1989*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Ziółkowski, M. (2007). Polish Security Policy. In *Yearbook of Polish Foreign Policy 2007*. Warsaw: The Polish Institute of International Affairs, S. 67-76.
- Zürn, M., & Checkel, J. (2005). Getting Socialized to Build Bridges: Constructivism and Rationalism, Europe and the Nation-State. *International Organization*, Jg. 59, Nr. 4, S. 1045-1079.

Anhang

Liste der Hintergrundgesprächspartner mit damaliger Funktion sowie Ort und Datum des Gesprächs:

- Bratkiewicz, Jarosław, Politischer Direktor des Außenministeriums der Republik Polen. Berlin, 09.11.2012.
- Bugajski, Adam, Leiter der Abteilung f. Sicherheitspolitik des Außenministeriums der Republik Polen (2011-2014). Berlin, 27.11.2013
- Ćwiek-Karpowicz, Jarosław, Head of Research Office, Polish Institute of International Affairs (PISM), Berlin, 31.08.2011.
- Dowgielewicz, Mikołaj, Staatssekretär im Außenministerium der Republik Polen (2010-2012). Berlin, 25.11.2010.
- Klich, Bogdan, ehem. Verteidigungsminister der Republik Polen (2007-2011). Berlin, 24.10.2012.
- Kuźniar, Roman, Direktor des PISM (2005-2007). Berlin, 12.11.2007.
- Wiśniewski, Jakub, Direktor des Planungsstabs des Außenministeriums der Republik Polen (2010-2014). Berlin, 22.05.2012.
- Włosowicz, Zbigniew, Stellv. Leiter des Nationalen Sicherheitsrates (BBN) (2013-2015). Berlin, 27.11.2013.
- Winid, Bogusław, Ständiger Vertreter der Republik Polen bei der NATO in Brüssel (2007-2011). Berlin, 07.09.2010.
- Zalewski, Paweł, Abgeordneter (PiS) im polnischen Parlament und Leiter des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten (2005-2007), Berlin, 12.11.2007.

Die Außen- und Sicherheitspolitik Polens war in den letzten Jahren im europäischen Ausland häufig Gegenstand kontroverser Diskussionen, nicht zuletzt in Deutschland. Die Gründe sind im Wesentlichen in einer grundverschiedenen Sicht auf Russland zu suchen, die in Polen in erster Linie durch das offensive Vorgehen Russlands im sog. post-sowjetischen Raum bestimmt ist. Schon lange vor den Ereignissen auf der Krim und in der Ost-Ukraine hat dies strategische Leitlinien und Entscheidungen der politischen Elite in Warschau maßgeblich geprägt. Basierend auf Regierungsdokumenten, Hintergrundgesprächen und zahlreichen weiteren, teils polnischsprachigen Quellen analysiert der Autor die Hintergründe der wesentlichen sicherheitspolitischen Entscheidungen in Polen seit dem EU-Beitritt, einschließlich der Energiepolitik. Dabei wird u. a. deutlich, dass der ausgeprägte Wunsch Warschaus nach einer engeren sicherheits- und energiepolitischen Kooperation innerhalb der Nato und der EU schrittweise der Ernüchterung über den mangelnden Willen der „großen“ Mitgliedstaaten zur Zusammenarbeit und die daraus folgende eingeschränkte Effektivität dieser Organisationen gewichen ist. In der zweiten Hälfte des Untersuchungszeitraums hat dies zu einer Neuausrichtung der Sicherheitspolitik an einer Strategie der ‚begrenzten Unabhängigkeit‘ geführt. Ein erneuerter Fokus auf der Landesverteidigung, einhergehend mit einem deutlich reduzierten Engagement bei militärischen Auslandseinsätzen sowie eine bei europäischen Partnern mitunter als eigensinnig wahrgenommene Energiepolitik sind unmittelbare Folgen dieser Strategie.

Logos Verlag Berlin

ISBN 978-3-8325-4836-0